

## 1989

### Das neue Europa – Zeitzeugen im Interview: George Bush, Václav Havel, Nina Chruschtschowa, Lothar de Maizière, Hubert Védrine, Péter Esterházy

**GenussFestival**  
 Stadtpark 2009  
 Öffnungszeiten:  
 Freitag, 8. Mai, 12 bis 21 Uhr  
 Samstag, 9. Mai, 10 bis 21 Uhr  
 Sonntag, 10. Mai, 10 bis 17 Uhr  
 Eintritt frei!

DO./FR., 30. APRIL/1. MAI 2009 | ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG | HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER | € 1,40

### Wie Geschichte gemacht wurde

Das Jahr 1989 und die nachfolgenden Monate gehören zu den spannendsten Augenblicken in der Geschichte. DER STANDARD hat Zeitzeugen interviewt und ist der Frage nachgegangen, wie Plätze, an denen inzwischen historische Schlüsselszenen stattgefunden haben, jetzt aussehen. Der Damals-und-heute-Vergleich zieht sich durch das ganze Blatt. **Josef Kirchengast** und **Erhard Stackl** haben die Ereignisse in einer Zeitleiste zusammengefasst, **Bettina Stimer** hat die Koordination, **Rudi Reiterer** die Gestaltung übernommen. **Alexandra Förderl-Schmid** Chefredakteurin



Erste Schnitte

2. Mai 1989: Soldaten beginnen mit dem Abbau des Eisernen Vorhangs an der 354 Kilometer langen Grenze zwischen Ungarn und Österreich. F.: picturedesk (o.), Robert Newald



## ÖBB schreiben Verlust von fast einer Milliarde Euro

### Verdienst zu wenig, um Zinsen zu bezahlen Fahrpreise steigen im Juli um 4,9 Prozent

Wien – Die ÖBB fahren immer tiefer in die roten Zahlen. Im Vorjahr hat die Staatsbahn einen Verlust vor Steuern (EBT) von 970 Millionen Euro aufgetürmt. Weiterfahren kann die Bahn nur durch Auflösung von Rücklagen. Als Gründe für den Riesenverlust führte das Management unter ÖBB-Chef Peter Klugar bei der Bilanzpräsentation am Mittwoch neben Rückstellungen für Spekulationsgeschäfte auch Firmenwertberichtigungen und Abschreibungen an.

Zusätzlich zu den „normalen“ Abschreibungen über eine halbe Milliarde Euro sind in der Bilanz 2008 noch Sonderabschreibungen auf Anlagevermögen, in erster Linie auf teuer beschaffte Lokomotiven und Wagons, vorgenommen worden – in Summe 376 Millionen Euro. Damit trage man den krisenbedingt schlechteren Aussichten für das laufende Jahr Rechnung. Beim ÖBB-Güterverkehr hat die Wirtschaftskrise schon im vorigen Jahr Spuren hinterlassen. Obwohl die Aufträge erst im vierten Quartal 2008 massiv eingebrochen sind, gab es beim Frachtaufkommen, übers Jahr gerechnet, ein Minus von 15 Prozent. Heuer wird ein Minus von 20 Prozent erwartet.

Der operative Gewinn brach um fast 90 Prozent auf 51 Millionen Euro ein. Damit können die ÖBB nicht einmal mehr ihren Anteil an den Zinsen für ihre Schulden be-

zahlen. 70 Prozent hat die Republik übernommen.

Mehr zahlen müssen die Fahrgäste: Ab Juli wird Bahnfahren um durchschnittlich 4,9 Prozent teurer. Bei den Wiener Linien kostet ein Fahrschein mit 1,80 Euro künftig um 10 Cent mehr. Der Preis für Monats- und Jahreskarten bleibt gleich. (red) S. 25, Kommentar S. 44

### Schweinegrippe: Pandemie-Risiko auf zweithöchster Stufe

Genf/Wien – Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat wegen der sich ausbreitenden Schweinegrippe das Pandemie-Risiko am Mittwoch auf die zweithöchste Stufe 5 angehoben. Die weltweite Ausbreitung des mutierten Schweinegrippevirus H1N1 könnte unmittelbar bevorstehen. WHO-Generaldirektorin Margaret Chan sagte aber auch, noch nie in der Geschichte sei die Welt so gut auf eine Grippe-Pandemie vorbereitet gewesen. Die Regierungen sollten ihre Vorsorgepläne aktivieren und in Alarmbereitschaft bleiben. In Österreich bestätigte sich am Mittwoch ein Verdachtsfall. Die 28-jährige Wienerin darf das Spital aber bald verlassen. (red) Seite 13

### HEUTE MIT **tele**

**Überläufer stärkt US-Demokraten** Mit dem Wechsel eines Republikaners rückt eine entscheidende Senatsmehrheit für Obamas Partei in Reichweite. Seite 7, Kommentar S. 44

**Berlusconi Rosenkrieg** „Schamlose Machtausübung“: Veronica Lario, Frau des italienischen Premiers, attackiert ihren Gatten in der Öffentlichkeit. Seite 8

**1.-Mai-Feiern** Hunderttausende Sozialdemokraten feiern am Freitag. In der Krise sind die Erwartungen an die SPÖ besonders hoch. Seite 11

**EU-Finanzmarktregulierung** Kritiker halten die Vorschläge der EU für Hedgefonds und Managerboni für zu lax und ineffizient. Seite 25

**Bawag verliert 548 Millionen** Geld und Garantien von Staat und Eigentümer Cerberus über 1,2 Milliarden Euro sollen helfen. Seite 35

### STANDARDS

- Kino, Veranstaltungen . . . . . 15, 16
- Automobil . . . . . 17–19
- Sudoku . . . . . 18
- Sport . . . . . 20
- NetBusiness, Wissenschaft . . . 36
- TV, Switchlist . . . . . 40, 41
- Rätsel . . . . . 42

### WETTER

Im Flachland scheint ab und zu die Sonne. Sonst überwiegen Wolken und Regen. Die Höchstwerte liegen bei 22 Grad. Seite 16

**Nachrichten in Echtzeit auf derStandard.at**



## EU gegen Hürden für Ostländer

### Wien sperrt Arbeitsmarkt bis 2011 – Exporte stark gestiegen

Wien/Brüssel – EU-Sozialkommissar Vladimír Špidla hat anlässlich der Verlängerung der Arbeitsmarktsperre für osteuropäische Mitgliedsstaaten bis 2011 durch die österreichische Regierung vor Barrieren gewarnt. Gerade in der Wirtschaftskrise wäre es hilfreich, Beschränkungen des Arbeitsmarktes zu vermeiden, sagte er.

Zuvor hatte der Kommissar Sozialminister Rudolf Hundstorfer getroffen, der in Brüssel die Verlängerung der Beschränkungen um weitere zwei Jahre rechtfertigte. Österreich muss schwere Störungen nachweisen, um die Regelung durchzubringen. Erste Proteste aus Osteuropa gibt es bereits: Polen will eine Beschwerde gegen Österreich einbringen.

Umgekehrt hat Österreich von der EU-Erweiterung vor fünf Jahren profitiert. Die Exporte nach Osteuropa stiegen um 50 Prozent – doppelt so schnell wie die Gesamtausfuhren. Die Direktinvestitionen explodierten. (red) Seiten 28 und 44

## Armee rückt in Pakistan vor

### USA fürchten, dass Atomwaffen in Taliban-Hände geraten

Islamabad – Pakistanische Soldaten haben am zweiten Tag ihrer Offensive gegen die Taliban die Kontrolle in der Stadt Daggar im umkämpften Buner-Tal übernommen. Die

USA drängten Pakistan, den Druck auf die Taliban aufrechtzuerhalten. Es gibt die Befürchtung, dass Pakistans Atomwaffen in die Hände der Islamisten gelangen könnten.

Präsident Asif Ali Zardari sagte diese Woche zwar, dass die Atomanlagen sicher seien, doch die USA bereiten laut dem französischen Wochenblatt *Canard enchaîné* die militärische Sicherung der pakistanischen Atomwaffen vor. Spezialeinheiten stünden auf dem Stützpunkt Diego Garcia im Indischen Ozean in Alarmbereitschaft, und U-Boote mit Marschflugkörpern lägen unweit der Küste.

Wegen der bedrohlichen Entwicklung in Pakistan und in Afghanistan sollen Präsident Zardari und sein afghanischer Amtskollege Hamid Karsai in Kürze bei US-Präsident Barack Obama in Washington zu einem Gipfel zusammentreffen. In Afghanistan wurden am Mittwoch kurz nach der Ankunft des deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier zwei Anschläge auf deutsche Soldaten verübt. Dabei kam ein Soldat ums Leben. (red) Seite 7

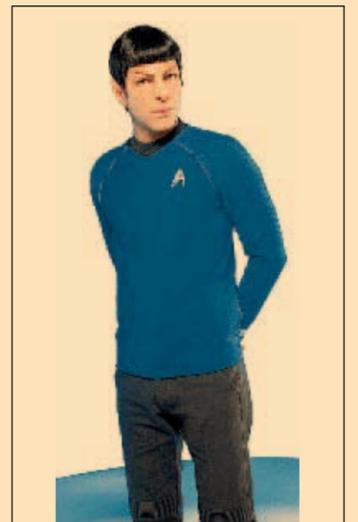
## Weichei-Verhalten

Johannes Voggenhuber wird rausgemobbt, weil er der grünen Führungstruppe zu wenig EU-kritisch war. Werner Faymann gibt dem SP-Spitzenkandidaten für die EU-Wahl eine EU-kritische Linie vor. Jetzt hält es auch noch der Nichtspitzenkandidat der ÖVP, Othmar Karas, für notwendig, seinen Abgang anzukündigen, wenn sich in seiner Partei die bisherige proeuropäische Linie ändert. Übersetzung: wenn der VP-Überraschungskandidat Ernst Strasser mit seiner populistischen EU-Linie fortfährt. Und dies alles hat Onkel Hans von der *Krone* bewirkt – zusammen mit seinem persön-

lichen Kandidaten Hans-Peter Martin.

Ein derartiges Einknicken von an sich proeuropäischen Parteien auf breiter Front vor der geschlossenen Abteilung der Anti-EU-Fanatiker hat es noch nicht gegeben. 20 Jahre nach dem Ende der Teilung Europas und 15 Jahre nach einer 67-Prozent-Entscheidung für den EU-Beitritt geben die noch halbwegs zurechnungsfähigen Parteien des Landes den Anspruch auf Führung auf und kapitulieren vor einer Leserbriefseite. Nutzen wird es nichts, weil gerade die rabiaten EU-Gegner nur Verachtung für Weichei-Verhalten haben.

### RAU



### Raumschiff Enterprise startet mit neuer Crew

Ein stark verjüngter Spock startet mit einer ebenfalls jugendlichen Besetzung im Raumschiff Enterprise in ein neues Zeitalter. Zwei Darsteller erzählen über die Dreharbeiten und die Botschaft des neuen „Star Trek“-Films. RONDO Seite 8



Wien, Parlament

Erhard Busek und Franz Vranitzky am 12. November 1991 zu Beginn ihrer gemeinsamen Regierung in der großen Koalition, die bis 1995 hielt. Die Neuordnung Europas im Kielwasser der Ereignisse von 1989, der österreichische EU-Beitritt, die Bewältigung der alten Ängste, der Grenzen im Kopf und der neuen politischen Herausforderungen wurde ihre Aufgabe. Ihre Bilanz 20 Jahre danach fällt differenziert aus.

Fotos: M. Leckel/picturedesk.com, Heribert Corn



Exkanzler Franz Vranitzky und sein Vize Erhard Busek erinnern sich im Gespräch mit Conrad Seidl an den Umbruch des Jahres 1989 – und an eine Schrebergartenmentalität, die bis heute nachwirkt und die positiven Entwicklungen zu überlagern droht.

## „Europapolitisches Konzept nicht gelungen“

STANDARD: Herr Busek, bei einem Vortrag vor genau 20 Jahren haben Sie im kleinen Kreis der Lackenhoferrunde um den nunmehrigen Landeshauptmann Erwin Pröll ziemlich präzise das Zerbröckeln der kommunistischen Systeme analysiert, die damals alle noch im Amt waren. Wie viel konnte man damals in Österreich wissen?

Busek: Ich bin beeindruckt, wenn ich das so vermittelt habe – aber ich zähle mich nicht zu jenen, die von sich behaupten, gewusst zu haben, dass der Eisernen Vorhang zu diesem Zeitpunkt zusammenbricht. Das konnte niemand. Dafür ist das in den letzten 20 Jahren eigentlich recht gut gegangen – am meisten hat das die österreichische Wirtschaft begriffen. Das ist trotz Finanzkrise eine bleibende Chance; das Schlechtreden halte ich für sehr problematisch.

STANDARD: Herr Vranitzky, deckt sich das mit Ihrer Erinnerung?

Vranitzky: Ich teile vollkommen die Meinung, dass niemand guten Gewissens behaupten kann, er hätte gewusst, was da passiert. Was man beobachten konnte, war eine Personifizierung des Öffnungsprozesses – da ist an erster Stelle Michail Gorbatschow zu nennen. Hier hat sich etwas weltpolitisch Interessantes abgespielt: Der absolut anti-kommunistische Ronald Reagan war eine Hauptfigur, um die Metamorphose weg vom „Reich des Bösen zu vollziehen“. Man darf als Europäer den starken amerikanischen Beitrag zur Entwicklung nicht übersehen. Aber in einem Punkt waren wir schon ganz gut vorbereitet: Die österreichische Wirtschaft hat nicht erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs die Chancen in Osteuropa erkannt und genutzt. Daher ist es nach 1989 unseren Leuten auch leichter gefallen, unsere Marktchancen auszuweiten und zu nutzen – was übrigens zu neidvollen Kommentaren der Deutschen geführt hat ...

Busek: ... und nach wie vor führt ... Vranitzky: Genau! Eine der Ursachen, warum man sagt, dass die

österreichischen Banken angeblich schlechter dran sind als die anderen, geht in diese Zeit zurück.

Busek: Eine Person, die man zu Gorbatschow und Reagan noch ergänzen sollte, ist Johannes Paul II. Das hängt auch zusammen mit der Gewerkschaftsbewegung Solidarność, die aufgezeigt hat, dass eine kommunistische Regierung nicht in der Lage war, etwas für die Arbeiter zu tun. Was ich zur Wirtschaft ergänzen möchte, ist die Mentalitätsfrage – das wird mit immer wieder gesagt: Wir können besser mit den Leuten reden als die Deutschen.

Vranitzky: Im Westen gab es ja Gegner der Wiedervereinigung, denn

Am meisten hat die österreichische Wirtschaft begriffen. Das ist trotz Finanzkrise eine bleibende Chance; Schlechtreden halte ich für problematisch.

Erhard Busek

da herrschte ja die landläufige Meinung: Die kriegen ein tolles Industrieimperium dazu. Damals haben deutsche Freunde gemeint: „Die Eisenacher Motorenwerke? Da erzeugen wir ab morgen BMW!“ Dann sind sie hingekommen und haben gesehen: Das sind überhaupt keine Fabriken. Und die Kosten der Wiedervereinigung, die wir über die Zinspolitik der Deutschen Bundesbank alle mitgetragen haben, sind ja nicht zuletzt deshalb so viel höher gewesen, weil man die Qualität der Wirtschaft überschätzt hatte.

STANDARD: Man ist im Westen – bis hinein ins Amerika Reagans – der Propaganda aufgesessen, dass es im Osten wirtschaftlich gut laufe?

Vranitzky: Margaret Thatcher hat mir erzählt, dass das intellektuelle

Potenzial der Ostdeutschen bedeuten würde, dass Deutschland zu einer noch viel bedeutenderen Wirtschaftswundermacht aufsteigen dürfen: Da gibt es noch eine nichttechnokratische Seite, nämlich die humanitäre. Mit diesem Jahr 1989 sind unglaubliche polizeistaatliche Maßnahmen zu Ende gegangen – das darf nicht zweitrangig hinter dem Ökonomischen betrachtet werden.

STANDARD: Sie haben beide persönlich versucht, in Österreich ein Bewusstsein für die Veränderungen zu schaffen. Da war SPÖ-Parteitag in Graz – und mit einem Auge hat man mitverfolgt, dass sich in der DDR die Ereignisse überschlagen. Aber ist das bei der Basis angekommen?

Busek: Ich stand immer unter dem Verdacht, „ostanfällig“ zu sein und damit anti-EU. Und dann kamen rasch die Ängste: Die kommen jetzt alle, die nehmen uns alles weg. Vranitzky: In der Industriearbeiterschaft und in der Bauwirtschaft – die Stahlwerke und Hotels im Osten gebaut haben – hat es schon vorher eine stark positive Einstellung zum Wirtschaftsverkehr mit Osteuropa, inklusive Russland gegeben. Andererseits hatte ich alle Hände voll zu tun, als die ersten Kaufreisen nach Österreich begonnen haben.

STANDARD: In einer Fessel-Umfrage haben im Dezember 1989 sechs Prozent gesagt, dass die Besucher „lästig“ wären, elf Prozent haben ein „Argernis wegen der verstopften Straßen“ erlebt.

Vranitzky: Das ist so weit gegangen, dass Sektionsleiter von SPÖ-Sek-

tionen aus dem zweiten und elften Bezirk gekommen sind und gesagt haben: „Das muss man rasch unterbinden, denn wir können die Autobusse nicht aufnehmen. Da ist ein Hygieneproblem! Die trampeln in unsere Schrebergärten.“ Da ist die weltpolitische Entwicklung auf die Sicherheit unserer Schrebergärten geschrumpft worden.

Busek: Das hat noch immer eine Nachwirkung – im Ausbau der Infrastruktur zu unseren Nachbarn – eine Fahrt von Linz nach České Budějovice ist abenteuerlich.

STANDARD: Was man sich 1989 nicht vorstellen konnte: Dass diese Länder einmal in der EU sein werden.

Der EU beizutreten ist das eine – und dabei zu sein, etwas anders. Das heißt unter anderem, Allianzen zu schließen mit anderen Mitgliedern.

Franz Vranitzky

Damals konnten sich das ja viele nicht einmal für Österreich vorstellen. Warum war das damals so schwer, den berühmten „Brief nach Brüssel“ zu schreiben, was musste da passieren?

Busek: Das muss man sagen: Das war ein Verdienst Vranitzkys.

Vranitzky: Danke schön! Aber: Was habe ich vorgefunden in meiner Partei? Eine Meinungsposition, die über viele Jahre gehätschelt wurde. Die Position lautete: „EG ist Nato – und Nato wollen wir nicht. Wir haben eh die Efta, wo auch andere neutrale Länder drinnen sind. Und die Efta unterscheidet sich angenehm von der EG, weil sie keine supranationalen Behörden hat. Da kann uns keiner was dreinreden.“ Der EU beizutreten ist das eine – und dabei zu sein ist etwas anderes. Das heißt nämlich unter ande-

rem, Allianzen zu schließen mit anderen Mitgliedern. Dies wird umso dringlicher, je mehr Mitgliedsländer es gibt. Da kann man immer weniger davon ausgehen, dass alle in Detailfragen einer Meinung sind oder überhaupt eine Meinung haben. In einem Fischeikonflikt von Schweden und Finnland könnten wir uns versucht fühlen zu sagen: „Betrifft uns nicht. Berührt uns nicht.“ Andersherum haben weder die Schweden noch die Finnen irgendein Interesse an unserem Transitvertrag gehabt. Wenn wir uns mit denen zusammengesetzt hätten, hätten wir über Allianzen gegenseitiges Verständnis und Unterstützung schaffen können.

Busek: Ich möchte da durchaus noch massiver werden: In Wahrheit ist es für kleinere EU-Staaten sehr geraten, eine gewisse Gruppenbildung zu haben, anderen bei Konflikten zu assistieren. Kleinere Staaten sind ja beweglicher als die Großen, sie könnten für die Integration mehr tun. Ich wäre zum Beispiel dafür, dass sich die Österreicher im Konflikt Slowenien – Kroatien engagieren sollen. Der kürzeste Weg von der österreichischen zur kroatischen Grenze ist 28 Kilometer, das ist also quasi ein Nachbarstaat. Das, was nicht gelungen ist, ist: Ein europapolitisches Konzept für Österreich selbst zu entwickeln, wofür wir stehen wollen. Das ist auch eine Folge dessen, dass der Populismus in unverträglichem Ausmaß zunimmt, in einer Partei schon immer, aber jetzt auch in den anderen.

STANDARD: Da ist Ihre Partei angesprochen?

Vranitzky: Meine?

Busek: Nicht nur, aber auch ...

Vranitzky: Also ehrlich: Ich neige dazu, das zu ignorieren.

Busek: Das ist das Einzige, was uns übrigbleibt.

ZUR PERSON:

Franz Vranitzky war 1986 bis 1997 Bundeskanzler, Erhard Busek 1989 bis 1995 Regierungsmittglied.



7. November 1917

Nach militärischen Fehlschlägen Russlands im Ersten Weltkrieg und in sozialer Not kam es zu Massenstreiks. Zar Nikolaus II. dankte ab, eine bürgerliche Regierung ergriff die Macht. Am

7. November (nach julianischem Kalender am 22. Oktober) wurde sie von den Bolschewiki, den Kommunisten, in der Oktoberrevolution gestürzt, an deren Spitze Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin (Bild) stand. Im März 1918 war für Russland der Erste Weltkrieg zu Ende. 1922 wurde u. a. mit der Ukraine die Sowjetunion gegründet, die bereits von Josef Stalin (Sowjetdiktator von 1924 bis 1953) geformt wurde.



10. September 1919

Nach der Niederlage Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg wurde die Doppelmonarchie aufgelöst. Im Friedensvertrag von Saint-Germain dekretierten die Siegermächte (Frank-

reich, England, Russland, dazu Italien und die USA), dass die Republik Österreich („Cisleithanien“) Gebiete an die neu- bzw. wiedergegründeten Staaten Tschechoslowakei und Polen abgeben musste. Südtirol und Istrien wurden Italien zugesprochen. Schon zwei Monate vorher, am 28. Juni, waren im Vertrag von Versailles dem Deutschen Reich große Gebietsabtretungen, vor allem im Osten Europas, auferlegt worden.



4. Juni 1920

Der ungarische Teil der Habsburgermonarchie musste im Vertrag von Trianon auf Kroatien und die Slowakei verzichten. Gemäß dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, wie es Woodrow Wilson (Bild; US-Präsi-

dent 1913–1921) eingefordert hatte, gab es Volksversammlungen und Abstimmungen. Siebenbürgen wurde daraufhin an Rumänien angeschlossen. Das Burgenland ging 1921 an Österreich, die Hauptstadt Ódenburg (Sopron) blieb nach einer Abstimmung ungarisch. Unabhängig davon wurde 1920 in der Kärntner Volksabstimmung entschieden, dass die überwiegend von Slowenen bewohnten Gebiete im Süden bei Österreich blieben. Foto: AP



## Nickelsdorf

DDR-Bürgern, denen im Sommer 1989 die Flucht von Ungarn nach Österreich gelungen war, hatten oft Freunde und Familie zurückgelassen. Im September 1989 konnte man schon offiziell und ohne Gefahr einreisen. Hier eine Wiedervereinigung am 11. September beim Grenzübergang in Nickelsdorf.

Fotos: Corbis (li.), Robert Newald (re.)



## Als die krisenerprobten Ossis siegen lernten

Zwanzig Jahre nach dem Hochgehen des Eisernen Vorhangs und dem Fall der Mauer bietet sich ein vielfältiges, aber bei weitem nicht nur negatives Bild.

Erhard Stackl

Egon Bahr, in den 1970er-Jahren einer der Väter der westdeutschen Entspannungspolitik mit Osteuropa und inzwischen 87, ist enttäuscht. Die „innere Einheit Deutschlands“ sei auch 20 Jahre nach dem Mauerfall nicht erreicht, sagte Bahr kürzlich in Berlin.

Sauer ist auch Pastor Christian Führer (66), vor dessen Leipziger Nikolaikirche 1989 nach dort abgehaltenen Friedensgebeten die folgenreichen „Montagsdemonstrationen“ für Freiheit und Demokratie stattfanden. Führer lehnt die Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland“ für den Gesamtstaat ab, weil das nach Übernahme klinge. Die Protagonisten der gewaltfrei und mit hohem persönlichen Einsatz erreichten „friedlichen Revolution“ bekommen allerdings auch von jungen Ossis zu hören, dass die DDR damals eben pleite war und von Kanzler Helmut Kohl einfach übernommen wurde.

In Polen droht Lech Walesa (66), der Gewerkschafter, der Friedensnobelpreisträger und Staatspräsident wurde, mit dem Auswandern. Er wolle sich von jungen Historikern nicht länger böswillig unterstellen lassen, er habe in den 1970er-Jahren mit dem KP-Geheimdienst zusammengearbeitet. In rechtsnationalen Kreisen wird auch die von Walesa und Co 1989 ausgehandelte Machtteilung mit den Kommunisten abgelehnt, ohne dass jemand sagen könnte, wie die Diktatur sonst zu überwinden gewesen wäre.



„Die besten zwanzig Jahre“

Adam Michnik, aus Warschau kommender Vordenker des Umbruchs in Osteuropa, sagte dagegen bei einer vom STANDARD mitveranstalteten Diskussion im Wiener Burgtheater, in Polen seien „die letzten zwanzig Jahre die besten in den letzten 300 Jahren“ gewesen.

Im Jahr 1989 beschleunigte sich und kulminierte im Osten Europas ein Demokratisierungsprozess, der eine ganze Reihe von Diktaturen rasch und – mit wenigen Ausnahmen – gewaltfrei zusammenbrechen ließ. Bis dahin galt es als gesicherte Wahrheit, dass ein Rütteln an der im Gefolge des Zweiten Weltkriegs entstandenen Ordnung der einander bedrohenden Blöcke den Atomkrieg und damit die Auslöschung der Menschheit bedeuten würde.

Damit es nicht dazu kam, war auch bei den Machthabern so etwas wie ein „Wille zur Ohnmacht“ nötig, wie das der ehemalige DDR-Pastor Ehrhart Neubert heuer nannte. Und Kohls damaliger Arbeitsminister Norbert Blüm erinnerte daran, dass in der DDR „nur ein Funke genügt“ hätte, um eine Gewaltorgie auszulösen. Immerhin hatten hohe KP-Funktionäre nach dem 4. Juni 1989 den chine-

sischen Genossen zur blutigen Unterdrückung der Demokratiebewegung auf Pekings „Platz des himmlischen Friedens“ gratuliert.

Nach der Implosion der Ost-Diktaturen fällten die Regierungen Westeuropas die (friedens-)politi-

sche Entscheidung, die neuen Demokratien zu integrieren; sie wurden in Nato und EU aufgenommen, ohne die Kriterien all zu scharf zu kontrollieren. Niedrige Löhne und die Bereitschaft, eine reine Marktwirtschaft ohne hohe Sozialkosten zu realisieren, trugen zum trügerischen Wirtschaftsboom bei.

Das Hochgehen des Eisernen Vorhangs befreite Österreich aus seiner Randlage und „löste einen wahren Internationalisierungs-

schub aus“, wie auch Ungarns Pester Lloyd zu berichten weiß.

Als nach dem US-Finanzkrach der Investitionszufluss versiegt, wurde im Osten die Krise virulent. Nun werden manche, wie der Ungar Gáspár Miklós Támas, Ex-Dissident, dann liberaler Abgeordneter, von Gewissensbissen geplagt. Obwohl zwei Millionen Jobs verloren gingen, habe das in seiner Abgeordnetenzzeit niemand diskutiert, sagt Támas, der bei der EU-Wahl für eine

linke Liste antritt. Im Osten habe sich eine „anti-egalitäre Haltung“ breitgemacht. Viele in der „Generation '89“, die nach der Wende erwachsen wurden, orientierten sich an westlichen Erfolgsmanagern und erfuhren wenig „Solidarität“.

Die könnte jetzt wieder gefragt sein, meint Lothar de Maizière (CDU), der letzte Premier der DDR. Was das Überstehen von Krisen betreffe, da hätten die Osteuropäer den Westlern einiges voraus.

Eine Information des Bundesministeriums für Finanzen

## Die Steuerreform ist da. Und zwar dort, wo sie hingehört. Auf Ihrem Konto.



Die Steuerreform 2009 ist die größte Steuerentlastung, die es seit Jahrzehnten in Österreich gab. Und davon profitieren alle, die Steuern zahlen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Familien mit Kindern, Selbständige und Betriebe. Und alle zusammen durch den wichtigsten Effekt, den diese Steuerentlastung nach sich zieht:

3,2 Milliarden Euro mehr in den Geldbörsen der Österreicherinnen und Österreicher. Das bedeutet mehr Kaufkraft, mehr Konsum – und damit wieder mehr Wachstum und Arbeitsplätze für unser Land.

Die Entlastungen gelten rückwirkend zum 1.1.2009. Für die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird die Steuerreform daher jetzt spürbar – mit den höheren Nettogehältern, die ab Ende April überwiesen werden.



### 3,2 Milliarden für alle Steuerzahler

Ob angestellt oder selbständig: Von den niedrigeren Steuertarifen profitieren alle – je nach Einkommen mit bis zu 1.350 Euro im Jahr. Wer 25.000 Euro im Jahr verdient, zahlt statt durchschnittlich 23 % jetzt nur noch 20 %. Bei 51.000 Euro im Jahr sind es statt bisher 34 % nur noch rund 32 %. Bisher galt der Spitzensteuersatz schon ab 51.000 Euro im Jahr, jetzt erst ab 60.000 Euro. Und Einkommen bis 11.000 Euro im Jahr sind überhaupt steuerfrei. Dazu kommt: Spenden an humanitäre Organisationen können erstmals von der Steuer abgesetzt werden.

Ein(e) Angestellte(r) verdient monatlich € 3.200 brutto. Allein durch die Tarifentlastung zahlt er/sie in diesem Jahr € 664 weniger Steuern.



### Für Familien

Familien mit Kindern werden mit insgesamt 510 Millionen Euro entlastet: Mit neuen Freibeträgen und höheren Absetzbeträgen. Die Kosten für Kinderbetreuung können erstmals steuerlich abgesetzt werden. Zusammen mit der 13. Familienbeihilfe ergibt das praktisch ein 15. Monatsgehalt für Familien mit Kindern.

Familie mit 3 Kindern. Einkommen der Eltern: € 3.000 bzw. € 1.500 brutto/Monat. € 4.600 Kinderbetreuungskosten im Jahr. Jährliche Entlastung: € 4.036.

### Für Selbständige

Zusätzlich zur Tarifsenkung und den Entlastungen im Familienpaket: Der bisherige Freibetrag für investierte Gewinne wird von 10 % auf 13 % erhöht und von Einnahmen-Ausgaben-Rechnern auf Bilanzierer ausgedehnt. Zusätzlich wurde das Investitionserfordernis für die ersten 30.000 Euro abgeschafft. Erstmals werden auch Gebäude als Investitionsgüter gewertet.



Diese Entlastungen sind ein klares Bekenntnis zu den Leistungsträgern in unserem Land, aber auch ein soziales Signal. Nutzen Sie unser Service und informieren Sie sich. Denn ich will, dass jeder Euro Entlastung genau dort ankommt, wo er hingehört: In Ihrer Brieftasche.

Josef Pröll  
Finanzminister

### Für weitere Informationen

Eine spezielle Homepage im Internet ist für Sie da. Dort finden Sie auch unseren Steuervergleichsrechner. Damit können Sie sich direkt ausrechnen, wie viel Entlastung die Steuerreform 2009 ganz konkret für Sie bringt. Und Sie können sich anschauen, wofür Ihr Steuergeld verwendet wird. Schließlich sind es Ihre Steuern, die Sie bezahlt haben. [www.entlastung2009.at](http://www.entlastung2009.at)

Übrigens ist das Geld für dieses Inserat nicht „rausgeschmissen“, sondern ganz nebenbei wie ein Konjunkturprogramm für Österreichs Printmedien und die Arbeitsplätze, die sie schaffen.

BMF  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR FINANZEN



## Tschenschow

Mit der Bildung der polnischen Gewerkschaft Solidarność Anfang der 1980er-Jahre fing alles an. Der polnische Papst Johannes Paul II. unterstützte sie. Seine Botschaft an die gläubigen Polen wie hier bei der Messe in Tschenschow war: „Habt keine Angst!“ Über seine wahre Bedeutung für das Ende des Ostblocks und den Grad der Involvierung des Vatikans diskutieren die Historiker.

Fotos: EPA, AP / Alik Keplicz



## „War total überzeugt, dass wir das Richtige taten“

George Bush sprach in seiner Antrittsrede 1989 vom Ende des Totalitarismus. Dass es so schnell kommen würde, überraschte den US-Präsidenten dann doch. Christoph Prantner hat ihn dazu befragt.

STANDARD: Bereits vor Ihrem Amtsantritt als US-Präsident haben Sie über Jahre intensive Geheimdienstbriefings erhalten. Hätten Sie am 20. Jänner 1989 tatsächlich erwartet, dass die totalitäre Ära – so wie Sie in Ihrer Inaugurationsrede erklärten – in Osteuropa noch in diesem Jahr zu Ende geht?

**Bush:** Als ich 1989 Präsident wurde, haben mich die Entwicklungen in Polen ermutigt. Meiner damaligen Einschätzung nach konnte auch in Deutschland etwas Bedeutendes passieren. Aber wir hatten keinen Anlass zur Annahme, dass binnen zwölf Monaten die Berliner Mauer obsolet und eine deutsche Wiedervereinigung zum Greifen nahe sein würde.

STANDARD: Wann haben Sie erkannt, dass die Sowjetunion am Ende ist und der Kalte Krieg bald vorbei sein könnte?

**Bush:** Unser bilateraler Gipfel in Malta im Dezember 1989 hat mich sicher gemacht, dass die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion über die quasi traditionellen Konflikte des Kalten Krieges hinaus kommen könnten. Dennoch habe ich nie angenommen, dass die Sowjetunion bis Dezember 1991, als das Konzept der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten aufkam, zu existieren aufhören könnte. Am Weihnachtsabend 1991 rief mich Präsident Michail Gorbatschow an und informierte mich, dass er aus dem Amt scheidet. Das war sicher einer der bemerkenswertesten Augenblicke in den vier Jahren meiner Präsidentschaft.

STANDARD: Breschnew-Doktrin oder Sinatra-Doktrin, beschränkte Souveränität oder My-way-Formel für die sowjetischen Satellitenstaaten? Es war lange nicht klar, ob sich Gorbatschow im Kreml durchsetzen würde. Warum haben Sie ihm ver-

**Der Beschluss, gemeinsam gegen Saddam Husseins Invasion in Kuwait vorzugehen, markiert für George Bush das Ende des Kalten Krieges.**

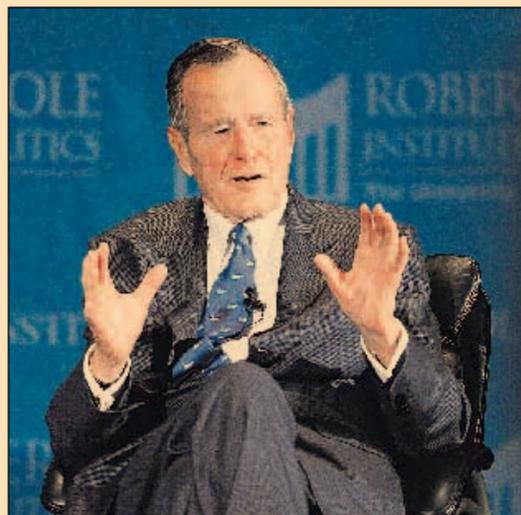
Foto: Reuters

traut? Gab es Ihre Informationen nach irgendwann im Laufe des Jahres die unmittelbare Gefahr, dass die Sowjets mit Militärgewalt in Osteuropa eingreifen könnten?

**Bush:** Seit ich Michail Gorbatschow das erste Mal traf, hatte ich den Eindruck, dass er ein aus anderem Holz geschnitzter sowjetischer Führer war – er war einnehmender, charismatischer und viel offener für die Ideen und Gedanken anderer. Als wir einander dann näher kennenlernten, sah ich, dass er ein wirklich guter Mensch war, der sein Bestes versuchte, um die Lebensqualität seiner Landsleute zu heben.

STANDARD: Was ist für Sie das Foto, das das Ende des Kalten Krieges am Besten illustriert?

**Bush:** Die Auswahl dieser Ikone überlasse ich anderen. Mein Treffen mit Präsident Gorbatschow 1990 in Helsinki, wo wir zusammenkamen, um gegen Saddam Husseins Invasion in Kuwait aufzutreten, markierte jedenfalls eine grundlegende Veränderung in geopolitischen Dingen. Hier waren zwei Supermächte und ehemalige Feinde zusammengekommen, um eine internationale Krise zu lösen, die von einem ehemaligen sowjetischen Satellitenstaat ausgelöst wurde.



STANDARD: Wie beurteilen Sie die Rolle Österreichs in dieser Zeit?

**Bush:** Als der Geist aus der Flasche gelassen wurde, als den Ostdeutschen über Ungarn die Ausreise in die Freiheit endlich gewährt wurde, war Österreich da und hat dabei geholfen, eine Kette von Ereignissen in Gang zu setzen, die schließlich zum Fall der Berliner Mauer führte.

STANDARD: Es gibt eine alte Auseinandersetzung zwischen zwei Positionen: einerseits der OSZE-Zugang und die Herausforderung der Sowjets auf dem Gebiet der Menschenrechte, andererseits das SDI-Star Wars-Projekt und der durch das Wettrüsten ausgelöste ökonomische Stress in Moskau – was hat letztlich zur Implosion des Sowjet-Imperiums geführt?

**Bush:** Mein lieber Freund Kanzler Helmut Kohl hat einem anderen lieben Freund, dem kanadischen Premierminister Brian Mulroney, vorausgesagt, dass der Kommunismus zusammenbrechen wird, sobald westdeutsches Fernsehen nach Ostdeutschland gesendet wird. Der Grund? Die Ostdeutschen konnten so selbst Abend für Abend die Lebensqualität der Menschen im Westen sehen – und deren Freiheit. Das hat unserer Sache mit Sicherheit geholfen.

STANDARD: Wann hat Sie Kanzler

Kohl das erste Mal angerufen, um sich über die Chancen zur deutschen Wiedervereinigung zu erkundigen? Wie oft hat Präsident François Mitterrand bei Ihnen dagegen protestiert? Sie selbst waren lange sehr vorsichtig in der Beurteilung der Ereignisse von 1989, erst nach dem Malta-Gipfel wurde die US-Politik aktiver. Warum?

**Bush:** Für mich hat das Thema Wiedervereinigung im Februar 1990 bei einem Treffen in Camp David tatsächlich Gewicht bekommen, Kanzler Kohl und ich haben es dort in aller Ausführlichkeit diskutiert. Während andere, wie Präsident Mitterrand, weniger hoffnungsfroh über die Aussichten waren, Europa zu einigen, war ich total davon überzeugt, dass wir das Richtige taten, aus den richtigen Gründen und zum richtigen Zeitpunkt in der Geschichte.

STANDARD: 1990/1991 gab es eine kurze Phase nie gekannter Einigkeit in den Vereinten Nationen: Die USA und die Sowjetunion kooperierten, die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates waren sich über viele Themen einig. Der Golfkrieg fand unter UN-Zustimmung statt. Warum hat die internationale Staatengemeinschaft danach den Kooperationsfaden verloren?

**Bush:** Der Golfkrieg hat die Aufmerksamkeit der Welt für einige Monate auf sich gezogen. Das Drama dieser Geschichte – und die Einigkeit, mit der die internationale Gemeinschaft gegen die unprovokierte Aggression Saddams auftrat – hat eine hoffnungsvolle neue Ära erkennen lassen. Seither hat die Staatengemeinschaft die Kooperation fortgesetzt und viel mehr zusammengearbeitet, als die meisten Menschen realisieren wollen. Und die Medien haben naturgemäß auf Bereiche abgestellt, wo es gelegentlich Debatten und verschiedene Auffassungen gab.

STANDARD: Haben Sie immer noch Kontakt zu Gorbatschow? Was besprechen Sie gemeinsam?

**Bush:** Ja, ich habe noch Kontakt mit meinem geschätzten Freund Michail. Er hat uns 2004 in Texas besucht und meinen 80. Geburtstag mit mir gefeiert. Und er hat mir sogar eine Flasche Wodka und Blumen geschenkt, als ich damals einen Fallschirmsprung gemacht habe. Michail hat uns auch in unserem Haus in Maine besucht, und ich ihn in Russland. Dieser Tage allerdings reden wir mehr über Familienangelegenheiten als über den Lauf der Welt.

STANDARD: Was ist das wichtigste Erbe des Jahres 1989?

**Bush:** Aus meiner Sicht, dass die Revolution in Mittel- und Osteuropa von Völkern mit dem großen Wunsch nach Freiheit getragen wurde und dass diese Revolution friedlich war. 1989 hätte es keine Wiederholung des Prager Frühlings gegeben.

## ZUR PERSON:

George Herbert Walker Bush (84) war zwischen 1989 und 1993 der 41. Präsident der Vereinigten Staaten. Nach dem Militärdienst als Marineflieger und einem Studium in Yale arbeitete Bush im texanischen Ölgeschäft. 1966 stieg er als Abgeordneter für Houston im Repräsentantenhaus in die nationale Politik ein. In den 1970er-Jahren

war er Vorsitzender der Republikanischen Partei, amerikanischer UN-Botschafter, Geschäftsträger der US-Vertretung in Peking und Direktor der CIA. 1980 unterlag er bei den republikanischen Vorwahlen Ronald Reagan, der ihn als Vizepräsidenten engagierte. 1988 gewann er dann die Wahl überlegen gegen Michael Dukakis. Nach dem Golfkrieg war Bush auf dem Höhepunkt seiner Karriere, die Wahlen in einer Wirtschaftskrise verlor er gegen Bill Clinton dennoch. Mit seiner Ehefrau Barbara hat Bush sechs Kinder, darunter George W. Bush, den 43. Präsidenten der USA. Das Interview wurde via E-Mail geführt.

1989 hätte es keine Wiederholung des Prager Frühlings gegeben.



13. März 1938

In den schwierigen Jahren nach dem Ersten Weltkrieg kamen zuerst in Italien und 1933 auch in Deutschland Diktatoren an die Macht. Hass auf Juden und auf das „Diktat von Versailles“ waren

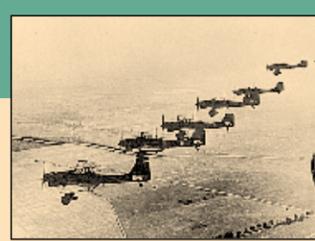
Triebfedern von Adolf Hitler. Juden wurden diskriminiert und sollten in ganz Europa vernichtet werden. „Verlorene“ Gebiete holte Hitler „heim ins Reich“: 1935 das Saarland, im März 1938 im dort von vielen gefeierten „Anschluss“ Österreich. Später in diesem Jahr wurden ihm im Münchner Abkommen von Europas Staatsmännern, die den Krieg vermeiden wollten, Teile der Tschechoslowakei zugestanden. F.: Dt. Bundesarchiv



23. August 1939

Hitlers Außenminister Joachim von Ribbentrop und Stalins Außenkommissar Wjatscheslaw Molotow schlossen in Moskau einen mit 23. August 1939 datierten deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt,

der als Hitler-Stalin-Pakt bekannt wurde. Offiziell ging es um eine neutrale Haltung der Sowjetunion bei einem Konflikt Deutschlands mit Polen oder dem Westen. Im geheimen Teil wurde die Aufteilung Polens beschlossen. Mit seinem Angriff auf die Sowjetunion brach Deutschland 1941 den Vertrag. Dennoch sah sich Michail Gorbatschow Ende 1989 veranlasst, den Vertrag eigens für ungültig zu erklären.



1. September 1939

Nach inszenierten Zwischenfällen begann Hitlerdeutschland am 1. September 1939 den Angriff auf Polen und damit den Zweiten Weltkrieg.

Briten und Franzosen reagierten mit Kriegserklärungen gegen Deutschland, das zunächst seinen Ostfeldzug erfolgreich fortsetzte und später Teile Frankreichs besetzte. Vor Stalingrad und mit dem Kriegseintritt der USA 1941 wendete sich die Lage. Bis zu Hitlers Selbstmord 1945 starben in dem Krieg, der die ganze Welt umfasste und in dem von den Nazis sechs Millionen Juden ermordet wurden, an die 60 Millionen Menschen. Foto: Bundesarchiv

## Verheerende Anschlagserie in Bagdad

**Bagdad** – Bei einer Anschlagserie auf mehrere Märkte in der irakischen Hauptstadt Bagdad sind am Mittwoch mindestens 41 Menschen getötet worden. Fast 70 Menschen wurden bei den Autobomben-Attentaten im schiitischen Viertel Sadr City (Madinat al-Sadr) verletzt, wie Innen- und Verteidigungsministerium mitteilten. Nach Polizeiangaben gingen die Fahrzeuge am Nachmittag im Abstand von wenigen Minuten hoch.

Zwei Autobomben seien zeitgleich auf einem Markt detoniert, hieß es. Einer der Sprengsätze ging nahe einer beliebten Eisdielenhoch, wo sich zahlreiche Familien versammelt hatten. Aufgebrachte Bürger versuchten nach dem Anschlag irakische Soldaten mit Steinen zu treffen und warfen ihnen vor, nicht genug für ihre Sicherheit zu tun.

In den vergangenen Monaten war die Zahl der Anschläge im Irak allmählich zurückgegangen, seit Februar ist Bagdad jedoch wieder häufig Ziel von Attentaten. Erst am Freitag starben 65 Menschen in der Hauptstadt, als sich zwei Selbstmord-Attentäterinnen in einem schiitischen Viertel in die Luft sprengten.

Das US-irakische Sicherheitsabkommen vom vergangenen November sieht vor, dass die amerikanischen Streitkräfte sich vor Ende Juni aus den irakischen Städten zurückgezogen haben müssen. Der endgültige US-Abzug aus dem Irak muss demnach vor Ende 2011 stattfinden. (AFP, Reuters)

## Attentat auf Ex-Minister in der Türkei vereitelt

**Ankara** – Ein Selbstmordanschlag auf den früheren türkischen Justizminister Hikmet Sami Türk ist am Mittwoch in Ankara nur knapp gescheitert. Als Türk seine Vorlesung an der Uni beginnen wollte, folgte ihm eine junge Frau in den Hörsaal. Nach einer kleineren Explosion, die offenbar den eigentlichen Sprengsatz zünden sollte, wurde die Frau von Türks Leibwächtern überwältigt. Türk sagte, der Anschlagversuch sei möglicherweise eine Racheaktion für einen umstrittenen Polizeieinsatz gegen linksgerichtete Häftlinge während seiner Amtszeit im Jahr 2000.

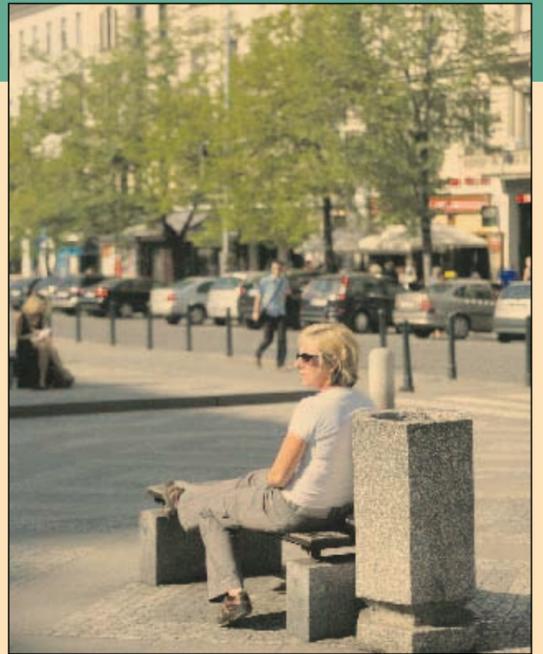
Bei dem blutigsten Anschlag gegen die türkische Armee in diesem Jahr wurden am Mittwoch neun Soldaten getötet. Nach Angaben von Armeechef İlker Basbug kamen sie bei der Explosion einer mächtigen Bombe ums Leben, die einen Panzer und einen gepanzerten Transporter traf. Der Anschlag in der südosttürkischen Provinz Diyarbakir wurde der kurdischen Separatisten-Organisation PKK zur Last gelegt. Die Polizei hat landesweit alle Dienststellen vor Anschlägen von Anhängern der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) gewarnt. (AFP, Reuters)



## Prag, Wenzelsplatz

Seit 1848 heißt der Prager Rossmarkt Wenzelsplatz. Und 1848 gab es dort die ersten politischen Versammlungen. 1918 wurde dort die Gründung der Republik gefeiert, 1968 gegen den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts demonstriert. 1969 verbrannte sich dort der Student Jan Palach. Im Dezember 1989 (links) demonstrierte man für Václav Havel, den Charta-77-Gründer, der am 29. Dezember Präsident der tschechoslowakischen Republik wurde. Nach deren Auflösung und der Entstehung der Tschechischen Republik wurde er am 26. Jänner 1993 zu ihrem ersten Präsidenten gewählt.

Fotos: AP / Greg English, AP / Petr D. Josek



# „Das Regime war wirklich ratlos“

**Václav Havel** war die zentrale Figur der so genannten Samtenen Revolution in der Tschechoslowakei. Havel erklärte in Prag **Alexandra Förderl-Schmid** und **Michael Kerbler**, wie stark 1989 der Zufall Regie führte und warum alles so rasch ablief.

**Förderl-Schmid:** Wenn man sich die Umbruchbewegungen anschaut: In Polen hat es ein paar Jahre, in Ungarn ein paar Monate und in der damaligen DDR ein paar Wochen gedauert. Warum lief das in der Tschechoslowakei binnen Tagen ab?

**Havel:** Das hat wohl mehrere Ursachen. Eine davon kann sein, dass das kommunistische Regime hier am konservativsten von allen war. Wir waren ein Land, das okkupiert war seit 1968, es gab große Säuberungen, hunderttausende Leute mussten ihre Positionen verlassen. An die Macht ist im Gegensatz zu Ungarn und Polen die schlimmste Garnitur gekommen. Aber 1989 war klar: Früher oder später kommt ein Schneeball ins Rollen, der zur Lawine werden wird. Keiner wusste genau, wann das passiert. Aber dass es so kommen wird, war offensichtlich.

**Kerbler:** Waren Sie sicher, dass das positiv ausgeht?

**Havel:** Ich hatte häufiger Gespräche mit westlichen Journalisten. Die haben gesagt, dass die Bemühungen der Charta 77 und der unabhängigen Oppositionsgruppen hoffnungslos sind, wenn das nur ein paar Intellektuelle sind, und das Volk sich den Aktivitäten nicht anschließt. Ich habe den Journalisten, die am Sinn unserer Arbeit so gezweifelt haben, immer gesagt, vielleicht hält das Regime noch lange oder es wird sich ein kleines bisschen reformieren. Vielleicht wird das in wenigen Tagen ganz zusammenbrechen. Das konnte man gar nicht vorhersagen. Dank des Zusammenspiels von vielen unterschiedlichen Umständen war

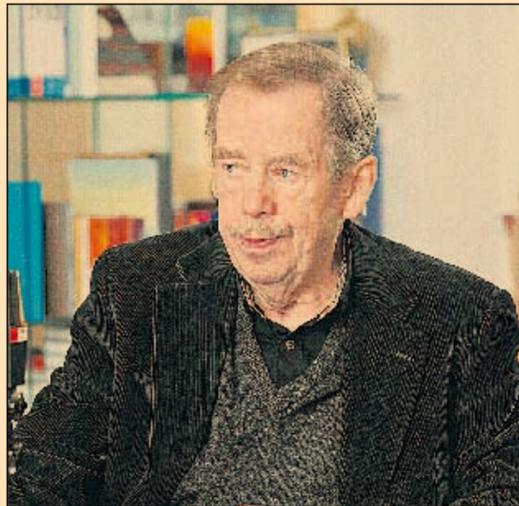
**Zwischen Februar und Mai 1989 war Václav Havel noch in Haft. Schon damals sei klar gewesen: „Ein Schneeball kommt ins Rollen, der zur Lawine wird.“**

Foto: Jan Vidra

der Verlauf bei uns dann so schnell und so gewaltlos. Wobei man erwarten hätte können, dass es sehr konfrontativ werden kann. Aber das Regime war nicht einmal imstande, sich zu entscheiden, was man tun soll. Die geheime Sicherheitspolizei hat offenbar keine eindeutigen Befehle bekommen. Das Regime war in so einer großen inneren Krise, dass es nicht imstande war, diese Mittel zur Unterdrückung der Volksbewegung zu nutzen.

**Kerbler:** War das tatsächlich eine Samtene Revolution oder ein kommunistischer Coup, der deshalb inszeniert wurde, damit die Hardliner im Regime wegfallen, die Kommunisten hätten 1989 überlegt, Sie zum Kulturminister zu machen, um der Unzufriedenheit in der Bevölkerung etwas entgegenzusetzen. Haben Sie davon gewusst?

**Havel:** Ich kann nicht ausschließen, dass bei irgendwelchen chaotischen Gesprächen irgendwo im ZK der kommunistischen Partei so was geäußert wurde. Aber so etwas war in der Tat nicht real. Ein Mensch, über den man noch vor einer Woche geschrieben hat, er sei



Verräter der Nation und Feind der Nation – man hatte Angst, diesem Mann auf der Straße die Hand zu geben –, so eine Person kann doch nicht von einem Tag auf den anderen zum Kulturminister werden. Das hätte nur passieren könnten, wenn alles zusammengebrochen wäre.

**Förderl-Schmid:** Ihre größte Niederlage als Präsident bezeichneten Sie einmal den Zerfall der Tschechoslowakei 1992. Sehen Sie das noch so?

**Havel:** Wenn ich das heute mit dem Abstand von 18 Jahren sehe, glaube ich, dass ich keine besonderen Fehler begangen habe. Früher oder später hätte man sich doch voneinander getrennt. Es hat sich gezeigt, dass der gemeinsame Staat wohl nicht so ein festes Fundament hatte. Heute habe ich den Eindruck, es ist jedem egal, wir haben jetzt den gemeinsamen Lebensraum, die Europäische Union. Von diesem Standpunkt aus scheint es mir, dass es kein großes Unglück war. Es war wahrscheinlich sogar eine historische Notwendigkeit.

### ZUR PERSON

Der Autor Václav Havel (72) war der Mitbegründer der Bürgerrechtsinitiative Charta 77, verbrachte insgesamt fünf Jahre als Regimekritiker in Haft. 1989 war er führender Vertreter des Bürgerforums und vom 30. Dezember 1989 an dreizehn Jahre Präsident, zuerst der Tschechoslowakei, nach der Teilung 1992 Tschechiens.

**ORF** Nächsten Donnerstag (7. Mai) wird in Ö1 das gesamte Interview in der Sendung „Zeitgenossen im Gespräch“ um 21.01 Uhr ausgestrahlt. Havel sprach mit Michael Kerbler (Ö1) und Alexandra Förderl-Schmid über Temelín, die Zilk-Affäre, wer ihn bespitzelte, und was im Leben wichtig ist. Am gleichen Tag erscheint Teil II des Gesprächs auch im STANDARD.



## 11. Februar 1945

Bei der **Konferenz von Jalta**, die am 11. Februar 1945 auf der Halbinsel Krim abgeschlossen wurde, legten die Alliierten, Briten-Premier Winston Churchill, US-Präsident Franklin D. Roosevelt und Sowjetdiktator Josef Stalin (v. li.) die Nachkriegsordnung fest. Deutschland und Österreich wurden in Besatzungszonen aufgeteilt, ein Teil Osteuropas Stalins Einflussbereich zugesprochen. Details regelten die „Großen Drei“ im Juli 1945 auf der Potsdamer Konferenz, wo u. a. Polen nach Westen verschoben wurde, was Massenumsiedlungen bedeutete.



## 5. März 1946

„Ein Schatten ist auf die Erde gefallen,“ sagte der kurz zuvor abgewählte britische Premier Winston Churchill im März 1946 in einer Rede im Westminster College in Fulton im US-Staat Missouri. Im sowjetischen Einflussbereich sah dabei auch Teile von Österreich verschwinden: „Es scheint, dass sich von Stettin an der Ostsee bis Triest am Mittelmeer ein **Eiserner Vorhang** über den Kontinent senkt. Hinter dieser Linie liegen alle Hauptstädte der alten Staaten von Zentral- und Osteuropa – Warschau, Berlin, Prag, Wien, Budapest, Belgrad, Bukarest und Sofia.“

Foto: Newald



## 4. April 1949

Von Juni 1948 bis Mai 1949 ließ die Moskauer Führung alle Zufahrtswege nach Westberlin blockieren, das in der sowjetischen Besatzungszone lag. Die Westalliierten versorgten die Berliner über eine Luftbrücke. Im September 1949 testeten die Sowjets erfolgreich eine Atombombe und brachen damit das Nuklearmonopol der USA. Im April 1949 schlossen die USA mit elf westeuropäischen Staaten das **Militärbündnis Nato**, dem 1955 auch die BRD beitrug. Bereits 1952 beschloss die Nato, auf Sowjetangriffe mit „massiver“, auch atomarer, Vergeltung zu antworten.



### Nächste Schritte

Der österreichische Außenminister Alois Mock und sein ungarischer Amtskollege Gyula Horn waren nicht die ersten mit der Zange. Aber der Termin vor Journalisten und Fotografen am 27. Juni 1989 hatte Signalwirkung. Der Prozess der Öffnung war ab nun nicht mehr rückgängig zu machen, wie der Gedenkstein rechts beweist.

Fotos: EPA/R. Jäger, Robert Newald



## „Russland bewegt sich durch Revolutionen“

Für Nina Chruschtschowa, Expertin für internationale Beziehungen und Enkelin Nikita Chruschtschows, war der Kollaps der UdSSR unvermeidlich. Ein liberaleres Russland sieht sie vorerst nicht. Die Fragen stellte Josef Kirchengast.

STANDARD: Was waren die Hauptursachen für Glasnost (Offenheit) und Perestrojka (Umbau) in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow: ein Überschwappen der Entwicklung in Ländern wie Polen oder die inneren Verhältnisse, vor allem die schlechte Wirtschaftslage?

**Chruschtschowa:** Polen hatte sicher Einfluss auf ganz Osteuropa. Aber Solidarność begann schon 1980, Perestrojka erst 1986, als Russland die passende Führungsperson für den Beginn demokratischer Reformen bekam. Ich glaube, die Hauptursache liegt in der Persönlichkeit Gorbatschows, der einen „Kommunismus mit menschlichem Antlitz“ wollte und sicher war, dass Russland, wenn es vorankommen wollte, neue Prioritäten in Richtung Offenheit und Freiheiten setzen musste und auch kritisch in seine Vergangenheit blicken musste. Was die schlechte Wirtschaftslage betrifft: Wann hatte die UdSSR jemals eine gute?

STANDARD: Gab es vor 1989 einen entscheidenden Moment, einen Punkt ohne Umkehr, der unvermeidlich zum Ende des Sowjetimperiums führen musste?

**Chruschtschowa:** Ein Ereignis hatte sicher große Bedeutung: die 19. Allunions-Parteikonferenz am 28. Juni 1988. Sie wurde offen übertragen, mit echten Debatten und ohne bereits festgelegte Beschlüsse. Zum ersten Mal wurden wir alle Zeugen von etwas, von dem ich dachte, das könnte Demokratie sein. Andrej Sacharow (Atomphysiker, Dissident, Friedensnobelpreisträger 1975, verbannt 1980, Red.) durfte nicht nur 1986 nach Moskau zurückkehren, er wurde dann 1989 auch ins neue Parlament gewählt.

STANDARD: Welche Einzelperson hatte für Sie den größten Einfluss auf den Fall der Berliner Mauer, direkt oder indirekt?

**Chruschtschowa:** Ich würde sagen Gorbatschow, aber vielleicht bin

**Nina Chruschtschowa:** „Ich glaube nicht, dass Putin eine Interimsperiode darstellt.“

Foto: privat

ich parteiisch. Die Sowjetführer vor ihm schlugen die Revolten in Osteuropa mit Panzern nieder. Im Fall der Tschechoslowakei 1968 gab der damals schon pensionierte Nikita Chruschtschow einen traurigen Kommentar ab: „Zwölf Jahre seit 1956 (ungarischer Volksaufstand, Red.), und wir haben noch immer keine besseren Methoden gefunden.“

Gorbatschow fand diese bessere Methode: Er entschied, anderen Ländern nicht länger ihre Lebensweise zu diktieren, trotz des schrecklichen Drucks von, beispielsweise, dem Rumänen Nicolae Ceaușescu. Wäre Gorbatschow dem Beispiel seiner Vorgänger gefolgt und hätte Panzer geschickt, dann könnten wir heute nicht diesen 20. Jahrestag feiern, es hätte viel mehr Tote gegeben und die Geschichte wäre insgesamt anders verlaufen.

STANDARD: Welche anderen Personen haben sich die größten Verdienste um die Auflösung des Ostblocks erworben?

**Chruschtschowa:** Gleich wichtig sind Papst Johannes Paul II., Václav Havel, Lech Walesa, Adam Michnik, Helmut Kohl, selbst Ronald Reagan, der den Wunsch nach Wandel in der sowjetischen Politik erkannte und Gorbatschow dabei half, Freiheiten zu gewähren. Auch



Sacharow und andere Dissidenten, und natürlich die Menschen in all diesen Ländern, die nicht länger gehorsame Untertanen des despotischen Sowjetregimes sein wollten. Ich würde auch Eduard Schevardnadse, dem damaligen sowjetischen Außenminister, gewisse Verdienste zugestehen, weil er Gorbatschow bei dessen Demokratisierungspolitik unterstützte.

STANDARD: Obwohl die Frage „Was wäre passiert, wenn ...“ historisch wenig sinnvoll ist: Hätte Gorbatschow die Sowjetunion retten können, wenn er den Primat der KP rechtzeitig aufgegeben und ein echtes demokratisches System ermöglicht hätte?

**Chruschtschowa:** Vielleicht, vielleicht auch nicht. Ich glaube nicht, dass Gorbatschow damals den Primat der kommunistischen Partei aufgeben konnte oder dazu bereit war. Somit konnte die UdSSR nicht gerettet werden. Aber wirklich wissen werden wir es nie.

STANDARD: Was die Öffnung des Eisernen Vorhangs in Ungarn vor 20 Jahren betrifft: Hätte Gorbatschow seine Zustimmung verweigert, wenn er gehaut hätte, das dies im Endeffekt zum Zusammenbruch des Sowjetimperiums und zur deutschen Wiedervereinigung führen würde?

**Chruschtschowa:** Er hätte sich nicht

widersetzt, weil er nicht glaubte, dass die Sowjetunion weiterhin das Schicksal anderer Länder bestimmen sollte. Aber er ahnte wohl nicht, dass der Kollaps so schnell erfolgen würde, und vielleicht dachte er, er könne die Entwicklung bis zu einem gewissen Grad kontrollieren. Er dachte, dass die sozialistischen Länder Freiheit wollten, aber ich glaube nicht, dass ihm klar war, wie sehr sie nicht mehr sozialistisch sein wollten.

STANDARD: Gab es Ihres Wissens einen kritischen Moment, der zum Einsatz militärischer Gewalt wie in der Tschechoslowakei 1968 hätte führen können?

**Chruschtschowa:** Gorbatschow hat viel über jene Zeit geschrieben, wir wissen, dass er unter starkem Druck von Führern wie Ceaușescu stand, die ihn baten, die DDR und Polen zu „retten“.

STANDARD: Was waren die größten Fehler, die Boris Jelzin beging, nachdem er an die Macht kam?

**Chruschtschowa:** Jelzins Hauptfehler war, dass er ein despotisch regiertes Land, ein Land mit wenig Verständnis für individuelle Freiheiten, ein Land mit einer Untertanenmentalität in nur wenigen Schockjahren in eine Demokratie umwandeln wollte. Kein Land schafft das in kurzer Zeit. Nicht zufällig haben die westlichen Demokratien Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte gebraucht, und dort hinzukommen, wo sie heute sind.

Jelzin brauchte eine Evolution, aber er wollte ein demokratisches Russland durch eine Revolution schaffen. Das funktioniert nicht. In Frankreich etwa war die Revolution nur der Beginn eines langen und schmerzhaften institutionellen Übergangsprozesses. Russland unter Jelzin nahm sich keine Zeit zur Stärkung der demokratischen Institutionen. Aber zu seiner Verteidigung muss ich sagen, dass er nicht anders konnte. Russland bewegt sich typischerweise nicht durch Revolutionen vorwärts, und die sind immer chaotisch und oft destruktiv.

STANDARD: Wladimir Putins Aufstieg zur Macht wird allgemein als logische Konsequenz der chaotischen Jelzin-Jahre erklärt. Ist seine Herrschaft eine notwendige Interimsperiode auf dem Weg zu einem wirklich demokratischen Russland?

**Chruschtschowa:** Ich glaube nicht, dass Putin eine Interimsperiode darstellt; er ist Teil dieses Prozesses. Russlands Entwicklung vollzieht sich in Pendelschwingungen: Stalin/Chruschtschow, Breschnew/Gorbatschow, Jelzin/Putin.

STANDARD: In jüngster Zeit hat Dmitri Medwedew, Putins Nachfolger als Präsident, Zeichen einer gewissen Unabhängigkeit gezeigt, was die künftige Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaat betrifft. Kündigt sich darin eine Emanzipation von seinem Mentor Putin an?

**Chruschtschowa:** Ich sehe diese Zeichen einer Unabhängigkeit nicht. Ich glaube, dass Putin Signale an die Zivilgesellschaft senden muss, dass er den Leuten zeigen muss, dass er bei ihnen ist, um sicherzustellen, dass er an der Macht bleibt. Daher Medwedews Reden von einer demokratischen Entwicklung. Das dient Putins Zielen sehr gut – dass Medwedew die passende Rhetorik benutzt, Gefängnisse be-

sucht, über diesen „Rechtsnihilismus“ spricht, etc. Gleichzeitig setzen sie diese Prozessfarce gegen Michail Chodorkowski (Ex-Yukos-Chef) fort.

Ich bin also nicht überzeugt davon, dass sich Medwedew von seinem Mentor emanzipiert. Eher scheint mir, sie geben sich einen liberaleren Anstrich, um an der Macht zu bleiben. Sie wollen Zeit gewinnen bis zum Ende der Wirtschaftskrise. Und dann könnte Putin wieder sein altes KGB-Ego sein.

### ZUR PERSON:

Nina Chruschtschowa ist Professorin für Internationale Beziehungen an der New School University in New York. Die Enkelin von Nikita Chruschtschow (sowjetischer Parteichef 1953–64, Ministerpräsident 1958–64) lebt seit Anfang der 1990er-Jahre in den USA.



17. Juni 1953

In der DDR, 1949 auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland von KPD-Aktivistin um Walter Ulbricht gegründet, kam es 1953 zum ersten Arbeiteraufstand im sozialistischen Lager. Nach Erhöhung der Arbeitsnormen trotz schlechter Lebensbedingungen warfen Demonstranten in Ostberlin Steine auf Sowjetpanzer (Bild). Mindestens 55 Menschen kamen um. Im Mai 1955 band die Sowjetunion im Warschauer Pakt die Ostblockstaaten noch enger an sich. Mit dabei waren Bulgarien, ČSSR, DDR, Polen und Ungarn; bedingt auch Rumänien und (bis 1968) Albanien. Foto: AP



23. Oktober 1956

Drei Jahre nach Stalins Tod stürzte dessen Denkmal beim ungarischen Volksaufstand, der am 23. Oktober 1956 mit einer Demo in Budapest begann. Wie zuvor in Polen formierte sich Widerstand gegen die Sowjettruppen und die Geheimpolizei. Premier Imre Nagy versprach Demokratie und Neutralität, wurde aber auf Befehl Moskaus verhaftet. Sowjetsoldaten in Panzern schlugen die Revolution der sich erbittert wehrenden Ungarn nieder; es gab mehr als 3000 Tote. 200.000 Menschen flüchteten via Österreich. Unter Moskaus Vertrauen János Kádár wurden 1200 Menschen, darunter Nagy, hingerichtet. Foto: APA



21. August 1968

Mit dem Einmarsch in der ČSSR beendeten Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten im August 1968 gewaltsam den „Prager Frühling“. Nachdem Ökonomen und Literaten schon länger liberale Reformen gefordert hatten, wurde im Jänner 1968 der bis dahin unauffällige Slowake Alexander Dubček KP-Chef und versprach einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Das Volk verstand „Freiheit“ und war begeistert. Sowjetchef Leonid Breschnew ließ den „Frühling“ niederwalzen und drohte in der Doktrin von der „begrenzten Souveränität“ allen abweichenden „Bruderländern“ das Gleiche an. F.: dpa



### Gethsemane-Kirche

Die Kirche im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg war seit dem Kirchentag 1987 ein Versammlungsort und später Zufluchtsort der DDR-Opposition. Am 13. Oktober 1989 wurde dort für die Freilassung von Gefangenen demonstriert (links). Nach 1989 blieb sie ein Ort politischer Diskussion.

Fotos: EPA/dpa, AP/Markus Schreiber (rechts)



## Republikanischer Überläufer stärkt Obama im Senat

Washington – US-Präsident Barack Obama hat 100 Tage nach Amtsantritt einen wichtigen innenpolitischen Erfolg gelandet: Mit dem Wechsel des republikanischen US-Senators Arlen Specter zu den Demokraten rückt die entscheidende Mehrheit von 60 Sitzen für die Demokraten im Senat in greifbare Nähe. Nach fast 30 Jahren im US-Kongress gab Specter Dienstag in Washington seinen Übertritt zu den Demokraten bekannt. Seine politischen Ansichten wären zunehmend in der demokratischen Partei zu Hause, betonte der 79 Jahre alte Senator aus Pennsylvania.

Mit dem Wechsel Specters kontrolliert die Partei Obamas künftig 59 von 100 Sitzen im Senat. Um das berüchtigte „Filibustern“ zu verhindern, sind im Senat 60 Stimmen nötig. Mit „Filibustern“ (Dauerreden) lassen sich Debatten endlos hinziehen und zeitgerechte Abstimmungen torpedieren.

Seit Monaten wird über das Ergebnis der Senatswahl vom 4. November in Minnesota gestritten, in zwischen zeichnet sich dort eine Entscheidung zugunsten des demokratischen Kandidaten Al Franken ab. In Washington komplettierte Obama indes seine Regierung mit Gesundheitsministerin Kathleen Sebelius. (red) **Kommentar S. 44**

# „Die Ungarn waren unglaublich mutig“

Ab Mai 1989 flüchteten immer mehr Bürger aus der DDR, die Führung steckte den Kopf in den Sand. An turbulente Tage erinnert sich **Lothar de Maizière**, der letzte Ministerpräsident der DDR, im Gespräch mit **Birgit Baumann**.



STANDARD: Als Anfang Mai 1989 der Grenzzaun zwischen Österreich und Ungarn abgebaut wurde – welche Konsequenzen erwarteten Sie zu diesem Zeitpunkt für die DDR?

**De Maizière:** Ich war damals in Ostberlin Rechtsanwalt. Schon seit dem Jahr 1987 wollten immer mehr Menschen von mir wissen: Wie kann ich aus der DDR ausreisen, ohne straffällig zu werden. Dann sah ich Anfang Mai 1989 die Bilder von der ungarisch-österreichischen Grenze im Fernsehen. Menschen liefen lachend über die Grenze und zeigten das Victory-Zeichen. Ich dachte: Jetzt muss es bei uns zu einer Lösung kommen.

STANDARD: Vor allem junge Leute machten sich auf den Weg in den „goldenen Westen“.

**De Maizière:** Uns lief die Jugend weg. Die DDR-Bürger sahen ja auch täglich im Fernsehen, wie bereitwillig die Österreicher halfen, indem sie den Trabis den Weg bahnten und Sporthallen für die Übernachtung zur Verfügung stellten.

STANDARD: Wie bedrohlich war Ungarns Engagement für die DDR?

**De Maizière:** Ungarn mit seinem „Gulaschkommunismus“, wie wir es nannten, hatte im sozialistischen Lager immer schon eine Sonderstellung. Ab Mitte der Achtzigerjahre öffnete man sich dort westlichem Gedankengut. Aber was die Ungarn im Mai 1989 taten, war unglaublich mutig. Eigentlich hätten die Grenzer die DDR-Bürger fangen und ausliefern müssen. Aber Ungarn signalisierte: Wir sind nicht mehr bereit, eure innenpolitischen Probleme auf unserem Territorium zu lösen. Was geht es uns an, wenn ihr eure Leute nicht halten könnt.

STANDARD: Doch die DDR dünnte weiterhin aus. Wie war die Stimmung im Sommer 1989?

**De Maizière:** Scurril. Erich Honecker (Staatsratsvorsitzender, Anm.) lag im Krankenhaus, Egon Krenz (SED-Generalsekretär, Anm.) war im Urlaub an der Ostsee. Man hatte den Eindruck, das Land wird nicht mehr regiert. Es wurde auch

offen diskutiert und geschimpft. Aber dennoch war da das Trauma vom Tiananmen-Platz in Peking. Man wusste nicht, wie sich die DDR-Staatsmacht bei einem ähnlichen Aufstand verhalten würde.

STANDARD: Kommen wir zum 18. März 1990. Die CDU mit Ihnen als Spitzenkandidat gewann überraschend die ersten freien Volkskammerwahlen in der DDR. Sehr begeistert waren Sie von Ihrem Sieg nicht.

**De Maizière:** Es war der größte Schreck meines Lebens. Ich war ja zuvor schon Mitglied der Übergangsregierung gewesen, hatte Kenntnisse über den wirtschaftlichen Zustand der DDR und wusste: Das Amt des Ministerpräsidenten würde dem eines Konkursverwalters ähneln. Und pro Tag verließen mittlerweile 2000 bis 3000 Menschen das Land Richtung Westdeutschland.

STANDARD: Es galt das Motto „Kommt die D-Mark nicht zu uns, gehen wir zu ihr“.

**De Maizière:** Die D-Mark war Inbegriff des westdeutschen Wohlstandes. Und die CDU hatte im Winter 1989/90 ja auch damit Wahlkampf gemacht, dass sie die Wiedervereinigung will – nicht einen neuen sozialistischen Staat, wie ihn Bürgerrechtler forderten.

STANDARD: Die Wiedervereinigung kam sehr rasch. Am 3. Oktober 1990 existierte die DDR schon nicht mehr. Ging es nicht doch zu schnell?

**De Maizière:** Wir konnten nicht anders, weil wir ja nicht wussten, wann das Fenster wieder zugeht. Im Mai 1990 sagte der sowjetische Außenminister Edward Schewardnadse in Moskau zu mir: ‚Beeilt euch, macht schnell.‘ Ein Jahr später gab es die Sowjetunion schon nicht mehr. Wir hätten unmöglich mit den 16 Nachfolgestaaten den „2+4“-Vertrag verhandeln können.

STANDARD: Die deutsche Einheit wurde auch sehr teuer erkauft.

**De Maizière:** Wir mussten im Zuge der Währungsunion die Ost-Mark eins zu eins mit der West-Mark tauschen. Die Löhne in der DDR waren ohnehin schon 40 Prozent niedriger als im Westen. Hätten wir es

nicht getan, wären noch mehr Leute gegangen. Wie hätten wir, etwa in Ostberlin, einen Spitalsbetrieb aufrechterhalten sollen, wenn die Krankenschwester im Westen so signifikant mehr bekam?

STANDARD: Über die Verdienste von Ex-Kanzler Helmut Kohl bei der Wiedervereinigung werden Historiker noch in zwanzig Jahren streiten. Wie sehen Sie seine Rolle?

**De Maizière:** Man darf nie vergessen: Die Berliner Mauer ist vom Osten her eingedrückt worden. Ich glaube aber, dass Helmut Kohl zum richtigen Zeitpunkt die außenpolitische Dimension erkannt hat. Dass es so schnell gehen würde, hat er bei Vorlage seines Zehn-Punkte-Plans im Dezember 1989 auch nicht gewusst. Aber er hat seine guten außenpolitischen Kontakte zu US-Präsident George Bush genutzt und den Widerstand von Paris und London überwunden.

STANDARD: 20 Jahre nach dem Mauerfall ist immer noch von „Ossis“ und „Wessis“ die Rede. Wann wird Deutschland auch innerlich wiedervereinigt sein?

**De Maizière:** Ich versuche darauf mit einer Stelle aus der Bibel zu antworten. Der Marsch des Volkes Israel aus der ägyptischen Gefangenschaft dauerte vierzig Jahre. Nach der Hälfte fing ein Teil des Volkes an, mit Moses zu hadern und fragte: ‚Warum hast du uns das angetan? Früher hatten wir ein Dach über dem Kopf und zu essen. Jetzt ist es so beschwerlich.‘ Moses also fragt Gott, wie lange dieses Jammern denn noch andauern werde. Der antwortet ihm: So lange, bis keiner mehr da ist, der in der Knechtschaft geboren wurde.

### ZUR PERSON:

Der Jurist Lothar de Maizière (69) trat 1956 in die Ost-CDU ein, 1989 war er Minister für Kirchenfragen in der Regierung Modrow. Von 12. April bis 2. Oktober 1990 war er letzter DDR-Ministerpräsident, im vereinten Deutschland 1990 Bundesminister für besondere Aufgaben unter seinem Unterstützer Helmut Kohl. Er verhandelte für die DDR die Wiedervereinigung. F.: EPA



## Flüchtlingswelle nach Offensive in Pakistan

Französische Zeitung: USA bereiten Sicherung der pakistanischen Atomwaffen vor

Islamabad – Seit dem Wochenende geht die pakistanische Armee mit einer breiten Offensive gegen die Taliban-Kämpfer im Nordwesten des Landes vor. Damit kommt die Regierung in Islamabad dem Drängen der USA nach, die empfindlich auf die jüngsten Abkommen mit islamistischen Rebellen reagiert hatten. Angesichts der Gefahr einer Machtübernahme der Taliban bereiten die USA nach einem Bericht des *Canard enchainé* auch die militärische Sicherung der pakistanischen Atomwaffen vor. Dafür ausgebildete Spezialeinheiten stün-

den auf dem Stützpunkt Diego Garcia im Indischen Ozean in Alarmbereitschaft. U-Boote mit Marschflugkörpern lägen bereits unweit der pakistanischen Küste. Pakistan solle etwa 50 Atombomben besitzen. Im Lande entstünden „Mikroemirate der Scharia“, die Streitkräfte und der Geheimdienst ISI seien von Islamisten infiltriert, erklärte ein Experte des französischen Militärgeschichtsdienstes DRM.

In der Region Buner nahm die Armee nach eigenen Angaben wieder die Hauptstadt des Distrikts ein. Mindestens 50 Aufständische

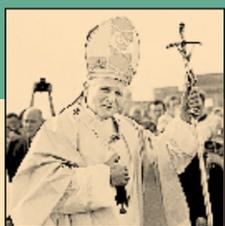
und ein Angehöriger der Sicherheitskräfte sollen getötet worden sein. Armeesprecher Athar Abbas sagte, am Dienstag hätten Aufständische 70 Polizisten und Angehörige der paramilitärischen Grenztruppen als Geiseln genommen.

Die Taliban waren nach einem Friedensabkommen mit der Regierung von ihrer Hochburg im Swat-Tal aus in die Distrikte Buner und Dir eingesickert. Örtliche Behörden schätzen, dass nun nach Beginn der Armeeooffensive bis zu einer Million Menschen auf der Flucht sind. (dpa, Reuters, AP)



1. August 1975

Im Sommer 1975 wurde nach mehrjährigen Beratungen zwischen Ost und West die **Schlussakte von Helsinki** (im Bild: die *Finlandia-Halle*) unterzeichnet. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) war vom Ostblock angestrebt worden, um die Nachkriegsgrenzen zu fixieren und westliches Know-how zu erhalten. Im Gegenzug forderten Nato-Länder und Neutrale die Einhaltung von Menschen- und Bürgerrechten, was der Osten akzeptierte. Darauf beriefen sich Dissidenten wie der Sowjetphysiker Andrei Sacharow und Gruppen wie die tschechische **Charta 77**.



2. Juni 1979

Kardinal Karol Wojtyła aus Krakau, im Oktober 1978 in Rom zum Papst gewählt, unternahm im Juni 1979 als **Johannes Paul II.** eine achtstägige

Pilgerreise durch seine polnische Heimat. Es war der erste Besuch eines Oberhauptes der Katholiken in einem Ostblockland. Polens KP-Edward Gierek hatte ihn zugelassen, um sein liberales Image und die Kreditwürdigkeit im Westen zu festigen. Millionen Gläubige empfingen den Papst als spirituelle Leitfigur und Symbol einer Gesellschaftsordnung jenseits des realen Sozialismus, was sich in dessen Fürbitte ausdrückte: „Erneuere das Angesicht dieser Erde“. Foto: EPA



31. August 1980

Im August 1980 unterschrieben polnische Regierungsvertreter und die von Lech Wałęsa geführten Repräsentanten tausender streikender Arbeiter in der Lenin-Werft das **Danziger Abkommen** zur Gründung von **Solidarność**, der ersten freien Gewerkschaft des Ostblocks. Was ursprünglich als Protest gegen die überraschende Erhöhung von Lebensmittelpreisen begann, wurde zu einer von Arbeitern und deren intellektuellen Beratern getragenen Bewegung zur Demokratisierung der Gesellschaft, die mit der Ausrufung des Kriegsrechts durch General Jaruzelski am 13. Dezember 1981 ein Ende fand. Foto: AP

## „Vergnügen des Imperators und schamloser Plunder“

Öffentlicher Rosenkrieg im Hause Berlusconi

Gerhard Mumelter aus Rom

Veronica Lario liebt Diskretion. Offizielle Auftritte an der Seite ihres Ehemanns Silvio Berlusconi verabscheut die frühere Schauspielerin. Doch wenn ihr Geduldsfaden reißt, schreckt sie auch vor öffentlichen Abwatschungen nicht zurück. Am Dienstag attackierte sie in einer Stellungnahme Berlusconis Absicht, die Kandidatenliste für die EU-Wahl durch Showgirls und TV-Sternchen „attraktiver zu gestalten“. Das sei „Ausdruck schamloser Machtausübung“, die sich an weiblichen Kurven orientiere und die Frauen demütige.

„Es muss klar sein, dass ich und meine Kinder Opfer dieser Situation sind, die wir ertragen müssen und unter der wir leiden“, ließ die

52-jährige Mutter dreier Kinder ihrem Mann ausrichten. Durchaus überrascht zeigte sich Lario darüber, dass ihr Mann am Wochenende in Neapel an der Geburtstagsfeier einer 18-Jährigen teilgenommen hat, die ihn „Papa“ nennt: „Zum 18. Geburtstag seiner Kinder hat er sich nicht Zeit genommen“, klagte Lario. „Wenn Zeitungen schreiben, all das diene ausschließlich dem Vergnügen des Imperators, teile ich diese Auffassung. Es handelt sich um schamlosen Plunder im Namen der Macht.“

Der Premier bedauerte, dass seine Frau „der Manipulation linker Medien aufgesessen“ sei. „Wir wollen einfach keine übertriebenen und schlecht gekleideten Abgeordneten nach Straßburg entsenden, wie das andere Parteien tun.“



Zwischen Veronica Lario und ihrem Angetrauten, Ministerpräsident Silvio Berlusconi, knistert es derzeit in aller Öffentlichkeit. Foto: EPA

### KURZ GEMELDET

#### Klage von CIA-Entführten in Kalifornien zugelassen

San Francisco – Entgegen der Auffassung der alten und neuen US-Regierung hat ein kalifornisches Gericht die Klage von fünf Männern wegen ihrer Entführung durch die CIA zugelassen. Anders als von der Bush-Regierung dargelegt, sei der Inhalt der Klage keine Geheimsache, so das Gericht in San Francisco. Damit widersprach es auch der bisherigen Haltung der Regierung Obama. (Reuters)

#### Nordkorea droht wieder mit Atomtest

Seoul – Als Reaktion auf die Sanktionen der UNO hat Nordkorea mit einem neuen Atomtest gedroht. Außerdem würde das Land zur Selbstverteidigung eine weitere Interkontinentalrakete testen, wenn sich der Sicherheitsrat nicht umgehend für die Sanktionen entschuldige, erklärte ein Sprecher des Außenministeriums. (Reuters)

# Barbaren auf der Anklagebank

2006 entführte eine Bande aus einer Pariser Vorstadt einen Juden, folterte ihn und ließ ihn sterben.

Am Mittwoch begann in Paris der Prozess gegen die mutmaßlichen Täter. Noch immer gehen die Emotionen hoch.

Stefan Brändle aus Paris

„Le gang des barbares“: So nannte Youssef Fofana seine Bande aus teilweise minderjährigen Bewohnern der Pariser Vorortgemeinde Bagneux. Der 29-jährige Franzose aus der Elfenbeinküste handelte auch entsprechend: Um Lösegeld zu erpressen, versuchte er mehrmals, Menschen zu entführen – vorzugsweise Juden. „Die haben Geld und helfen sich untereinander aus“, sagte der Entführerchef später vor Ermittlern.

Der Plan gelang ihm im Jänner 2006, deshalb wird ihm jetzt der Prozess gemacht. Damals setzte er ein 17-jähriges Mädchen als Lockvogel auf den Handy-Verkäufer Ilan Halimi an. Der 23-jährige Jude tappte in die Falle: Er wurde in eine Wohnung verschleppt und in dem ungeheizten Raum gefesselt und halbnackt festgehalten. Sein Gesicht war mit Klebeband umwickelt, die bloß flüssige Nahrung nahm er mit einem Strohhalm zu sich. Einmal drückte ein Entführer eine Zigarette auf seiner Stirn aus.

Fofana versuchte derweil, von den Eltern Halimis 450.000 Euro zu erpressen. Die eingeschaltete Polizei riet der Familie aber von jeder Reaktion ab, um Zeit zu gewinnen. Der Barbaren-Boss rief mehr als hundertmal bei den Eltern an und verlangte zum Schluss noch 50.000 Euro. Er verlor zunehmend die Nerven und schlug immer wieder auf das Opfer ein, ließ ihm auch das Gesicht blutig schneiden, um bei den Eltern mit den Fotos Eindruck zu machen. Drei Wochen nach der Entführung wurde der halbtote Jugendliche mit Handschellen an einen Baumstamm gekettet und von einem vorbeifahren-

den Zug aus entdeckt. Er starb noch auf dem Weg ins Spital.

In Frankreich ließ der Fall nicht nur in der jüdischen Gemeinde die Emotionen hochgehen. Zehntausende demonstrierten in Paris gegen die „Barbarei“ in den Banlieues. Die Polizei nahm 27 mutmaßliche Täter und Mitwisser fest.

#### Anklage: Vorsätzliche Tötung

Seit gestern Mittwoch und bis Juli stehen die Tatverdächtigen vor Gericht. Dazu gehört auch der Hauswart der Siedlung, der Fofana den Schlüssel zu einer leerstehenden Wohnung überlassen hatte. Wie viel er wusste, soll der Prozess ergeben. Die Anklage gegen Fofana lautet auf „vorsätzliche Tötung we-

gen wahrer oder vermuteter Zugehörigkeit des Opfers zu einer bestimmten Religion“. Die Mutter Halimis spricht von „Antisemitismus“. Diese Woche wurden zwei Pariser TV-Journalisten in Bagneux verprügelt und bestohlen, als sie zum Prozessbeginn Bilder vom Tatort filmen wollten.

Der Gangführer Fofana lächelte bei seiner ersten Einvernahme provokant. Er gab an, „Arabs“ zu heißen; das sei das Kürzel für „afrikanische Revolte, bewaffnet, barbarisch und salafistisch“. Als Geburtsdatum nannte er den 13. Februar 2006. Das ist der Todestag von Ilan Halimi.



Ein Bild von dem getöteten Ilan Halimi bei einem Urlaub in Sizilien. Der 23-Jährige wurde in eine Falle gelockt. Foto: AP

## Sri Lankas Regierung lässt Europäer abblitzen

Nein zu Forderung nach Waffenruhe – London und Paris verlangen Zugang für Helfer

Colombo – Bernard Kouchner klang resignativ. Sie hätten sich sehr bemüht, sagte der französische Außenminister und meinte sich und seinen britischen Kollegen David Miliband. Letztlich hänge es aber von der Regierung in Colombo ab, eine Feuerpause zu gewähren.

Mit anderen Worten: Den beiden Europäern war es bei einem Treffen mit Sri Lankas Außenminister Rohitha Bogollagama in Colombo nicht gelungen, eine Waffenruhe im Konflikt zwischen der Regierung und den Rebellen der Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) zu erreichen. Damit hätten, wie Miliband erklärte, Zivilisten aus dem Kampfgebiet gerettet werden sol-

len – und keine tamilischen Kämpfer oder gar Rebellenchef Velupillai Prabhakaran.

Die geforderte Feuerpause soll den Vereinten Nationen die nötige Zeit geben, Zivilpersonen aus dem Kampfgebiet zu bringen. In den vergangenen Monaten sollen in den Gefechten fast 6500 Menschen getötet worden sein. „Der Schutz der Zivilbevölkerung ist für uns von überragender Bedeutung“, sagte Miliband. Er und Kouchner forderten die Regierung in Colombo dazu auf, Hilfsorganisationen in das Kriegsgebiet vorzulassen, wo schätzungsweise 60.000 Zivilisten in der Falle sitzen.

Sri Lankas Regierung hat einen

Waffenstillstand bisher abgelehnt, weil sie befürchtet, dass sich die Rebellen dann neu formieren. Sie sagte aber zu, Luft- und Artillerieangriffe einzustellen, um Verluste unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden. Die Rebellen und ein Arzt meldeten jedoch am Dienstag, dass das umkämpfte Gebiet wieder mit Artillerie beschossen worden sei. Dabei sollen Dutzende Menschen getötet worden sein.

Kouchner und Miliband sollten auf ihrer Reise ursprünglich von Schwedens Außenminister Carl Bildt begleitet werden. Die Regierung in Colombo verweigerte Bildt aber nach dessen Angaben die Einreise. (AFP, AP, dpa, red)

### GANZ KURZ

+++ **US-Regierung komplett** Kathleen Sebelius wurde am Dienstag als US-Gesundheitsministerin vereidigt. +++ **Hariri-Tribunal** Vier Generäle, die im Libanon wegen des Mordes an dem früheren Premier Rafik al-Hariri festgehalten werden, sollen dem Sondertribunal zufolge freigelassen werden.

### PANORAMA

#### Zahl der Teenagermorde in London steigt

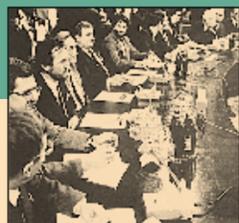
London – Erneut ist in London ein jugendlicher in einem Park erstochen worden. Die Zahl der Teenager-Morde ist damit seit Jahresbeginn auf sieben gestiegen. 2008 wurden in London 30 Teenager umgebracht. (dpa)

#### Behinderten aus Gier zu Tode gequält

Kassel – Ein Mann, der einen geistig Behinderten monatelang misshandelt hat, ist wegen des qualvollen Todes seines Opfers zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Der Täter hatte den 29-Jährigen wie ein Tier gehalten, um dessen Sozialhilfe zu kassieren. (dpa)

### LEUTE

■ Jene Dame, die Wiens Albertina-Chef Klaus Albrecht Schröder stolz durch sein Haus führte, war gar nicht die in Wien weilende R'n'B-Diva Beyoncé: Ein Radiosender hatte ein Double (mit Bodyguards) geschickt. Schröder fiel darauf herein. Die echte Beyoncé war einstweilen in der Wiener City shoppen. F.: Tischler  
■ Die Stripperin Dita von Teese wird beim Song Contest als Tänzerin den deutschen Song „Miss Kiss Bang“ unterstützen. (red)



6. Februar 1989

Polens kommunistische Machthaber setzten sich im Februar 1989 mit Vertretern der seit Ende 1981 verbotenen Gewerkschaft Solidarność am runden Tisch zusammen, um die Machtteilung auszuhandeln. Vorangegangen war der Aufstieg Michail Gorbatschows als sowjetischer KP-Chef, der dem wirtschaftlichen Verfall des Ostens durch eine Reform- und Entspannungspolitik entgegenzuwirken trachtete und der den Panzerkommunismus aufgab. Polen, wo die Opposition die Machthaber durch passiven Widerstand zermürbt hatte, war der logische Kandidat für eine Abschaffung der Diktatur. Foto: AP



2. Mai 1989

Seit in Ungarn im Mai 1988 der langjährige KP-Chef János Kádár von der Macht verdrängt worden war, wetteiferten dort Reformkommunisten darin, den Staat wirtschaftlich zu liberalisieren und internationalen Normen anzupassen. Im März trat Ungarn als erstes Ostblockland der Genfer Flüchtlingskonvention zum Schutz Asylsuchender bei. Am 2. Mai wurde auf Beschluss der ungarischen Regierung mit dem Abbau der Grenzsperren begonnen, was vor allem in der DDR Aufmerksamkeit erregte. Oppositionelle, die auch in Ungarn am runden Tisch saßen, wollten mehr: freie Wahlen. Foto: Newald



4. Juni 1989

Chinesische Studenten hatten im Frühjahr 1989 wochenlang gegen die KP-Führung demonstriert und auf Pekings „Platz des himmlischen Friedens“ gegenüber dem Mao-Porträt die Statue einer Göttin der Demokratie errichtet. In der Nacht auf den 3. und mit voller Wucht am 4. Juni unternahm scharf schießende Soldaten eine Räumungsaktion, die als Tiananmen-Massaker mit mehr als 2000 Toten bekannt wurde. Das Bild des Mannes, der sich den Panzern entgegenstellte, ging um die Welt und machte auch bei den für die Demokratie kämpfenden Osteuropäern starken Eindruck. Foto: Reuters



## Hainburg

Zu Fuß kamen 120.000 Menschen am 10. Dezember aus der damaligen CSSR, um zum ersten Mal ungehindert von der anderen Seite einen Blick über die Donau, auf ihr Land und auf die Burg Devin zu werfen. Jahre später, im April 2009, wird dieser nur von 20 Jahren Baumwachstum eingeschränkt.

Fotos: APA/Bill Lorenz, Robert Newald (re.)



## „Seit 1981 auf die deutsche Wiedervereinigung eingestellt“

**Hubert Vedrine**, ehemals Generalsekretär im Elysée François Mitterrands und Außenminister, über das Management im Revolutionsjahr und spätere Fehler der USA. Die Fragen stellen **Markus Bernath** und **Christoph Prantner**.



STANDARD: Frankreich hatte seit Anfang der 1980er-Jahre über seinen Geheimdienst DST und den Super-Spion Farewell tiefen Einblick in sowjetische Interna. Wie schätzte Präsident Mitterrand die Lage 1989 ein?  
**Vedrine:** François Mitterrand stellte sich schon seit 1981 (seit seinem Amtsantritt, Anm.) auf eine Schwächung der UdSSR und auch auf eine Wiedervereinigung Deutschlands innerhalb der nächsten 15 Jahre ein. Er hat es Helmut Schmidt im November 1981 so gesagt. Ich war bei diesem Gespräch als Protokollführer dabei.

**Vedrine:** Das ist nicht meine Erinnerung. George Bush senior war zu Beginn sicherlich vorsichtig gegenüber Michail Gorbatschow, anders als François Mitterrand und Margaret Thatcher. Bush fragte sich, ob diese politischen Öffnungen nicht eine Falle waren. Doch dann, 1989 und danach, gab es Harmonie zwischen George Bush, Helmut Kohl und François Mitterrand, während Margaret Thatcher die deutsche Wiedervereinigung fürchtete, aber auch den Neustart Europas, was ein Widerspruch war. George Bush war sehr für die deutsche Wiedervereinigung unter der Bedingung, dass sie die Nato nicht schwächte. Das war die alte überholte Angst vor einem neutralen Deutschland. Im Rückblick sieht man, dass das alles gut gemanagt wurde.

agiert. Die Regierung von Bush junior dagegen ist in einen Unilateralismus abgeglitten und in ein karikaturhaftes Schwarz-weiß-Denken. Sie hat am Ende alles nur schlimmer gemacht. So oder so – die westlichen Staaten sind nicht mehr die Herren der Welt, auch wenn sie noch die reichsten und mächtigsten sind.

STANDARD: Was ist die wichtigste Konsequenz aus 1989?

**Vedrine:** Es war eher das Jahr 1991 – das Ende der UdSSR – als 1989 und die Mauer, das uns in die globalisierte, multipolare, instabile Welt geführt hat.

STANDARD: Einige behaupten, dass 9/11 und der Irakkrieg die letzten Ereignisse einer historischen Entwicklung nach der Implosion des Kommunismus waren.

**Vedrine:** 9/11 hat nur gezeigt, dass in einer globalisierten Welt auch der Terrorismus global ist. Der Irakkrieg war der Fehler einer sehr eigentümlichen US-Regierung. Alles andere spiegelt die Anpassungen einer multipolaren, instabilen Welt wieder, die noch im Werden ist und in der der Westen nur noch eine relative Führung hat. Er muss lernen, alles mit den anderen Machtzentren zu verhandeln.

STANDARD: Wird Europa zwischen den USA und China in Zukunft eine Rolle spielen können?

**Vedrine:** Europa wird eine Rolle spielen, wenn die Europäer wollen, dass es eines von fünf oder sechs Machtzentren wird. Die Europäer haben bisher eher gehofft, in einer idealen Welt zu leben, in einer posthistorischen Zone der Ruhe und des Wohlstands. Das ist eine nette Vorstellung, aber damit Europa in der Welt von morgen wirklich Gewicht hat, braucht es etwas anderes.

**ZUR PERSON:** Hubert Vedrine (61) war außenpolitischer Berater, Sprecher und ab 1991 Generalsekretär von Präsident Mitterrand. Von 1997 bis 2002 diente er im Kabinett Jospin als Außenminister.

STANDARD: Hat der Präsident je befürchtet, dass die Entwicklungen im Tiananmen-Stil unterdrückt werden könnten?

**Vedrine:** Selbst wenn Mitterrand bei mehreren Anlässen befürchtete, dass die Ereignisse außer Kontrolle geraten könnten, wusste er doch, dass Gorbatschow sich weigern würde, Gewalt anzuwenden. Mitterrand hat vor allem später – und zu Recht –, während des unvorhergesehenen Zerfalls Jugoslawiens, den Ausbruch von Gewalt befürchtet.

STANDARD: Wann waren Sie sicher, dass es in Osteuropa einen unaufhaltsamen Prozess in Richtung Freiheit und Demokratie geben würde?  
**Vedrine:** Im Frühjahr 1988 hatte Mitterrand mich gebeten – die Perspektive einer Demokratisierung und eines Sturzes der kommunistischen Regime im Blick –, Besuche in allen osteuropäischen Ländern vorzubereiten, außer in Rumänien.

STANDARD: Die USA waren zunächst sehr zurückhaltend, Paris und London sollen Washington zur Teilnahme am Maltagipfel gedrängt haben.



STANDARD: Ab wann haben Mitterrand und Kohl über die Wiedervereinigung gesprochen? Warum hat Paris seine Bedenken aufgegeben?

**Vedrine:** Mitterrand war darauf gefasst. Er hat es sehr früh gesagt (in einem Interview im Juli 1989): 1. sie ist legitim, 2. sie muss demokratisch verlaufen, 3. friedlich, 4. Europa nicht schwächen, im Gegenteil – daher kam auch im Dezember 1989 in Straßburg die Einigung zur Einheitswährung zustande.

STANDARD: Sie haben sich später als Außenminister sehr kritisch über die Hypermacht USA geäußert. Wo hat Washington die neuen Weltordnung nach 1989 falsch verstanden?

**Vedrine:** Meine Formel von der Hypermacht war eine Beschreibung, keine Kritik. Sie hat sich auf Clinton und Bush bezogen. Bush senior und Clinton haben umsichtig

## GENERATION 1989

## Weg ohne Rückweg

Die Architektin kam 1990 auf Besuch – und blieb

„Das war eine rein private Angelegenheit!“, antwortet Mihaela Ionescu auf die Frage, warum sie nach Österreich gekommen ist. Was die heute 53-Jährige als „rein privat“ bezeichnet, hatte trotzdem eine Menge mit den damals instabilen Verhältnissen in Rumänien zu tun. Am Anfang ihres eigenen Transformationsprozesses von Ost nach West stand ein Besuch bei einer Tante, die hier lebte. Im März 1990 kam die damals 33-Jährige mit ihrer knapp fünfjährigen Tochter mit dem Zug und einem einzigen Koffer nach Wien – und blieb, obwohl sie das nicht vorhatte. Hinter ihr lag eine gescheiterte erste Ehe mit einem Hochschulprofessor und eine „Revolution, die keine war“, wie sie sagt. „Es herrschte Anarchie! Jeder hat die sogenannte Freiheit so verstanden, zu tun, was er will!“, erklärt Ionescu mit charmantem Akzent. Von Österreich hatte sie den Eindruck eines stabilen Landes. Das wollte sie für ihr Kind. Sie erinnert sich noch genau an ihre Ankunft in Wien, die Gründerzeithäuser mit den Kaminen, die es in Bukarest nicht gab, und an das strahlende Wetter. Als sie kurze Zeit später die Entscheidung trifft, zu bleiben, weiß sie, dass dieser Weg für sie ohne Rückweg sein würde. Erst fünf Jahre später fährt sie zum ersten mal wieder nach Rumänien – auf Besuch. Mihaela Ionescu ist ein Paradebeispiel gelungener Integration. Aber was in der Kurzversion so einfach klingt, waren Jahre harter Aufbauarbeit: Knapp 20 Tage nach ihrer Ankunft findet sie über einen alten Bukarester Studienkollegen, der in Wien lebt, einen Job – als Architektin. „Ich habe nie damit gerechnet, dass ich meine Stellung sofort anerkannt bekomme!“, sagt sie heute noch erstaunt und weiß, dass es den

meisten da schlechter geht. Mutter und Tochter lernen schnell Deutsch, die eine mit der Zeitung, die andere mit Grimms-Märchen-Kassetten.

Die Architektin findet hier österreichische Freunde und, nachdem sie anfangs noch bei der Tante lebt, eine Wohnung im neunten Bezirk. 1991 lernt sie einen Wiener Architekten (geschieden mit drei Töchtern) kennen, den sie 1999 heiratet, kurz nachdem sie österreichische Staatsbürgerin wird. „Ich habe mich hier von vielen Menschen sehr herzlich aufgenommen gefühlt“, sagt sie mit Nachdruck.

Die Tochter hat über die Jahre Kontakt zum Vater in Rumänien und „fühlt sich dort nicht fremd!“, sagt Ionescu, die könnte sich heute sogar vorstellen, dort zu leben. Auch die Mutter beginnt irgendwann wieder, sich ihrer rumänischen – vor allem religiösen – Wurzeln zu besinnen: „Ich bin zehn Jahre nie in die Kirche gegangen!“, sagt sie so, als könnte sie das heute kaum glauben. An einer Supermarktkasse hört sie von der Wiener rumänisch-orthodoxen Gemeinde. Wenn sie davon erzählt, lächeln ihre Augen, umrandet von Brille und Kurzhaarfrisur. Sie sitzt unter einem Sonnenschirm im Café neben der 2003 erbauten kleinen Kirche in Simmering, die sie und ihr Mann entworfen haben. Die Kirchengemeinschaft ist für sie wichtig: „Unser Leben hat sich zum Besseren gewendet!“, sagt sie zufrieden. Ihre Tochter hat mit 24 bereits das Studium abgeschlossen, ihre Eltern hat sie nach Wien geholt (der Vater liegt hier begraben), und „obwohl bei vier Kindern kein Geld bleibt“ konnten die Architekten 2007 ein eigenes Haus im Burgenland verwirklichen. Dort pflanzt sie heute im Garten Tomaten – rumänische! (mia)



**Bukarest-Wien: ohne Statusverlust.**

Foto: H. Corn



27. Juni 1989

**Mock/Horn am Grenzzaun** – Die Demontage der ungarischen Grenzsperranlagen war voll im Gange,

als sich der österreichische Außenminister Alois Mock und sein Amtskollege Gyula Horn am 27. Juni 1989 bei Klingenbach am Grenzzaun trafen. Beiden wurden große Beißzangen gereicht, und die Minister durchtrennten den Stacheldraht. Die Bilder gingen um die Welt. So entstand das bis dahin berühmteste Symbolbild für die friedliche Beseitigung des Eisernen Vorhangs, der Europa jahrzehntlang geteilt hatte. Wochen später nutzen tausende DDR-Bürger die Löcher im Zaun zur Flucht. Foto: Robert Newald



9.–12. Juli 1989

**US-Präsident in Polen** – Der Republikaner George Bush senior, der als Nachfolger von Ronald Reagan zum

US-Präsidenten gewählt worden war, besuchte im Juli 1989 die mitten im politischen Umbruch befindlichen Ostblockländer Ungarn und Polen. In Warschau, wo er vor dem Denkmal im jüdischen Ghetto (Bild) und im Parlament sprach, sah er neben jubelnden Menschen auch enttäuschte. Als „Belohnung“ für ihre Bereitschaft zur teilweisen Aufgabe der Macht hatte sich die noch von der KP dominierte Regierung Polens eine Milliardenhilfe erwartet. Bush versprach nur 100 Millionen Dollar. Foto: AP



19. August 1989

**Panuropa-Picknick** – Mitte August 1989 hielten sich tausende fluchtbereite DDR-Bürger in Ungarn auf.

Nur Einzelne schafften es illegal durch den Eisernen Vorhang nach Österreich. Samstag, den 19. August, öffnete sich am alten Grenzübergang zwischen Sopron und St. Margarethen unvermutet ein Tor. Die Paneuropabewegung von Otto von Habsburg hatte mit Flugblättern zum „Friedenstreffen“ aufgerufen. Tausende Burgenländer und Ungarn strömten unter Blasmusik dorthin. Ein Zöllner öffnete das Tor. Hunderte DDR-Bürger konnten in dem Tohuwabohu unbehelligt über die Grenze gehen. Foto: Votava

# „Am Dienstag war ich Heizer, am Samstag Außenminister“

Der ehemalige Dissident Jiří Dienstbier sprach mit Robert Schuster über den Moment, als die Polizei sich mehr vor den Menschen zu fürchten begann, als die Menschen vor der Polizei.

STANDARD: Vor zwanzig Jahren schien in der Tschechoslowakei Funkstille zu herrschen, während in Polen bereits Gespräche am runden Tisch geführt wurden und in Ungarn die Reformer unter den Kommunisten die Oberhand gewannen.

**Dienstbier:** Das war nicht so. Schon in den 70er-Jahren haben wir gewusst, dass die Kommunisten die Oppositionsbewegung unterdrücken können, solange sie sich nur auf Polen, Ungarn oder die Tschechoslowakei beschränkt. Wir haben also begonnen, sehr eng mit der polnischen und der sowjetischen Opposition – mit Sacharow – zusammenzuarbeiten. Ich habe auch detailliert jede Rede Gorbatschows untersucht, und wenn ich dort einen interessanten Nebensatz fand, so habe ich gewartet, ob dieser Nebensatz beim nächsten Mal zu einem Hauptsatz wird, um vielleicht in einem halben Jahr der Satz in einem Beschluss des Zentralkomitees zu werden. Entscheidend war die Schlusskonferenz von Helsinki, die uns ermöglichte, unsere Tätigkeit zu legalisieren. Das Gefühl, dass das Ende in greifbarer Nähe ist, habe ich gehabt, als Miloš Jakeš Generalsekretär der tschechoslowakischen Kommunisten wurde. Wir hatten den Eindruck, dass es um sie schon schlecht bestellt sein muss, wenn für dieses Amt – um das früher auf Leben und Tod gekämpft wurde – niemand anderer als er infrage kommt.

STANDARD: Bestand die Gefahr, dass es zu einem Machtkampf von Gruppen in der Kommunistischen Partei kommen würde?

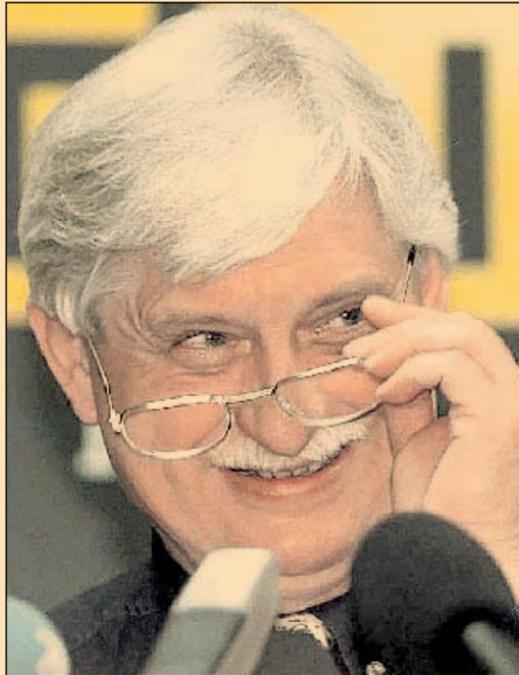
**Dienstbier:** Das war bei uns nicht mehr möglich. Nach 1968 war die Kommunistische Partei völlig entpolitisiert. Der Parteiausweis diente nur mehr dazu, bestimmte Berufe und Ämter zu bekommen. In Gremien und Sitzungen durfte über Politik gar nicht diskutiert werden. Als wir die Charta 77 veröffentlichten, suchte die Parteiführung bei der Basis Unterstützung dagegen, aber die Mitglieder sagten, sie wollten zuerst den Text der Charta lesen. Das aber war für die Kommunisten inakzeptabel. Die Angst vor einer Wiederholung des Jahres 1968 steckte geradezu in ihren Genen. Bei Verhören brüllte mich die Staatspolizei StB an: „Denken Sie ja nicht, dass sich 1968 wiederholen könnte!“

STANDARD: Gab es damals Kontakte zur Opposition in anderen Ostblockländern?

**Dienstbier:** Die Ungarn durften reisen, die kamen hierher oder fuhren nach Warschau. Die Ostdeutschen

**Entscheidend war das Frühstück mit François Mitterrand 1988 in Prag: Jiří Dienstbier war Mitgründer der Charta 77 und einer der wichtigsten Oppositionellen.**

Foto: Reuters



brauchten zur Einreise bloß ihren Personalausweis. Wenn sie gefasst wurden und einen Vermerk in den Ausweis bekamen, haben sie ihn ganz einfach für verloren erklärt und bekamen einen neuen, mit dem die Einreise wieder möglich war. Mit den Polen trafen wir uns an der Grenze – im Riesengebirge, im Altvatergebirge. Als wir uns das letzte Mal mit den Polen trafen, war Tadeusz Mazowiecki bereits Regierungskonzeptioneller, sodass wir an der Grenze sogar von den Sicherheitsbehörden Geleitschutz erhielten.

STANDARD: Hat die Opposition im Frühjahr 1989 Überlegungen für den Fall einer Regierungsübernahme angestellt?

**Dienstbier:** Ja, natürlich. Der Funke sprang aber erst nach der mit Gewalt unterdrückten Studentendemonstration vom 17. November 1989 über. In den Folgetagen demonstrierten in Prag so viele Menschen, dass sie nicht mehr von der Polizei vertrieben werden konnten. Das war der Augenblick, wo sich die Menschen nicht mehr vor den Sicherheitsbehörden fürchteten, sondern die Sicherheitsbehörden vor den Menschen. Als Gespräche über die Bildung einer neuen Regierung stattfanden, flüsterte mir Havel zu, dass wir versuchen sollten, den Zuschlag für das Außenministerium zu bekommen, aber dass er nicht sicher sei, ob die Kommunisten einen Dissidenten wie mich akzeptieren würden. Er fragte mich, ob ich an irgendeinem anderen Amt Interesse hätte – ich sagte, dass ich nur das Außenamt haben will. Und zwei Stunden später war ich es wirklich. Am Dienstag war ich noch Heizer, am Samstag schon Außenminister.

STANDARD: Wann hat die Repression gegenüber der Opposition nachgelassen?

**Dienstbier:** Zu den Schlüsselmomenten gehörte das Dissidenten-Frühstück mit Präsident François Mitterrand bei dessen Prag-Besuch im Herbst 1988. Mitterrand hatte darauf bestanden. Das war natürlich ein schönes Gefühl, durch das Spalier der StB-Beamten, die wir von den Verhören alle kannten, zur französischen Botschaft zu marschieren, mit der Gewissheit, dass sie uns nichts anhaben konnten. Als ich in meinen Heizerraum zurückkehrte, kamen einige Mitarbeiter auf mich zu und sagten mir, sie hätten mich stets für verrückt gehalten, aber als sie gesehen hätten, dass sich sogar der französische Präsident für uns interessiere, hätten sie eingesehen, dass etwas dran sein müsse.

Die Kommunisten trauten sich nach Mitterrands Besuch nicht mehr, die erste oppositionelle Demonstration zu verbieten. Das führte zur sogenannten Palach-Woche im Jänner 1989. An einem Tag setzten die Sicherheitsbehörden Wasserwerfer ein, am nächsten passierte nichts. Am dritten Tag kamen wieder Wasserwerfer, am vierten passierte nichts. Diese Repression führte dann zu einer großen Unterschriftenaktion, Zehntausende hatten offenkundig keine Angst mehr, wegen einer Unterschrift ihren Beruf zu verlieren.

#### ZUR PERSON:

Jiří Dienstbier (1937) war Rundfunkjournalist und Korrespondent in den USA. Nach dem Prager Frühling wurde er entlassen und aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Dienstbier war Mitbegründer der Bürgerrechtsbewegung Charta 77. 1979 wurde er zu drei Jahren Haft verurteilt. Danach arbeitete er als Heizer. Nach der Wende wurde er Außenminister. Im Herbst 2008 wurde er für die Sozialdemokraten in den Senat gewählt und steht dem außenpolitischen Ausschuss vor.

## GENERATION 1989

### Immer schön brav sein

Michael Stavarič und die Ostblock-Mythen der Kindheit

Ich erinnere mich gut daran, dass ich als kleiner Junge in der Tschechoslowakei gerne Briefmarken sammelte – schon bald besaß ich einige Alben aus allen Ländern der Welt (wie ich glaubte): aus der Tschechoslowakei, der Sowjetunion, Deutschland und Polen. Zugegeben – ich war darauf angewiesen, welche Marken bis zu mir gelangten.

Zum Glück wohnte unter uns eine Frau, die (augenscheinlich) einen regen Briefverkehr unterhielt ... Immer wenn sie mich sah, schenkte sie mir ein Briefkuvert und lachte. Ich löste später ganz vorsichtig die Briefmarke ab, mit heißem Wasserdampf rückte ich der Sendung zu Liebe und erfreute mich am neuesten Sammlerstück. Die bunten Marken aus der Mongolei hatten es mir dabei besonders angetan – mit wem die Dame in diesem fernen Land korrespondierte, interessierte mich damals allerdings nicht.

#### Der Mann mit der Brille

Die tschechoslowakischen Briefmarken kannten in meiner Kindheit ein prägendes Motiv. Gustáv Husák, den Präsidenten des Landes, 1975 bis 1989 schien er mir nahezu allgegenwärtig. Ein, wie ich schon damals befand, selbstherrlicher Mann mit Brille, der mit strengem Blick nach mir schaute und immerzu mahnte: Immer schön brav sein, junger Mann! Erst Václav Havel machte im Jahr 1989 diesem einen „Schreckgespenst“ meiner Kindheit ein Ende.

Im Jahr 1977 schnappte ich auch etwas von einem „Prager Frühling“ auf und konnte mir lange Zeit nicht erklären (damals war ich fünf Jahre alt), was dieser wohl bedeuten mochte. Und was hätte auch ein „Prager Frühling“ in Brno, meiner Geburtsstadt, für eine Rolle gespielt ... Wir in Mähren hatten unseren eigenen Frühling und die Bäume und Gräser blühten auch ohne Prager Zutun.

#### Angst vor einem „Virus“

Erst viel später erfuhr ich, dass ein gewisser Alexander Dubček als liberaler Kommunist einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ kreieren wollte – aber die Staaten des Warschauer Paktes befürchteten, dass dieser „Virus“ auf ihr Land übergreifen könnte, und sie beschloßen dem, wie sie es titulierten, „kontrarevolutionären Treiben“ ein Ende zu setzen.

Die Bilder des „Prager Frühlings“, der „Samtenen Revolution“, des „Mauerfalls“ etc., sie waren nachhaltig und gingen

um die Welt. Plötzlich war es auf dem europäischen Kontinent nicht mehr möglich, „unmenschlich“ zu agieren, und sogar die Sowjetführung musste zur Kenntnis nehmen, dass man Länder, die im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit standen, nicht einfach dem Erdboden gleichmachen konnte.

#### Helden auf Marken

Die sowjetischen Briefmarken meiner Kindheit waren tatsächlich noch voller Heldenepen (im Übrigen bezweifle ich heute, ob sich das je geändert hat) – sie zeigten Männer aus Stahl, pathetische Posen, Sowjetsterne und flinke Eishockeytitane. Ich besaß in der Tat viele Briefmarken, die den einen oder anderen berühmten Eishockeyspieler der „Sbornaja“ zeigten, der das Sowjetimperium zum Sieg (über die restliche Welt) führte.

Auch diese (sportlichen) Ereignisse nährten die Fantasie der Menschen ... Tatsächlich gelang es der Tschechoslowakei, die schier unschlagbare Sowjetunion zu besiegen, was im gesamten Land mit großer Genugtuung aufgenommen wurde.

Man konnte die Stimmung in den Straßen nach historischen Eishockey-WM-Titeln getrost mit Weihnachten vergleichen. Im Jahr 1972 (als ich geboren wurde) schlug übrigens die Tschechoslowakei zum allerersten Mal die Sowjetunion und wurde Eishockey-Weltmeister.

#### Karpfen kicken

Als Kind war ich noch der Meinung, dass die Tschechen das Eishockey erfunden hätten – irgendwann in grauer Vorzeit beim Eisfischen. Die böhmischen Karpfen lagen demnach „auf Eis“, bis es den Fischern in den Winterstürmen zu kalt wurde; sie begannen (um sich aufzuwärmen) die gefrorenen Karpfen über das Eis zu kicken. Und als ich beinahe volljährig war, durchtrennte schließlich ein gewisser Jiří Dienstbier (gemeinsam mit Alois Mock) nunmehr in meiner neuen, österreichischen Heimat den Stachel und läutete – für alle sichtbar – eine neue Ära ein: Der Eisernen Vorhang war Geschichte.

Aber da sammelte ich längst keine Briefmarken mehr ...

#### ZUR PERSON:

Michael Stavarič, geboren 1972 in Brünn, lebt als Schriftsteller in Wien. Er emigrierte 1979 nach Österreich und studierte Bohemistik und Publizistik an der Universität Wien.



Michael Stavarič blättert im Album der Kindheit.

Foto: Corn



11. September 1989

Der anhaltende Flüchtlingsstrom in den Westen hatte die DDR in Veränderungstimmung versetzt.

Am Wochenende vom 9. und 10. September trafen in Grünheide bei Berlin einige bekannte Oppositionelle wie Bärbel Bohley mit renommierten Ärzten und weiteren Akademikern zusammen, die als „Neues Forum“ den Machthabern einen Dialog über die Probleme der DDR anboten. Am nächsten Tag fand in Leipzig nach dem schon traditionellen Friedensgebet in der Nikolaikirche die erste **Montagsdemonstration** statt. Etwa hundert der rund 500 Teilnehmer wurden von Stasi-Leuten (Bild) verhaftet.

Foto: EPA



6. Oktober 1989

Erst gab es Küsse, dann (verbale) Prügel. Zum 40. Jahrestag der DDR kam **Michail Gorbatschow zu Erich Honecker**

nach Ostberlin (Bild). Der Mann aus Moskau, der von den Ostdeutschen mit „Gorbi, Gorbi“-Rufen empfangen wurde, raunte dem DDR-Chef etwas über die Strafe zu, die dem drohe, der nicht die Zeichen der Zeit erkenne. Ein Pressesprecher machte daraus den griffigen Spruch: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Am 18. Oktober trat der 77-jährige Honecker „aus gesundheitlichen Gründen“ ab. Seine Politbüro-Genossen hatten ihn für die Missstände in der DDR verantwortlich gemacht.

Foto: AP



9. November 1989

**Mauerfall** – Nach mehreren Versuchen, neue Ausreiseregeln zu erlassen, die zu weiteren Protesten führten,

beschloss die SED-Spitze am 9. November, allen Bürgern die Ausreise zu gestatten. Dies wurde vom Politbüromitglied Günter Schabowski bei einer internationalen Pressekonferenz verkündet. Als ein Italiener fragte, ab wann das gelte, sagte Schabowski „sofort“, und wenig später war die Mauer weg. Derzeit sorgt Riccardo Ehrmann, der italienische Journalist, mit dem Bekanntheit für Aufregung, ein Insider, der ADN-Chef Günter Pötschke, habe ihm damals den Tipp gegeben, diese Frage zu stellen.

Foto: Reuters



Sopronköhida

Wo man heute an einer Gedenktafel vorbei von St. Margarethen nach Sopronköhida radeln kann, kam es vor zwanzig Jahren zum Durchbruch für DDR-Flüchtlinge von Ungarn nach Österreich: Hunderte nützen die Chance, in die Freiheit zu laufen, als bei einem von der Paneuropa-Bewegung ausgerichteten „Friedenspicknick“ die Grenze im Wald kurz geöffnet wurde.

Fotos: AP, Robert Newald



KURZ GEMELDET

Karas-Komitee: Molterer fühlt sich gelegt

Wien – Wilhelm Molterer fühlt sich missbraucht: Dem Vernehmen nach ist der Ex-ÖVP-Chef unglücklich darüber, dass er explizit als Unterstützer des Promi-Komitees für Othmar Karas, Listen-Zweiter für die EU-Wahl und Konkurrent von Frontmann Ernst Strasser, aufscheint. Molterer selbst sagt: „Ich unterstütze alle ÖVP-Kandidaten, damit es ein gutes Ergebnis gibt.“ (nw) **Kommentar Seite 44**

ÖH-Wahlen: Anfechtung wegen E-Votings

Wien – Die ÖH-Wahlen im Mai werden unabhängig vom Ergebnis vor dem Verfassungsgerichtshof angefochten. Das haben die grünen Studenten angekündigt. Die Gras will damit das erstmals eingesetzte E-Voting zu Fall bringen. (red)

Medizin-Uni in Innsbruck weiterhin ohne Rektor

Innsbruck – In Innsbruck kann der neugewählte Rektor der Med-Uni, Herbert Lochs, nicht bestellt werden: Nach einer Beschwerde des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen hat das Wissenschaftsressort ein aufsichtsbehördliches Verfahren zur Untersuchung der Vorwürfe eingeleitet. (red)

Der Tag, an dem das rote Adrenalin fließt

„Für uns ist es der wichtigste Tag“: Hunderttausende Sozialdemokraten feiern am Freitag den 1. Mai. Einer von ihnen ist Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter, der den Genossen ihr „Lebenselixier“ verabreichen will.

Gerald John

Wien – Der schönste Aufmarsch war – natürlich – der mit Bruno Kreisky, der unerfreulichste jener mit mulmigen Gefühl nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl: Wie jeder brave Sozialdemokrat hat Günther Kräuter schon unzählige Maifeiern erlebt. „Für uns ist das der wichtigste Tag im Jahr.“

Kräuter selbst tourt heuer durch die Obersteiermark – eine klassi-

sche Krisenregion. Stimmungsmäßig ist das kein Nachteil. „In Zeiten wie diesen sind die Erwartungen an die Sozialdemokratie besonders hoch“, sagt der gebürtige Leobener und rechnet mit mehr Publikum als im Vorjahr.

Den „Kampf um jeden Arbeitsplatz“ wird Kräuter versprechen, die dieser Tage rückwirkend ausbezahlte Steuersenkung preisen. Und er will die Gerechtigkeitsfrage stellen, das „Lebenselixier und

Adrenalin“ der Sozialdemokratie: „Die Arbeitnehmer werden nicht allein die Zeche für das verantwortungs- und charakterlose Treiben der Neoliberalen zahlen.“

Konkret heiße das: „Weniger Belastung der Kleinen, mehr Belastung der Großen. Weniger Steuern auf Arbeit, mehr auf Spekulation und Transaktion großer Vermögen.“ Ob noch in dieser Regierungsperiode, darauf will sich Kräuter aber nicht festlegen. Ihm leuchtet ein, dass man die aktuelle Steuersenkung nicht sofort durch eine Erhöhung konterkarieren sollte. Und er sagt als Hobbykicker: „Ich warne vor unberechenbaren Schüssen mit dem Spitz. Entscheidend ist die Ballbeherrschung.“

NS-Zwangsarbeiter im Schotterwerk der Fekter-Familie

Wien – Die Gerüchte gab es lange, nun liegt der Beweis vor: Im Schotterwerk der Familie von Innenministerin Maria Fekter (ÖVP), das zwischen 1940 und 1943 an den deutschen Staat zwangsverpachtet war, wurden NS-Zwangsarbeiter eingesetzt. Fekter selbst verwies auf Forschungsergebnisse, wonach es im Mauthausen-Außenlager Vöcklabruck ein „Kommando Schottergrube“ gegeben hätte – auch in der Firmenchronik werde darauf eingegangen. „Zehn bis zwölf“ der im Außenlager inhaftierten republikanischen Spanier hätten demnach im Werk arbeiten müssen. Eine Gedenktafel soll nun daran erinnern.

Der grüne Bildungssprecher Harald Walser fordert, dass Fekter „eine historische Studie über ihr Firmenerbe in Auftrag gibt“. (pm)



„Nicht für das charakterlose Treiben der Neoliberalen zahlen“: SPÖ-Mann Kräuter. Foto: Cremer

GENERATION 1989

„Wollte mich nicht anpassen“

Lenka Kovarik erzählt von ihrer Flucht aus der ČSSR



„Es gab für uns junge Leute keine Perspektive“, schildert Lenka Kovarik die Verhältnisse in der ČSSR. „Ich durfte nicht sagen, was ich wollte, ich konnte nicht studieren, was ich wollte, ich konnte nicht reisen, wohin ich wollte.“ Was sie nicht wollte: sich arrangieren, sich anpassen. Also Flucht. Der erste Versuch endet an der italienisch-jugoslawischen Grenze, als Titos Grenzwachter das Paar aufgreifen und einsperren. Das war 1982. Eine Woche Gefangenschaft. „Der Gefängnisleiter sagte uns: Verschwindet, und wenn ich euch noch einmal erwische, schiebe ich euch ab“, erzählt sie. „Bis heute kann ich nur rätseln, warum er uns freigelassen hat.“



Über Jugoslawien nach Österreich: Lenka Kovarik. Foto: Corn

Es sollte weitergehen nach Kanada, das war der Plan. Mit halb-offizieller Hilfe von der Uno und offizieller vom kanadischen Konsul – von Belgrad nach Österreich, legal mit Visum. Über Traiskirchen nach Kanada. Endlich. Aber Lenka Kovarik und ihr späterer Mann Pavel hatten Sehnsucht nach Europa – zu groß, zu fremd war das Land: „Uns war Österreich näher.“ Näher zur alten Heimat, näher in der Mentalität. 1983 ließ sich das Paar in Wien nieder. Heirat, Studium.

Der Kontakt zu Freunden und Familie jenseits des Eisernen Vorhangs riss nicht ab. Die Eltern durften sogar zu Besuch

kommen und wurden von den Behörden angewiesen zu spionieren, „was sie nicht taten“. „Wir fanden Freunde in Wien, darunter welche, die die Charta 77 mitunterschrieben hatten.“ Gemeinsam demonstrierte man vor der tschechoslowakischen Botschaft. Die Wende rückte näher. November 1989. „Drei Tage nachdem es offiziell erlaubt wurde, fuhren wir über die Grenze“, schildert Frau Kovarik, „so haben wir die Demonstrationen in Brünn (Brno), unserer Heimatstadt, erlebt.“ Die Zeit unmittelbar danach sei von ungeheurer Euphorie geprägt gewesen. „Es war herrlich.“ Doch: „Die Menschen waren auch naiv“, wie die Kovariks beobachten konnten: „Sie meinten, es würde auf Anhieb so werden wie in Österreich, vor allem was den Lebensstandard betrifft.“ Auf den Rausch folgt die Ernüchterung. Die Tschechoslowakei zerfällt.

Die Kovariks bleiben in Wien, zwei Söhne werden geboren. Lenka Kovarik ist heute beidete und gerichtlich zertifizierte Dolmetscherin und Lehrbeauftragte für Tschechisch an der FH Eisenstadt und dort auch Assistentin für Betriebswirtschaftslehre. Ihr Mann ist Biochemiker und Professor an der Uni Wien. Die Kinder, die guten Jobs, die gute Integration, alles Gründe dafür, warum eine Rückkehr nach Tschechien nicht infrage kam. (max)

Lenka Kovarik ist Tschechisch-Dolmetscherin in Wien.

**FSG** AK WAHL 5.-18. Mai 2009

ARBEIT SCHÜTZEN ZUKUNFT SICHERN!

JETZT IN ZUKUNFT INVESTIEREN!

HERBERT TUMPEL

Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen  
Liste Herbert Tumpel (FSG)

www.herberttumpel.at

## KURZ GEMELDET

WIEN

## Einzeltickets für Öffis werden teurer

Wien – Ein Einzelfahrschein kostet künftig 1,80 Euro – man müsse mit der Tarifanpassung des Verkehrsverbands Ost-Region (VOR) mitziehen, lautet die Erklärung. Der Preis für Monats-, Wochen- und Jahreskarten bleibt gleich. (hei)

ÖSTERREICH

## Überprüft: Islam-Lehrer sprechen gut Deutsch

Wien – Kaum Sprachprobleme wurden bei der Überprüfung der Deutschkenntnisse von Islam-Lehrern in vier Bundesländern festgestellt. Nur bei drei Lehrern wurden „leichte Mängel“ entdeckt. (APA)



Linz, Landstraße

Haarshampoo, Computer und Küchengeräte – Einkauf ohne Grenzen. Die Nachbarn aus dem früheren Ostblock kamen in Heerscharen in die Konsummeilen der österreichischen Städte und wählten sich im Paradies. In den Linzer Einkaufsstraßen fanden die Menschen aus Böhmen ungewohntes materielles Glück (links), als sie im Dezember 1989 ihre Autos mit Waren aller Art vollpackten, um zu Hause einen ordentlichen Geschenke-Teppich unter den Weihnachtsbaum legen zu können. Heute ist sogar der Kater nach dem damaligen Kaufrusch vergessen. Wenn die böhmischen Nachbarn nach Oberösterreich shoppfen kommen, gehört das zum Alltag – für die Nachbarn und die Linzer ebenso.

Fotos: APA / Rudolf Brandstätter, rubra (rechts)



## GENERATION 1989

## Der Revolutionsalphabetisierer

Zilayh reiste der Wende nach und schrieb ein Kultbuch

Für Peter Zilayh ist es unbestreitbar, dass „1989 eine österreichisch-ungarische Initiative war! Wir beide haben die Grenze geöffnet! Wobei das größere Risiko auf unserer, auf der ungarischen Seite, lag“, betont der geborene Budapester, der zurzeit als Grazer Stadtschreiber am Schlossberg über den Dächern der Altstadt lebt. Zilayh ist ein dichtender, fotografierender und performativer Workaholic bekannt – und zwar am New Yorker Broadway ebenso wie am Burgtheater, wo er in Martin Kušejns Inszenierung von *König Ottokars Glück und Ende* zitiert wurde.

1989 war Zilayh 19 und gerade im richtigen Alter, um Aufbrüche mit Leib und Seele zu erleben. „Auf einmal gab es eine ungläubliche Euphorie auf den Straßen, wunderschön anzusehen! Die Leute hatten Hoffnung und glaubten, dass sie ihr Schicksal

in die eigene Hand nehmen konnten“, erinnert sich Zilayh an 1989. Und davon konnte er nicht genug bekommen: „Ich wollte das sehen, also fuhr ich überall hin, wo es passierte.“

Das Resultat dieser Revolutions-Interrail-Reise erschien einige Jahre später: In *Die letzte Fenstergiraffe – Ein Revolutionsalphabet* (Eichborn Verlag) erzählt Zilayh witzig, poetisch und autobiografisch von den Umbrüchen in seiner Heimat und überall sonst, wie etwa von der Revolution in Rumänien oder Anti-Milošević-Demos. Formal ist es als alphabetisch geordnetes Verzeichnis mit bissigen Zeichnungen gestaltet. Der Titel der Fenstergiraffe ist einem

Kinderlexikon, das Millionen ungarische Kinder kannten, entliehen. Und man darf behaupten, dass Zilayhs Version der *Ablak – Zsiráf* (so der 1998 erschienene Originaltitel) ebenso viele Menschen erreichte und vor allem bewegte. Das Buch wurde mittlerweile in über 20 Sprachen übersetzt, heuer ins Türkische. Doch besonders stolz blickt Zilayh auf das Jahr 2004 zurück: Damals wurde seine Fenstergiraffe in der Ukraine zum Buch des Jahres erklärt. Der ukrainische Schriftsteller Juri

Andruchowitsch rief dazu auf, das Buch zu lesen und „zu verwenden“. Ende des Jahres, als die friedlichen, orangefarbenen Proteste die Ukraine ergriffen, schrieb Andruchowitsch an Zilayh: „Sie leben jetzt dein Buch“. Zilayh fügt schmunzelnd hinzu: „Tatsächlich hatten die Leute auf den Demos mein Buch eingesteckt.“

Doch begonnen hatte all das 1989 in Ungarn. Damals, als sein Land „politisch erwachsen“ wurde und Zilayh auch. Heute sieht er die Revolutionsjahre wenig verklärt. Der Hoffnung folgte Ernüchterung. Ob er ein Linker sei? „Es gibt Leute, die das sagen würden.“ Und ist es Zufall, dass er laut *Fenstergiraffe* immer neue sexuelle Erfahrungen machte, wenn irgendwo ein Diktator starb? „Weiß nicht, mal sehen. Ein paar leben ja noch.“ (cms)

*Péter Zilayh (geb. 1970) ist Schriftsteller, Fotograf und Performer und derzeit Grazer Stadtschreiber. Zuletzt erschien „Der lange Weg nach nebenan“ (Passagen-Verlag).*



Schriftsteller Péter Zilayh verfolgte die Euphorie von 1989. Foto: privat

## „Da ist der Kessel des Seewinkels aufgegangen“

Das Jahr 1989 hat das Burgenland fundamental verändert. Hans Niessl war damals Bürgermeister. 20 Jahre danach spricht Wolfgang Weisgram mit ihm über „gefühlte Geografie“ und die Fährnisse des Zusammenwachsens.



Niessl: Es hat sich ja auch entwickelt: EU-Erweiterung 2004, Fall der Schengen-Grenze 2007. Wir sind von einer Bruchstelle zwischen den Blöcken zu einer Nahtstelle der Integration geworden.

STANDARD: *Zuletzt hat es einige Animositäten gegeben. Nur zum Beispiel: die Fahrverbote nach Ungarn.* Niessl: Man kann nicht alle Wege, die es jahrzehntlang nicht gegeben hat, innerhalb von ein, zwei Jahren asphaltieren. Aber es wird Schritt für Schritt zwischen den Gemeinden gearbeitet. Das Zusammenwachsen geht nicht von heute auf morgen.

STANDARD: *Ich nenne jetzt drei Gemeinden, die genau das aber sehr forcieren: Kittsee, Schattendorf, Bildein. Alle drei definieren sich längst als Vororte der benachbarten Städte. Kann das zukunftsweisend sein fürs Burgenland?*

Niessl: Nein, aber es charakterisiert gut unsere Herausforderung. Nämlich, wie das Burgenland sich gegenüber den Ballungsräumen

behaupten kann. Allein der Großraum Bratislava ist mit 700.000 Einwohnern mehr als doppelt so groß wie das ganze Burgenland. Wir müssen trachten, dass wir nicht nur Vorort oder Erholungsgebiet werden. Wir müssen daran arbeiten, dass man gegenüber diesen Städten ökonomisch bestehen kann. Nehmen wir nur den Standort Neusiedl/Parndorf. Wenn die Krise vorbei ist, müssen wir da unsere Chance nützen. Die Chance, zwischen Wien und Bratislava genau in der Mitte zu liegen.

## ZUR PERSON

Hans Niessl (57) war von 1987 bis 2000 Bürgermeister von Frauenkirchen und ist seither Landeshauptmann des Burgenlandes.

STANDARD: *Ich möchte Ihnen eine früher einmal recht häufige Frage stellen. Welche Stadt liegt westlicher: Wien oder Prag?*

Niessl: Prag.

STANDARD: *Was wäre heute eine vergleichbar augenzwinkernde Frage?*

Niessl: Nun ... bei Veranstaltungen frage ich manchmal: Was glaubt's ihr, wo bin ich schneller von Frauenkirchen – in Budapest oder Jennersdorf?

STANDARD: *Was sagen die Leute?*

Niessl: Jennersdorf.

STANDARD: *Und was sagen Sie?*

Niessl: Budapest. Über die Autobahn brauchst du vielleicht anderthalb Stunden. Nach Jennersdorf schaffst du es in dieser Zeit nie.

STANDARD: *Wenn Sie nach Prag wollen, wie fahren Sie dann?*

Niessl: Über Bratislava natürlich. Wir sind ja auch schneller in Bratislava als in Wien. Ich muss dazu sagen, ich wohne im Seewinkel, in einem Gebiet, das vom Eisernen Vorhang umgeben war. Im Süden, Osten und Norden der Eisernen Vorhang, im Westen der See, auch eine hermetische Grenze. Gemessen daran hatten wir nur ein kleines Stück offener Grenze, einen kleinen Ausgang sozusagen.

STANDARD: *Sie waren 1989 Bürgermeister von Frauenkirchen. Wie haben Sie die Vergrößerung dieses Ausganges erlebt?*

Niessl: Niemand hat anfangs gedacht, dass der Eisernen Vorhang

wirklich fällt. Es hat gedauert, um zu realisieren, dass das ein welthistorisches Ereignis ist, dass die Geografie neu gemacht werden muss, dass ein neues Kapitel der Geschichte beginnt. Es ist auch ein bisschen gedacht worden an 1956: Wie viele Flüchtlinge werden kommen? Können wir das bewältigen? Und vor allem: Wie reagiert das alte System? Hier war ja der Punkt, wo der Eisernen Vorhang nicht nur symbolisch durchschnitten wurde, sondern auch die Ersten real herübergekommen sind. Das war ja das Sensationelle: dass der Eisernen Vorhang fällt, ohne dass es zu Auseinandersetzungen, zu Toten kommt.

STANDARD: *Was war für das Burgenland das eigentlich einschneidende Datum: 1989 oder der EU-Beitritt Österreichs 1995?*

Niessl: Ich sage das jetzt als Seewinkler: 1989. Damals ist der Kessel, welcher der Seewinkel mit seinen Grenzen war, aufgegangen. Das war eine große Befreiung, hat aber auch dazu geführt, dass wir endlich gleiche Bedingungen bekamen wie andere Bundesländer.

STANDARD: *Haben sich seither die Menschen neu orientiert, ist die „gefühlte Geografie“ der Burgenländer eine andere geworden?*

Niessl: Das Umdenken und die Umorientierung geht nicht auf Knopfdruck.

STANDARD: *Aber das ist doch schon 20 Jahre her.*

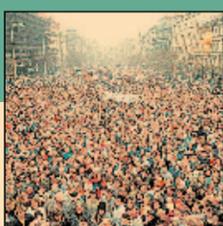


12. November 1989

Am 12. November 1989 erwischte es den am längsten amtierenden KP-Chef Osteuropas. Bulgariens Todor Schiwkow (Bild) wurde von

den eigenen Leuten zum Rücktritt gezwungen. Der 78-Jährige, der seit 1954 amtierte und als korrupt galt, hatte zuletzt versucht, die Bulgaren mit abgeschwächten Reformen im Stile Gorbatschows zu besänftigen, doch es war vergebens. Am Rande eines Umweltforums, das die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Sofia veranstaltete, kam es zu Demonstrationen bulgarischer Grüner – und Schiwkow musste gehen.

Foto: AP

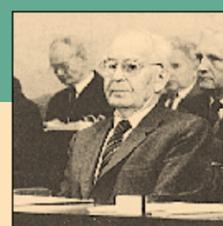


17. November 1989

Mit einer von der Polizei gewaltsam aufgelösten Studentendemonstration begann am 17. November 1989 in Prag die Samtene Revolution. Der Funke

sprang auf die Bürger über, die über die Reformunwilligkeit der tschechoslowakischen KP-Führung empört waren. Zu Hunderttausenden strömten sie auf den Wenzelsplatz (Bild), um gegen die Regierung zu demonstrieren. Václav Havel und die altgedienten Dissidenten der Charta 77 standen bereit, um den Protesten eine Richtung zu geben. Sie gründeten das „Bürgerforum“, das den Übergang zur Demokratie auszuhandeln sollte.

Foto: AP



27. November 1989

Nur wenige Stunden dauerte der Generalstreik in der ČSSR, der den Machthabern gleichwohl wohl zu verstehen gab, dass ihre Zeit zu Ende war.

Die Bevölkerung nahm, vom Prager „Bürgerforum“ und der slowakischen „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ zur Besonnenheit ermahnt und – dank Gorbatschow – ohne Angst vor Sowjetpanzern, ihre Sache selbst in die Hand. Dem kommunistischen Staatspräsidenten Gustáv Husák (Bild), einem der Totengräber des Prager Frühlings von 1968, blieb nichts anderes übrig, als zusammen mit weiteren reformunwilligen KP-Politikern einige Tage später abzutreten. Foto: EPA



DDR-Sport: Wurzel des Dopingübels SPORT Seite 20

Peugeot 3008, das Alles-Auto AUTOMOBIL Seite 17

H1N1-Mutation: Erster Todesfall in USA, WHO hebt Pandemie-Risiko auf zweithöchste Alarmstufe

## Schweinegrippe-Fall in Wien bestätigt

In den USA starb am Mittwoch ein Kleinkind, das Virus breitet sich über Europa aus. Für Österreich gibt es weitgehend Entwarnung, die infizierte Wienerin darf das Spital bald verlassen.

Gudrun Springer

**Wien/Genf/Washington** – Die Laborergebnisse brachten Gewissheit: Jene 28-jährige Frau, bei der am Dienstag von einer „sehr wahrscheinlichen Ansteckung“ mit Schweinegrippe die Rede war, ist tatsächlich daran erkrankt. Das teilte das Gesundheitsministerium am Mittwoch mit. Nach Auskunft der Ärzte ist die Patientin im Kaiser-Franz-Josef-Spital auf dem Weg der Besserung und kann in den nächsten Tagen entlassen werden. Für die anderen vier Verdachtsfälle kam Entwarnung: Es handle sich weder bei der Frau in Steyr noch bei den drei anderen Patienten in Wien um Schweinegrippe. Unterdessen wurden neue Verdachtsfälle aus Wien, Vorarlberg und Oberösterreich gemeldet. Bei der erkrankten Person in Dornbirn gingen die Behörden eher davon aus, dass es sich nicht um die neue Mutation des H1N1-Virus handelt. Im Wiener Fall gab es Mittwochnachmittag wieder Entwarnung. Bei dem Verdachtsfall in Vöcklabruck brachte der Schnelltest ein negatives Ergebnis.

**Wegen eines Schweinegrippefalles wurde diese Volksschule in Texas geschlossen und desinfiziert. In den USA gab es den ersten Todesfall außerhalb Mexikos.**

Foto: Reuters



Erstmals kam es außerhalb Mexikos zu einem von der Schweinegrippe verursachten Todesfall: Im US-Bundesstaat Texas starb ein 23 Monate altes Baby. Das aus Mexiko stammende Kleinkind war zur medizinischen Behandlung in die USA gebracht worden, wo nach offiziellen Angaben bisher 64 Menschen an der Infektion erkrankt

sind. Präsident Barack Obama empfahl am Mittwoch zusätzliche Vorsorgemaßnahmen: Schulen, in denen es Verdachtsfälle oder Infektionen gebe, sollten vorsichtshalber geschlossen werden. Man sei in einer „sehr ernstesten Situation“.

In Mexiko wurde die offizielle Zahl der Todesfälle durch Schweinegrippe stark nach unten korrigiert

(siehe Artikel unten). Die Gesundheitsbehörden der Staaten Mittelamerikas kamen in Nicaragua zusammen und baten die internationale Gemeinschaft um Medikamente.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hob am Mittwoch nach einer Expertenkonferenz in Genf das Pandemie-Risiko auf die zweithöchste Stufe 5 an. Es war bereits die zweite Verschärfung seit Wochenbeginn. Die Ausrufung der Phase 5 sei „ein starkes Signal, dass eine Pandemie bevorsteht und die Zeit für einen Abschluss der Organisation und Umsetzung der geplanten Schutzmaßnahmen kurz ist“, heißt es in den Erläuterungen.

Frankreich forderte von der EU einen Stopp aller Flüge nach Mexiko. Die Sprecherin der EU-Gesundheitskommissarin Androulla Vassiliou erklärte in Brüssel, dass in den bisher bestätigten Fällen, die Patienten „nicht allzu schwerwiegend erkrankt“ seien.

Das Virus berührt auch die Sportwelt: Beim Fußball-Weltverband FIFA gab es Überlegungen, den Confederation Cup (14. bis 28. Juni) in Südafrika abzusagen, wo Mittwoch die ersten beiden Verdachtsfälle auftraten.

Auch für politische Interessen wird das Virus benützt: Obwohl noch kein Fall in der arabischen Welt bekannt ist und die Krankheit nicht durch den Verzehr von Schweinefleisch übertragen wird, haben sich strenggläubige muslimische Politiker, denen das Schwein als unrein gilt, in Ägypten für das Töten tausender Schweine stark gemacht. Die ägyptische Regierung ordnete die Keulung aller Schweine an.

„Dass der Sommer beginnt, ist schlecht für das Virus“

Der Mikrobiologe **Peter Palese** hält die kommende Woche für entscheidend: Erreicht die Grippe bald den Höhepunkt, lässt sich eine Pandemie verhindern, sagt er zu **Karin Pollack**.

**STANDARD:** Sie haben Influenza A H1N1 erforscht, das 1918 zirka 50 Millionen Tote forderte. Gibt es Ähnlichkeiten zum aktuellen Virus?

**Palese:** Das Virus sieht aus wie ein Fußball mit vielen Noppen. Das sind die Andockstellen. Sie haben sich seit 1918 verändert, weil sich das Virus seit damals mit anderen Influenza-Stämmen unter anderem von Schweinen, aber auch Vögeln vermischt hat. Die Antwort ist: Es ist ähnlich, aber nicht gleich.

**STANDARD:** Sind Influenza-Geimpfte demnach nicht ohnehin geschützt?

**Palese:** Ich glaube, dass Menschen, die geimpft sind, zumindest eine teilweise Immunität haben.

**STANDARD:** 1918 gab es mehrere H1N1-Grippewellen. Könnte es diesmal auch so sein?

**Palese:** Es kann der Anfang, aber auch das Ende einer Influenza-Welle sein. Wenn der Höhepunkt innerhalb einer Woche erreicht ist, stehen die Zeichen gut, dass es nicht weiter eskaliert. Vorteilhaft ist, dass in der nördlichen Hemisphäre die Influenza-Saison mit Ende April vorbei ist. Viren brauchen, um zu überleben, niedere Temperaturen und hohe Luftfeuchtigkeit. Dass der Sommer beginnt, ist schlecht für das Virus.

**STANDARD:** Insofern könnte auch das Entwickeln einer neuen Impfung unnötig sein?

**Palese:** Entscheidend ist der Influenza-Verlauf in der nächsten Woche. Breitet H1N1 sich weiter aus, braucht man die Impfung. In den USA wartet die Behörde diese Woche ab.

**STANDARD:** Wie ist Ihre persönliche Einschätzung?

**Palese:** Ich denke, dass es sich um eine reguläre Influenza handelt, aber gefährliche Mutationen lassen sich nicht ausschließen.

**ZUR PERSON**  
Peter Palese gilt als einer der renommiertesten Influenza-Forscher. Der Mikrobiologe und geborene Österreicher forscht an der Mount Sinai School of Medicine in New York.



Foto: Cremer

## Mexikaner zwischen Fatalismus und Besorgnis

WHO geht inzwischen von mehr Infizierten in den USA als in Mexiko aus

Nils Brock aus Mexiko City

Man muss schon genau hinschauen, um im morgendlichen Stau von Mexiko-Stadt ein paar Atemmasken durch die getönten Autofenster zu erspähen. Die meisten Fahrer tragen ihren Mundschutz, wenn überhaupt, um den Hals baumelnd.

Auch die Fußgänger nehmen es mit den Empfehlungen des Gesundheitsamtes nicht so genau. Nur jeder zweite verbirgt sein Gesicht hinter dem unbequemen Textil. „Selbst wenn ich eines von den Dingern wollte, in den Apotheken sind sie stets ausverkauft“, meint Enriqueta Rosos, die im Supermarkt Oxxo auf der Avenida Medellín arbeitet.

Ja, ihr Arbeitgeber hätte allen Angestellten geraten, sich zu schützen. „Aber das ganze Gerede von der Schweinegrippe ist am Ende doch nur Panikmache.“ Tatsächlich scheint im Stadtteil Roma Sur, im südlichen Zentrum von Mexiko-Stadt, alles seinen ge-

wohnten Gang zu gehen. Seit letzten Freitag oszilliert ganz Mexiko allerdings zwischen abgeklärter Coolness und einem besorgten Blick auf die neusten Meldungen zum grippalen Infekt H1N1.

Nach einer Zwischenbilanz der Gesundheitsbehörden sind in Mexiko 159 Menschen gestorben, die sich vermutlich mit dem Schweinegrippe-Virus infiziert hatten. Allerdings konnte er bisher nur bei sieben Toten nachgewiesen werden. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) geht inzwischen von mehr Infizierten in den USA als in Mexiko.

Ob die Versorgung mit antigrippalen Medikamenten in Mexiko-Stadt wirklich sichergestellt ist, falls sich die Epidemie weiter ausbreitet, darüber gibt es unterschiedliche Ansichten. Ein Angestellter des staatlichen Biologie-Labors Birmex, der ungenannt bleiben möchte, berichtet zumindest, dass alle institutionellen Aktivitäten zugunsten der Herstellung antiviraler Medikamente eingestellt

wurden. „Die Produktion läuft auf Hochtouren. Denn gerade in Mexiko-Stadt gehen interne Schätzungen von vielen noch nicht registrierten Fällen aus.“

Mexiko sei trotz erster Hinweise auf eine unbekannt Viruserkrankung Anfang April viel zu spät an die Öffentlichkeit gegangen, kritisiert die WHO. Vor den Krankenhäusern in Roma Sur derweil überall das gleiche Bild: Keine Menschenschlangen, sondern ein paar wartende Angehörige von Patienten, die sich in kleinen Grüppchen auf den Fußwegen versammeln.

Die Gespräche kreisen darum, ob die Fußballliga am Wochenende zumindest wieder vor leeren Rängen kicken wird, ob die weißen oder blauen Mundschutzmasken die wirksameren seien, und ob es am Ende nicht doch die Gringos gewesen sind, denen ein Laborexperiment in Richtung Mexiko entglitten ist.

SCHWERPUNKT:  
Angst vor  
H1N1-Virus



23. Dezember 1989

Der Fall der Berliner Mauer löste auch in Rumänien, der neben Albanien schlimmsten kommunistischen Diktatur Osteuropas, Proteste

aus. Massendemonstrationen forderten das Ende des Regimes von Nicolae Ceaușescu. Dieses reagierte mit Gewalt, mehr als tausend Menschen starben. Die Rolle des Geheimdienstes bei der Revolution ist bis heute nicht geklärt. Schließlich stellte sich die Armee auf die Seite der Demonstranten. Ceaușescu und seine Ehefrau Elena (Foto) wurden am 23. Dezember festgenommen, vor ein Militärgericht gestellt und am 25. Dezember standrechtlich erschossen.



28. Dezember 1989

Alexander Dubček, als reformbereiter KP-Chef eine Leitfigur des Prager Frühlings 1968, kehrt symbolhaft an die Spitze der Tschechoslowakei zurück.

1970 war er aus der Partei ausgeschlossen worden und musste als Inspektor der Forstverwaltung Bratislava arbeiten. Im November 1988 erhielt er die Ehrendoktorwürde der Universität Bologna und erhielt nach Hinhaltenakt des Regimes schließlich Reiseerlaubnis. 1989 wurde Dubček (im Bild mit Ehefrau Anna) politisch rehabilitiert und am 28. Dezember zum Parlamentspräsidenten gewählt. Dubček starb am 7. November 1992 nach einem Autounfall. Foto: AP



29. Dezember 1989

Ende Oktober 1989 sagte der kommunistische tschechoslowakische Regierungschef Ladislav Adamec vor seinem Wien-Besuch zu österreichi-

sehen Journalisten in Prag: „Für mich ist Havel eine Null.“ Acht Wochen später, am 29. Dezember, war Vaclav Havel, prominentester Dissident und geistiger Kopf der Protestbewegung, Staatspräsident (im Bild vor dem Prager Veitsdom) – gewählt von den Abgeordneten des KP-Systems, das den Dichter verfolgt und insgesamt fast fünf Jahre eingesperrt hatte. Nach der Teilung der CSFR mit 1. Jänner 1993 wurde Havel tschechisches Staatsoberhaupt. Foto: AP

**WIEN**  
**Galerie Hubert Winter**  
**Eröffnung heute, 19.00**  
**Lawrence Weiner**

Mit seinen Textinstallationen gehört der amerikanische Künstler Lawrence Weiner zu den wichtigsten Vertretern der Konzeptkunst. Immer wieder in Wien zu Gast, führt er diesmal mit *Die Ebbe und der Strom* an das Donauufer. (cb)  
[www.galeriewinter.com](http://www.galeriewinter.com)

**WIEN**  
**Galerie Strickner**  
**Eröffnung heute, 19.00**  
**Thomas Feuerstein**

In den 1990er-Jahren hat Thomas Feuerstein gemeinsam mit Klaus Strickner die Zeitschrift *medien.kunst.passagen* publiziert. Heute wird seine Ausstellung *Planet Paradis* eröffnet, in der er seinen medienkritischen Ansatz fortsetzt. (cb)  
[www.galeriestrickner.com](http://www.galeriestrickner.com)

**WIEN**  
**Galerie Konzett**  
**Eröffnung heute, 19.00**  
**Ines Doujak, Christian Eisenberger ...**

... Lukas Pusch, Ulla Rauter, Johanna Tinzl und Stefan Flunger heißen die Künstler der kommenden Gruppenausstellung, in der man mit Ines Doujak oder Lukas Pusch auch neue Künstler der Galerie vorstellen wird. (cb)  
[www.artkonzett.com](http://www.artkonzett.com)

**KREMS**  
**Galerie Stadtpark**  
**Heute, Beginn 20.00**  
**Sound Alliances**

Im Rahmen der Reihe *Sound Alliances* wird heute mit einem Impulskonzert von Peter Kutin und Billy Roisz auch ihre Installation *Iconophonic* eröffnet. Weiter Termine der Audiovisionen: 1. 5. und 2. 5. von 18.00 bis 23.00 Uhr. (cb)  
[www.galeriestadtpark.at](http://www.galeriestadtpark.at)

**SALZBURG**  
**Galerie Ruzicka**  
**Eröffnung 4. 5., 18.00**  
**Edgar Bryan**

Die gegenständlichen Bilder von Edgar Bryan sind zeitgenössische Variationen von zwei klassischen Genres der Malerei: dem Stilleben und dem Figurenbild. In der Galerie Ruzicka zeigt der 1970 in Alabama geborene Künstler neue Arbeiten. (cb)  
[www.ruzicka.com](http://www.ruzicka.com)

**VERNISSAGEN**

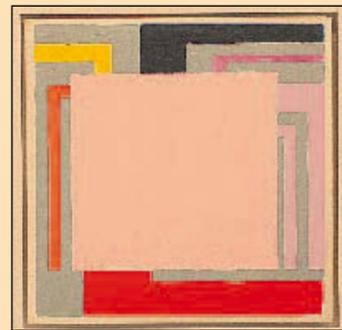
- Atelierhaus der Akademie der bildenden Künste 6., Lehang. 8 Di-Mi 10-18 "Projekt Projektion" Bis 10. 5. Eröffnung am 4. 5., 18.30
- Galerie Augustin 1.**, Lugeck 3, 512 62 70 Di-Mi 11-13, 14-19 Jörg Döring "new works" Bis 6. 6. Eröffnung am 4. 5., 18.00
- Galerie Blaues Atelier** 8010 Graz, Schörgelg. 8, 0650/8171610 Mi-Fr 15-19, Sa 11-16 Werner Pirker "Formen und Linien" Bis 29. 5. Eröffnung am 6. 5., 19.00
- Galerie Hubert Winter 7.**, Breite G. 17, 524 09 76, www.galeriewinter.at Di-Mi, Fr 11-18, Do 19-21, Sa 11-14 Lawrence Weiner "Die Ebbe und der Strom" Bis 13. 6. Eröffnung am 30. 4., 19.00
- Galerie Konzett 1.**, Spiegelg. 21, 513 01 03, www.artkonzett.com Di-Mi, Fr 11-18, Sa 11-16 Ines Doujak, Christian Eisenberger, Lukas Pusch u.a. Bis 30. 5. Eröffnung am 30. 4., 19.00
- Galerie Peithner-Lichtenfels 1.**, Sonnenfelsg. 6, 587 37 29, www.peithner-lichtenfels.at Di-Mi, Fr 10-18, Sa 10-16 "L'art en tete - Art Brut aus Frankreich" Bis 23. 5. Eröffnung am 30. 4., 19.00
- Galerie Raum mit Licht 7.**, Kaiserstr. 32, 524 04 94, www.raum-mit-licht.at Mi-Fr 14-19, Sa 11-14 Bohncang Koo "Purity" Bis 3. 7. Eröffnung am 6. 5., 19.00
- Galerie Seywald** 5020 Salzburg, Rainbergstr. 3c, 0662/84 06 26, www.art-kunst-art.com Di-Fr 10.30-12, 14.30-18.30, Sa 10-13 Alexander Fesekosh "Transparenz und Gegenständigkeit" Bis 23. 5. "Living Spaces - Living Forms" Bis 30. 5. Eröffnung am 30. 4., 19.30
- Galerie Slavik 1.**, Himmelfortg. 17, 513 48 12, www.galerie-slavik.com Di 18-21, Mi 10-13, 14-18 Madala Joaquim Capdevila "Camins Interiors - Innere Wege" Bis 13. 6. Eröffnung am 5. 5., 18.00 "Poesie der Schmuckkunst" Bis 30. 4.
- Galerie Stadtpark** 3500 Krems an der Donau Wichnerstraße, 02732/847 05, www.galeriestadtpark.at Fr-Sa 18-23 "Sound Alliances - Iconophonic" Bis 2. 5. Eröffnung am 30. 4., 20.00 *Sound Alliances - Interfering Contours* Bis 2. 5.
- Galerie Strickner 6.**, Filigraderg. 2/7, 0680/201 44 52 Di-Mi, Fr 16-19, Sa 11-13 Thomas Feuerstein "Planet Paradis" Bis 6. 6. Eröffnung am 30. 4., 19.00
- Galerie Studio 18** 19, Währinger Gürtel 75 Mi 10-17 Margit Preis "coming home" Bis 8. 5. Eröffnung am 5. 5., 19.00
- Galerie Time 1.**, Wollzeile 1-3, 0664/450 05 45 Do-Fr 18-20, Sa 11-13 "33" Bis 2. 5. Wolf Werdtgier "Bilder einer Musik" Bis 9. 5. Eröffnung am 6. 5., 19.00
- Galerie Ulysses 1.**, Opernring 21, 587 12 26, www.galerie-ulysses.at Di-Fr 12-18, Sa 10-13 Arnulf Rainer Bis 5. 5. Eröffnung am 5. 5., 19.00 Markus Prachensky "Korsika Beboop" Bis 30. 4., Uta Peyrer Bis 30. 4.
- Galerie Unart** 9500 Villach, Kaiser-Josef-Pl. 3, 04242/280 97, www.galerie-unart.at Mo 10-12.30, 15-18, Sa 10-12.30 Neugebzeiten von Gernot Fischek-Kandratovitch, Wilma Maron, Michael Ferner u. a. Bis 29. 5. Eröffnung am 2. 5., 10.00
- Kulturlabor Stromboli** 6060 Hall in Tirol, Krippg. 11, 05223/45 111, www.stromboli.at Klovernissage Bis 30. 4. Eröffnung am 30. 4., 20.00
- Kunsthalle Wien, project space 1.**, Karlspl., 521 89-33, www.kunsthallewien.at Mo, So 13-19, Di-Sa 16-24 "The Pitmen Painters" Bis 17. 5. Eröffnung am 1. 5., 15.00
- Landesmuseum Joanneum** 8010 Graz, Neutorg. 45, 0316/8017-9716, www.museum-joanneum.at Di-Mi, Fr-So 10-18 absolutely free - Der Woodstockeffekt Bis 16. 8. Eröffnung am 30. 4., 17.07
- Literaturhaus Graz** 8010 Graz, Elisabethstr. 30, 0316/380 8360, www.literaturhaus-graz.at Di-Mi 9-16 Renate Habinger: Nilgford, Biene und Papier Bis 29. 5. Eröffnung am 4. 5., 16.00
- Lusthaus 2.**, Freudenua 254, 728 95 65 Peter Travnicek-Kunstaktion Bis 5. 5. Eröffnung am 5. 5., 17.00
- Mariahilferplatz** 8020 Graz, Mariahilferpl., www.die-mobilie-galerie.at Mi 11-14, 15.30-18.30 Abbey, die mobile Galerie: Stefan Joch, Andreas Putz "Jardin de Ninos" Bis 9. 5. Eröffnung am 5. 5., 19.00
- Messe Wien 2.**, Messepl. 1, 727 20-0, www.viennafair.at Mi 18-21 ViennaFair - Int. Messe f. zeitgen. Kunst im Fokus Zentral- und Osteuropa Bis 10. 5. Eröffnung am 6. 5., 18.00
- Neue Residenz** 5020 Salzburg, Mozartpl. 1, 0662/620 808-700, www.smca.at Mo-Mi, Fr-So 9-18 "Ansichtsbasis - Die Stadt Salzburg aus ungewöhnlichen Blickwinkeln" Bis 28. 6. Eröffnung am 30. 4., 17.00
- Neues Rathaus Leoben** 8700 Leoben, 03842/4062-272 Mo-Mi 8-16, Fr 8-13 Ver-Rückt der Kunstbaustelle Leoben Bis 22. 5. Eröffnung am 30. 4., 18.30
- Provinzialrömische Sammlung am Landesmuseum Joanneum** 8435 Wagna, Marburger Str. 111, 03452/71778, www.museum-joanneum.at Mi, So 10-17 Ausgrabungen in Flavia Solva Bis 31. 10. Eröffnung am 2. 5., 15.00
- Schützenhaus der Kaiserbadtschleuse 2.**, Donaukanal Mi 15-20 "Manchmal delta" Bis 20. 5. Eröffnung am 5. 5., 19.00
- Auch nach 19 Uhr geöffnet. Angaben ohne Gewähr.

Weitere Tipps unter: [derStandard.at/Programm](http://derStandard.at/Programm)

**WIEN**

**Kopiert, nicht gefälscht**  
**Galerie Andreas Huber**  
 Bis 16. 5.

Schwarz-weiß kopiert, hängen in Dan Rees' Ausstellung „if it looks like it and feels like it“ einige der berühmtesten Rothkos. In einer durchaus respektvollen Wiederaufnahme hat Rees sich zudem die malerischen Gesten von Kippenberger, Malewitsch oder de Kooning zu eigen gemacht und ihre Bilder auf dem „White Album“ der Beatles reproduziert. Zur Kontemplation sind die Bilder von Rothko nicht mehr wirklich geeignet. Dem Künstler Dan Rees haben Postkarten als Kopiervorlagen für seine Poster gedient, die nun in der Galerie Huber ausgestellt sind. Mit sieben Postern wurden im kleinen Raum



Teil der Serie „A Good Idea Is A Good Idea“ von Dan Rees. F.: Galerie

zudem viel zu viele „Rothkos“ gehängt, wodurch Rees die ursprüngliche Einmaligkeit unterläuft und den Aspekt der Reproduktion noch einmal betont.

Dan Rees interessiert sich für die Neuinterpretation von Kunstwerken und die Divergenz zwischen der Rezeption zum Entstehungszeitpunkt eines Werks und dessen zeitgenössischer Vermittlung. Rees tritt aber nicht nur mit der Kunstgeschichte in einen Dialog; auch zeitgenössische Künstler tauchen auf: In *Variable Peace* spielt er Pingpong mit Jonathan Monk, ebenso liegt die Papierarbeit *A Cup of Tea with Gavin Turk* auf, die zumindest eine Zusammenarbeit mit dem berühmten Young British Artist suggeriert.

Ganz sicher nicht um eine Reproduktionserlaubnis gefragt wurden hingegen Kippenberger, Mondrian oder de Kooning, die in der Ausstellung insofern mit ihren Handschriften anwesend sind, als dass Rees fünf Ausgaben des *White Album* der Beatles in Aneignung ihrer berühmten malerischen Gesten bemalte, und unüberhörbar wird man dort irgendwann auch noch an Cage gemahnt, wenn immer wieder mal ein schräger Ton seiner Soundarbeit *2 cats locked in a room with a grand piano* erklingt. (cb)

Galerie Andreas Huber  
 Capistrangasse 3, 1060 Wien  
[www.galerieandreasHuber.at](http://www.galerieandreasHuber.at)

**HERFORD**

**Geküsst und elektrisiert**  
**Marta Herford**  
 9. 5. bis 28. 6.



Als Pionier der Landart, Performance, Video- und Konzeptkunst zählt Dennis Oppenheim bis heute zu den wichtigsten US-amerikanischen Künstlern. Die Ausstellung „Electric Kisses“ zeigt neben frühen Arbeiten Zeichnungen und Modelle utopischer Architekturinterventionen sowie jüngere Skulpturenlandschaften.

In seinem nunmehr schon vierzigjährigen Schaffen überschreitet Oppenheim stets aufs Neue die Grenzen der Kunst. Bereits Ende der 1960er-Jahre erweiterte er die Möglichkeiten seiner skulpturalen Aktivität, indem er über die Räume der Institutionen hinaus die Landschaft erschloss. Mit seinen aktuellen Arbeiten für den öf-

Der Betrachter wird in der Begegnung mit dem Kunstwerk zum Entdecker: Dennis Oppenheims „Electric Kisses“, 2008. Montage: Marta Herford

fentlichen Raum knüpft er an sein Frühwerk an. Allerdings untersucht nicht mehr der Künstler selbst die verschiedenen Orte, sondern der Betrachter wird in der Begegnung mit dem Kunstwerk zum Entdecker und ändert seine Rolle vom passiven Rezipienten zum Akteur.

Im Zentrum der zeitlich einen weiten Bogen spannenden Ausstellung stehen fantastische Behausungen und hybride Objekte für den öffentlichen Raum: wurmartige Busstationen, fliegende Caravans und überdimensionierte Verkehrs pylonen, mit denen er dazu anregen will, die Bedeutung des Ortes zu ergründen und bestehende Konzepte von der Welt infrage zu stellen. (cb)

Marta Herford Museum f. zeitgen. Kunst  
 Goebenstr. 4-10, 32052 Herford  
[www.martaherford.de](http://www.martaherford.de)

Den kompletten Galeriespiegel finden Sie unter [derStandard.at/Programm](http://derStandard.at/Programm)

**Die „Magyarhilfer Straße“ von Wien**

Als sich 1989 der Eiserner Vorhang öffnete, wurde die Wiener Mariahilfer Straße schon längst „Magyarhilfer Straße“ genannt. Den Ungarn war schon ein Jahr zuvor die Reisefreiheit gewährt worden, die sie ausgiebig nutzten.

*Roman David-Freihsl*

Wien – Die Gegend rund um die heutige Mariahilfer Straße hatte immer schon eine große Anziehungskraft für jene, die von „draußen“ kamen. Einstens waren es die Illyrer, die sich hier ansiedelten, um aus dem Lehm im Erdreich einfache Gefäße zu töpfen. Später nutzten die Kelten den Lehmbo-

den wurden auch diese Vororte Wiens verwüstet – als die Franzosen durchzogen, wurden sie verschont. Und 1848 siedelte sich ein gewisser August Herzmann aus Odrau in der heutigen Mariahilfer-Gegend an, um hier ein Geschäft gleichen Namens zu gründen.

140 Jahre später gab es das Kaufhaus Herzmann noch, als die Mariahilfer Straße wieder einmal für die von „draußen“ eine magische Anziehungskraft bekam. „Draußen“, das war im Jahr 1988 noch „drüben“, der Ostblock – doch den Ungarn war bereits in diesem Jahr die Reisefreiheit gewährt worden: die erste Chance, den jahrzehntelang aufgestauten Nachholbedarf an westlichen Konsumgütern zu kompensieren.

Und die Ungarn nutzten diese Chance. In Scharen. Im Burgenland mussten in Ortschaften wie Oberpullendorf und Oberwart zeitweise

die Zufahrtstraßen gesperrt und die Autos der kaufwütigen Gäste per Blockabfertigung ins Ortsinnere eingelassen werden. Dort konnten dann vor allem in Elektrogeschäften die Kunden nur noch in Gruppen von zehn oder 20 Personen eingelassen werden. An guten Tagen importierten private Reisende technische Artikel im Wert von fünf bis sieben Millionen Schilling (umgerechnet bis zu 500.000 Euro), wie *Der Spiegel* berichtete.

Als sich dann 1989 der Eiserner Vorgang endgültig öffnete, war in Wien die Mariahilfer Straße im Volksmund längst zur „Magyarhilfer Straße“ geworden. Denn diese Einkaufsmeile war damals mehr als bereit gewesen für eine „Zwischennutzung“. Seit langem schon klappte in ihr ein tiefer Graben, in dem die U3 in offener Bauweise errichtet wurde. Dementsprechend schlecht gingen die Geschäfte in dieser Zeit. Und dem-

entsprechend viele Geschäfte standen leer. Schnell wurden diese Shops gemietet – von ungarischen Geschäftsleuten oder von Österreichern, die Ungarn als Verkäufer einstellten.

Ramschläden, Elektrogeschäfte, allesamt mit ungarischer Aufschrift und ungarischer Kundschaft. Karl Panzirsch, der damalige Leiter des zuständigen Markt-amtes, schätzte, dass der Tagesumsatz eines gutgehenden Wiener Ungarn-Shops in jener Zeit „hunderttausend Schilling und mehr“ betrug – also mehr als 70.000 Euro.

Die Mariahilfer Straße sei am Ende, hieß es damals unter den Einheimischen. Doch 1993 war die U-Bahn fertig, die Immobilienpreise stiegen wieder – und die erste ungarische Kaufwut war verflogen. „Es wurde auch viel Geld in die Hand genommen“, erinnert sich Helmut Mondschein, der ab 1992 in der Wiener Wirtschaftskammer für die Einkaufsstraßenvereine zuständig war. Die neue Oberflächen-gestaltung – „allein für Marketingmaßnahmen stellten Stadt und Kammer zwölf Millionen Schilling (rund 870.000 Euro) zur Verfügung“, berichtet Mondschein.

Dass dann auch der Leiner großzügig umbaute und offensiv den Standort Mariahilfer Straße bewahrt, richtete das Selbstbewusstsein der Geschäftsleute wieder auf. Jetzt, 20 Jahre später, wissen viele in der Stadt schon gar nicht mehr, dass es in Wien einmal eine „Magyarhilfer Straße“ gab.

**jeunesse abos wien2009/10**  
 musik.erleben  
 Online bestellen auf [www.jeunesse.at](http://www.jeunesse.at)  
 klassik | jazz | world | neue musik | kinderkonzerte

**KULTUR-TIPP TAGESAKTUELL**  
 Nähere Informationen: T: 01/531 70-132 und 133

**BUCHPRÄSENTATION**  
**Philipp Blom**  
 »Der taumelnde Kontinent«  
 Michael Freund (Der Standard) im Gespräch mit Philipp Blom.  
 Cornelius Obonya liest Passagen aus dem Buch.  
**Leopold Museum – Privatstiftung**, 18.30 Uhr  
 7., Museumsplatz 1, [www.leopoldmuseum.org](http://www.leopoldmuseum.org)  
 WIEN

**VORTRAG**  
**»wortklang (9)«**  
 Vortrag: Hon. Prof. Dr. Brigitte Bachmann-Geiser:  
 Was lehren uns die Dichter über Volksmusik?  
 Vortragsreihe des Öö. Volksliedwerkes mit dem Adalbert-Stifter-Institut (Öö. Spracharchiv)  
**StifterHaus, Linz, Adalbert-Stifter-Platz 1**, 19.30 Uhr  
 OBERÖSTERREICH

## WAS MICH BEWEGT



**Michail Gorbatschow, Mr. Perestroika**

Während ein Durchschnittsruße Schiguli oder Lada fuhr (und oft noch fährt), wurde der Präsident 1989 in einem SIL 41052 chauffiert. Von ihm wurden nur 22 Stück produziert. Sechs Tonnen, 400 PS – der SIL zählte zu den sichersten Autos der Welt. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR erwarb der US-Geheimdienst das Präsidentenauto – und zerlegte es, um sein Geheimnis zu lüften. Sie staunten, denn es war simpel: Bei einer herkömmlichen Panzertechnologie wird die Grundkonstruktion verstärkt, die russischen Ingenieure machten es anders; sie schweißten eine gepanzerte Zelle und bauten das Auto drumherum.

Boris Jelzin hatte 1991 nicht nur Michail Gorbatschows Job, sondern auch sein Auto übernommen, Gorbi wurde mit einem Wolga abgepeist. Fuhr man damals noch russische Fabrikate, hat sich mit Wladimir Putin einiges geändert: Er fährt Mercedes. Übrigens hält sich das Gerücht, dass es neben der normalen Moskauer U-Bahn, die täglich neun Millionen Menschen befördert, noch eine geheime Metro gibt, die ausschließlich Polit-Funktionären zur Verfügung steht. Dass Gorbatschow, Miteigentümer der regierungskritischen Zeitung *Nowaja Gaseta*, noch immer Luxus schätzt, weiß man spätestens seit der Louis-Vuitton-Werbekampagne 2007: Annie Leibovitz fotografierte Mr. Perestroika in einem russischem Chaika GAZ 13 – vor Resten der Berliner Mauer. (juk) F.: AP

# Renn, oh Clio, mit deinen 200 Rössern

Renault Clio und Clio RS erhalten einen Facelift. Der Clio bekommt dazu neue Motoren und einen Grandtour (Kombi) als großen Bruder an die Seite gestellt. Der Clio RS kriegt dafür in der Cup-Version ein strafferes Fahrwerk.

Guido Gluschitsch

Die Reifen haben aber so was von keine Chance, am Kurvenausgang, die über 200 Rösser, die der neue Clio Renault Sport Cup über die Vorderräder schiebt, in Beschleunigung umzuwandeln. Den sportlichsten Clio testen wir soeben auf einer Rennstrecke in Portugal – sicher ist sicher. Die 215 Nm Drehmoment bei 5400 Umdrehungen und die 201 PS bei einem Leergewicht von 1240 Kilogramm drehen sich im Notfall schöner im Kiesbett als um den Telefonmasten.

Entsprechend gering sind aber auch die Hemmungen: „Noch nicht bremsen, noch nicht, aber jetzt!“ Die Bremsklötze von Brembo beißen sich in die Scheiben, und der Clio versucht, mit allen vier Rädern gleichzeitig am Kurvenscheitel zu sein. Mit viel Gas und durchdrehenden Reifen prügeln wir den querstehenden Clio aus der Kurve. Wir schalten spät und sagen vom nächsten Bremspunkt mit aufgerissenen Augen: „Renn, oh, Clio“, bevor wir aufs Bremspedal latschen, als wollten wir unseren kompletten Adrenalinüberschuss über die Beine, durch die Bodenplatte, auf die Rennstrecke drücken.



Vor 3,5 Jahren lancierte Renault den neuen Clio. Nun wird die ganze Palette modellgepflegt – inklusive dem scharfen Clio RS, im obigen Bild links unten zu sehen (dessen Sportsitze: siehe Bild unten). Fotos: Werk

Beim Renault Clio 1,6 16V 130 mit 128 PS bringt das Drücken, etwa des ESP-Knopfes, nicht wirklich was. Zwar leuchtet das Warnlamperl im Cockpit auf, erlischt aber, wenn man schneller als 50 km/h fährt, denn dann schaltet sich das ESP automatisch wieder ein.

Überhaupt ist der „normale“ Clio sehr zuvorkommend. Die Lenkung ist extrem leichtgängig – der Servomotor scheint viel Arbeit zu haben. Im Gegensatz zum Sportfahrwerk des Clio RS ist jenes des normalen Clio sehr komfortabel und entspricht dem des Vorgängers. Ein Facelift, neue Benzin- und Dieselmotoren sowie – nur für den RS

und GT – überarbeitete Fahrwerke unterscheiden den neuen vom alten Clio: Der GT ist um 15 Prozent straffer ausgelegt als bisher, der Clio RS Cup ist um 15 Prozent straffer als sein Vorgänger.

Der 128 PS starke neue Benzinmotor schiebt in keinem Drehzahlbereich an, dass einem schwarz vor Augen würde, weil sich das ganze Blut im Hinterkopf sammelt. Wer das satte Drehmoment schätzt, greift aber so und so zum Diesel: Der stärkste Turbodiesel mit Partikelfilter leistet 103 PS, und das Drehmoment von 240 Newtonmetern, mit dem dann auch wirklich was weitergeht, liegt schon bei 2000 Touren an – zum Vergleich: Der 128 PS starke Benzinmotor bringt es nur auf 155 Nm bei 4250 Umdrehungen. Wer sich den kleinsten Benzinmotor mit 65 PS und 105 Nm anschafft, kann beruhigt sein: Er wird nicht viele Straßentafeln wegen zu schnellem Fahren bekommen – ebenso der Pilot des kleinsten Diesels (68 PS, 160 Nm), auch wenn der beim Kauf des Selbstzünders um fast 5000 Euro mehr bezahlt.

Um 24.630 Euro – das sind mehr als zwei kleinste Benzin-Clios – gibt es den Clio RS. Der hat dann dafür alles: Von den 200 PS bis zum straffen Fahrwerk, vom abschaltbaren ESP bis zum nicht abreißen wollenden Drifter am Kurvenausgang, vom knackigen 6-Gang-Getriebe mit kurzen Schaltwegen bis zu den formidablen Recaro-Sitzen.



## FACELIFT

### Renault Clio III

Österreich-Start: 14. Mai

Preispalette: 11.990 bis 24.630 €

Antriebspalette: 4 Diesel System Common-Rail, 8 Benzin, Leistungsspektrum: 65–201 PS; Getriebe: 5- und 6-Gang-Schaltung sowie 5-Gang-Quickshift und 4-Gang-Automatik, Frontantrieb

Dimensionen (5-Türer): L/B/H: 403/203/150 cm; Radstand: 258 cm; Kofferraum: 288–1038 l; Leergewicht: 1090–1210 kg

⊕ Komfortables Fahrwerk, saubere Verarbeitung

⊖ Spurwechsel-Blinker fehlt, ESP ist über 50 km/h (außer bei RS) nicht abschaltbar

Konkurrenz: Peugeot 207, Ford Fiesta, Opel Astra, VW Polo, Fiat Punto, Alfa Mito, Seat Ibiza

### ÖKO-SPEKTRUM

Sparsamste Motorisierung: dCi 85 (86 PS); Normverbrauch (Stadt/Land/gesamt): 5,2/4,0/4,4 l/100 km; CO<sub>2</sub>: 117 g/km

Verbrauchsintensivste Motorisierung: 2,0 16V 200 (201 PS); Normverbrauch (Stadt/Land/gesamt): 11,3/6,4/8,2 l/100 km; CO<sub>2</sub>: 195 g/km

## KURZ GEMELDET

### VW-Kleinfamilie

Die Standortentscheidung für die Kleinwagenfamilie „New Small Family“ ist gefallen: VW investiert dafür 308 Mio. € am Standort Pressburg. Damit soll gewährleistet sein, dass Anfang 2011 die ersten Fahrzeuge von den Bändern laufen. Den Marken VW, Seat und Skoda stehen dann jeweils eine drei- und eine fünftürige Variante zur Verfügung.

### Ford-Kleinwagenrekord

Fords neuer Fiesta kommt offenbar gut an: Nur neun Monate nach der Markteinführung lief dieser Tage im Werk Köln bereits der 250.000. Wagen vom Band. Ford zufolge ist dieses Tempo noch keiner Fiesta-Generation zuvor gelungen.

### Benz-Kleinweispräsentation

Kleinweis, also nur Detail für Detail, präsentiert Mercedes seit März den 2010 kommenden SLS AMG (571 PS), der die Flügeltürerlegende wiederbeleben soll. Diesmal lenkt man das Augenmerk auf den Innenraum, seine „authentische Rennsportfunktionalität“, die „feinen Materialien“ und „den hohen Manufakturcharakter“. En gros, was nämlich die Gesamtansicht wäre, existieren erst eine Skizze sowie Fotos der Erprobungsträger.

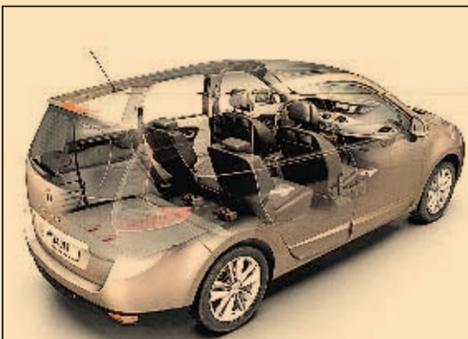
### NÄCHSTE WOCHE

Ein Auto für Ästheten: Mercedes lanciert den CLK-Nachfolger, das hyperlegante E-Klasse Coupé. Außerdem unterzog Audi sein Riesentrümm, den Q7, gründlichen modellpflegerischen Maßnahmen.

### AUTOMOBIL

Redaktion:  
Andreas Stockinger (Ltg.)  
Anzeigen:  
Reinhold Oberegger

## Wahr ist vielmehr: Viel mehr



Im letztwöchigen Bericht über Renaults Grand Scénic flutschte uns irrig der Kangoo-BeBop-Innenraum rein. Wahr ist vielmehr: Der Grand Scénic hat viel mehr Platz. Und Flair. Foto: Werk

## FAHRTENBUCH

### Angewandte Ostalgie

Der Kultstatus hängt oft nur bedingt mit dem realen Wert des Objekts der Begierde zusammen. Der Trabant ist ein Stück deutscher Geschichte. Millionenfach knatterte der heute legendäre Zweitakter als „Volkswagen der DDR“ über die Straßen. Am 30. April 1991, knapp zwei Jahre nach dem Ende des Eisernen Vorhangs, nach dem Fall der Berliner Mauer, verließ der letzte „Trabi“ das Werk der Automobilwerke im sächsischen Zwickau, deren historische Dimensionen bis ins Jahr 1899 auf den visionären Maschinenbauer August Horch zurückgehen.

Die untergegangene DDR wird von kaum einem Symbol so verkörpert wie vom Trabant. Als 1989 die Mauer fiel, waren die Nachrichtenbilder weltweit übersät von Grenzübergängen passierenden Trabis. Nichtsdestotrotz hat es das einstige Symbol der kommunistischen Planwirtschaft geschafft, sein Negativ-Image loszuwerden, mutierte zum, oft in Filmen, Kunstinstallationen, in Ausstellungen und

TV-Sendungen gezeigten nostalgischen Kultobjekt. Als Anekdote einer romantisch verklärten DDR geriet der Trabi zum Liebhaberstück. Dass ein technisch rückständiges, leicht rostendes Gefährt unmodernen Designs zum Kult geriet, liegt entweder an einer „Wickie, Slime und Paiper“-Retrospektive, an heutigen wirtschaftlichen, politischen Aspekten oder ist tiefenpsychologisch zu hinterfragen.

Neben der Präsentation aller historischen Trabi-Modelle, inklusive technischer Details, aller Metamorphosen im Design illustriert der Autor Karsten Freund eine amüsante Reminiszenz, ein selbstironisches Kaleidoskop der „Rennpappe aus Duroplast“, der heute Kultstatus tragenden DDR-Staatskarosse. Insofern gilt für den Wert eines Kultobjekts die eingangs aufgestellte „Relativitätstheorie“.

Gregor Auenhammer  
Karsten Freund: **Trabi: Das Kultauto der DDR. 144 Seiten, Komet-Verlag, Köln 2009, Euro 7,20**



Mehr Power, edler Sound und ein normaler Blinkerschalter: die neue BMW F 800 R.

Foto: Werk



## Ab in den Begrenzer

Die BMW F 800 R ist so drehfreudig wie ein Polka-Paar

Der erste Blick bleibt sowieso am Blinkerschalter haften. BMW ging mit seinen zwei Drückern immer einen eigenen, für die Bayern dornigen Weg. Dank einer neuen Schaltereinheit gibt es nun einen normalen Blinkerknopf auf der BMW F 800 R, der Naked, welche die bestehende Paralleltwin-Familie aus S, ST und GS komplettiert. Ab der Blinkereinheit wird es mit dem Schauen schwieriger. Eigentlich sollte man ja auf den Verkehr achten, bei der F 800 R tut man aber auch gut daran, den Drehzahlmesser im Auge zu behalten. Die neue

BMW ist drehfreudig wie zwei Steirer beim Polkamarathon, und der Drehzahlmesser sprintet schneller in den Begrenzer als man „Zweischritt-Polka-Sieger“ sagen kann.

BMW drehte dort und da am Motormanagement und holt jetzt 86 Newtonmeter und 87 Pferdestärken aus dem 798 Kubikzentimeter großen Motor und erfüllt damit die selbstauferlegte Vorgabe, das drehmomentstärkste Mittelklasse-Motorrad zu bauen.

Ab 9. Mai ist die neue BMW F 800 R um 8990 Euro erhältlich. Der edle Sound ist serienmäßig. (glu)

# Die Wurzel des Dopingübels

Es war die DDR, die in den Siebzigern und Achtzigern der Welt dank systematischen Dopings etwas vorhüpfte, vorlief und vorschwamm. Und es war Österreich, das später zum größten DDR-Trainer-Auffangbecken wurde.

Fritz Neumann

Wien – Ganz im Sinne von Zentralkomitee und Staatsrat haben die Genossinnen und Genossen DDR-Sportler der Welt die Überlegenheit des Kommunismus demonstriert. Doping war, wenn nicht von der Sozialistischen Einheitspartei (SED) angeordnet, so doch zumindest staatlich sanktioniert. Nicht nur (mehr oder weniger) mündige, erwachsene Sportler, sondern auch minderjährige Talente wurden von Trainern und Wissenschaftlern „aufgeblasen“.

Vor allem in den olympischen Kernsportarten Schwimmen und Leichtathletik, aber auch im nordischen Wintersport war die DDR eine Macht. Noch immer stehen Weltrekorde wie jener über 400 Meter von Marita Koch (47,60; 1985) in den Bestenlisten. Seit damals lief allein die Französin Marie-José Percec (1996) auf 0,65 Sekunden an Koch heran, allen anderen fehlte zumindest eine Sekunde. Die renommierten deutschen Dopinggegner Brigitte Berendonk und Werner Franke wiesen anhand von Dissertationen und Habilitationsschriften ehemaliger DDR-Dopingforscher vielen DDR-Sportlern Doping nach. Demzufolge hat auch Koch jahrelang in hohen Dosen Oral-Turinabol genommen oder bekommen, ein von Jenapharm entwickeltes Anabolikum. Koch bestreitet bis heute, gedopt gewesen zu sein.

**Irreversible Schäden**  
Andere wie die Sprinterin Ines Geipel ließen ihre Namen später aus Rekordlisten streichen. Geipel und wohl auch Koch waren wie zehntausend andere Sportler ins DDR-Staatsdoping miteinbezogen. Im Jahr 2000 trat Geipel als Nebenklägerin im Berliner Hauptprozess auf, in dem Ex-DDR-Sportchef Manfred Ewald wegen Beihilfe zur Körperverletzung in mehr als 120 Fällen zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde. Die Verabreichung großer Steroidmengen hatte irreversiblen Schäden verursacht: etwa Leberschäden, Stimmbruch bei Frauen und Fehlgeburten. Junge Schwimmerinnen waren besonders betroffen. Wieso nur DDR-Mädchen, nicht aber Männer an die Weltspitze schwammen? Da hieß es: „Wir können aus Frauen Männer machen, aber aus Männern keine Fische.“

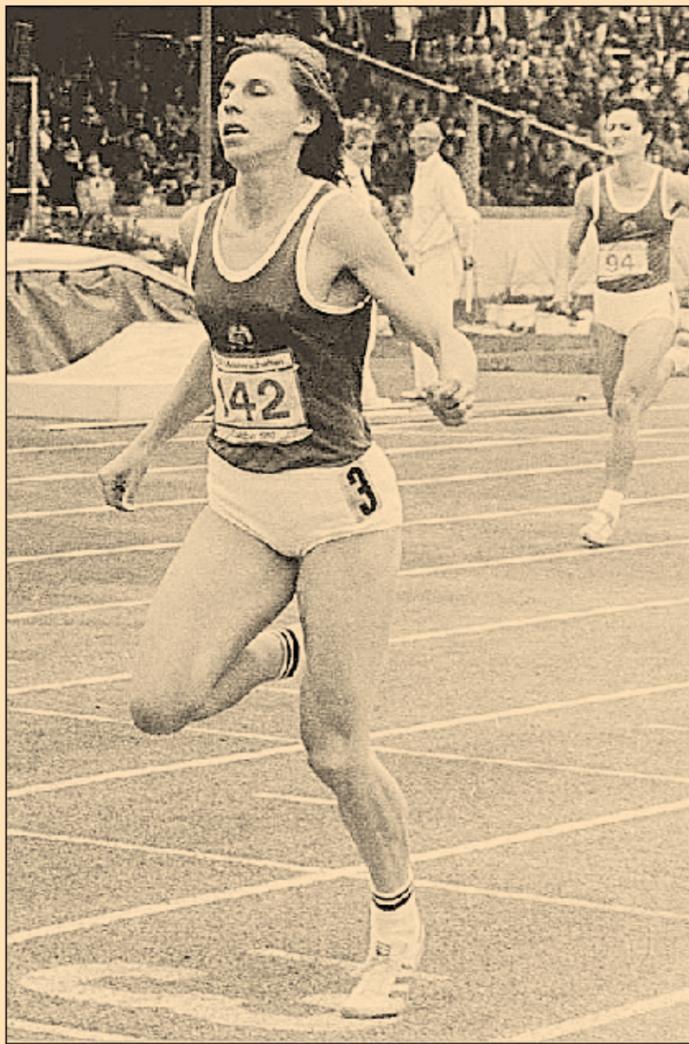
Österreich wurde nach dem Fall der Mauer zum relativ größten Auffangbecken für DDR-Trainer. Sie kamen, weil sie keine Sprache lernen mussten, billig waren und man von ihrem Fachwissen profitieren wollte. Bernd Pansold diente jahrelang dem ÖSV, arbeitete im von Bund und Land geförderten Olympiastützpunkt Obertauern auch mit Hermann Maier. Auch er wurde wegen Beihilfe zur Körperverletzung verurteilt, sein Einspruch mit dem Hinweis abgewiesen, dass Doping an Kindern besonders verwerflich sei.

ÖSV-Präsident Peter Schröcksnadel ließ lange nichts über Pansold kommen, der Obertauern erst auf internationalen Druck hin verließ. Pansold dient heimischen (und ausländischen) Spitzensportlern nach wie vor, ist oberster Leistungsdiagnostiker Red Bulls. Franke: „Da haben sie sich offenbar eine besondere Zecke eingefangen.“

Kundige meinen, Pansold habe das Eigenblutdoping in der DDR entwickelt. Blut abnehmen, bestrahlen, mit Sauerstoff anreichern, wieder zuführen. Der Einsatz dieser oder einer ähnlichen Methode hatte die ÖSV-Dopingskandale 2002 und 2006 zur Folge.

Hans Eckstein (Rudern), Werner Trelenberg (Leichtathletik), Hans Müller Deck, Frank Friedrich (beide Judo), Wolfgang Kipf (Volleyball), Klaus Bonsack (Rodeln), Gerd Müller, Günter Lux (beide Rad), Rüdiger Helm, Wolfgang Lange (beide Kanu) und der inzwischen verstorbene Rolf Gläser (Schwimmen) sind andere Ex-DDR-Trainer, die in Österreich landeten. Kurt Hinze, Ex-Cheftrainer der DDR-Biathleten, beriet den ÖSV. Manche der ostdeutschen Betreuer hatten einen Ruf, mit dem sie in anderen Ländern eher keinen Job gefunden hätten. Österreichs Sport begegnete den Kapazitäten teils mit Kalkül, teils naiv. Helmut Donner, Ex-Präsident der österreichischen Leichtathleten, über ÖLV-Cheftrainer Trelenberg: „Er hat gewusst, dass und wie gedopt wurde, war aber selbst sicher nicht

aktiv beteiligt. Und bei uns war er unter Garantie sauber.“  
Christiane Sommer (Mädchenname Knacke) war am 28. 8. 1977 als erste Frau die 100 Meter Delfin unter der Minute geschwommen (59,78). Sie kam schon vor der Wende nach Österreich, arbeitete einige Monate als Trainerin für den Schwimmverband und trat später als Zeugin gegen ihren Ex-Trainer Gläser auf. „Man hat mit uns wie mit Tieren experimentiert“, sagt sie. „Die Trainer haben sich das Vertrauen der Eltern erschlichen. Und dann haben sie uns das Zeug untergemischt.“  
Gläser wurde, als die Mauer gefallen war, vom Land Oberösterreich in Linz angestellt, arbeitete auch für den Schwimmverband. Seinerzeit, als ihm die DDR-Mädchen erzählten, dass ihre Stimmen immer tiefer wurden, hatte er geantwortet: „Ihr sollt ja nicht singen, sondern schwimmen.“



Marita Koch, die für Empor Rostock unterwegs war, hält seit 1985 den Weltrekord über 400 Meter – 47,60 Sekunden. Foto: Deutsches Bundesarchiv

„Die Trainer haben sich das Vertrauen der Eltern erschlichen. Und dann haben sie uns das Zeug untergemischt.“  
Gläser wurde, als die Mauer gefallen war, vom Land Oberösterreich in Linz angestellt, arbeitete auch für den Schwimmverband. Seinerzeit, als ihm die DDR-Mädchen erzählten, dass ihre Stimmen immer tiefer wurden, hatte er geantwortet: „Ihr sollt ja nicht singen, sondern schwimmen.“

## Kür nicht erfüllt, jetzt kommt die Pflicht

Eishockey-WM: Österreich (0:2 vs. Lettland) in der Relegation, erster Gegner Ungarn

Bern – „Sie ist die schönste, die wir je gesehen haben.“ So hat Johann Wolfgang von Goethe die Stadt Bern beschrieben. Österreichs Eishockeyteam ist 230 Jahre danach weniger gut auf Bern zu sprechen. Am Mittwoch gab's die dritte Niederlage, ein 0:2 (0:1, 0:0, 0:1) gegen Lettland. Freilich lag's nicht an Bern, sondern an Österreich, das in drei Partien nur zwei Tore schoss. Kein anderes Team war in der Vorrunde so zurückhaltend.

Auch NHL-Star Thomas Vanek glänzte nicht, er war „enttäuscht über die vergebene Chance“. Im Mitteldrittel vergab Österreich ein 5-Minuten-Powerplay, das spiegelte die Partie wider – das Team kreiert nur wenige Möglichkeiten, lässt diese ungenutzt.

In der Relegation geht's am Freitag (16.15) gegen Ungarn, das in der Vorrunde die Slowakei und Weißrussland forderte. Am Sonntag (12.15) wartet Deutschland, über-

raschend an Frankreich gescheitert, am Montag (12.15) Dänemark. Zwei aus dem Quartett steigen ab, eigentlich ist das Quartett ein Trio, denn Deutschland als WM-Veranstalter 2010 kann nicht absteigen. „Wenn wir in der Relegation nichts gewinnen“, sagt Vanek, „gehören wir in die B-Gruppe.“ Immerhin finden die Partien gegen Ungarn und Dänemark nicht in Bern, sondern in Zürich statt. Mit Sicherheit auch eine schöne Stadt. (fri)

## Albrecht: „Es liegt viel Arbeit vor mir“



Am Mittwoch wurde der Schweizer Daniel Albrecht (25), der am 22. Jänner bei einem Sturz im Abfahrtstraining in Kitzbühel ein Schädel-Hirn-Trauma und eine Lungenquetschung erlitten hatte, daraufhin in der Uni-Klinik Innsbruck mehr als zwei Wochen lang im künstlichen Tiefschlaf gehalten worden war, aus der Berner Insellinik entlassen. „Es liegt viel Arbeit vor mir“, sagte Albrecht, der zurück in den Skiweltcup will. Foto: APA/Fohringer

## GANZ KURZ

### TERMINE

Eishockey/WM, Relegation, FREITAG: Österreich – Ungarn (16.15, ORF 1)  
Fußball/Uefa-Cup, Halbfinal-Hinspiele, DO: Kiew – Donezk (18.30), Bremen – HSV (20.45, SAT 1)  
Fußball/Tipp3-Liga, 32. Runde, FREITAG: Austria – Mattersburg (20.30, Premiere Austria)

Salzburg	31	21	5	5	75:39	68
Rapid	31	18	7	6	77:35	61
Sturm Graz	31	16	6	9	58:36	54
Austria Wien	31	15	9	7	49:38	54
SV Ried	31	13	9	9	45:33	48
Austria Kärnten	31	11	8	12	43:40	41
LASK	31	9	4	18	27:60	31
Kapfenberg	31	8	5	18	40:68	29
Mattersburg	31	5	8	18	33:62	23
Altach	31	6	5	20	45:81	23

Fußball/Adeq-Liga, 28. Runde, FREITAG: St. Pölten – Vöcklabruck, Leoben – Grödig, Gratkorn – Austria Amateure, Innsbruck – Juniors Salzburg, Austria Lustenau – FC Lustenau (alle 18, Premiere Austria)  
Handball/HLA, Meister-Playoff, FREITAG: aon Fivers – Innsbruck, Schwaz – Hard, Bregenz – Krems (alle 18)  
Rallye, ab FREITAG Bosch-Rallye in Friedberg (ab 16)

### EISHOCKEY

Schweiz/A-WM, GRUPPE C (Bern): Österreich – Lettland 0:2 (0:1, 0:0, 0:1) – Tore: Cipulis (20.), Dzerins (55.), Schweden – USA 6:5 n.V. (0:1, 2:2, 3:2; 1:0)

Tabelle: 1. USA 7/3, 2. Schweden 6/3, 3. Lettland 5/3, 4. Österreich 0/3  
Gruppe D (Zürich): Finnland – Tschechien 4:3 (1:2, 2:1, 1:0), Dänemark – Norwegen 4:5 n.V. (2:2, 1:1, 1:1, 0:1); Tabelle: 1. Finnland 9/3, 2. Tschechien 6/3, 3. Norwegen 2/3, 4. Dänemark 1/3

Relegation: Österreich, Deutschland, Ungarn, Dänemark  
Zwischenrunde, GRUPPE E (Bern): 1. Russland 6/2, 2. USA 4/2, 3. Schweden 3/2, 4. Schweiz 3/2, 5. Lettland 2/2, 6. Frankreich 0/2  
GRUPPE F (Zürich): 1. Kanada 6/2, 2. Finnland 6/2, 3. Tschechien 3/2, 4. Weißrussland 2/2, 5. Slowakei 1/2, 6. Norwegen 0/2

### FUSSBALL

Champions League, Halbfinal-Hinspiele: Manchester United – Arsenal 1:0 (1:0) Old Trafford, 74.733 – Tor: O'Shea (17.) – Rückspiel am 5. Mai  
FC Barcelona – FC Chelsea 0:0 Camp Nou, 96.000 – Rückspiel am 6. Mai

### TENNIS

Rom, 2,75 Mio. Euro, HERREN, 2. Runde: Melzer (AUT) – Dawydenko (RUS) 7:5, 7:6 (5), Nadal (ESP) 1 – Seppi (ITA) 6:2, 6:3, Federer (SUI) 2 – Karlovic (CRO) 6:4, 6:4, Djokovic (SRB/TV) – Montanes (ESP) 7:6 (5), 6:0, Monaco (ARG) – Murray (GBR) 1:6, 6:3, 7:5, Gonzalez (CHI/12) – Tipsarevic (SRB) 6:4, 6:4  
Achtelfinale: Gonzalez – Melzer

## KURZ GEMELDET

### Champions League: ManU schlägt Arsenal 1:0

Manchester – Manchester United bleibt auf Kurs, könnte als erster Klub der Geschichte der Champions League seinen Titel erfolgreich verteidigen. Die Red Devils setzten sich im Halbfinal-Hinspiel gegen Arsenal mit 1:0 durch. Verteidiger John O'Shea (17.) erzielte vor 74.733 Zuschauern im Old Trafford den verdienten Siegestreffer für die Hausherren. Das Rückspiel steigt am kommenden Dienstag in London. Ebendort kicken am Mittwoch Chelsea und Barcelona (erste Partie 0:0) um den zweiten Platz im Finale am 27. Mai in Rom. (red)

### 1500-m-Olympionike Ramzi nachträglich positiv getestet

Manama/Rom – Zwei Medaillengewinner der Olympischen Spiele von Peking 2008 wurden in A-Proben bei nachträglich durchgeführten Dopingkontrollen positiv auf das Epo-Derivat Cera getestet. Die jeweiligen Nationalen Olympischen Komitees bestätigten, dass Rad-Silbermedaillengewinner Davide Rebellin aus Italien und 1500-m-Olympiasieger Rashid Ramzi aus Bahrain betroffen sind. Weiters wurde der Deutsche Stefan Schumacher, wie Rebellin einst Kollege von Bernhard Kohl bei Gerolsteiner, erlappt. Positives lieferten auch Griechenlands Geherin Athanasia Tsoumeleka, Kroatiens 800-m-Läuferin Vanja Perisic und Gewichtheberin Yuldelquis Contreas aus der Dominikanischen Republik. (red)

### Radrundfahrt: Teams verzichten auf Reisespesen

Wien – Die heimischen Teams wollen die Österreich-Radrundfahrt (geplant vom 5. bis 12. Juli) retten und verzichten erstmals auf Reisespesen. Die beiden Pro-Continental-Teams Vorarlberg Corratec und Elk Haus sowie die Kandidaten auf die zwei weiteren österreichischen Startplätze haben Tour-Direktorin Ursula Riha diesbezüglich ihre Unterstützung zugesichert. Die Durchführung der 61. Ö-Tour scheint trotz der schwierigen Sponsorsuche infolge der ständigen Dopingmeldungen gesichert. Der Etappenplan steht. (APA)

### Formel 1: Bedingte Strafe für McLaren-Mercedes

Paris – Der Weltrat des Internationalen Automobil-Verbandes (Fia) verhängte über McLaren-Mercedes wegen der Falschaussagen beim GP von Australien lediglich eine Sperre von drei Rennen auf Bewährung. Die Sperre tritt nur dann in Kraft, wenn in der Causa weitere belastende Fakten auftauchen oder das Team innerhalb der nächsten zwölf Monate erneut gegen das Reglement verstößt. Mitschnitte des Boxenfunks hatten nachträglich bestätigt, dass Lewis Hamilton den Toyota-Piloten Jarno Trulli in einer Safety-Car-Phase auf Anweisung seines Teams absichtlich vorbeigelassen hatte. (red)

### Rumäniens Nationalteam hat einen neuen Trainer

Bukarest – Razvan Lucescu, bislang Coach des Erstligisten Braşov, wird Rumäniens neuer Teamchef. Der 40-Jährige folgt Victor Piturca nach, der am 9. April nicht zuletzt wegen der 1:2-Niederlage in der WM-Quali gegen Österreich gefeuert worden war. (sid)

### Melzer schlägt Dawydenko und fordert Gonzalez

Rom – Jürgen Melzer erreichte beim mit 2,75 Millionen Euro dotierten Masters-Series-Turnier in Rom das Achtelfinale, weil er in der zweiten Runde den als Nummer sieben gesetzten Russen Nikolaj Dawydenko mit 7:5, 7:6 (5) bezwang. Melzer trifft nun auf den Chilener Fernando Gonzalez. (red)

# Österreich als verbindendes Element

## 1989 war ein Jahr der Wende – Der Anfang vom Ende des Eisernen Vorhangs

Vor 20 Jahren brach die europäische Welt, wie man sie bis dahin kannte, zusammen.

Die sanfte Revolution legte den Grundstein für ein neues Europa. Mit der Öffnung der Grenzen boten sich mit einem Mal ungeahnte Chancen für Österreich und seine Nachbarstaaten.

„Das Land braucht die Demokratie so notwendig, wie die Luft zum Atmen“ – mit diesem Satz setzte Michail Gorbatschow 1985 als neuer Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion mehr als ein gewaltiges Zeichen. Der vom späteren sowjetischen Präsidenten eingeleitete Reformkurs der Perestroika, des Umbaus, sorgte für eine radikale Veränderung der Weltordnung. Einer Weltordnung, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges Europa dominierte und das Verhältnis zwischen den Supermächten UdSSR und USA bestimmt hatte. Perestroika und Glasnost ermutigten nicht nur 280 Millionen Sowjetbürger mit ihren vielen Völkern, sondern auch die osteuropäischen Satellitenstaaten wie Ungarn, Polen, die Tschechoslowakei und nicht zuletzt Deutschland zu politischen Umwälzungen.

### Fall der Berliner Mauer

Das markanteste und emotional bewegendste Ereignis des Jahres 1989 war mit Sicherheit der „Fall der Berliner Mauer“, die mehr als 28 Jahre lang die Stadt Berlin in zwei Hälften, in Ost und West, geteilt hatte. Nachdem die Regierung mit 9. November Auslandsreisen von DDR-Bürgern genehmigt hatte, verbreitete sich das Gerücht, die Mauer sei offen, wie ein Lauffeuer. Bereits um 22 Uhr hatten sich rund 200.000 DDR-Bürger an den Ostberliner Grenzübergängen versammelt, die Mauer wurde regelrecht gestürmt. Volksfeststimmung und Euphorie machten sich breit, wildfremde Menschen fielen einander um den Hals. Auf derartige Menschenmassen war man an den Grenzübergängen nicht vorbereitet und ließ schließlich die Menschen ungehindert in den Westen. Die politischen Entwicklungen in anderen osteuropäischen Staaten öffneten bereits davor Schlupflöcher für DDR-Bürger in den Westen.

### Paneuropäisches Picknick in Sopron

Ungarn begann ab Mai 1989 seine Grenzbefestigungen abzubauen und erlaubte ab 11. September DDR-Bürgern offiziell die Ausreise nach Österreich. Dies nutzten viele „Urlauber“ und kehrten nicht mehr nach Ostdeutschland zurück. Nach dem „paneuropäischen Picknick“ bei Sopron, bei dem mehr als 600 DDR-Bürgern die Flucht gelungen war, warteten Ende August 150.000 DDR-Bürger in Ungarn auf eine günstige Gelegenheit. Allein in den ersten drei Tagen, in denen die österreichisch-ungarische Grenze für DDR-Bürger offenstand, kamen 18.000 Flüchtlinge nach Österreich. Diese Massenflucht setzte die DDR-Regierung massiv unter Druck. Bei den Kommunalwahlen stellte sich zudem heraus, dass die Wahlergebnisse von der Führung der SED, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, gefälscht wurden. In der Folge kam es zu Protestaktionen, die in den nächsten Wochen zu Auseinandersetzungen und vielen Verhaftungen führten. In dieses bereits aufgeheizte Klima fiel am 4. Juni ein Ereignis, das die Bürger der DDR stark beeinflusste. Im Nachbarland Polen erzielte die der Kirche nahe stehende Gewerkschaft Solidarność bei den ersten halbfreien Wahlen einen Erdrutschsieg und die politische Wende dort war bereits absehbar. Erich Honecker, der Staatsratsvorsitzende der DDR, erhoffte sich die Unterstützung des Kreml, um

die wachsende Opposition unter Kontrolle zu bringen. Diese wurde ihm verweigert. Jede Woche montags protestierten DDR-Bürger unter dem Motto „Wir sind das Volk“ gegen die politische Unterdrückung. Die Proteste weiteten sich auf andere Städte der DDR aus, in Leipzig gehen 70.000 Bürger auf die Straße, eine Woche später demonstrieren bereits 120.000 Menschen und in Berlin protestieren Anfang November eine halbe Million Menschen für die Demokratie und gegen das herrschende Regime. Als Honecker am 18. Oktober zurücktrat, beruhigte sich die Lage nicht. Sein Nachfolger Egon Krenz konnte mit seinem Versprechen, die Wende zu vollführen, nicht überzeugen. Es wurde weiter protestiert und die Auflösung des SED-Regimes gefordert. Die Sicherheitskräfte der DDR konnten die Massenkundgebungen nicht mehr unter Kontrolle halten. Anfang Dezember trat die Regierung unter Willi Stoph und das gesamte Politbüro zurück. Nach dem „Fall der Mauer“ war die DDR-Bevölkerung euphorisiert, die Hoffnungen konzentrierten sich jetzt auf die Wiedervereinigung. Bereits Ende November – noch bevor das gesamte Politbüro zurücktrat – legte der westdeutsche Bundeskanzler Helmut Kohl ein Programm für die Wiedervereinigung Deutschlands vor. Am 3. Oktober 1990, knapp ein Jahr darauf, vollzog sich die staatliche Einheit Deutschlands.

### Der Weg in ein neues Europa

Zahlreiche Versuche in der Vergangenheit, etwas an der Situation in den kommunistischen Staaten zu ändern, hatte es gegeben, doch sie wurden allesamt durch sowjetische Truppen oder landeseigene Sicherheitskräfte niedergeschlagen: 1953 in Ostberlin, 1956 in Polen und Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei, 1970 und 1981 in Polen.

Österreich war und ist aufgrund seiner Geschichte und seiner Geographie seit jeher gefordert, Brücken zwischen den Staaten und seinen Bewohnern zu schlagen und hat dies auch auf politischer, diplomatischer und menschlicher Ebene immer getan. Österreich lag in der Zeit des Kalten Krieges an der Grenze und hat diese Position genutzt, um Menschen zu helfen und Verbindungen herzustellen.

### Das offizielle Österreich als Vermittler

Nicht zuletzt deshalb konnte das offizielle Österreich als Vermittler höchste internationale Reputation erwerben. Das Ende des Eisernen Vorhangs ist seither die Grundlage für die starke österreichische Position in Mittel- und Südosteuropa. Die Entwicklungen der vergangenen 20 Jahre – das Ende des Kalten Krieges, der Fall des Eisernen Vorhangs, die Mitgliedschaft in der Europäischen Union – haben Österreich viel gewinnen lassen und gleichzeitig aber auch große Chancen und Herausforderungen eröffnet.

## Information

### Das Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2  
1014 Wien  
Tel.: +43/1/53115-0  
www.bka.gov.at



In den ersten Tagen der Öffnung kamen mehr als 18.000 DDR-Flüchtlinge über die österreichisch-ungarische Grenze und fanden hier vorübergehend Aufnahme. Foto: Reuters

## 20 Jahre Ende des eisernen Vorhangs

### Als Europa Heimat wurde –

### Ein Kommentar von Bundeskanzler Werner Faymann

Die Weltwirtschaftskrise hält Europas Politik im Bann, der Kampf gegen steigende Arbeitslosigkeit einerseits und der notwendige Umbau des internationalen Finanzsystems andererseits stehen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Der 20. Jahrestag des Falls des Eisernen Vorhangs ist allerdings ein guter Anlass, sich an einige der wichtigsten Wegmarken des Projekts Europa zurückzuerinnern und über seine Bedeutung nachzudenken.

1956, vor nunmehr 53 Jahren, wurde in Ungarn der Volksaufstand gegen das kommunistische Regime brutal niedergeschlagen. Österreich war damals das nächstgelegene Land des freien Westens und so flohen über die berühmte Brücke von Andau rund 70.000 Ungarn. Viele von ihnen blieben, für manche war Österreich nur eine Zwischenstation für eine Emigration in eine neue Heimat jenseits von Europa.

Im Frühling 1968 war es die tschechoslowakische Regierung mit Unterstützung der Bevölkerung, die nachhaltig an ihren ideologischen Grundfesten rüttelten und bereit waren für Veränderungen in politischer und

gesellschaftlicher Hinsicht. Aber die Zeit war noch nicht bereit für einen Wandel und jegliche Bemühungen wurden von den Truppen des Warschauer Paktes im Keim erstickt. Infolge der Besetzung flüchteten im August mehr als 160.000 Menschen nach Österreich.

Im Spätsommer 1989 stand ein weiteres Mal die Grenze zwischen Österreich und Ungarn im Mittelpunkt europäischer Ereignisse. Die ungarischen Soldaten und Grenzbehörden ließen Tausende Bürger der damaligen DDR unbehelligt nach Österreich ausreisen. Die militärischen Anlagen entlang der Grenze zwischen Österreich und Ungarn waren bereits zuvor demontiert worden und der Eisernen Vorhang hatte große Löcher bekommen. Bis zum Fall der Berliner Mauer sollten noch zwei Monate vergehen und niemand hätte zu diesem Zeitpunkt auch nur zu träumen gewagt, dass dieses Symbol des geteilten Europas in so kurzer Zeit im Depot der Geschichte landen würde.

Das Zerbrechen des Ostblocks hätte auch in Mitteleuropa zu Blutvergießen und Bürgerkrieg führen können, wenn nicht die politisch Verantwort-

lichen mit Geschick und auch mit Glück agiert hätten. Vergessen wir nicht, dass im heutigen EU-Mitgliedsland Rumänien vor nicht ganz zwanzig Jahren im Ringen um eine neue politische Ordnung tatsächlich Blut floss, als sich Volk und Armee gegen das Ceausescu-Regime erhob!

Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Polen, nicht zuletzt auch Slowenien, ehemals durch den eisernen Vorhang nicht nur politisch vom restlichen Europa getrennt, sind heute Mitgliedsländer der Europäischen Union. Eine Union, die Freiheit zulässt und die sich zu Frieden, Demokratie und sozialer und wirtschaftlicher Solidarität bekennt.

Dass Europa heute mehr denn je von immer mehr Europäern als gemeinsame Heimat empfunden wird, geht eben auch entscheidend auf das Jahr 1989 zurück. In den Zeiten des Kalten Krieges blickten viele in Osteuropa sehnsuchtsvoll über den Atlantik, wenn sie an Freiheit dachten – seit dem Fall des Eisernen Vorhangs ist Europa freier, friedlicher und vollständiger geworden und nimmt seine Zukunft selbstbewusst in die Hand.

# Auf zu Neuem

Wie unsere osteuropäischen Nachbarn die Wende vollzogen – sanft, radikal und effektiv

In keinem unserer unmittelbaren Nachbarländer, aber auch in keinem osteuropäischen Land, sollte nach 1989 ein Stein auf dem anderen bleiben. Von Revolutionen über Umbrüche bis zum Krieg im ehemaligen Jugoslawien reichen Aktionen und Reaktionen.

Europa ist heute geprägt von kultureller Vielfalt, dem Zusammenwirken von kleinen und großen Staaten und vor allem von Frieden und Demokratie. Dass dem nicht immer so war, beweist die jüngste Geschichte. 1989 fiel der „Eiserne Vorhang“, die kommunistischen Regime Polens, Ungarns, der DDR, der Tschechoslowakei, Bulgariens und Rumäniens wurden gestürzt, ein knappes Jahr später war Deutschland wieder vereinigt. Kurz darauf brach die Sowjetunion zusammen. Zehn Jahr später sind Ungarn, Tschechien und Polen Mitglieder der NATO. Die Ereignisse überschlugen sich in den Jahren 1989/90 regelrecht. Das Besondere daran war, dass die Revolutionen und Veränderungen bis auf Rumänien und Jugoslawien alle friedlich verliefen.

## Freie Wahlen in Polen

Das erste Land, in dem die Kommunisten ihre Macht abgaben, war Polen. Bei den ersten einigermassen freien Wahlen nach 40 Jahren Kommunismus erzielte das Bürgerkomitee Solidarność unter der Führung des katholischen Gewerkschaftsführers Lech Wałęsa im Juni 1989 einen Erdrutschsieg. Im August wurde der liberal-katholische Journalist Tadeusz Mazowiecki der erste nicht kommunistische Ministerpräsident in einem Land des Warschauer Pakts. Wirklich freie Wahlen gab es aber erst 1991. Die Entwicklungen in Polen führten sehr schnell zu engeren Beziehungen zum Westen, wie die Unterzeichnung eines Handelsabkommens mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im September 1989 und mündeten schließlich in den Zerfall des Warschauer Pakts. 1990 wurde Lech Wałęsa Polens erster nicht kommunistischer Staatspräsident seit dem Ende des zweiten Weltkriegs.

## Langer Weg für Rumänien

Es dauerte lange, bis der Zerfall des Ostblocks auch Rumänien erfasste. Während in anderen ehemaligen Ostblockstaaten bereits alle Grenzen offen waren, gab es in Rumänien immer noch strengste Grenzbeobachtung, das Land war nach wie vor vom Informationsfluss abgeschnitten. Staatspräsident Nicolae Ceaușescu regierte das Land diktatorisch und betrieb um sich und seine Frau Elena einen regelrechten Personenkult. Der Geheimdienst Securitate und die Armee erstreckten sämtliche Ansätze von Widerstand im Keim. Ceaușescu lehnte den Reformkurs von Michail Gorbatschow strikt ab. Den Beginn der Revolution in Rumänien machte die drohende Deportation des regimekritischen, populären Pfarrers László Tőkés am 15. Dezember 1989 in Temeswar. Es kam zu ersten Protesten, die sich binnen Tagen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Securitate-Leuten auswuchsen und schließlich auf die Hauptstadt Bukarest übergriffen. Große Teile der Armee stellten sich dort im Kampf gegen Securitate-Einheiten auf die Seite der Demonstranten. Tags darauf rief Ceaușescu den Notstand über Rumänien aus. Fast gleichzeitig wurde der Diktator von parteiinternen Gegnern in einer Palastrevolte gestürzt. Das Kommando übernahm der Reformkommunist Ion Iliescu, Direktor des technischen Verlags in Bukarest, mit seiner neu gegründeten „Front zur



Lech Wałęsa, Polens erster nicht kommunistischer Staatspräsident macht bei Johannes Rau Stimmung für sein Heimatland Polen.

Nationalen Rettung“. Am 25. Dezember wurden Nicolae Ceaușescu und seine Frau durch ein Militärgericht verurteilt und hingerichtet. Als die Bilder der Hinrichtung ausgestrahlt wurden, endeten auch die Kämpfe, die Revolution hatte 1.104 Todesopfer gefordert. Auch unter der Führung von Iliescu blieb die Lage in Rumänien explosiv. Mit der neuen Verfassung endete zwar 1991 die Diktatur offiziell, die Macht im Staat blieb aber weiterhin in der Hand kommunistischer Eliten. Erst 1996 trat der erste demokratisch legitimierte Staatspräsident, Emil Constantinescu, sein Amt an.

## Friedlicher Machtwechsel in der Tschechoslowakei

Innerhalb von nur wenigen Wochen vollzog sich in der Tschechoslowakei die sogenannte „samtene Revolution“, also ein weitgehend friedlicher Machtwechsel. Ausgehend von einer Studentendemonstration am 17. November 1989 in Prag zum 50. Jahrestag der Schließung der Prager Universität durch die Nationalsozialisten forderten die Studenten im Rahmen der Kundgebung den Rücktritt des reformunwilligen KP-Generalsekretärs Milouš Jakeš, das Ende des kommunistischen Regimes und die Freilassung politischer Häftlinge. Sicherheitskräfte lösten die Demonstration gewaltsam auf. Als Reaktion darauf folgten Protestkundgebungen in anderen Städten, ein Generalstreik legte das Land lahm. Rund um den Schriftsteller Václav Havel bildeten Menschenrechtsaktivisten der Charta 77 in Tschechien die politische Bewegung Občanské fórum (OF). In der Slowakei wurde als Sprachrohr der Protestbewegung die VPN, „Öffentlichkeit gegen Gewalt“, gegründet. Beide Gruppen suchten den Dialog mit den kommunistischen Machthabern. Während die Massenproteste weiter anhielten, trat am 20. November das Politbüro zurück. Havel und Alexander Dubček, die Leitfigur des Prager Frühlings von 1968, sprachen am 24. November auf dem Wenzelsplatz zu den Demonstranten. Danach nahm auch das gesamte Zentralkomitee mit Jakeš den Hut. Der Ministerpräsident der tschechoslowakischen Föderalregierung, Ladislav Adamec, scheiterte in Folge bei Verhandlungen mit dem OF und der VPN, am 7. Dezember trat er zurück. Auf ihn folgte drei Tage später als Ministerpräsident der Reformkom-

munist Marián Čalfa. Der kommunistische Präsident Gustáv Husák trat zurück. Zum ersten Mal seit 1948 gab es in der Tschechoslowakei eine Regierung ohne Kommunisten. Noch im Dezember fielen die Grenzbefestigungen zu Österreich. Österreichs damaliger Außenminister Alois Mock und sein neuer tschechoslowakischer Amtskollege Jirí Dienstbier durchschnitten in einem symbolischen Akt den Stacheldrahtzaun an der tschechoslowakisch-österreichischen Grenze. Am 28. Dezember wurde Alexander Dubček zum Präsidenten des tschechoslowakischen Parlaments gewählt, am 29. Dezember der Bürgerrechtsaktivist und Schriftsteller Václav Havel zum Staatspräsidenten.

Fotos und Fernsehberichte der symbolischen Grenzöffnung zwischen Österreich und Ungarn gingen um die Welt und wurden zum Sinnbild für den Fall des Eisernen Vorhangs: Am 27. Juni 1989 durchschnitten Alois Mock, damals Außenminister der Republik Österreich, und sein ungarischer Amtskollege Gyula Horn den Stacheldraht an der österreichisch-ungarischen Grenze. Diese Veranstaltung setzte eine Entscheidung der ungarischen Regierung medienwirksam in Szene, die am 2. Mai 1989 in Kraft getreten war: An diesem Tag begann Ungarn offiziell mit dem Abbau seiner Grenzsperrn nach Österreich. Die Begründung dafür: Der Stacheldraht sei stark verrostet, Moskau würde keinen Ersatz lie-

fern und man wolle keine wertvollen Devisen für den Zaun ausgeben. Weiter ging es dann im August. Am Vorabend des ungarischen Nationalfeiertages, am 19. August, luden oppositionelle Gruppen zum „Paneuropäischen Picknick“ an der Grenze bei St. Margareten im Burgenland und Sopron. Ein jahrzehntelang geschlossenes Grenztor an der alten Pressburger Landstraße sollte – mit Zustimmung von Österreich und Ungarn – symbolisch für einige Stunden geöffnet werden. Doch es kam anders. Mehrere hundert DDR-Bürger drückten gegen das Holztor und machten sich so den Weg nach Österreich frei, 700 von ihnen gelang die Flucht nach Österreich. Trotz geltendem Schießbefehl hatten die ungarischen Grenzsoldaten weggeschaut. Das Tor bei St. Margarethen wurde rund drei Monate vor dem Mauerfall zum ersten Riss im Eisernen Vorhang. Heute erinnert ein Denkmal ungarischer Künstler in Form einer sich öffnenden Türe an dieses historische Ereignis. Der Reformwille von oben und Reformbestrebungen aus dem Volk waren es, die in Ungarn zu einem friedlichen Systemwechsel zur „stillen Revolution“ geführt hatten. Im Jänner 1989 beschloss die USAP, die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei, auf Druck des innerparteilichen Reformflügels, ein Mehrparteiensystem zuzulassen, nachdem kurz davor bereits die Bildung politischer Gruppen offiziell erlaubt worden war. Damit verzichteten Ungarns Kommunisten auf ihr durch die Verfassung garantiertes Machtmonopol. Im September 1989 wurden freie Parlamentswahlen für das darauf folgende Jahr vereinbart, am 23. Oktober 1989 wurde die Republik Ungarn als demokratische, parlamentarische Republik ausgerufen.

## Langer Leidensprozess in Jugoslawien

Erst 1991 sind es Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien, die sich für Unabhängigkeit und Demokratie entscheiden. Der in Belgrad regierende Slobodan Milošević schickt daraufhin die jugoslawische Volksarmee in den Krieg. Slowenien wehrt sich und erkämpft sich in nur sechs Tagen die Freiheit. Kroatien und Bosnien-Herzegowina brauchen dazu bis 1995. Viele unschuldige Bürger bezahlen diesen Kampf mit ihrem Leben.

## Was 1989 in Österreich geschah

### Gesellschaft

Die Veränderung des Bevölkerungsaufbaus ist durch eine höhere Lebenserwartung, eine geringere Anzahl von Kindern – 1988 gab es 500.000 Kinder weniger als 1971 – und bis Mitte der 90er Jahre durch eine relativ hohe Zuwanderungsrate gekennzeichnet. Eine weite zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen, hohe Scheidungsraten und ein Ansteigen der Single-Haushalte drängen die traditionelle Familienstruktur weiter in den Hintergrund. Dem zunehmenden Umweltbewusstsein wurde durch neue Gesetze in der Umweltpolitik entsprochen, im Bereich der Abfallwirtschaft kam Mülltrennung und Recycling eine größere Bedeutung zu.

### Medien

1992 gab es in 94 Prozent aller österreichischen Haushalte mindestens ein Farbfernsehgerät. Auf ORF-Generalintendant Teddy Podgorski folgte 1990 nochmals eine Ära Gerd Bacher. Bei den Printmedien profitierte vor allem die Boulevardpresse vom verstärkten Wettbewerb, es etablierten sich „täglich Alles“ und „Die Ganze Woche“. Die Tageszeitung „Der Standard“ wurde gegründet.

### Kultur

Für die Salzburger Festspiele endete mit dem Tod Herbert von Karajans eine Epoche, Gerard Mortier gab neue Impulse. In den Bundesländern kamen zu den Bregenzer Festspielen als weitere Großveranstaltungen der Carinthische Sommer, das Brucknerfest in Linz mit der „Ars Electronica“ und der Klangwolke, das Donaufestival in Niederösterreich, der „steirische Herbst“ und die „styriarte“ sowie die Festwochen Alter Musik in Innsbruck dazu. Mit der Museumsmilliarde erlebten die Bundesmuseen eine Modernisierung.

### Chronologie

- 12. Februar  
Tod von Thomas Bernhard
- 23. Februar  
Unfalltod von Sozialminister Alfred Dallinger
- 27. Februar  
Tod von Konrad Lorenz
- 6.–8. März  
Treffen der Außenminister von 35 KSZE-Staaten in Wien
- 12. März  
Landtagswahlen in Kärnten, Salzburg und Tirol
- 14. März  
Tod von Exkaiserin Zita
- 30. Mai  
Jörg Haider zum Kärntner Landeshauptmann gewählt
- 26. Juni  
Vereinbarung von ÖVP und SPÖ über EG-Beitritt
- 4.–5. Juli  
Europaratkonferenz zur Gleichstellung von Mann und Frau
- 16. Juli  
Tod von Herbert von Karajan
- 17. Juli  
Beitrittsge such Österreichs an die EG
- 7. Oktober  
Auswahl von Clemens Lothaler und Franz Viehböck als Kosmonauten
- 15. November  
Sieg des österreichischen Fußballnationalteams gegen die DDR
- 14. Dezember  
Beschluss zur EXPO 1995 in Budapest und Wien zum Thema „Brücken in die Zukunft“

# Wirtschaftlich profitabel

Österreich hat die Chancen der Ostöffnung – ökonomisch betrachtet – optimal genutzt

Der Osten hat sich in den vergangenen Jahren sukzessive für den Westen geöffnet. Als Drehscheibe zwischen Ost und West konnte Österreich davon überdurchschnittlich profitieren.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus hat die europäische Integration eine neue Dimension bekommen. Die ehemals kommunistischen und planwirtschaftlich organisierten Staaten Mittel- und Osteuropas, MOEL, zeigten großes Interesse, sich möglichst rasch Richtung Westen zu orientieren.

Durch den NATO-Beitritt wurden Sicherheitsbedürfnisse gestillt und durch engere handelspolitische Beziehungen mit der Europäischen Union auch Bedürfnisse wirtschaftlicher Natur, die für einige Länder letztlich sogar im EU-Beitritt gemündet haben. Doch auch seitens der EU verfolgte man die Öffnung gegenüber den MOEL konsequent und tut es nach wie vor: Die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes im Jahr 1993, die 4. EU-Erweiterung um Finnland, Österreich und Schweden 1995 sowie die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion im Jahr 1999 und die Einführung des Euro als gesetzliches Zahlungsmittel 2002 weisen allesamt in Richtung vereintes Europa. „Die historischen Umwälzungen des Jahres 1989 bedeuteten für Österreich und seine Wirtschaft eine einmalige Chance, die das Land genutzt hat“, zeigt sich Bundes-

## Großes Ziel: Europäische Union

Erst der Zusammenbruch im Osten ebnete Österreich den Weg in die EU



Foto: Standard

Das bedeutendste außenpolitische Ereignis der jüngsten Vergangenheit war der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Bei der Volksabstimmung am 12. Juni 1994 sprachen sich zwei Drittel der Wähler dafür aus. Ein großes Verdienst des damaligen Bundeskanzlers Franz Vranitzky, dem es gelang, große Teile der EU-skeptischen SPÖ-Anhängerschaft mit argumentativer Überzeugungskraft auf seine Seite zu bringen und den Entscheidungsprozess gemeinsam mit Außenminister Alois Mock bis zum erfolgreichen Ende voran zu treiben. Denn erst als sich der Zusammenbruch der kommunistischen Regime im Ostblock abzeichnete, konnte Österreich die Aufnahme in die EG, in die Europäischen Gemeinschaften, beantragen.

### Bemühen um Integration

Seit Mitte der 50er Jahre bemühte man sich um die Integration in Europa, jedoch gab es auf Grund des Staatsvertrags von 1955 und der Verpflichtung zur immerwährenden Neutralität Bedenken bezüglich dieses Beitritts. Schließlich galt die freiwillige Verpflichtung Österreichs zur Neutralität der sowjetischen Regierung als Bedingung, dem Staatsvertrag und dem Abzug der Truppen aus Österreich zuzustimmen. Immer wieder war seitens der UdSSR Österreichs Neutralität als Argument gegen einen EG-Beitritt ins Treffen geführt worden. Die Aufgabe der wirtschaftlichen Eigen-

ständigkeit sei unvereinbar mit der Neutralität, der hinsichtlich der Beziehungen zu den Ostblock-Staaten große Bedeutung beigemessen wurde. Erst im Zuge der Wende änderte sich schließlich das politische Klima in Europa so stark, dass Österreich 1989 in der Lage war, die Vollmitgliedschaft in den EG anzustreben.

### Von der EFTA in die EU

1960 gehörte Österreich neben Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Portugal, Schweden und der Schweiz zu den Gründungsmitgliedern der EFTA, der Europäischen Freihandelsassoziation. Die EFTA – als Gegengewicht zu den Europäischen Gemeinschaften – war eine rein wirtschaftliche Gemeinschaft, die den freien Handel zwischen den Mitgliedsstaaten und die Wirtschaftsbeziehungen zu den EG vereinfachen sollte. Mit der Einrichtung einer Freihandelszone zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, EWG, kam es 1973 zur ersten direkten wirtschaftlichen Anbindung. Eine noch engere Verbindung zwischen EFTA und EWG plante man mit der Errichtung des Europäischen Wirtschaftsraums EWR 1989. Als dieser Plan 1992 in Porto unterzeichnet wurde, stand Österreich bereits kurz vor den Beitrittsverhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften. Nach der Volksabstimmung unterzeichnete die Regierung am 24. Juni 1994 in Korfu den Beitrittsvertrag.

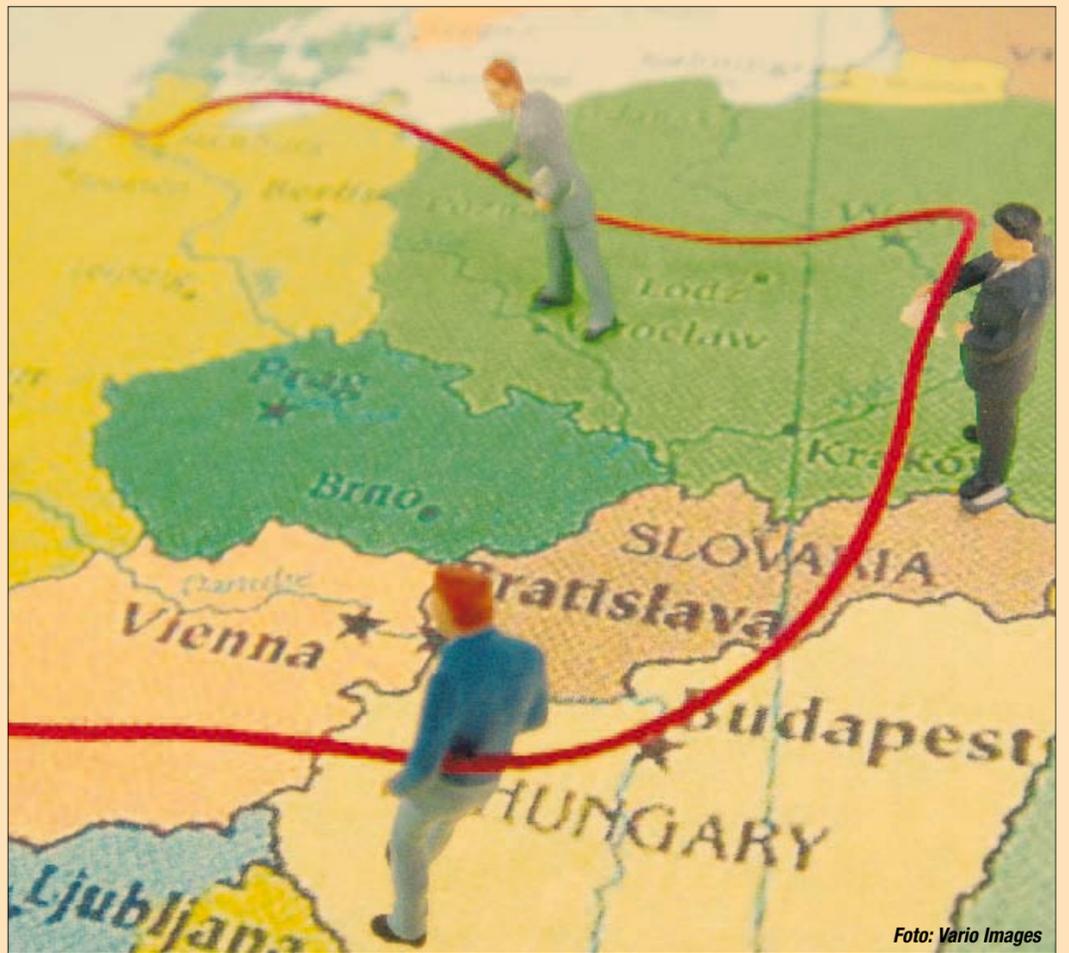


Foto: Vario Images

kanzler Werner Faymann überzeugt. Österreich hat von all diesen Integrationschritten wirtschaftlich profitiert und kann als Hauptgewinner der Ostöffnung angesehen werden. Aber auch durch die Euro-Teilnahme und die EU-Erweiterung konnten positive Effekte erzielt werden. Faymann: „Osteuropa wird auch in Zukunft eine Wirtschaftsregion mit großem Potenzial bleiben, das unsere heimische Wirtschaft sicherlich weiterhin als große Herausforderung annehmen wird“.

### „emerging markets“ vor der Haustüre

Im Zuge der ökonomischen Entwicklung wurden die MOEL zunehmend zu „emerging markets“ vor der Haustüre der „alten“ EU – mit beschleunigendem Wirtschaftswachstum und einem Anstieg des Wohlstandes. Dieser Nachholbedarf löste eine Welle der Nachfrage nach westlichen Gütern aus. Dazu kam, dass westliche Firmen mehr und mehr die Chance nutzten, in den MOEL direkt zu investieren. Als Folge dieser Prozesse nach der Ostöffnung 1989 profitierten stark jene Länder in der Nachbarschaft zu den MOEL, die bereits bisher mit dieser Region intensiv in Geschäftsbeziehungen standen, wie eben Österreich, aber auch Deutschland, Finnland, Schweden und Griechenland. Laut WIFO hat Österreich vor der Ostöffnung 1989 in die MOEL rund 6 Prozent seiner Gesamtexporte geliefert, bis zum Jahr 2004 beispielsweise hat sich dieser Anteil auf 12 Prozent verdoppelt. Die Handelsdynamik mit den MOEL hat wesentlich dazu beigetragen, das früher stets chronisch defizitäre Gesamthandelsdefizit in den letzten Jahren auszugleichen. Österreich konnte seine Position als „first mover“ im Zuge des Öffnungsprozesses von 1989 bis 1997 optimal nutzen und eine starke Beschleunigung der Exporte in die MOEL erreichen, seither ist eine Verflachung der Dynamik zu verzeichnen. Jetzt ist die Dynamik der Exporte in jene Länder am größten, die später mit dem Öffnungsprozess begonnen haben, wie die Länder Süd-Ost-Europas und in einige Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

### Höheres Wirtschaftswachstum

Ein Vergleich der tatsächlichen Entwicklungen des realen BIP in Österreich relativ zu jener in EU 15, in Deutschland, Finnland, Schweden und im Nicht-EU-Mitglied Schweiz kommt

– so das WIFO – zu dem Schluss, dass in der Periode seit der Ostöffnung 1989 bis 2007 das Wirtschaftswachstum in Österreich gemessen an der durchschnittlichen jährlichen Veränderung des realen BIP in Prozent höher als in den Vergleichsländern beziehungsweise in der EU 15 war. Das Niveau des realen Brutto-Inlandsproduktes dürfte sich laut Wirtschaftsforschungsinstitut im Beobachtungszeitraum 1989 bis 2003 um mehr als 3,5 Prozentpunkte erhöht haben. Das entsprach einem zusätzlichen Wachstum von real 0,5 Prozent pro Jahr. Verbunden mit dem zusätzlichen BIP-Effekt dürften durch die Ostöffnung rund 77.000 neue Arbeitsplätze netto geschaffen worden sein, was einem jährlichen Zuwachs von rund 10.000 Arbeitsplätzen entsprach. Die Nachbarschaft zu den sich sehr dynamisch entwickelnden mittel- und osteuropäischen Ländern und die historischen Bindungen haben dazu beigetragen, dass Österreich seine Exporte in die MOEL weit stärker ausweiten konnte als die Importe aus den MOEL. Damit stieg der Überschuss der Handels- und Leistungsbilanz mit den MOEL seit 1989 stetig an.

### Hohe Investitionsdynamik

Nicht nur im Waren- und Dienstleistungshandel hat Österreich die Chancen der Ostöffnung nutzen können,

sondern auch als Standort für neue Investitionen. Auf der einen Seite hat der EU-Beitritt und die Ostöffnung Österreich als Standort für Direktinvestitionen und regionale Headquarter attraktiver gemacht, zum anderen eröffneten die neuen „emerging markets“ in Osteuropa angesichts niedriger Löhne und eines hohen Wachstums- und daher Nachfragepotenzials viele Chancen zur Expansion des Geschäftsfeldes. Viele österreichische Mittel- und Großunternehmen erwirtschaften seit einigen Jahren ihre größten Gewinnzuwächse in den MOEL. Dazu zählt vor allem der Bank- und Versicherungsbereich, aber auch Firmen im Energiesektor und viele Produzenten mit einem hohen Anteil lohnintensiver Produktion. Die Öffnung der Märkte Osteuropas hat Österreichs Unternehmen die Möglichkeit verschafft, der Globalisierung durch eine Strategie der „Mischkalkulation“ erfolgreicher zu trotzen als dies Unternehmen in vielen anderen EU-Mitgliedstaaten gelungen ist. Durch Outsourcing von lohnintensiven Aktivitäten wurden zwar Arbeitsplätze ausgelagert, aber gleichzeitig die inländischen, höherwertigen gesichert. Durch die Direktinvestitionen in Osteuropa hat Österreich seine vormals negative Bilanz bei FDI-Aktivitäten zuletzt gedreht und investiert mehr im Ausland als Ausländer in Österreich.



Heimische Banken und Versicherungen haben schon früh auf die Öffnung der ehemaligen Oststaaten gesetzt. Foto: unicredit

# Gemeinsam in die Zukunft

Geprägt von einem starken Miteinander arbeitet man in Europa für eine gemeinsame Zukunft

Ein modernes Europa braucht die Erinnerung an seine Vergangenheit, um die Zukunft gestalten zu können. Österreich trägt hier eine große Verantwortung und setzt seine guten Beziehungen zu den Staaten Ost- und Südosteuropas für ein großes Ganzes ein.

Heute, 20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, steht Europa besser da denn je. Die neuen demokratischen Systeme in den Ländern Ost- und Südosteuropas haben sich stabilisiert und der geistige, kulturelle und wirtschaftliche Raum hat sich enorm vergrößert. In Osteuropa wächst eine ehrgeizige, junge und sehr gut ausgebildete Generation heran, die die Zeit vor 1989 nur mehr aus Geschichtsbüchern kennt und die ihre Zukunft eigenständig und aktiv gestalten will und wird. Vor diesem Hintergrund ist die Europäische Union als das größte Friedens- und Wohlstandsprojekt in der Geschichte des Kontinents zu sehen, das höchste Aufmerksamkeit verdient. Gemeinsam arbeiten die Länder Europas an der steten Weiterentwicklung dieses Projekts. Probleme und Herausforderungen gibt es genug, wie es uns die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise drastisch vor Augen führt. Gelöst werden können viele davon nur noch auf überregionaler Ebene. Zusammenarbeit ist gefragt.

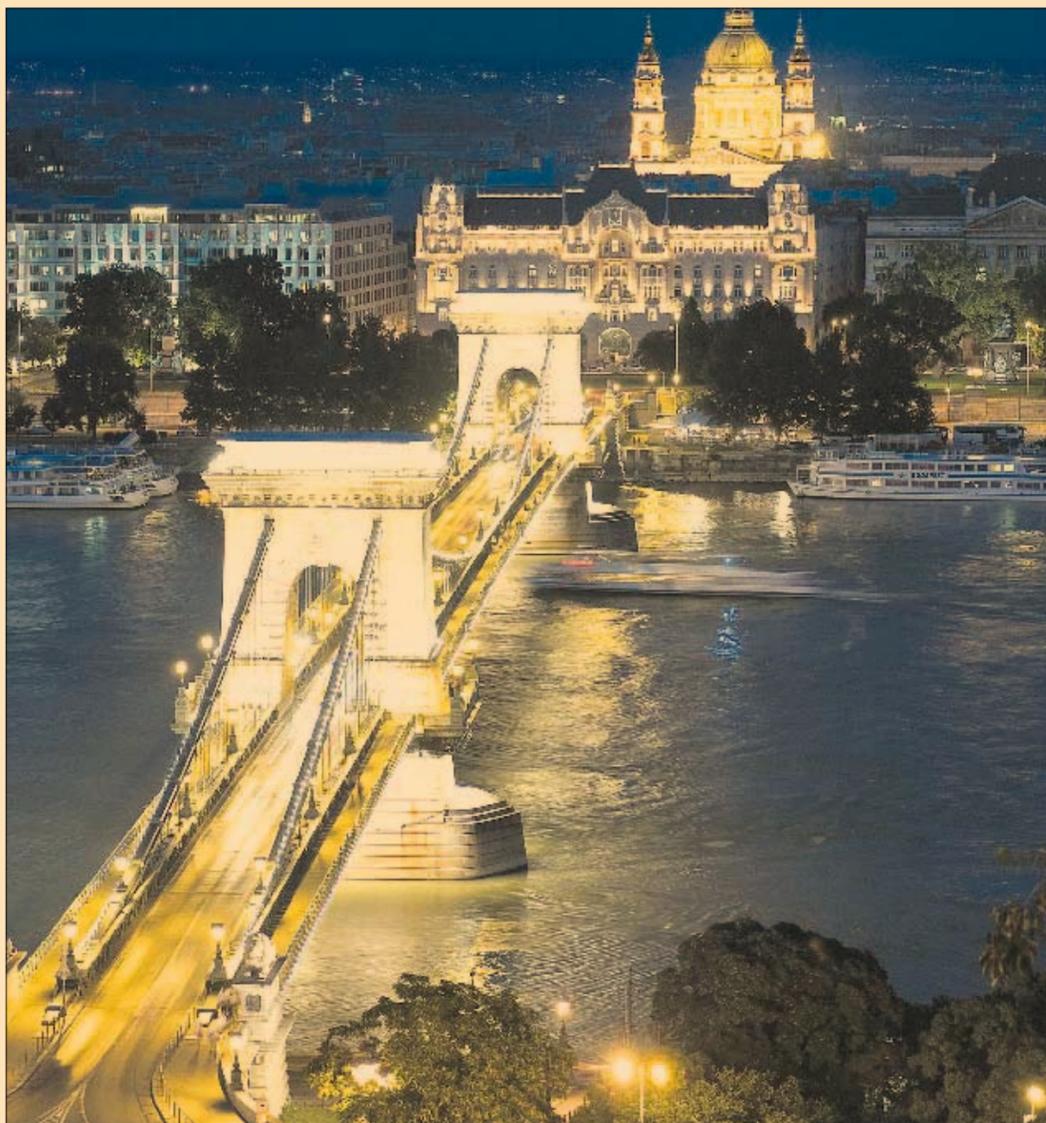
## Tragende Rolle

Österreich kommt gerade in Hinblick auf die Staaten Ost- und Südosteuropas mehr denn je eine tragende Rolle zu. Historisch bedingt pflegte man auch während der Zeit des Kalten Krieges gute nachbarschaftliche Beziehungen. Nach 1989 sank die frühere Bedeutung Österreichs als Vermittler zwischen Ost und West, gleichzeitig wuchs aber der Spielraum der österreichischen Außenpolitik in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht. Österreich nutzte die lange währenden Kontakte und guten Beziehungen in der Vergangenheit und

engagiert sich heute aktiv für die Einbindung unserer östlichen Nachbarn in ein vereintes Europa. Österreichs Regierung ist sich dieser Verantwortung bewusst und wird diese Rolle auch künftig proaktiv wahrnehmen.

## Enge Beziehungen zu Ungarn

Zahlreiche Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit beweisen das diesbezügliche Engagement Österreichs, wie beispielsweise der Antrittsbesuch des neuen ungarischen Ministerpräsidenten Gordon Bajnai am 28. April bei Bundeskanzler Werner Faymann in Wien. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Wirtschafts- und Finanzkrise. Österreich war das erste Land, das Bajnai nach seiner Visite in Brüssel bei EU und NATO besuchte. „Das ist ein Zeichen dafür, dass die ungarisch-österreichischen Beziehungen nicht nur in der Vergangenheit sehr eng gewesen sind, sondern auch in Gegenwart und Zukunft funktionieren“, sagte Faymann. Dieser erste bilaterale Besuch gerade in Österreich sei kein Zufall, wie Bajnai feststellte. „Dieses Zusammentreffen ist ein Symbol für die Bedeutung unserer engen Beziehung.“ Derart intensive Gespräche sind vor allem in Krisenzeiten besonders wichtig. Faymann drückte seine Zufriedenheit besonders darüber aus, dass die Frage der Unterstützung der südost- und osteuropäischen Finanzmärkte nun unumstritten sei. Noch vor wenigen Wochen sei diese österreichische Forderung in der EU auf Zurückhaltung gestoßen. „Nun werden mit der internationalen Finanzhilfe durch den Internationalen Währungsfonds, die EU und die Welt-



Österreich nutzt als Brückenbauer die Chancen der Ostöffnung.

Foto: R. Jahns

bank die richtigen Instrumente eingesetzt“, so Faymann. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Österreich und Ungarn habe in guten Zeiten bestens funktioniert, das solle auch in

schlechten Zeiten gelten. Faymann und Bajnai kündigten an, dass für Herbst eine gemeinsame Regierungssitzung geplant sei. Dann sollen derzeit noch offene Fragen, etwa in den Bereichen Umweltschutz und Energieversorgung, diskutiert werden. Mit dieser gemeinsamen Sitzung will man auch zum Ausdruck bringen, dass Österreich und Ungarn strategische Verbündete sind und deshalb wichtige Fragen gemeinsam lösen.

## Unterstützung für Serbien

Und auch Serbien erfährt durch Österreich Unterstützung. Boris Tadić, der Präsident der Republik Serbien war erst Anfang April zu einem Arbeitsgespräch beim österreichischen Bundeskanzler zu Gast, um sich unter anderem Unterstützung für den Weg Serbiens in die EU zu holen. Der Kanzler berichtete in der anschließenden Pressekonferenz von „einem sehr offen geführten Gespräch, bei dem die gegenwärtige, weltweite Wirtschaftskrise im Mittelpunkt stand“. Beide Seiten hoben die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Serbien und Österreich hervor. Als ein wichtiges Thema wurde von Tadić und Faymann auch die EU-Perspektive für Serbien angesprochen. „Österreichische

Unternehmen und Banken sind in Serbien sehr stark vertreten. Daher ist gerade in Zeiten eines wirtschaftlichen Abschwungs die gegenseitige Abstimmung und Zusammenarbeit wichtig. Nur so können wir bei einem späteren Konjunkturaufschwung die gemeinsamen Marktchancen nutzen“, so Faymann. Auch Präsident Tadić betonte die intensiven Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder: „Die österreichischen Unternehmen sind die größten ausländischen Investoren in Serbien“. Er hoffe, dass diese auch weiterhin im Land vertreten sein werden. Denn alle jene Banken und Firmen, die in Zeiten der Krise ausharren, könnten danach umso stärker vom Wirtschaftswachstum profitieren, so der serbische Präsident. Bundeskanzler Faymann bekräftigte außerdem die traditionelle Unterstützung Österreichs für Serbien auf seinem Weg in die Europäische Union: „Die Beitrittsperspektive zur EU ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir unterstützen daher Serbien weiterhin in seiner Annäherung an die Union“. Boris Tadić machte ebenfalls deutlich, dass für sein Land eine Annäherung an die EU von großer Bedeutung sei: „Für die serbische Regierung ist die EU-Integration ein wichtiges Ziel“.

## Keine Zukunft ohne Vergangenheit

### 11. Jänner/Ungarn

Ungarn verabschiedet als erster Ostblock-Staat ein Gesetz, das die Bildung von Parteien, Gewerkschaften und anderen politischen Vereinigungen zulässt. Ein Versammlungsrecht wird beschlossen.

### 6. Februar/Polen

Vom 6. Februar bis 5. April verhandeln Repräsentanten der regierenden kommunistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (VPAP), der Untergrund-Gewerkschaft Solidarnosc, der Kirche und anderer Gruppen.

### 2. Mai/Ungarn

Ungarn beginnt offiziell mit dem Abbau seiner Grenzanlagen zu Österreich.

### 4. Juni/Polen

Bei den ersten einigermaßen freien Wahlen erzielt das Bürgerkomitee Solidarność einen überwältigenden Sieg gegenüber den regierenden Kommunisten.

### 19. August/Ungarn

An der österreichisch-ungarischen Grenze bei Sopron wird beim „Paneuropäischen Picknick“ symbolisch für einige Stunden ein Grenztor geöffnet. Fast 700 DDR-Bürger können fliehen. Die ungarische Grenzschutztruppe befolgt ihren Schießbefehl nicht.

### 24. August/Polen

Tadeusz Mazowiecki wird der erste nicht kommunistische Ministerpräsident Polens und damit der erste nicht kommunistische Regierungschef im gesamten Warschauer Pakt.

### 10. September/Ungarn

Ungarn öffnet in der Nacht offiziell seine Grenzen zu Österreich für DDR-Bürger, ohne dafür in Moskau um Erlaubnis anzusuchen.

### 9. Oktober/DDR

Aus den „Montagsdemonstrationen“ wird ein Massenprotest. In Leipzig gehen 70.000 Bürger auf die Straße, eine

Woche später demonstrieren bereits 120.000 Menschen gegen das Regime, zwei Wochen später sind es 320.000.

### 18. Oktober/DDR

Erich Honecker tritt als Staatsratsvorsitzender der DDR sowie als Generalsekretär der SED zurück. Sein Nachfolger wird Egon Krenz.

### 23. Oktober/Ungarn

Ende der Volksrepublik Ungarn, die demokratische und parlamentarische Republik Ungarn wird ausgerufen.

### 9. November/BRD-DDR

Die Berliner Mauer fällt, die innerdeutschen Grenzen werden geöffnet.

### 17. November/Tschechoslowakei

In Prag fordern Demonstranten das Ende des kommunistischen Regimes und den Rücktritt des KP-Generalsekretärs Milouš Jakeš. Die Proteste werden zu einer Massenbewegung, die „Samtene Revolution“ beginnt.

### 24. November/Tschechoslowakei

Václav Havel und Alexander Dubjek sprechen am Prager Wenzelsplatz auf einer Massenkundgebung zu den Demonstranten. Der Generalsekretär der KP Milouš Jakeš tritt mit dem gesamten Politbüro zurück.

### 28. November/BRD-DDR

Bundeskanzler Helmut Kohl gibt überraschend ein Programm zur deutschen Wiedervereinigung bekannt.

### 5. Dezember/Tschechoslowakei

Der Stacheldraht an den Grenzen zu Österreich und zur DDR wird entfernt.

### 15. Dezember/Rumänien

Erste Kundgebung in Temeswar anlässlich der drohenden Deportation des regimiekritischen Pfarrers László Tóké. Die kurze, aber blutige Rumänische Revolution 1989 beginnt. Gewalttätige Kämpfe dauern bis zum 27. Dezember.



Am 28. April 2009 empfing der österreichische Bundeskanzler, Werner Faymann den Ministerpräsidenten der Republik Ungarn, Gordon Bajnai (l.), zu einem Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt.

Foto: Andy Wenzel



## Bahnfahren wird ab Juli deutlich teurer

Nun ist es amtlich: Die ÖBB fuhr im Vorjahr 970 Millionen Euro Verlust ein. Mehr zahlen müssen nun der Bund – und natürlich die Passagiere. Denn die Fahrkartenpreise werden ab Juli im Schnitt um 4,9 Prozent erhöht.

Wien – Die tiefrote Bremsspur, die Spekulationsverluste, Firmenwertberichtigungen und Abschreibungen in der ÖBB-Bilanz 2008 verursachen, werden ab Juli auch die Fahrgäste spüren: Die Ticketpreise werden um durchschnittlich 4,9 Prozent erhöht. Dies kündigte der ÖBB-Vorstand rund um Generaldirektor Peter Klugar bei Vorlage der Zahlen am Mittwoch an. Die Staatsbahn rechtfertigt die Fahrpreiserhöhungen mit gestiegenen Energiepreisen, Personalkosten und der Anschaffung neuen Wagenmaterials, das den Fahrgästen zugute komme.

Wie viel Geld damit vor allem bei Pendlern kassiert wird, sagte die Eisenbahnführung nicht. Die Kosten für die politisch verordnete Verschiebung der Preiserhöhung um ein halbes Jahr waren aber stets mit rund 15 Mio. Euro beziffert und vom Verkehrsministerium ersetzt worden. Nicht erhöht wird nur der Preis für die Vorteilscard.



Wie dringend notwendig der Personenverkehr höhere Einnahmen hat, zeigt ein Blick in die Teilbilanz Personenverkehr: Er erwirtschaftete trotz neun Millionen mehr Fahrgästen (davon 2,4 durch die Fußball-EM) und 532 Mio. Euro an Subventionen (für Nebenbahnen, unrentable Sozialtarife) 2,03 Mrd. Euro Umsatz, aber ein mit 331,6 Mio. Euro negatives operatives Ergebnis (Ebit). Selbiges bleibt selbst dann mit 16 Mio. Euro unter Wasser, wenn man die außerordentlichen Wertminderungen (für Spekulationsverluste, Abschreibungen) herausrechnet.

Nicht viel besser schaut es beim

Güterverkehr aus. Bei ihm ist im vierten Quartal die Wirtschaftskrise voll eingefahren, was im Vorjahr 15 Prozent Fracht gekostet hat. Heuer hofft Klugar mit einem Minus von 20 Prozent davonzukommen.

Worüber Vorstand, Eigentümer und Aufsichtsräte nicht reden wollen: Rail Cargo Austria (RCA) ist dabei, ihre Rolle als ÖBB-Cashcow abzugeben, denn auch hier ziehen Wertminderungen eine rote Spur: Wohl stieg der RCA-Umsatz von 2,4 auf 2,55 Mrd. Euro, das Ebit ist aber mit 39,4 Mio. Euro negativ. Ohne Sondereffekte bedeutet das Stagnation, weil das Ebit mit 20,5 Mio. Euro gleich blieb.

Die Konzernbilanz ist eine, die Finanzchef Josef Halbmayr als „das Ergebnis der umfangreichen Aufräumarbeiten“ beschreibt: 376 Mio. Euro an Wertberichtigungen und Abschreibungen (auf das Anlagevermögen wie Wagons), um 64 Mio. Euro musste der Firmenwert der im Vorjahr um 402 Mio. Euro gekauften ungarischen Güterbahn berichtigt werden, 420 Mio. Euro wurden für die (Buchverluste produzierenden) Swap-Geschäfte rückgestellt, und mit 59 Mio. Euro schlugen Rückstellungen und Abwertungen der vielgepriesenen Cross-Border-Leasings zu Buche. Unterm Strich ergibt all das ein ne-

gatives Finanzergebnis von 1,02 Mrd. Euro, das das Vorsteuerergebnis (EBT) mit 970 Mio. Euro tiefrot färbt. „Verdauen“ kann die mit 14,1 Mrd. Euro an Finanzverbindlichkeiten herumkurvende Staatsbahn diese Summe nur durch Auflösung nichtgebundener Kapitalrücklagen. Der Konzernumsatz stieg um 3,2 Prozent oder 157 Mio. Euro auf 5,03 Milliarden Euro.

Mit einer Eigenkapitalquote von elf Prozent sieht Klugar den mit steigenden Personalkosten (rund 100 Mio. Euro), Energiekosten und sinkenden Erträgen konfrontierten Konzern trotzdem „auf der Überholspur“, weil wertvolle Infrastrukturinvestitionen in Milliardenhöhe getätigt würden. Dass der ÖBB-Konzern nicht einmal die Zinsen (netto 417 Mio. Euro) erwirtschaftet, beunruhigt Klugar nicht. Denn die Republik habe sich schließlich verpflichtet, 70 Prozent der Annuitäten auf 30 Jahre zu zahlen. Halbmayr rechnet vor, dass das Vorsteuerergebnis ohne Vorsorgen für Swapverluste und Wertberichtigungen auf das Anlagevermögen mit 51,9 Mio. Euro negativ wäre, das Ebit brach 2008 von 513,6 auf 51,2 Mio. Euro ein.

2009 wird mit der Wirtschaftskrise eine doppelte Herausforderung, denn Investitionen (1,9 Mrd. Euro) und Zinsen steigen – die Anleihe im Herbst kostet 4,875 Prozent. Klugar muss nicht 100, sondern 200 Mio. einsparen. (ung)

Kommentar Seite 44

## Laxe EU-Vorschläge zur Finanzmarktregulierung

### Keine Boni bei schlechter Firmenperformance

Brüssel – Als Folge der Finanzkrise hat nun EU-Binnenmarktkommissar Charlie McCreevy eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt, mit denen die größten Auswüchse auf dem Finanzsektor beseitigt werden sollen. Der wichtigste Richtlinienvorschlag betrifft Hedgefonds und Beteiligungsfirmen. Kritiker bezeichneten die Vorschläge jedoch als zu lax. So ersetze etwa die vorgeschlagene Registrierung von Hedgefonds samt Offenlegung ihrer Hebelgeschäfte keine effiziente Kontrolle, kritisierten die europäischen Sozialisten. Auch Frankreich geht der Vorschlag nicht weit genug.

Auch bei dem Vorschlag, mit dem Zusatzzahlungen wie Boni für Spitzenmanager geregelt werden sollen, gibt es in Frankreich und Deutschland bereits weitreichendere Überlegungen. Der McCreevy-Vorschlag sieht vor, dass diese Zusatzzahlungen künftig beschnitten werden, wenn die Firmenentwicklung unter den Erwartungen liegt. Geregelt werden sollen auch die Remunerationen im Finanzdienstleistungsbereich. Dort soll mit den „perversen Incentives“ Schluss sein, sagte McCreevy am Mittwoch; die Zahlungen sollen für alle interessierten Personenkreise öffentlich gemacht werden.

Erfolgsabhängige Boni sollten langfristige Durchrechnungszeiträume haben, sodass auch inhärente Risiken in die erfolgsabhängigen Ausschüttungen mit einberechnet würden. Auch die

sogenannten „golden Handshakes“ sollen im Falle von Manager-Versagen nicht erlaubt werden; Manager-Abfertigungen grundsätzlich zwei Jahresgehälter nicht übersteigen.

Was den Markt von Finanzvertriebsdienstleistern betrifft – die Kommission schätzt, dass über diese Kanäle bis zum Jahresende 2008 EU-weit Finanzprodukte von in Summe gut 8000 Mrd. Euro verkauft wurden –, soll es einfachere, Investor-freundliche Informationen geben, die die komplexen Produkte auch für den Käufer halbwegs durchschaubar machen. Mit dem Ausschuss der europäischen Wertpapieraufseher (Committee of European Securities Regulators, CESR), einer Institution, die aufgewertet werden soll, wird an einer „Investoren-freundlichen Dokumentation“ gearbeitet.

### Niedriger Selbstbehalt

Ebenfalls unterschiedliche Positionen gibt es bei der neuen EU-Eigenkapitalrichtlinie für Banken, die noch im Mai verabschiedet werden soll. McCreevy und die EU-Staaten wollen, dass Banken bei Kreditverbriefungen fünf Prozent der verkauften Kreditsumme in ihren Büchern halten müssen. Dagegen laufen die Sozialdemokraten im Europaparlament Sturm. Sie fordern einen „Selbstbehalt“ von 15 Prozent. Auch unter den Konservativen gibt es Stimmen für einen höheren Kapitalbedarf bei Verbriefungen. (ruz)

## OMV macht Schluss mit Aktienoptionen

Wien – Shareholder-Value, lange Zeit das Mantra der Wirtschaftswelt und lukrative Einkommensquelle für Top-Manager, hat bei der OMV ausgedient. Statt mit Aktienoptionen soll die Führung des Mineralölkonzerns mit einem Anreizprogramm zu Höchstleistungen angespornt werden, verknüpft mit der Erreichung strategischer Ziele nach drei Jahren.

OMV-Chef Wolfgang Ruttenstorfer, der wegen eines Aktiendeals kurz vor Verkauf der Beteiligung an ungarischen Ölkonzern Mol an die russische Surgutneftegas in das Blickfeld der Finanzmarktaufsicht geraten ist, verteidigt sich jetzt u. a. auch damit. Um an diesem Programm teilzunehmen, habe der Vergütungsausschuss des Aufsichtsrats in seinem Fall eine Eigenbeteiligung in OMV-Papieren von zumindest 800.000 Euro verlangt.

Darauf verständigt habe man sich am Montag, den 23. März. Selbigentags habe er den Auftrag erteilt, 26.500 OMV-Aktien zu kaufen – die Differenz zwischen jenen Papieren, die er schon besessen habe und dem Mindestfordernis für die Teilnahme am Incentive-Programm.

„Ein Verkauf des Mol-Paketes war da nicht absehbar“, sagte der OMV-Chef. Der Deal mit Surgutneftegas, der den Kurs der OMV-Aktie kurzzeitig in die Höhe getrieben hat, sei dann binnen zweier Tage (28., 29. März) fixiert worden. Spekulationsgewinn habe er keinen gemacht: „Die Aktien muss ich drei Jahre halten.“ (stro)

Wir sind wieder unterwegs. **log:in<sup>09</sup>**  
AMS Tour

Auch für Sie.

Ihr/e persönliche/r AMS-Berater/in informiert Sie über die vielfältigen Leistungen und Angebote für Ihr Unternehmen. Gerade jetzt ist unser und Ihr Engagement gefragt. Machen Sie mit. Arbeiten Sie mit uns zusammen und nutzen Sie unser persönliches Service:  
**www.ams.at** oder **0800 500 150**.  
Ihr ArbeitsMarktService

Sie sind gefragt.

Bezahlte Anzeige



**Bratislava**  
Zehntausende strömten am 1. Dezember 1989 auf den Hauptplatz von Bratislava, um die Demokratisierung des Landes und das Ende des Eisernen Vorhanges zu feiern. Erhard Busek, damals Wissenschaftsminister, Bürgermeister Helmut Zilk und Freda Meissner-Blau, Galionsfigur der Grün-Bewegung, zeigten ihre Solidarität mit den samtenen Revolutionären.  
Fotos: Rudolf Semotan (links), Robert Newald (rechts)



# Marx, Murks und keine Marktpreise

Die Planwirtschaft gilt als einer der Hauptgründe für den Zusammenbruch des sowjetischen Reiches. Aber auch der Westen plante minutiös, was er dem Osten verkaufte.

Leo Szemeliker  
Johanna Ruzicka

„Vorsicht mit der Freude“, sagt Sándor Richter all jenen Globalisierungs- und Kapitalismuskritikern, die derzeit lautstark frohlocken, weil sie mit der aktuellen Wirtschaftskrise zwanzig Jahre nach dem Ende des realsozialistischen, von marxistischen Theorien unterfütterten Ostblocks nun auch den Niedergang der Marktwirtschaft kommen sehen. „Für jemanden, der wie ich aus der Planwirtschaft kommt“, so der ungarischstämmige Ökonom vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) im Gespräch mit dem STANDARD weiter, könne jede Tendenz in diese Richtung „kein positives Ziel mehr sein – wenn ich zurückblicke und sehe, wie schlecht die Volkswirtschaften funktioniert haben“. Sein Kollege Peter Havlik, Vizechef des WIIW, ergänzt: „Ich würde sagen, viele Leute haben vergessen, wie das damals war, mit den leeren Regalen in den Lebensmittelgeschäften.“

„Damals“, das war zwischen 1949 und 1991, als die militärische Supermacht UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, auch Sowjetunion genannt) ihre Satellitenstaaten in Mittel- und Osteuropa auch wirtschaftlich kontrollierte. Das Vehikel dafür war der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (siehe Kasten Wissen). In diesem wurden die Fünfjahrespläne der damaligen Volksrepubliken aufeinander abgestimmt, damit innerhalb der sozialistischen Bruderstaaten eine Arbeitsteilung entsteht: So war ein Land, etwa die

Tschechoslowakei, beispielsweise für den Bau von Automobilen und Panzern zuständig, ein anderes – Ungarn – für Reisebusse; ein wieder anderes, die DDR, für Fischereischiffe. Die Waren wurden im gesamten Bund verteilt, und die Export- und Importströme wurden von einer Clearing-Bank gegengerechnet (siehe Grafik unten).

Die Sowjetunion war dabei nicht nur das Mutterland der Ideologie, sondern spielte auch wirtschaftlich die mit Abstand gewichtigste Rolle, die die Preise aller Industriegüter in Erdöläquivalenten fest schrieb. Die UdSSR versorgte ihre Bruderstaaten mit Energie – Gas und Erdöl. Und dies nicht zu Weltmarktpreisen, sondern zum Billigtarif unter Brüdern. Die schmerzhafteste Anpassung an eine Verrechnung zu Weltmarktpreisen stört bis heute das Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine. Bezeichnend, dass Weißrussland, der unbeeirrbare Erfolgsstaat Russlands, bis heute konkurrenzlos günstig Öl und Gas erhält.

„Das war kein Segen“, sagt Richter. Denn der Westen hatte nach dem ersten Ölpreisschock 1974, als die arabische Welt den Industrieländern klarmachte, in welcher Abhängigkeit sie vom Schwarzen Gold standen, drastische Energiesparmaßnahmen begonnen. Richter: „Im RGW gab es keinen Zwang zu modernisieren.“ „Und es gab ständig Streit um die Preise“, sagt Havlik, „obwohl: Offiziell durfte man das nicht sagen.“

Die Planwirtschaft hatte es überhaupt mit sich gebracht, „dass jeg-

licher Zwang zu Effizienz fehlte“, sagt Richter (der von 1979 bis 1990 an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften als Ökonom tätig war). Zwischen der Sowjetunion und ihren Satelliten wurden aufgrund der Arbeitsteilung vor allem Fertigprodukte verschoben. „Diese Produkte wären aufgrund ihrer Qualität nie im Westen absetzbar gewesen.“ Also konnten Westwaren, die auch im RGW-Raum stark nachgefragt wurden, nicht mit Exporten ausgeglichen, sondern mussten mit hoher Verschuldung finanziert werden. „Die Schuldenberge sind gewachsen und gewachsen, bis zur politischen Wende“, so Richter.

So war der Handel des Westens mit dem Staaten im Osten mit unzähligen Stolpersteinen gepflastert. Auch mit Restriktionen, die sich der Westen selbst auferlegte:

Da der Kalte Krieg nicht nur militärisch-strategisches Wettrüsten bedeutete sondern immer auch ein Kampf der Systeme war – hier Kapitalismus –, war der Westen vorsichtig beim Verkauf von besonders innovativen Produkten in den Ostblock. Alles, was neueste Technologie war und den Osten dabei helfen können, sein gesellschaftlich-wirtschaftliches System voranzutreiben, wurde nicht aus der Hand gegeben. Alles, was irgendwie für Waffenproduktion eingesetzt werden konnte, durfte ebenfalls nicht in den Osten verkauft werden.

Die dafür unter der Ägide der USA geschaffene Überwachungsorganisation hieß CoCom (Coordinating Committee on Multilateral Export Controls). Länder wie Österreich gehörten nicht dazu, mussten sich aber den Auflagen unterwerfen. Regelmäßig kamen die Mitglieder in Paris zusammen und erstellten Listen, auf denen all

die Waren angegeben waren, die nicht an die Sowjets plus Alliierte, aber auch nicht an Länder wie Libyen geliefert werden durften.

„Nichts strategisch Wichtiges sollte in die Hände der RGW-Staaten kommen“, erinnert sich Johann Kausl, der als junger Delegierter an der Österreichischen Außenhandelsstelle in Moskau das System in den 80er-Jahren miterlebte. Dies bedeutete, dass auch viele zivile Produkte einem rigiden und bürokratischen Regime unterlagen, wohin sie verkauft werden durften.

Die Ereignisse 1989 hatten, glaubt Sándor Richter, zu einem guten Teil ökonomische Ursachen. Wenngleich Michail Gorbatschows Glasnost- und Perestroika-Politik in der Sowjetunion „natürlich das Wichtigste gewesen ist“, habe die Tatsache, dass es nicht und nicht gelungen ist, den Lebensstandard der Bevölkerung in den sozialistischen Ländern nachhaltig zu erhöhen, dazu geführt, dass im Gegenzug aus Unzufriedenheit eben mehr Meinungsfreiheit gefordert worden wäre.

## Schneller Zusammenbruch

Nach dem Zusammenbruch des politischen Ostblocks fiel auch der Handel zwischen den ehemaligen Bruderstaaten in sich zusammen. Havlik: „Die frühere Integration verschwand blitzartig.“ Von den sozialistischen Industriemarken blieben nur wenige übrig – so wie die Škoda-Werke, die im Volkswagen-Konzern aufgingen und heute erfolgreich Autos bauen. Aus der Autoindustrie gibt es ein weiteres Positivbeispiel: Dacia (Rumänien) ist die Billiglinie von Renault. Marken wie Trabant, Wartburg (DDR), Ikarus (ungarische Busse) hingegen sind weg. Russische Autos wie Lada tun sich heute selbst auf dem Heimmarkt schwer und müssen mit westeuropäischen Konzernen kooperieren.

## WISSEN

### Sowjet, Rat, Council

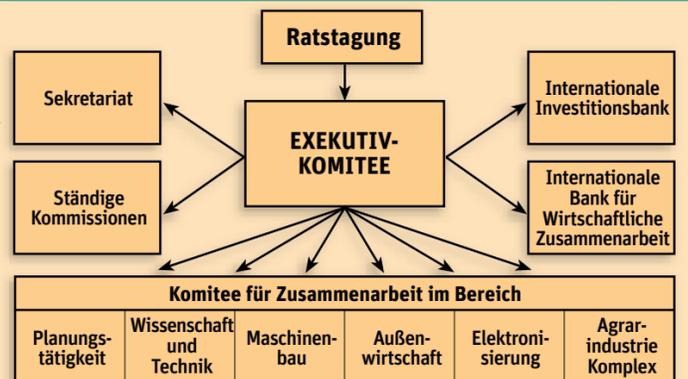
Für das im Jänner 1949 gegründete und Juni 1991 aufgelöste Wirtschaftsbandnis der sozialistisch regierten Sowjetunion und ihrer Satelliten- und Freundschaftstaaten gab es im Westen mehrere Bezeichnungen: In deutschsprachigen Ländern wurde für den ökonomischen „Ostblock“ RGW verwendet, für „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“. Dies war die direkte Übersetzung der russischen Bezeichnung des Bundes: „Sowjet ekonomitscheskoj wsaimopomoschtschi“ (SEW). Die in vielen Ländern geläufige Bezeichnung Comecon ergab sich aus der englischen Übersetzung: „Council for Mutual Economic Assistance“.

Die Sowjetunion reagierte mit der Gründung des RGW auf den US-Marshallplan und auf die Etablierung der OECD-Vorgängerorganisation OEEC.

Mitgliedsländer waren zunächst neben der Sowjetunion die damaligen Volksrepubliken Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn sowie die Tschechoslowakei (heute alle EU-Mitglieder). Albanien trat zunächst bei, ließ die Mitgliedschaft aber ab 1961 ruhen. 1950 folgte die Deutsche Demokratische Republik (DDR), die bereits 1990, nach der Wiedervereinigung mit der BRD, austrat). Die Mongolei (1962), Kuba (1972) und Vietnam (1978) wurden ebenfalls Mitglieder. Ab 1964 machte Jugoslawien beim RGW teilweise mit. China hatte (jedoch bis 1961) wie Nordkorea Beobachterstatus. 1973 unterschrieb Finnland ein RGW-Abkommen. (szem)



## Die realsozialistische Wirtschaftswelt 1989



### Funktionsweise des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)

Formell war die *Ratstagung*, in dem jedes Land eine Stimme hatte, oberstes Organ. Entscheidend war aber das *Exekutivkomitee*, in dem die stellvertretenden Regierungschefs saßen. Die *Ständigen Kommissionen* koordinierten die Fünfjahrespläne. Der *Generalsekretär* wurde immer von den Sowjets gestellt. In den *Komitees* für die einzelnen Branchen wurden die Pläne aufeinander abgestimmt. Die *Internationale Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit* war Clearingstelle zur Verrechnung der Salden im Intra-Rat-Handel und verwaltete den „Transferrubel“ (Verrechnungswährung). Die *Internationale Investitionsbank* stimmte Gelder für Großprojekte aufeinander ab. Ziel war die *internationale Arbeitsteilung*, die de facto in einer Abhängigkeit von der Sowjetunion als Energie- und Rohstofflieferant sowie als wichtigster Abnehmermarkt für die Fertigprodukte mündete.

# Fiat bei Chrysler auf der Zielgeraden

Die Frist für das Chrysler-Rettungspaket inklusive Fiat-Einstiegs endet heute, Donnerstag. Bei Opel erwartet die Italiener mehr Widerstand. In Graz steigt die Sorge vor Bedeutungsverlust, falls Magna Opel übernimmt.

**Aurora/Turin/Graz/Wien** – Heute, Donnerstag, läuft die Frist ab, die dem US-Autobauer von der Regierung unter Barack Obama gestellt worden war: Im Fiat-Hauptquartier zeigt man sich über den bevorstehenden Deal optimistisch. Grund ist die quasi in letzter Minute erzielte Einigung mit den Gläubigerbanken des an sich konkursreifen Autokonzerns (Citigroup, Goldman Sachs, JP Morgan und Morgan Stanley). Diese sollen sich einverstanden gezeigt haben, einen Teil ihrer 6,9 Mrd. Euro an Kredite in eine Beteiligung zu wandeln. Noch ist nicht bekannt gegeben worden, wie hoch diese Beteiligung sein soll.

Fiat dürfte jedenfalls vorerst 20 Prozent an Chrysler übernehmen, und dann die Beteiligung innerhalb von drei Jahren auf 35 Prozent aufstocken. Die Mehrheit ist erst zu erhalten, wenn Chrysler seine Schulden an den Staat zurückgezahlt habe. Aber: „Auch bei Fiat selbst hält die Familie Agnelli nur 33 Prozent und trotzdem das Sagen“, sagte ein Fiat-Manager.

Die Gewerkschaft United Auto Workers werden bei Chrysler 55 Prozent halten, den Rest teilen sich Regierung und restlichen Gläubiger. „Details zum Deal gibt es erst Donnerstag, wenn der Tag in Amerika zu Ende geht“, kündigte der Vizepräsident des italienischen Autobauers, John Elkann an. Die Vision des operativen Fiat-Chefs, Sergio Marchionne, sieht ein jährliches Produktionsvolumen von fünf bis sechs Millionen Autos vor. Da Fiat allein nur knapp zwei Millionen Autos produziert, würde Marchionne sowohl Opel als auch Chrysler integrieren müssen, um seine Vision umzusetzen.

Doch in Deutschland verbreitet sich die Ablehnungsfront gegen den italienischen Konzern. Berthold Huber, Chef der Gewerkschaft IG-Metall, warnt in der Wochenzeitung *Die Zeit*: „Wenn Fiat bei Opel einsteigt, fürchte ich, werden die Werke in Bochum mit 5000 Be-

schäftigten und Eisenach mit 2000 Leuten die ersten Opfer sein. (...) Eine langfristige Zukunft von Opel sehen wir so nicht gewährleistet.“

Die *Rheinische Post* berichtete, dass Frank Stronachs Automobilzulieferer Magna im Falle eines Opel-Einstiegs plane, 19,1 Prozent zu übernehmen, der russische Autohersteller GAS (unter Kontrolle des Oligarchen Oleg Deripaska) und die größte russische Bank, Sberbank, wären an 31 Prozent interessiert. Gemeinsam wolle man fünf Milliarden Euro aufreiben.

Sollte Magna den Zuschlag bekommen, „bleibt im Konzern kein Stein auf dem anderen, das muss allen klar sein“, sagt ein Insider zum STANDARD. Es werde in diesem Fall zu einer Machtverschiebung Richtung Deutschland kommen. Neben der Unternehmenszentrale in Oberwaltersdorf und dem Grazer Werk werde Opel in Rüsselsheim eine führende Rolle spielen. Es werde sich die Frage stellen, ob Graz als „kleine feine Autoschmiede“ oder Entwicklungsstandort erhalten bleibt. (tkb, mue, szem)

## Funkstille bei Chips – Schatten über Zumtobel

Kurzarbeit erfasst hunderte weitere Mitarbeiter

**Wien** – Quer durch alle Wirtschaftsbranchen melden täglich neue Unternehmen Kurzarbeit an. Jetzt hat es die austriamicrosystems AG erwischt. Der Microchiphersteller mit Sitz in Unterpriesterbach bei Graz kämpft mit Absatzeinbußen. Seine 670 Mitarbeiter werden daher ab 1. Juni für bis zu sechs Monate in die Kurzarbeit geschickt. Ihnen steht, abhängig von der Auftragslage, eine Reduktion der Wochenarbeitszeit um bis zu 50 Prozent bevor.

Der steirische Konzern notiert an der Börse in Zürich. 2008 brach das Ergebnis um gut die Hälfte ein, das erste Quartal 2009 brachte Verluste und weitere empfindliche Umsatzrückgänge. Für das abgelaufene Geschäftsjahr wird daher keine Dividende ausgeschüttet.

Düster sind die Aussichten derzeit auch für den Lichtspezialisten Zumtobel. Die Vorarlberger machen ihr Leuchtenwerk in Rumänien dicht, 180 Mitarbeiter in Curtici verlieren den Arbeitsplatz. Die Produktion sei in den kommenden Monaten nicht ausreichend ausgelastet, teilte Zumtobel mit. Das Fertigungsvolumen aus Curtici werde auf die übrigen europäischen Werke übertragen. Der Hauptstandort Dornbirn soll davon profitieren.

Seine Flügel stützen muss der Maschinenbauer Engel in Schwertberg. Die Aufträge halbierten sich, die Kurzarbeit für 1400 Mitarbeiter soll jetzt in den September hinein verlängert werden. Das Unternehmen setzt seine Spritzgießmaschinen zu mehr als 50 Prozent in der Autoindustrie ab. Deutlich bessere Nachrichten gibt es aus der Skiindustrie: Die finnische Amer-Tochter Atomic in Altenmarkt hat seit Jänner 90 neue Jobs geschaffen. Für Aufschwung sorgt die Übernahme der Marke Salomon. (vk)

## Milchbauern sind sauer und demonstrieren

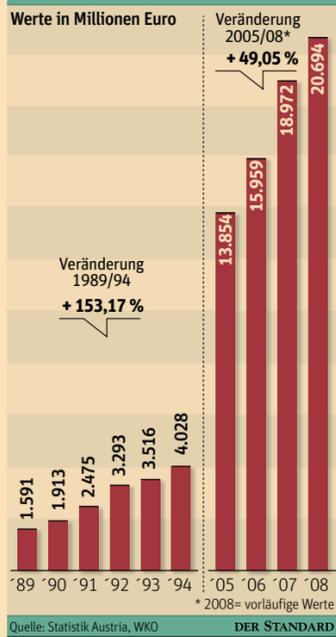


„Der Milchmarkt ist in den vergangenen Wochen völlig zusammengebrochen“, erklärte IG-Milch-Obmann Ewald Grünzweil und Anführer der Milchbauern, die am Mittwoch mit ihren Traktoren den Wiener Ring verstopften. Ähnliche Demonstrationen fanden überall in der EU statt. Die Bauern protestieren damit gegen den anhaltenden Preisverfall bei Milch, der durch das schrittweise Anheben der

erlaubten EU-Milchkontingente entstanden ist. Weil seither zu viel Milch auf dem Markt ist, hat die EU sogar den (bei der Welthandelsorganisation WTO ungeliebten) Milchpulverexport wiederaufgenommen. Derzeit erhalten die Bauern zwischen 25 und 30 Cent für den Liter Milch; kostendeckend wären 40 Cent. Eine Zusage bekamen die Bauern trotz Medienrummels nicht.

Foto: Cremer

### Starker Anstieg österreichischer Osteuropa-Exporte



## Ostöffnung für Österreich eine Einbahnstraße

Exporte und Investitionen explodierten seit 2004 – Arbeitsmarkt bleibt geschlossen – Zuwanderungswelle 2011

**Wien** – Die EU-Erweiterung machte Österreich zu einer Art Multi in Osteuropa. Mit Direktinvestitionen von 50 Milliarden Euro zählt das Land zu den größten Akteuren in der Region, die Exporte stiegen seit 2005 um knapp die Hälfte. Zum Vergleich: Die gesamten Ausfuhren wuchsen in den vergangenen vier Jahren mit 23 Prozent nicht einmal halb so schnell.

Angesichts dieser Entwicklung ist Johann Kausl, für Osteuropa zuständiger Regionalmanager in der Wirtschaftskammer, über die aktuelle Stimmung nicht sehr erfreut: „Meldungen wie ‚Osteuropa zieht Österreich ins Grab‘ sind nicht angebracht.“ Bei all den Problemen der Region: „Die Risiken werden nicht alle gleichzeitig schlagend“, zudem sei jedes Land einzeln zu betrachten, betont Kausl im Gespräch mit dem STANDARD.

Er rechnet wegen der Krise mit einem Rückgang der Ausfuhren nach Osteuropa von zehn Prozent. Das Minus werde damit dem aller Exporte entsprechen. Kausl räumt freilich ein, dass manche Länder mit ihrer Abhängigkeit von Problembranchen, wie etwa der Autoindustrie, besonders stark unter Druck kommen werden.

Während die wirtschaftliche Expansion Österreichs in den neuen EU-Ländern voranschritt, blockt das Land beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Sozialminister Rudolf Hundstorfer traf am Mittwoch EU-Sozialkommissar Vladimír Špidla in Brüssel, um die bis 2011 verlängerten Schutzklauseln zu begründen. Die Kommission prüft das Anliegen nun und will in wenigen Wochen beurteilen, ob

die Rechtfertigung Österreichs ausreichend ist. Erlaubt sind die Barrieren nur, wenn ernste Störungen am Arbeitsmarkt glaubhaft gemacht werden können. Hundstorfer nannte unter anderem die steigende Arbeitslosigkeit, die geografische Nähe und den bereits hohen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in Österreich als Gründe.

In Osteuropa stößt der Schritt – nur Österreich und Deutschland sperren den Markt – auf Unverständnis. Polen hat bereits eine Beschwerde angekündigt. Experten rechnen damit, dass Brüssel angesichts der Wirtschaftskrise keine Klage gegen Wien anstreben wird.

Arbeitsmarktservice-Vorstand Johannes Kopf verweist darauf, dass der Zugang Schritt für Schritt

bereits geöffnet worden sei. Derzeit arbeiten laut AMS 16.100 Personen aus den neuen EU-Ländern in Österreich (davon 3700 Facharbeiter). Dazu kommen 8200 Saisoniers im Fremdenverkehr und in der Landwirtschaft.

Allerdings befürchtet Kopf Schwierigkeiten im Jahr 2011, wenn der Arbeitsmarkt geöffnet werden muss. Dieser Schritt erfolge in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit – laut Wifo-Prognose 8,5 Prozent. Kopf will zwar keine Schätzungen vornehmen, rechnet aber angesichts der Lohnunterschiede mit einem „gewissen Andrang und Verdrängungswettbewerb“ bei schlecht bezahlten Jobs. Vor allem Jobsuchende aus Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit könnten ihr Glück in Österreich versuchen, wie das Beispiel ostdeutscher Zuwanderer zeige. (as)



31. Dezember 1991

Im August 1991 vereitelte der russische Präsident **Boris Jelzin** (im Bild mit einem Panzerfahrer vor dem russischen Parlament in

Moskau) einen **Putsch orthodoxer Kommunisten** gegen Sowjet-Präsident Michail Gorbatschow. Damit war das **Ende der Sowjetunion** besiegelt. Am 8. Dezember unterzeichnete Jelzin mit seinen Kollegen Leonid Krawtschuk (Ukraine) und Stanislaw Schuschkewitsch (Weißrussland) im Wald von Beloweschsk bei Minsk den Vertrag, der „die Existenz der Sowjetunion als geopolitische Realität für beendet erklärt“. Er wurde am 31. Dezember wirksam.

Foto: Reuters



1. Jänner 1995

Die **österreichische Volksabstimmung** vom 12. Juni 1994 ergab mit 66,6 Prozent ein unerwartet hohes Votum für den

**Beitritt zur Europäischen Union**. Am 24. Juni unterzeichneten Bundeskanzler Franz Vranitzky und Außenminister Alois Mock (Foto) auf Korfu den Beitrittsvertrag. Am 1. Jänner 1995 trat Österreich unter Beibehaltung seiner in der Verfassung verankerten Neutralität der EU bei, gemeinsam mit den ebenfalls neutralen nordischen Ländern Schweden und Finnland. Mit dieser vierten Erweiterungsrunde stieg die Zahl der EU-Mitglieder auf 15 an.

Foto: APA



12. März 1999

Rund zehn Jahre nach dem Verschwinden des Eisernen Vorhangs dehnte sich das westliche Militärbündnis **Nato** (North Atlantic Treaty

Organization) erstmals in die einstige sowjetische Einflusszone aus. Russland hatte dies verborgen zu verhindern versucht. Die Beitrittskunden von **Polen, Ungarn** und der **Tschechischen Republik**, die US-Außenministerin Madeleine Albright auf dem Bild präsentiert, wurden am 12. März 1999 in der Harry-S.-Truman-Bibliothek in Independence (US-Bundesstaat Missouri) unterzeichnet. US-Präsident Truman war 1949 einer der Gründerväter der Nato. Foto: Reuters

# „Wir haben sie auf Kapitalismus umgeschult“

Alarich Fenyves baute das Auslandsgeschäft der Creditanstalt mit auf, die schon vor der Öffnung im Osten aktiv war. Was 1989 folgte, war eine „Reflexreaktion“ der Banken, erzählte er Renate Graber.

STANDARD: Sie waren 1989 Auslandschef der Creditanstalt CA, als sie nach Osteuropa zu expandieren begannen. Wie lief das damals?

Fenyves: Schon Mitte der 70er haben die österreichischen Banken begonnen, sich im Ausland nach Geschäft umzuschauen, wegen der Enge des Heimmarkts. Damals ist man an die klassischen Orte wie London oder New York gegangen. Als die Ostöffnung begann, sprach alles für Investitionen: Österreichs Affinität zu diesen Ländern und das Faktum, dass unsere Kunden schnell in den Osten gegangen sind. Das war unser Ansatz: Wir folgen unseren Firmenkunden.

STANDARD: Zum Teil war das aber schon vor Öffnung der Grenzbalken 1989?

Fenyves: Ja, davor hatten die Österreicher Joint-Venture-Banken in Ungarn und Russland, die mit Duldung der kommunistischen Regimes Geschäfte machten. Als die Grenzen geöffnet wurden, haben CA und Raiffeisen im Osten gleichzeitig Banken aufgebaut, weil zu kaufen gab es nichts. Die CA ging nach Ungarn, Tschechien und dann Polen. Es war uns klar, dass man die Gele-

genheit nutzen muss. Wir haben dort auch eine volkswirtschaftliche Funktion übernommen, indem wir die Geschäfte der österreichischen und lokalen Kunden finanzierten. Erst in der zweiten Phase folgte der langsame Aufbau des Retailgeschäfts, des Filialnetzes vor Ort. Zunächst wuchsen wir organisch: 1997 hatte die CA in Polen zehn Filialen und 300 Leute, aber dann gingen die Privatisierungen los. Ich habe Vorstandschef Gerhard Randa gegenüber sehr darauf gedrungen, dass wir uns an Banken beteiligen sollen. Der Beginn der Zukäufe war dann der Einstieg in die polnische Bank PBK; übrigens gegen den Einspruch des Betriebsrats im Aufsichtsrat.

STANDARD: Sie waren überzeugt, dass man im Osten goldene Nasen verdienen würde?

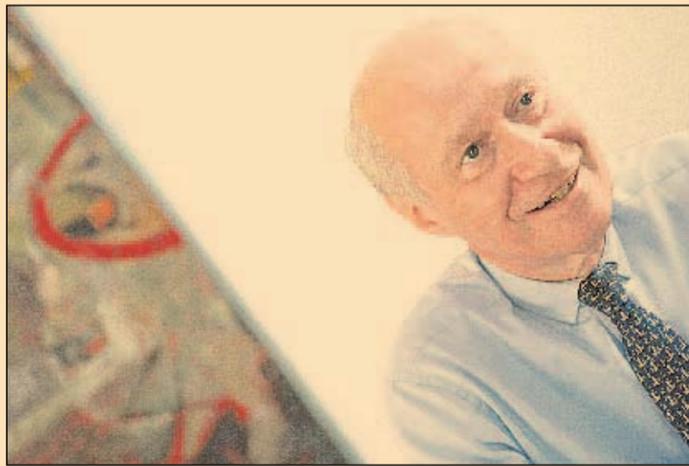
Fenyves: Natürlich war das keine karitative Veranstaltung, sondern eine rein wirtschaftliche. Wir gingen von einem riesigen Nachholbedarf und starken Investitionen in diesen Märkten aus. Da musste man hingehen, der Einstieg im Osten war für die Österreicher aufgelegt und eigentlich eine Reflexreaktion der österreichischen Banken. Wir hatten das Glück, dass die Deutschen damals mit Ostdeutschland so beschäftigt waren, sonst wären sicher sie hinmarschiert.

STANDARD: Waren die Österreicher eigentlich willkommen?

Fenyves: Durchaus; auch die Größenordnungen stimmten, wir wurden nicht als Bedrohung wahrgenommen. Als die Deutsche Bank später ein polnisches Institut übernehmen wollte, zumal feindlich, ist sie kläglich gescheitert: Die Antipathie gegen die Deutschen ist ihnen voll entgegengeschlagen.

STANDARD: Und wie haben Sie die Risiken in Osteuropa eingeschätzt?

Fenyves: Das Risiko war vertretbar; bei größeren Märkten wie Russland oder komplizierteren wie Ka-



Ex-Banker Alarich Fenyves war dabei, als die Creditanstalt sich anschickte, den Osten zu erobern. F.: Hendrich

vorgelebt, und das ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Da sind auch sehr schnell neue Eliten entstanden, auch sehr gute Banker. Unsere Banken waren Kaderschmieden, viele Führungskräfte im Osten haben ihr Handwerk bei österreichischen Banken gelernt. Der heutige ungarische Nationalbank-Präsident etwa war CAIB-Manager, ebenso der neue Premierminister.

STANDARD: Welche Fehler haben die Österreicher im Osten gemacht?

Fenyves: Die Banken haben in manchen Märkten überinvestiert, die Fremdwährungskredite werden sie noch viel Geld kosten. Und die letzten Zukäufe waren viel zu teuer, das kann man nie verdienen.

STANDARD: Alles in allem: War der Schritt in den Osten 1989 richtig?

Fenyves: Ja. Die Lokomotive Deutschland wurde damals durch die Lok Osteuropa ersetzt. Ein Prozent vom jährlichen BIP-Wachstum haben wir im Osten verdient.

ZUR PERSON:

Jurist Alarich Fenyves (64) leitete ab 1985 das CA-Auslandsgeschäft, ab 1995 als Vorstandsmitglied, bis 2000 im BA-CA-Vorstand. Heute ist er Partner bei Roland Berger.

sachstan oder Ukraine war freilich die Frage, ob das noch zur Größe der Homebase passt. Ich wäre aber nicht nach Kasachstan gegangen. Denn das ist ein Themenwechsel: nicht Osteuropa, sondern Asien.

STANDARD: Wie wurden Sie denn empfangen damals?

Fenyves: Wir selbst fühlten uns schon als Pioniere. Die ersten Pressekonzferenzen haben mich total fasziniert, die waren unglaublich. Man hielt seinen Vortrag, alle hörten zu und schrieben mit – und dann gab es nicht eine Frage, null.

STANDARD: Wo nahm man nach dem Kommunismus die Leute für die kapitalistischen Unternehmen her?

Fenyves: Die Leute vor Ort waren

akademisch sehr gut geschult, nur kommerziell mussten wir sie ausbilden. Wir haben sie gleichsam auf den Kapitalismus umgeschult.

STANDARD: Hat man sich damals nicht überlegt, wann die Ost-Bonanza zu Ende gehen könnte?

Fenyves: Damals dachte man, dass das sicher 20 Jahre dauern wird. Und dieses langfristige Wachstum hätte es auch geben können, hätten nicht die Probleme aus den USA die Märkte so verunsichert.

STANDARD: Wie hat der Westen den Osten beeinflusst?

Fenyves: Der Westen hat an der Transformation des Ostens nachhaltig mitgewirkt. Wir, die Banken, haben im Osten Marktwirtschaft

## KURZ GEMELDET

### Erratum: „Marizzi war's“, nicht Josef Cap

Wien – SPÖ-Klubobmann Josef Cap fühlt sich in „Anders gefragt“ mit Alexander Van der Bellen ungerichtet. Die Bellen ungerichtetfertigerweise mit dem ausländerzurückweisenden Satz „Das Boot ist voll“ zitiert. Nicht er, sondern sein damaliger Zentralsekretärskollege habe das 1990 gesagt, „Peter Marizzi war's, es hat ihm dann aber leid getan“, erklärt Cap. Bitte um Entschuldigung. (gra)

### Weniger Nächtigungen wegen verspäteter Ostern

Wien – Touristiker befürchten wegen der Krise für die nächste Wintersaison starke Rückgänge. In der zu Ende gegangenen Saison sind sie mit einem blauen Auge davongekommen. Die Statistik Austria weist bis Ende März ein Nächtigungsminus von 5,3 Prozent auf, Ankünfte sanken um 3,7 Prozent. Der Vergleich mit 2008 ist verzerrt, da Ostern heuer im April war. (stro)

### Siemens senkt Jahresprognose

Berlin – Der Technologiekonzern Siemens hat angesichts der Wirtschaftskrise seine Ergebnisprognose für 2008/09 gesenkt. Für 2008/09 geht Siemens nun von einem operativen Ergebnis seiner drei Sektoren über dem Vorjahresniveau von 6,6 Milliarden Euro aus. Bislang hatte Siemens mit bis zu 8,5 Milliarden Euro gerechnet. (Reuters)

## GANZ KURZ

+++ Kraftwerke Österreichs E-Wirtschaft will heuer und 2010 gut 2,3 Mrd. Euro für den Bau neuer Kraftwerke und Stromnetze ausgeben. +++ Textil Ex-Leder & Schuh-Chef Thomas Ridder verlässt nun auch die Chefetage von Peek & Cloppenburg. +++ Porr Der Baukonzern hat per Ende 2008 einen Auftragspolster von 2,6 Mrd. Euro und sieht für 2009 keine größere Gefahr für Auslastung und Jobs. +++ Erste Group Private Anleger und Institutionelle zeichneten 540 Mio. Euro Nominale des Partizipationskapitals, mit dem Bund wird eine Summe von insgesamt 1,7 Mrd. Euro erreicht.



## Wissen ist Macht



Wissensturm, Linz: Fenster und Fassaden aus hoch wärmedämmten SCHÜCO Aluminiumsystemen.

ALUKÖNIGSTAHL  
Bautechnischer Dienst, Tel.: 01/98 130 DW 669  
Internet: www.alukoenigstahl.com

### Multiadvisor Sicav

4, rue Thomas Edison  
L-1445 Luxemburg-Strassen  
R.C.S. Luxembourg 58249

Die Aktionäre der Multiadvisor Sicav werden hiermit zu einer

#### ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG DER AKTIONÄRE

eingeladen, die am 19. Mai 2009 um 11.00 Uhr in 4, rue Thomas Edison, L-1445 Luxemburg-Strassen mit folgender Tagesordnung stattfinden wird:

- Bericht des Verwaltungsrates und des Wirtschaftsprüfers
- Billigung der Bilanz zum 31. Dezember 2008 sowie der Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2008 abgelaufene Geschäftsjahr
- Entlastung der Verwaltungsratsmitglieder
- Wahl oder Wiederwahl der Verwaltungsratsmitglieder und des Wirtschaftsprüfers bis zur nächsten Ordentlichen Generalversammlung
- Verschiedenes

Die Punkte auf der Tagesordnung unterliegen keiner Anwesenheitsbedingung und die Beschlüsse werden durch die einfache Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Aktionäre gefasst.

Aktionäre, die ihren Aktienbestand in einem Depot bei einer Bank unterhalten, werden gebeten, ihre Depotbank mit der Übersendung einer Depotbestandsbescheinigung, die bestätigt, dass die Aktien bis nach der Generalversammlung gesperrt gehalten werden, an die Gesellschaft zu beauftragen. Die Depotbestandsbescheinigung muss der Gesellschaft fünf Arbeitstage vor der Generalversammlung vorliegen.

Entsprechende Vertretungsvollmachten können bei der Zentralverwaltungsstelle der Multiadvisor Sicav (DZ BANK International S.A.) unter der Telefonnummer 00352 / 44 903 - 4025 oder unter der Fax-Nummer 00352 / 44 903 - 4009 angefordert werden.

Luxemburg, im April 2009

Der Verwaltungsrat

### StarCap SICAV

Gesellschaftssitz:  
4, rue Thomas Edison,  
L-1445 Luxemburg-Strassen  
R.C.S. Luxembourg B 72359

Die Aktionäre der StarCap SICAV werden hiermit zu einer

#### ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG DER AKTIONÄRE

eingeladen, die am 19. Mai 2009 um 11.00 Uhr in 4, rue Thomas Edison, L-1445 Luxemburg-Strassen mit folgender Tagesordnung stattfinden wird:

- Bericht des Verwaltungsrates und des Wirtschaftsprüfers
- Billigung der Bilanz zum 31. Dezember 2008 sowie der Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2008 abgelaufene Geschäftsjahr
- Entlastung der Verwaltungsratsmitglieder
- Wahl oder Wiederwahl der Verwaltungsratsmitglieder und des Wirtschaftsprüfers bis zur nächsten Ordentlichen Generalversammlung
- Verwendung der Erträge
- Verschiedenes

Die Punkte auf der Tagesordnung unterliegen keiner Anwesenheitsbedingung und die Beschlüsse werden durch die einfache Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Aktionäre gefasst.

Aktionäre, die ihren Aktienbestand in einem Depot bei einer Bank unterhalten, werden gebeten, ihre Depotbank mit der Übersendung einer Depotbestandsbescheinigung, die bestätigt, dass die Aktien bis nach der Generalversammlung gesperrt gehalten werden, an die Gesellschaft zu beauftragen. Die Depotbestandsbescheinigung muss der Gesellschaft fünf Tage vor der Generalversammlung vorliegen.

Entsprechende Vertretungsvollmachten können bei der Zentralverwaltungsstelle der StarCap SICAV (DZ BANK International S.A.) unter der Telefonnummer 00352 / 44 903 - 4025 oder unter der Fax-Nummer 00352 / 44 903 - 4009 angefordert werden.

Luxemburg, im April 2009

Der Verwaltungsrat



MEHR ADRENALIN. WENIGER VERBRAUCH. DER NEUE JAGUAR XF DIESEL-S.

- Neue, effiziente V6-Hochleistungsdiesel
- 275 PS/600 Nm oder 240 PS/500 Nm
- 6,8 l Gesamtverbrauch/100 km, 179 g CO<sub>2</sub>/km
- Serienmäßig Vollederausstattung
- Sequentielle Automatik mit Lenkradschaltwippen,
- 7"-Multimedia-Farbtouchscreen u.v.m.

\* Preisbeispiel XF 3.0 Diesel; Symbolfoto

ab €  
55.900,-\*

www.jaguar.at

JAGUAR WIEN

Sulzengasse 10, 1230 Wien,  
Tel. 01/60199-319

THIS IS THE NEW JAGUAR

**DenizBank AG**

Online-Vorteil  
bis zu 4%  
Zinsen  
p.a.

**Wirksame Geldanlage**

Online sparen bei DenizBank  
Nur für Privatpersonen. Zinssätze gültig bis auf Weiteres.

Infos unter [www.denizbank.at](http://www.denizbank.at) oder 0800 88 66 00



## Klingenbach

Das „Paneuropäische Picknick“ am 19. August, bei dem Hunderte von DDR-Bürgern nach Österreich gelangten, ermunterte viele weitere zur Flucht. Hier, am ungarisch-österreichischen Grenzübergang Klingenbach am 22. August 1989 (links), ist man in Sicherheit. Und erfährt, dass man von Österreich nicht mehr zurückgeschickt werden wird.

Fotos: APA / Kurt Keintrath, Robert Newald (rechts)



## LABOR

CO<sub>2</sub>-Ausstoß einschränken

London – Zwei Grad Erderwärmung könne man tolerieren, sagen viele Experten. Die Auswirkungen des Klimawandels sollten dann nicht katastrophal werden. Die Autoren zweier aktueller *Nature*-Studien sagen nun: Wird weiterhin so viel CO<sub>2</sub> ausgestoßen wie bisher, dann wird die Erderwärmung sicher nicht unter den zwei Grad plus bleiben. (red)

## Aspirin-Wirkstoff beugt Krebs im Alter vor

London – Der Aspirin-Wirkstoff ASS könnte das Krebsrisiko im hohen Alter verringern. Dazu müsste etwa im Alter ab 40 Jahren regelmäßig und für mindestens zehn Jahre das Schmerzmittel eingenommen werden, erklärten Wissenschaftler der Stiftung Cancer Research UK. (dpa)

## Microsoft Zune auf Rosa

Um Apples iPod-Markterfolg zu kontern, baute Microsoft Zune, der bis heute ein Nischendasein führt. Das hält die Redmonder nicht davon ab, mit Verizon ein Projekt „Pink“ für einen iPhone-Konkurrenten auszuhecken.

New York / Wien – Ein Flop genügt Microsoft offenbar nicht: Zuerst kam der in Braun gehaltene Zune, der Apples iPod Marktanteile wegnehmen sollte, was misslang. Jetzt kommt „Pink“, ein gemeinsam mit dem US-Mobilfunker Verizon ausgehecktes Projekt für einen iPhone-Konkurrenten, berichtet das *Wall Street Journal*.

Es ist iPhone-Neid, der die beiden Firmen eint: Apples Kulthandy hat dem Mobilfunker AT&T kräftige Zuwächse beschert, während Verizon Marktanteile verliert. Auch der wahrscheinlich interessanteste iPhone-Konkurrent im heurigen Jahr, der Palm Pre, landet nicht bei

Verizon, sondern bei einem weiteren Konkurrenten, Sprint. Und zwar haben Handys mit dem Windows-Mobile-Betriebssystem höhere Marktanteile als das iPhone, aber das genügt offenbar nicht: Mit neuer Software und dem Windows Marketplace, eine Kopie von Apples App Store, will das Microsoft-Handy die an iPhone und Google-Handy verlorene ideale Marktführerschaft zurückerobern.

Wie sich ein Microsoft-Verizon-Pink-Handy von anderen Windows-Handys mit Touchscreen unterscheiden soll, wie sie HTC, Samsung oder andere Hersteller seit geraumer Zeit anbieten, ist nicht be-

kannt. Folgt man dem Zune-Skript, dann würde ein Microsoft-eigenes Handy vor allem anderen Handys mit Microsoft-Betriebssystem Anteile wegnehmen – so wie der Zune anderen MP3-Playern mit Microsoft-Software Anteile wegnahm.

Auch bei Verizon ist das Bild unscharf: Am Dienstag berichtet das Wirtschaftsmagazin *Business Week*, dass es Verhandlungen zwischen Verizon und Apple über ein „iPhone light“ und ein „Media Pad“ (ähnlich dem Amazon Kindle) gebe, zwei Produkte, die es bisher nur auf der Gerüchtebörse gibt. Ein Problem von Verizon: Der Mobilfunker verwendet einen anderen Datenfunk-Standard als AT&T und der Großteil der Welt. Gerüchte wollen darum auch von einem iPhone mit dieser Technik (CDMA) wissen. AT&T verhandelt indes mit Apple über eine Fortführung der exklusiven Partnerschaft. (spu)

## KURZ GEMELDET

## McDonald's serviert zu Burgers gratis Wi-Fi

Wien – Zum Burger und Ketchup bietet McDonald's in fast allen seinen Filialen in Österreich jetzt drahtloses Gratisurfen im Internet. (red)

## Kartelluntersuchung gegen Google Books

Washington – Die US-Kartellbehörde überprüft die Google Books Vereinbarung mit Verlagen. Das Abkommen räume Google unberechtigterweise die Erlaubnis ein, Gewinn aus Millionen von Büchern zu ziehen, so Kritiker. (red)

## Schwedische Provider versprechen Vertraulichkeit

Stockholm – Zahlreiche Provider in Schweden umgehen zum Schutz ihrer Nutzer das Antipirateriegesetz, in dem sie keine Verbindungsdaten mehr speichern. (red)

## GENERATION 1989

## Auf Gregor Mendels Spuren

Karel Riha studierte in Brünn Genetik und macht nun in Wien Karriere

Als sich 1989 der Eisener Vorhang öffnete, bereitete sich Karel Riha in Brünn gerade auf seine Matura vor. Von Wissenschaft hatte der damals 17-Jährige noch wenig Ahnung. Einigermaßen klar war ihm nur, dass er selbst Forscher werden wollte. Am besten so einer wie der Genius Loci seiner Heimatstadt, Gregor Mendel. Der hatte in einem Klostergarten in Brünn Ende des 19. Jahrhunderts an Erbsenpflanzen die Grundgesetze der Genetik entdeckt.

1989 blieb – zum Glück für Riha – auch an den tschechoslowakischen Universitäten kein Stein auf dem anderen: „Viele regimetreue Kommunisten, die vor allem wegen ihrer Parteizugehörigkeit in der Wissenschaft Karriere gemacht hatten, mussten frischen Kräften Platz machen“, so Riha. Auch in den naturwissenschaftlichen Fächern habe nach 1989 ein völlig neuer Wind geweht.

Riha inskribierte 1990 Molekularbiologie und Genetik an der Masaryk-Universität in Brünn. Fünf Jahre später hatte er seinen Master-Titel in der Tasche und bewarb sich danach für ein Disziplinstipendium bei der Tschechischen Akademie der Wissenschaften. Dort herrschten im Vergleich zur Universität bereits vor 1989 geradezu „westliche“ Arbeitsbedingungen: „Man konnte dort auch schon vor der Wende intellektuell ausbrechen“, so Riha.

An dieser privilegierten Situation änderte sich auch nach 1989 nichts. Entsprechend begehrt waren die Stellen: Von 100 Bewerbern wurden gerade einmal 20 ausgewählt, Riha war einer von ihnen. „Wir waren ein recht interessanter Jahrgang“, sagt er heute im Rückblick. „Von meinen Studienkollegen sind aber nur drei oder vier in der Wissenschaft geblieben. Die meisten wechselten in die Wirtschaft.“

An der Akademie stand man mit internationalen Forschergruppen in Kontakt und verfügte über modernstes Equip-

ment. Das fiel Riha erst so richtig auf, als er 1999 nach Abschluss der Dissertation ins Ausland ging. „An der A&M University in Texas, an der ich danach weiterforschte, verwendete man viel ältere Computer als die, die wir an den Akademie-Instituten in Tschechien hatten.“

Nach drei Jahren in den USA, wo er international beachtete pflanzengenetische Pionierarbeit leistete, folgte dann die Rückkehr auf den alten Kontinent – an das Wiener Biocenter. Das sei ein riskanter Sprung ins kalte Wasser gewesen. „Das neu gegründete Gregor-Mendel-Institut, an dem ich 2003 meine Stelle als Senior Postdoc antrat, existierte damals als eine tiefe Baugrube. Es war völlig unklar, wie sich das Institut entwickeln würde.“

Rihas Risiko wurde belohnt: Der Pflanzengenetiker brachte es in der Zwischenzeit zum Gruppenleiter und stellvertretenden wissenschaftlichen Direktor des aufstrebenden Instituts, das nach seinem Landsmann benannt ist. 2008 erhielt er einen Start-Preis, Österreichs wichtigste Auszeichnung für Nachwuchsforscher. Wissenschaftliche Kontakte zu seiner Heimat hält Riha nach wie vor, unter anderem auch nach Brünn, das mittlerweile über ein großzügig ausgestattetes Zentrum für molekularbiologische Forschung verfügt. An den Mitteln mangle es dort weniger als an den Strukturen, so Riha: „Während in Österreich der FWF Gelder rein nach wissenschaftlicher Qualität vergibt, werden in Tschechien die meisten Mittel nach politischem Gutdünken verteilt.“

Was irgendwie an die Zeit vor 1989 erinnert. (tasch)

Karel Riha ist Pflanzengenetiker und stellvertretender wissenschaftlicher Direktor am Gregor-Mendel-Institut in Wien.



Von Brünn über Texas nach Wien: Karel Riha.

Foto: Corn

## PERSONAL TOOLS

HELMUT SPUDICH

## 1989 statt „1984“

Viele Jahrzehnte lang war „1984“ die Metapher für die Gefahr eines weltweit drohenden Totalitarismus. Eine zentrale Rolle in George Orwells Warnung spielten elektronische Medien als Instrument des alles kontrollierenden Big Brother.

Statt „1984“ kam jedoch 1989, das Jahr, in dem Tim Berners-Lee mit seinem späteren Koautor Robert Cailliau am Nuklearforschungslabor Cern in Genf das World Wide Web erfand. Das Web ist der Teil des Internets, den wir heute in erster Linie meinen, wenn wir vom Netz sprechen. Etwas pathetisch ausgedrückt: Das WWW errichtete die weltweiten Brücken, die nach dem Mauerfall 1989 möglich wurden.

In diesen 20 Jahren hat das Web den größten Medienschub der Geschichte ausgelöst. Der Kern der Kulturrevolution, die von der Erfindung Gutenbergs ausgelöst wurde, Druckrevolution nicht nachsteht: Noch nie zuvor konnten so viele Menschen so leicht und so billig Information erhalten. Vor allem aber auch: selbst Information und ihre Meinung veröffentlichen.

Wie bei jeder Revolution gibt es unerwünschte Nebenwirkungen und Opfer: So wie der Buchdruck die Bibel und die Werke der Aufklärung ebenso wie *Mein Kampf* verbreitete, sind Erfindung und flächendeckende Nutzung des Webs noch kein Gewähr für dessen konstruktive Nutzung oder gar für größere individuelle Freiheit.

An die Stelle von „Big Brother“ tritt oft „Little Brother“, die Möglichkeit, Mitmenschen privat „auszuspionieren“ – wie bei dem gerade publik gewordenen Fall einer Versicherungsangestellten, die keinen Bildschirm benutzen sollte und dann im Krankenstand auf Facebook aktiv wurde. Ein übelmeinender Kollege soll sie verpetzt haben. Solche Beispiele lassen sich fast endlos fortführen, wo

Menschen Jobs verloren oder nicht erhielten, meist wegen leicht peinlicher Darstellungen im Web, die Chefs zu Gesicht kamen.

An der Information, die im Web zu finden ist, wird oft Kritik geübt, und die Klage über angebliche Verdummung durch Google und Wikipedia (stellvertretend für viele andere Sites) wurde fast schon zum guten Ton. Aber ist es Verdummung, wenn – wie bei Wikipedia – zehntausende Menschen aus Lust am Wissen (und aus Lust an dieser speziellen Community) an einer allumfassenden Enzyklopädie bauen? Auch wenn sich Scherzbolde gelegentlich Unfug erlauben, wie den zehn Vornamen des frischgekrönten adeligen deutschen Wirtschaftsministers noch ein „Wilhelm“ anzuhängen, der dann prompt in den Zeitungen auftaucht: Das beweist allenfalls, wie läppisch die Frage eines elften Vornamens ist (und wie begrenzt Medienressourcen sind).

Anderwo gibt es schwerwiegendere Probleme, wie etwa für dissidente chinesische Blogger, deren Identität von Yahoo auf Druck der Behörden preisgegeben wurden; oder Googles Selbstzensur bei seiner chinesischen Suchmaschine, damit das Unternehmen in China tätig sein darf. Aber gerade an diesen Beispielen zeigt sich die subversive Kraft des Webs: Denn der Versuch, eine Art „chinesische Firewall“ gegen demokratische Einflüsse zu errichten, ist allenfalls als lückenhaft zu beschreiben.

Gefahr droht meist, in China wie auch bei uns, weniger von Onlinekonzernen, als dem Staat selbst – so wie die EU die Vorratsdatenhaltung für den allfälligen Zugriff auf ihre Bürger durchsetzen will. Aber wenn es eine bleibende Lehre aus 1989 gibt, dann diese: Der Wunsch nach Freiheit ist selbst nach Jahrzehnten real praktizierten „1984“ stärker als die Fähigkeit zur Unterdrückung – offline wie online. [helmuts.spudich@derStandard.at](mailto:helmuts.spudich@derStandard.at)





Die Zukunft der Ukraine Gastkommentar Juschtschenko S. 43

Mehr-Europa oder Nicht-Europa Ulrich Beck S. 42

## „Wir brauchen neue Wörter, neue Begriffe“



„In der Diktatur gibt es nur Angst. Ich versuchte, einen Romanhelden zu schaffen, der frei ist.“ – Péter Esterházy. Foto: dpa/dpaweb

Der ungarische Schriftsteller **Péter Esterházy** sprach mit **Stefan Gmünder** über seinen neuen, im Berlin Verlag erschienenen Roman „Keine Kunst“, das Leben im Postkommunismus und aristokratische Herkunft.

**STANDARD:** *Albert Camus sagte, alles, was er über die Moral des Menschen wisse, verdanke er dem Fußball. Fußball ist aber, um auf den Titel Ihres neuen Romans anzuspähen, eben „keine Kunst“.*

**Péter Esterházy:** Wir dürfen nicht vergessen, dass Camus Torwart war, nur Torwart. Er war also, wie die Fußballweisheit behauptet, kein Fußballer. Beim Spielen kann man tatsächlich viel über Freundschaft, Verrat und Vertrauen lernen. Man kann sich zum Beispiel mächtig täuschen – über sich selbst.

**STANDARD:** *Im Buch geht es – auch – um Lebenskunst und somit die Kunst, mit dem Tod umzugehen.*

**Esterházy:** Der Tod ist ziemlich mächtig, aber die Literatur ist mächtiger. Sagte der Schriftsteller und starb. Es war ein schöner Tod, behauptete ein anderer Schriftsteller, und auch er starb. Der Mensch ist sterblich, so habe ich es gelesen. Meine Mutter ist gestorben. Aber das Buch *Keine Kunst* behauptet, dass sie lebt. Ich glaube meinem Roman: Sie lebt.

**STANDARD:** *Ihre Mutter ist in dem Roman eine Frau, die den Fußball liebt und vom Fußballstar Ferenc Puskás verehrt wird. Es geht aber auch um die Mythen, die sich um die Niederlage Ungarns gegen die deutsche Fußballelf im Jahr 1954 ranken.*

**Esterházy:** Niederlage? 1954? Ich weiß nicht, wovon Sie sprechen. Ungarn hat im WM-Finale in Bern, wenn ich mich richtig erinnere, 3:2 gewonnen. Es war kein wichtiges Spiel. Ungarn hat damals immer gewonnen. Was Puskás und meine Mutter betrifft ... Als Kind konnte ich das schwer beurteilen. Es war, glaube ich, eine schöne Liaison.

**STANDARD:** *Diese Frau bewegt sich im Buch in einer Männerwelt. Ein Buch über Geschlechterrollen?*

**Esterházy:** Nicht direkt. Aber diese Diktaturwelt war auch eine Männer-, eine Machowelt. Sich da eine Frau vorzustellen, die stark ist, die keine Angst hat, die etwas zu sagen hat bei diesen dummen und furchterregenden Männern – das braucht große schriftstellerische Fantasie.

**STANDARD:** *Es geht in dem Roman auch um das Ungarn der Nachkriegsjahre, um die allgegenwärtige Angst in einer Diktatur ...*

**Esterházy:** In der Diktatur gibt es nur Angst. Aber wenn man drin ist, sieht man das nicht, kann man es

nicht sehen, es wäre nicht aushaltbar. Ich versuchte, einen Romanhelden zu schaffen, der keine Angst hat. Der frei ist ...

**STANDARD:** *Erinnern Sie sich noch an das Gefühl vor 20 Jahren, als sich die Grenzen zum Westen öffneten?*

**Esterházy:** Ja, wahre Fröhlichkeit gepaart mit alter Resignation oder Müdigkeit. Aber eher Ersteres, das ist bis heute so. Um es mit einer Lukács-Paraphrase zu sagen: Die schlechteste Demokratie ist besser als die beste Diktatur. Bis heute freue ich mich darüber. Osteuropa ist heute nicht von dieser Freude durchtränkt.

**STANDARD:** *Haben Sie nicht das Gefühl, dass Europa zusammengewachsen ist?*

**Esterházy:** Kurze Antwort: nein. Längere Antwort: nein, aber. Zur Zeit ist Europa bestenfalls ein großer Nationalstaat. Das bedeutet zwei Dinge: Wir sollen ihn lieben, also europäische Gefühle haben, und wir sollen gemeinsame Feindbilder teilen. Zum Beispiel Amerika. Das ist dumm. Ich glaube, wir brauchen neue Wörter, neue Begriffe, und das ist nicht einfach.

**STANDARD:** *Wie ist die Stimmung in Ungarn?*

**Esterházy:** Schlecht, schlimm, Scheiße. Aber so etwas schreibt man nicht in einer seriösen Zeitung. Dieser Postkommunismus, diese Nach-Zeit ist schwieriger, als wir dachten. Wir kennen uns nicht aus, die Welt ist zu fremd, die Veränderungen zu schnell. Wenn die Welt zu fremd ist, und sie ist nicht nur in Ungarn fremd, dann hat man Angst und agiert aus dieser Angst.

**STANDARD:** *Was sollte sich in Zukunft ändern?*

**Esterházy:** Von meiner sogenannten aristokratischen Herkunft blieb praktisch nur meine Gicht. Die soll besser werden ... Es sollte sich zudem diese Monolog-Gesellschaft verändern. Wir sprechen nicht miteinander, das ist das Problem. Demokratie bedeutet, miteinander zu sprechen. Dazu braucht man eine gemeinsame Sprache. Ohne sie können wir nicht einmal uns selbst definieren, nur missverstehen. Aber das Missverständnis ist nur in der Literatur legitim oder lustig. Ich wünsche mir mehr Fröhlichkeit. Auch wenn es keinen Grund dazu gibt.

**ZUR PERSON:** Péter Esterházy, geb. 1950, stammt aus einem gräflichen Zweig der Familie Esterházy. Bevor er Ende der 1970er-Jahre zu schreiben begann, studierte er Mathematik. Heute gehört er zu den renommiertesten Autoren Europas.

### KURZ GEMELDET

#### Vereinigte Bühnen Wien erwarten Millionenverlust

**Wien** – Die Vereinigten Bühnen Wien haben 2008 mehr als 547.000 Besucher (Raimundtheater, Ronacher, Theater an der Wien) und einen Verlust von 2,257 Millionen Euro verzeichnet, welcher durch Auflösung von Rücklagen (2,4 Millionen) ausgeglichen wird. Für 2009 erwartet man einen Verlust von sechs Millionen Euro – „falls die Einnahmen nicht radikal einbrechen“, so der geschäftsführende Direktor Thomas Drozda. Der Eigendeckungsgrad der BWV liege bei 38,5 Prozent. (red)

#### Villazón sagt wegen Stimmband-OP ab

**Wien** – Der mexikanische Tenor Rolando Villazón hat die Mai-Vorstellungen von *Werther* an der Wiener Staatsoper abgesagt, da er aufgrund einer Stimmbandoperation seine Verpflichtungen bis Jahresende zurücklegen muss. (APA)

### GENERATION 1989

## V-Mann zwischen Ost und West

Hans Knoll eröffnet 1989 Galerie in Budapest

Die florierenden Kunstmärkte lagen in den 1980er-Jahren klar im Westen; Art Cologne, Art Basel, New York waren Pilgerstätten kunstaffiner Menschen. Auch der junge Galerist Hans Knoll aus Wien wollte mit Werken junger österreichischer Künstler auf den internationalen Umschlagplätzen mitmischen, schlief voller Begeisterung für die Kunst, aber ohne Geld für Hotels auf Parkbänken und hinter Büschen. Nur leider, der Einsatz lohnte sich nicht. „Dort hat sich niemand darum geschert, was wir ausstellen. Das war eine niederschmetternde Erfahrung.“

Also aufhören, weiterjammern – oder Alternativen finden und als erster westlicher Galerist hinter dem Eisernen Vorhang Künstler entdecken, die im Untergrund arbeiteten oder, wie Knoll präzisiert, „am Rand. Sie waren nicht oppositionell, sie waren nur nicht Teil des Ausstellungsbetriebs.“

1988 gründete er eine Künstlerkooperative in Budapest, konnte dadurch höchst offiziell ein Büro mieten und eine Mitarbeiterin anstellen. Nein, die österreichischen Künstler waren anfangs nicht rasend begeistert gewesen, „die haben gedacht: Der Knoll hat einen Vogel. Dort kauft ihm eh keiner etwas ab.“ Aber das, sagt er, sei auch gar nicht seine Strategie gewesen. Sondern er wollte sich mit der Avantgarde aus dem Os-

ten im Westen positionieren. Und ein bisschen Westkunst-Glamour hinter den Vorhang kehren, das wollte er auch.

Im September 1989 schließlich eröffnete er seine Galerie in der Liszt-Ferenc-Ter – bis heute übrigens die einzige westliche Galerie in Budapest. Wiens Kunstszene war fast geschlossen angeereit, vor allem aber Künstler aus den Oststaaten. „Damals waren sie im Untergrund, nach der Wende wurden sie Präsidenten und Museumsdirektoren“, erinnert sich Knoll an seine Pionierzeit als Verbindungsmann zwischen Ost und West. Die kapitalistische Unterwanderung im kommunistischen Budapest sah übrigens so aus, dass Knoll als Eröffnungsüberraschung die Werke in der jeweiligen Landeswährung verkaufte. Also: 2000 Forinth zahlten die Ungarn, 2000 Schilling die Österreicher, 2000 Dollar die Amerikaner, 2000 Lire die Italiener. Weshalb am Vernissage-Abend beim Kunstdeal Passkontrolle herrschte.

Zwei Monate später ging der Eisernen Vorhang – und mit ihm Knolls Konzept – auf. Der Westen gierte nach Kunst aus dem ehemaligen Ostblock. Hans Knoll, der seine Galeristenkarriere bitterarm in einem Wiener Hinterhof begann, betreibt mittlerweile auch ein Büro in Moskau und wurde zum international gefragten Ost-Kunst-Experten. (asch)



Hans Knoll, erster West-Galerist in Budapest. Foto: Corn



## LET THE RIGHT ONE IN im GARTENBAUKINO

# VOORSCHAU

LINZ 2009 KULTURHAUPTSTADT EUROPAS  
INFORMATIONEN UNTER: WWW.LINZ09.AT

## LINZ EUROPA HAFENFEST

Die Reise als Konzert. All jene Künstler und Künstlerinnen kommen zusammen, denen Hubert von Goisern auf seinen Fahrten entlang der Ströme begegnet ist. Ein dreitägiges Konzert aus Ost und West, das vieles aufruft, was unterwegs entstanden ist. Mit Hubert von Goisern, BAP, Willi Resetarits & Stubnblues, Haindling, Rambo Amadeus, Konstantin Wecker u.v.m.

3. – 5. JULI 09, HAFEN VON LINZ

**JETZT KARTEN SICHERN**  
+43 (0)732 7070-2009

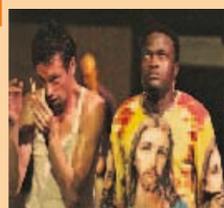


LinZ, bnaik, veostalpine, ORF, ÖBB, LINZ AG, Landesbank

## TIPP SPEZIAL

### TANZFESTIVAL BREGENZER FRÜHLING

»Pitié!« – Bildgewaltige Matthäus-Passion von Alain Platel und Fabrizio Cassol



**Do, 30. 4. 2009, 20 Uhr, Festspielhaus Bregenz**  
Mit unglaublicher Kraft und Virtuosität fliegen, taumeln, flammen die Tänzerinnen und Tänzer über die Bühne wie in einem mittelalterlichen Höllensturz aus stummer Panik und berstendem Grauen. Dann wieder werden die Bewegungen rund und grazil, weich oder muskulös. Einige Szenen wirken wie flüchtige Standbilder, große hochdramatische Entwürfen eines Cara-vaggio oder Giordano. „Der Mensch leidet mehr, als er genießt.“ (Alain Platel)

**Bregener Kunstverein**  
Kartenvorverkauf: Bregenz Tourismus & Stadtmarketing, Rathausstraße 35a, Bregenz, T: 05574/4080-0 und unter www.v-ticket.at, Email: tourismus@bregenz.at  
Detaillierte Informationen unter: www.bregenzfruehling.at

Nähere Informationen: T: 01/531 70-132 und 133, F: 01/531 70-478, e-mail: kulturanzeiger@derStandard.at

### AUSSTELLUNGEN

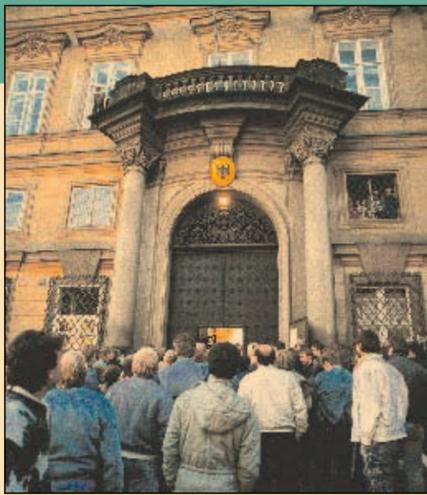


**»Jordanien: Me and my Bag«**  
Im Rahmen eines UNESCO Projektes besuchte die AHS-Lehrerin Mag' Elisabeth Streibel mit ihren SchülerInnen als erste Schuldelegation Jordanien.  
**Di, 5. 5. 2009, 19 Uhr**  
Ausstellungsdauer: 6. 5.–3. 7. 2009



**Arnold Karplus »Gebaut in Wien«**  
plante eine Reihe von Wohnhäusern und Villen unter anderem den Friedrich-Dittes-Hof. Emigration in die USA 1938. Der Fotograf Nick Mangafas dokumentiert die Bauten in Wien.  
**Di, 5. 5. 2009, 18.30 Uhr**  
Ausstellungsdauer: 6. 5.–30. 6. 2009

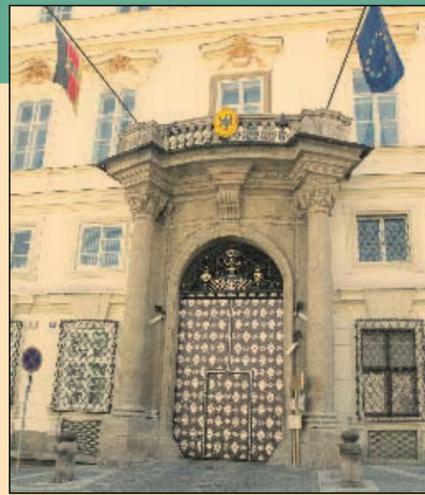
**Volkshochschule Hietzing**  
13., Hofwiesengasse 48  
www.vhs-hietzing.at  
WIEN



### Prag, Deutsche Botschaft

Tausende DDR-Bürger suchten in Botschaften der BRD in Prag (Bild links, Ansturm am 4. Oktober) und auch in Warschau und Ost-Berlin Zuflucht – in der Hoffnung, nach Westdeutschland ausreisen zu können. In Prag sammelten sich bis zu 3500 Personen auf dem Botschaftsareal. Die DDR-Führung stimmte schließlich der Ausreise der Flüchtlinge zu, 17.000 Menschen gelangten von Prag aus nach Deutschland. Die hohe Zahl erklärt sich damit, dass die Botschaft mehrfach besetzt worden war. Am 4. Oktober kam es bei der Durchfahrt der Flüchtlingzüge in Dresden zu Tumulten, als tausende Menschen zusteigen wollten.

Fotos: Bisson/Sygma/Corbis, AP



### Kunsthalle Bregenz: Statt Obrist kommt nun Yilmaz Dziewior

**Bregenz** – Da nutzten auch Londoner der Kulturfunktionäre nichts: Hans Ulrich Obrist (Serpentine Gallery London) ließ die Vorarlberger abblitzen. Anders als verlaublich, wird er nicht als Direktor des Kunsthalle Bregenz antreten. Neuer Leiter wird ab 1. Oktober Yilmaz Dziewior (44). Der aus Bonn stammende Kunsthistoriker und Archäologe leitete acht Jahre lang den Hamburger Kunstverein. Dziewior folgt auf Eckhard Schneider, der überraschend an das Pinchuk Art Centre wechselte. (jub)

## Die Generation der Versager

Ein jugoslawisches Mädchen ist fasziniert von der westlichen Warenwelt. Viele Jahre und drei Kriege später sieht sie die Verbindung von der damaligen Westnähe Jugoslawiens zur politischen Entwicklung.

Slavenka Drakulić\*

1958 bin ich zum ersten Mal ins Ausland gefahren. Ich war neun. Wir wohnten in Zadar, einer hübschen Stadt an der Adria. Es gab eine direkte Schiffsverbindung nach Ancona an der italienischen Adria, wo ich und meine Oma von Onkel und Tante in ihrem kleinen Fiat abgeholt werden sollten.

Damals war es eine große Sache,

ins Ausland zu fahren, sowohl für Menschen aus dem Ostblock als auch für uns Jugoslawen. Ich war aufgeregt, als ich die Gangway hinaufkletterte, weil uns das Schiff an einen Ort der Schönheit und des Reichtums bringen würde. Ich wusste, dass es ihn gab, weil wir ab und zu Pakete mit schönen Kleidern, Spielsachen und Schokolade bekamen. Noch viel lebhafter erinnere ich mich an meinen ersten

Ausflug ins Kaufhaus Standa in Neapel, wo meine Verwandten wohnten. Für ein Kind, das an Lebensmittelgeschäfte ohne viele Lebensmittel, an das Narodni Magazin (Volksladen), ein Kaufhaus mit nicht viel zu kaufen, gewöhnt war, erschien das Standa wie ein Traum.

### Alles berühren

Das Beste an Standa war, dass es kurz vor unserer Ankunft ein neues Einzelhandelssystem eingeführt hatte – die Selbstbedienung. Es war für alle, erst recht für ein kleines Mädchen aus Jugoslawien, eine Sensation, dass man alles selbst nehmen konnte. Zunächst war ich unsicher, ob ich einfach so alles berühren durfte. Aber als ich an die Spielzeug-Theke kam, konnte ich nicht mehr widerstehen. Es gab viele verschiedene Puppen. Ich interessierte mich besonders für die großen, die damals sehr beliebt waren. Sie symbolisierten in ihrer übertriebenen Putzigkeit die ganze neue Welt für mich.

Nachdem mir meine Tante erlaubt hatte, mir eine auszusuchen, konnte ich mich nicht entscheiden. Ich blieb eine Weile regungslos und brach dann in Tränen aus. Es waren einfach zu viele Möglichkeiten für ein Kind aus einem Land, in dem es überhaupt keine Puppen gab.

Ich bin weder damals noch jemals danach zusammengebrochen. Auf weiteren Reisen in den Westen hatte ich gelernt, wie man auswählt – aber dafür brauchte man Fremdwährung. Diese musste man auf dem Schwarzmarkt besorgen und illegal ins Ausland bringen, z. B. im BH. Das hielt uns – die Nachkriegsgeneration – nicht vom Reisen ab, als es Mitte der 1960er erleichtert wurde. Im Gegenteil, wir fuhren jedes Jahr nach London oder in eine andere europäische Metropole, um Bücher und Schallplatten zu kaufen. Oder Kleider. Oder Schuhe. Für Schuhe (und Jeans) brauchten wir nicht weiter als bis nach Italien zu fahren, meistens mit dem Auto nach Triest. Das war das Naheste.

### Frei wie der Rest der Welt

Diese Trips ins Ausland waren sehr wichtig für das, was weiter geschah, weil sie uns das Gefühl gaben, frei zu sein, so zu sein wie der Rest der Welt. Wir kehrten befriedigt zurück in den Titoismus. Darüber hinaus fühlten wir uns unseren weniger glücklichen Nachbarn aus den Ostblockländern wie Polen, Ungarn, Bulgarien und der Tschechoslowakei überlegen; wir verkauften ihnen unsere Jeans aus Triest für viel Geld.

Aber wir verkauften uns billig. Als der Kommunismus fiel, hatte Polen die Solidarność und Lech Walesa, die Tschechoslowakei hatte Václav Havel, Ungarn hatte Fidesz, Bulgarien hatten Zhelju Zhelev – und Jugoslawien hatte nichts und niemanden, nur die Wolken des Krieges, die sich schon über uns zusammenbrauten. Die große Sünde meiner Generation ist, dass wir nicht einmal versucht



Slavenka Drakulić.

Foto: Matthias Cremer

haben, eine demokratische politische Alternative zu unserer Marke von Kommunismus aufzubauen, weil wir am wenigsten daran glaubten. Daher war die politische Landschaft voller Nationalisten. Und die waren bereit. Sie hatten es auch leicht, mussten nur von einem -ismus zum anderen wech-

seln. Meiner Generation ging es zu gut. Wir verwechselten die Freiheit der Demokratie mit der Freiheit, im Westen einzukaufen. Und wie in einem mittelalterlichen Moralstück haben wir mit den drei folgenden Kriegen dafür bezahlt: Unsere Kinder kämpften in Kroatien, Bosnien und im Kosovo, sie wurden getötet und verstümmelt.

Wenn ich im Geiste zu diesem Tag im Standa zurückkehre, fühle ich mich immer irgendwie schuldig.

\*Slavenka Drakulić, geb. 1949 in Kroatien, Schriftstellerin und Essayistin.

Übersetzung: Bettina Stimer

## Arbeitszeit, Lebenszeit

### Das Kunstprojekt „Company. Arbeiten in Berndorf“

Anne Katrin Feßler

**Berndorf** – „Ich würde mir das überlegen, weil sonst müssen wir hier mindestens zwanzig Leute freisetzen.“ Der Chef sitzt ruhig in seinem Sessel. Der Betriebsrat hält energisch dagegen und klopft bei jedem Wort rhythmisch auf den Tisch: „Schau'n Sie, es ist nach dem Arbeitszeitgesetz acht Stunden Regelarbeitszeit ...“ So geht das weiter. Hin und Her. Überstunden. Betriebsvereinbarung. Ja. Nein. Sicher nicht. Dann – nach einer kurzen Pause im Schlagabtausch – plötzlich schallendes Gelächter.

Als sich beide beruhigt haben, fragt der Betriebsrat den Chef: „Was kann ich jetzt noch tun?“ „Sagen Sie: Ich werde es mir überlegen.“ – Verkehrte Welt. Vertauschte Rollen. Nicht etwa für das Seminar einer Unternehmensberatung, sondern für das prozessuale Kunstprojekt *Company. Arbeiten in Berndorf*. Die beiden Akteure sind per Splitscreen aufgenommen; nur manchmal reichen die gestikulierenden Hände des einen in das Bild des anderen hinein, sonst bleibt jeder in seiner Hälfte. Man geht eben auseinander, ohne sich einig geworden zu sein.

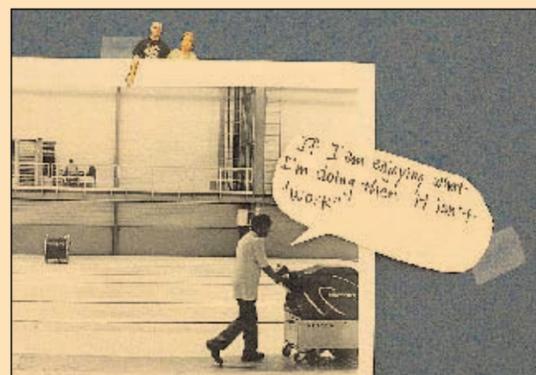
Zwei Jahre lang haben Beatrix Zobl und Wolfgang Schneider immer wieder das Betriebsgelände der traditionsreichen Berndorf AG in Niederösterreich besucht, führten Interviews auf allen Ebenen, recherchierten rund um die Firmen-

geschichte. Die *Berndorfer Metallwarenfabrik* wurde 1843 gegründet und von Arthur Krupp zu einem Unternehmen von Weltruf aufgebaut (k. u. k. Hoflieferant). Über allem stand aber die Frage nach den Arbeitsverhältnissen und Strukturen im gegenwärtigen Werksalltag – und inwieweit Kunst dort Reflexionsprozesse auslösen kann.

Personen „freisetzen“? Eine Formulierung für die Entlassung von Mitarbeitern, die irritiert. Künstlerin Andrea van der Straeten: „Das zeigt, dass Lohnarbeit immer noch als etwas angesehen wird, das unfrei macht.“ Zobl und Schneider greifen diese Irritationen auf, verarbeiten und reflektieren sie in Form von Fotografien, Video- und Audioinstallationen, platziert in der Kantine oder am Arbeitsplatz.

Teilweise überschreiten sie dabei unsichtbare Grenzen: Die Fotos aus der Fertigung kommen in die Büros; die Vorstandsebene wird per Musikvideo in die von ihnen selten besuchte Werkshalle transferiert. In anderen Bereichen sind die Grenzziehungen allerdings sehr deutlich, mussten Zobl und Schneider erkennen: Dass Arbeit und Privates hier strikt getrennt wird, bleibt für Kulturschaffende, bei denen Beruf und Freizeit fließend ineinander übergehen, schwer nachvollziehbar.

1. Mai, ab 16.00: Werksgelände Berndorf AG; 17.00 Führung; 18.30 Podium „Arbeitsbilder heute und in Zukunft“; [www.zobl-schneider.net](http://www.zobl-schneider.net)



Das Künstlerduo Zobl/Schneider untersucht Betriebsroutinen: Ist Arbeit stets Lebenszeit?

F.: Zobl/Schneider

**Fahrrad zum Schafott**  
Banks, Violette & Miles Davis,  
Dashiell Hammett, John Huston, Weegee

Do, 30.04., 19 Uhr:  
Kuratorinnenführung  
mit Synne Genzmer

Letztes Wochenende  
Nur noch bis 03.05.

**KUNSTHALLE wien**  
Museumsplatz 1 im Museumsquartier | A-1070 Wien | Tägl 10–19, Do 10–22 Uhr  
Infoline +43-1-521 89-33 | [www.kunsthallewien.at](http://www.kunsthallewien.at)

**BIORAMA**  
MAGAZIN FÜR NACHHALTIGEN LEBENSSTIL.

**AB ENDE APRIL 2009:**  
... im Zeitschriftenhandel  
... in Österreich und Deutschland

**AB SOFORT:**  
... online abonnieren!

WIR LEBEN  
JETZT  
BEWUSST

Kauf Dir ein Stück »Lebensqualität«  
Biorama – Magazin für nachhaltigen Lebensstil.  
Lebensqualität für Dich und Deine Mitmenschen.

Lesen, eintragen, bestellen unter [www.biorama.eu](http://www.biorama.eu)



# Der realisierte Traum ist nicht in Stein gemeißelt

Wir sind Mitteleuropa: Donau und Auslandsressort des STANDARD bringen Bayern und das Schwarze Meer unter einen Hut. Am Traum des Raums fast ohne Grenzen ist ständig zu arbeiten. Eine Dankesrede.

Nicht nur, dass ich diese Auszeichnung unverdienterweise erhalte – und bitte mir zu glauben, dass das keine Koketterie ist –, sie stürzt mich auch in ein fast unlösbares Dilemma.

Schreibe ich künftig kritisch über Ungarn, dann wird man sagen: Das macht er, um nicht in den Verdacht der Parteinahme zu geraten. Schreibe ich positiv, wird es heißen: Eh klar, jetzt, wo er ausgezeichnet wurde.

Der einzig mögliche Ausweg: Ich schreibe gar nichts mehr über Ungarn und lerne stattdessen Ungarisch. Vielleicht war ja genau das beabsichtigt.

Nach diesem kleinen Scherz nun zum ernsteren Teil. Es gibt Menschen, die sich viel, und solche, die sich weniger aus Orden machen. Ich gehörte bis vor kurzem zu Letzteren. Aber abgesehen davon, dass die Eitelkeit ein süßes Gift ist, dessen Wirkung man sich kaum entziehen kann, bedeutet mir diese Auszeichnung in einem weiteren Sinn sehr viel. Nämlich als Symbol: als Symbol für einen wahr gewordenen Traum.

Als Jugendlicher mit aufkeimendem Geschichtsbewusstsein habe

ich mir oft gedacht, wie wunderbar es doch in jenem versunkenen mitteleuropäischen Vielvölkerstaat, trotz aller Gegensätze, gewesen sein müsste: kulturelle und sprachliche Vielfalt, ein großer Wirtschaftsraum, offene Grenzen. Da war natürlich viel Verklärung und Idealisierung dabei, garniert mit K.-u.-K.-Nostalgie.

Aber niemals hätte ich mir damals träumen lassen, dass wir ein paar Jahrzehnte später wieder in einem freien, offenen Mitteleuropa, fast ohne Grenzen, leben würden.

Und noch viel weniger hätte ich mir träumen lassen, dass ich selbst das Privileg genießen würde, als Journalist mit dabei zu sein bei diesem atemberaubenden Wandel.

Für viele ist das heute, 20 Jahre nach dem Verschwinden des Eisernen Vorhangs, bei dem Ungarn eine entscheidende Rolle spielte, selbstverständlich. Für viele ist es nicht nur nichts Besonderes, sondern sogar etwas Beängstigendes.

Da ist einiges schiefgelaufen, auch in den Medien.

Aber wiederum hatte ich das Glück und das Privileg, bei einer Zeitung zu arbeiten, für die Mittel-

europa im kulturellen, nicht im nostalgischen Sinn, einen Gutteil des Selbstverständnisses ausmacht.

Da gab und gibt es eine gemeinsame Wellenlänge mit Gerfried Sperl und seiner Nachfolgerin Alexandra Förderl-Schmid, und mit vielen Kolleginnen und Kollegen, vor allem aus meinem Heimatort: dem Südtiroler Christoph Prantner; Andrés Szigetvari, unserem untriebigen „Graf Andrassy“; Julia Raabe, der Beutewienerin mit norddeutsch-ostpreußischen Wurzeln; Gudrun Harrer, die von Oberösterreich über Salzburg auf dem „Umweg“ über Deutschland und

Italien nach Wien gelangte; Adelheid Wölfl und Birgit Deisting, meinen steirischen Landsfrauen; und mit Markus Bernath, dem Bayer, der gerade auf seiner Datscha am Schwarzen Meer werkelt. Wir sind eine gute mitteleuropäische Mischung und, vielleicht auch deshalb, ein wunderbares Team.

Ein Traum ist wahr geworden. Das symbolisiert diese Auszeichnung für mich. Sie gilt daher auch all jenen, die ich eben genannt habe.

Aber im Angesicht der Krise wissen wir, dass dieser verwirklichte

Traum nicht in Stein gemeißelt ist. Und dass wir unaufhörlich daran arbeiten müssen, dass er sich nicht wieder verflüchtigt.

Die Auszeichnung, für die ich mich auch im Namen aller Mitgeehrten herzlich bedanke, wird uns daran erinnern.

Der Autor, außenpolitischer Redakteur des STANDARD, dankte mit diesen Worten für das Ritterkreuz des ungarischen Verdienstordens, das ihm Botschafter István Horváth im Namen von Staatspräsident László Sólyom am 16. April in Wien überreichte.

## GENERATION 1989

### Tolstoi in der Schlange

Radek Knapp wartet auf die Revolution

Revolutionen lieben Warteschlangen und umgekehrt. Wir schreiben das Jahr 89. Es ist ein kalter Februarmorgen in Warschau. Im ganzen Land ist die Versorgung katastrophal. Es brodeln an allen Enden und Ecken. Ich stehe in einer Warteschlange vor einem Papiergeschäft. Mit mir noch etwa vierzig Leute. Aber irgendwas stimmt nicht. Die Warteschlange hat ihre übliche Aggressivität abgelegt. Einige stehen sogar mit dem Rücken zum Geschäft und reden miteinander. Überhaupt schwebt über der Warteschlange eine Art feierliche Stimmung. Aus dem anhaltenden Gemurmel erhebt plötzlich ein etwa fünfzigjähriger Familienvater das Wort und fragt aufgeregt:

„Habt ihr schon das Neueste gehört? Drei Oberkommunisten sind gestern mit starken Erfrierungen an den Füßen ins Spital eingeliefert worden. Aber wisst ihr, warum?“

„Weil denen da oben auch die Schuhe ausgegangen sind?“, lacht eine Frau in einer schwarzen ausgebeulten Jacke.

„Viel besser. Sie wollten um vier Uhr nachts bei der Kälte noch auf dem Karussell im Zentrum ein paar Runden drehen. Man holte den Karussellbetreiber. Dieser ließ das Karussell laufen und schlief sofort in seinem Kabuff ein. Nachdem sich die Kommunistenbonzen zuerst heiser geschrien hatten, bombardierten sie das Kabuff mit ihren Schuhen, um ihn aufzuwecken. Aber versuch mal einen Karussellbetreiber um vier Uhr nachts wachzukriegen. Zwei Stunden wurden sie halb bewusstlos und mit schweren Erfrierungen an den Zehen ins Spital eingeliefert.“

„Wisst ihr, was uns das sagt?“, unterbricht ein älterer, erstaunlich elegant gekleideter Herr.

„Dass Walesa das System in Kürze endgültig kurzschließen wird.“

„Wieso kurzschließen? Das versteh ich nicht“, erkundigt sich ein Jüngling am Ende der Schlange mit einem Exemplar von *Krieg und Frieden* unter dem Arm.

„Weil Walesa Elektriker war. Das ist ein Wortspiel, Tolstoi.“

Alle fangen an zu lachen. Über das Wortspiel und über den Jüngling.

„Wir werden den Kommunisten nicht nur die Schuhe ausziehen. Die wissen das nur nicht“, sagte der Familienvater. Alle nicken bedeutungsschwanger.

In diese Stille hinein beginnt plötzlich eine alte Frau ein Volkslied zu summen.

Der ältere Herr und der Familienvater stimmen gleich ein. Sie summen nicht nur, sie beginnen richtig zu singen. Der Rest macht mit, sogar der Jüngling mit dem *Krieg und Frieden*-Exemplar unter dem Arm bewegt die Lippen.

Zum ersten Mal unter der 40-jährigen Herrschaft des kommunistischen Regimes verliert eine polnische Warteschlange allmählich ihre Struktur und bildet eine Art Kreis. Man vergisst sogar, dass man sich um lebenswichtiges Toilettenpapier angestellt hatte. Und das, obwohl es an diesem Tag ausnahmsweise welches gibt.

Die Kommunisten hatten eine Extralieferung aus dem Westen einfliegen lassen.

\*Radek Knapp, Schriftsteller, geboren 1964 in Warschau, lebt seit 1976 in Wien.



Radek Knapp singt ein Lied am Vorabend der Revolution. Foto: Corn

## EU-Befund zum ORF Ende Mai erwartet

Koalition nimmt Anlauf zu weisungsfreier Medienbehörde als ORF-Kontrollor

Harald Fidler

Wien – Das Kanzleramt arbeitet offenbar daran, Forderungen der EU-Wettbewerbsbehörden ins neue ORF-Gesetz einzuarbeiten, damit das Gesetz nicht in einem Jahr zweimal novelliert wird. Die ÖVP besteht wie berichtet darauf, dass die EU-Vorgaben berücksichtigt werden. Den offiziellen Endbefund aus Brüssel erwarten verschiedene Quellen des STANDARD nun für Ende Mai.

Die Definitionen für Onlineaktivitäten des ORF im EU-Verfahren sind weit gediehen. Der ORF soll sich im Internet auf Information konzentrieren. Offenbar nicht so

streng reglementiert wie in Deutschland, das seinen Gebührensendern „elektronische Presse“ verbietet. Unterhaltungsangebote dürften aber einzuschränken sein.

Genauer definieren muss der Gesetzgeber das Betätigungsfeld des Spartensenders ORF Sport Plus – auf Randsportarten.

Nachträgliche Kontrolle, dass der ORF nicht zu viele Gebühren für sein öffentlich-rechtliches Programmangebot kassiert hat, soll die Medienbehörde KommAustria übernehmen. Die ÖVP besteht wie berichtet darauf, dass die Behörde als ORF-Kontrollor keinen Weisungen des Kanzlers unterliegt. Dafür braucht die Koalition eine

Verfassungsmehrheit und damit die Opposition. Damit dabei die dem neuen ORF-Gesetz nicht zustimmen muss, könnte die Regelung, wie 1967 Teile des ORF-Gesetzes, extra abgestimmt werden.

Noch strittig: Die EU will Rücklagen und Überschüsse des ORF enger begrenzen als die Anstalt. Noch keinen gemeinsamen Nenner dürften Brüssel, Republik und ORF gefunden haben, wie Österreich den Programmauftrag präzisiert.

Kommt der EU-Brief tatsächlich Ende Mai, könnte das ORF-Gesetz im August in Kraft treten. Damit enden die Funktionsperioden von ORF-Chef und -Gremien.

derStandard.at/ORF

## ROTTENBERGS BOULEVARD

### Ausgegrenzt von der Toleranz-Party

Doris Bures hat Dominic Heinzl angeboten, so vermittelt. Denn mit ihm, so Heinzl, spreche Gery Keszler nicht: Wie DER STANDARD berichtete, lässt der Life-Ball-Macher den ATV-Societyreporter nicht zum Ball am 16. Mai. Keszler schmolzt, weil Heinzl im Vorjahr Niki Lauda sagen ließ, was in Wien jeder weiß: Im Rathauspark, geht es nächstens heftig zu. Und während am Ball im Rathaus „Safe Sex“ propagiert werde, (er)lebe man im Park – auch in der Ballnacht – oft das genaue Gegenteil davon.



Demonstrant in eigener Sache: Dominic Heinzl. Foto: Corn

Doch während Ö3 diese Aussagen „ungestraft“ sendete, zeigt der ORF-Partner Life Ball beim Privatsender, wohin nicht genehme Berichterstattung führen kann.

Und so stand Heinzl Mittwochvormittag vor dem Hotel Meridien, in das Keszler zur Ballprogramm-Pressekonferenz gebeten hatte: Heinzl verteilte Flugblätter und kündigte an, in *Hi Society* keine Sekunde über den Life Ball (heuer angekündigt: Bill Clinton, Pamela Anderson, Éva Longoria und Eurythmics-Gründer Dave Stewart) zu berichten, sollte Keszler die Ausladung nicht widerrufen: „Gery sind persönliche Animositäten wichtiger als der Charity-Gedanke der eigenen Veranstaltung.“ Unverständnis äußerte auch ein wichtiger Ball-Partner: Wien-Tourismus-Chef Norbert Kettner riet Keszler, „nicht so ang’rührt“ zu sein.

Keszler selbst zeigte sich auf Anfrage des STANDARD im Le Meridien unbeugsam: „Das interessiert mich nicht. Wir haben das so entschieden. Und aus.“ Mittwochnachmittag präzisierte dann Life-Ball-Sprecher Oliver Perry: „ATV ist willkommen, *Hi Society* nicht – und Heinzl schon gar nicht.“

## MEDIENJOURNAL

### Premiere nicht mehr über ORF-Karte zu empfangen

Wien – Abosender Premiere ist nach STANDARD-Infos künftig nicht mehr über ORF-Satkarten empfangbar. Sprecher Alexander Winheim bestätigte diese Infos, wollte aber noch keinen Zeitpunkt nennen. Premiere stellte auf neue Verschlüsselung um. ORF-TV bleibe über Premiere empfangbar. (fid)

### Eine Million Förderung für regionale Digital-Kanäle

Wien – Die Rundfunkregulierung RTR bereitet nach STANDARD-Infos eine Million Förderung für jene digitalen TV-Programme vor, die auf 16 regionalen Plattformen von Wien bis Tiroler Oberland laufen sollen. Mehr unter [www.rtr.at](http://www.rtr.at). (fid)

## GANZ KURZ

+++ Gratiszeitungen haben nach Infos des STANDARD gute Chancen, dass die Media-Analyse ihre Leserzahlen künftig ausweist. In drei Wochen entscheidet der MA-Vorstand. +++ Puls 4 zieht ab Juni seine dann 15 Minuten langen Nachrichten auf 19.25 Uhr vor. Google Trends wandern in den Spätabend.



**Bukarest**

Der Aufstand gegen das rumänische Regime, der im Jahr 1989 an die 1000 Todesopfer forderte, treibt auf seinen Höhepunkt zu. Nicolae Ceausescu, seine Frau Elena und Parteifunktionäre standen am 21. Dezember auf dem Balkon des Partei-Hauptquartiers (dem jetzigen Innenministerium) in Bukarest. Am 25. 12. wurden der Diktator und seine Frau hingerichtet. F.: Reuters, AP



**SWITCH LIST**

FÜR DONNERSTAG

**15.45 DOKUMENTATION**  
**1917 – Deutsches Geld für Russlands Revolution** Im Frühjahr 1917 kehrte Lenin aus dem Exil nach St. Petersburg zurück und setzte sich an die Spitze der russischen Revolution. Möglich wurde dies durch die Unterstützung des deutschen Kaiserreichs. Die Transitgenehmigung für Lenin sollte zum Zusammenbruch des zaristischen Russlands führen. Finanzhilfen sorgten dafür, dass der Plan aufging. Guido Knopp über die deutsche Unterstützung der Bolschewiki. **Bis 16.30, 3sat**

**20.15 FILM**  
**The Saint – Der Mann ohne Namen** (USA 1996, Phillip Noyce) Die Geschichte eines smarten Meisterdiebs, der sein Aussehen blitzschnell zu ändern vermag und seine wahre Identität hinter tausenden Masken und zahlreichen Namen zu verbergen weiß. Mäßig spannende, mittelamüsante Neuauflage der uralten Roger-Moore-Serie *Simon Templar*. Mit Val Kilmer und Elisabeth Shue und vielen anderen schönen Menschen. **Bis 22.20, Puls 4**

**20.15 DOKUMENTATION**  
**Die Geheimnisse von Luxor** Nubi Abdel Rassoul ist der letzte Spross der berühmten Grabräuber-Dynastie aus Qurna, dem Dorf am Tal der Könige. Bis heute glauben viele, dass die Äbel Rassouls alle Geheimnisse des Tals kennen. Dietmar Ossenberg ergründet den Mythos des Tals der Könige. **Bis 21.00, 3sat**

**21.00 MAGAZIN**  
**Scobel** Popmusik in Deutschland ist heute das Thema bei Gert Scobel. Seine

Gesprächspartner sind Alin Coen, Hessler und Udo Dahmen (Leiter der Mannheimer Pop-Akademie) und Musikproduzent Peter Weihe. **Bis 22.00, 3sat**

**21.00 FILM**  
**Winterreise** (D 2006, Hans Sebastian Steinbichler) Franz Brenninger (Josef Bierbichler) ist 60, Kleinunternehmer und wohnt mit seiner Frau in einem

hübschen Einfamilienhaus. Die Tochter ist verheiratet, und der Sohn fährt einen BMW. Aber Brenninger eckt an. Weil er zu laut singt in der Kirche, weil er seiner fast blinden Frau (Hanna Schygulla) rote Rosen mitbringt, um ihr wenig später zu erzählen, dass er sie betrogen hat. Brenninger ist manisch-depressiv, sagen die Ärzte – die Ärzte sind Arschlöcher, sagt Brenninger. **Bis 22.30, Arte**

**21.55 SATIRE**  
**Donnerstagnacht** Live aus dem Wiener Theater Akzent lädt Alfred Dorfer heute zu seinem *Donnerstalk*, unterstützt wird er von Kabarettist Michael Niavarani. Bei Stermann und Grissemann in *Willkommen Österreich* (22.45 Uhr) sind EAV-Frontmann und Moderator Klaus Eberhartinger und Punk-Ikone Schorsch Kamerun zu Gast. **Bis 23.30, ORF 1**

**RADIO-TIPPS**

**18.25 MAGAZIN**  
**1989 – 20 Jahre danach. Journal-Panorama** Am Puls der Zeitgeschichte: Für viele Journalisten war das Wendejahr 1989 ein Highlight ihrer Berichterstattung. ORF-Reporter, die damals aus Deutschland, Ungarn, der CSSR und Rumänien berichtet haben, erzählen über ihre persönlichen Erinnerungen an die damaligen Umwälzungen. **Bis 18.55, Ö1**

**19.00 MAGAZIN**  
**Homebase** Vor zehn Jahren ist Marcus Omofuma während seiner Abschiebung in Polizeigewahrsam ums Leben gekommen. Wie hat sich die Abschiebep Praxis seitdem geändert? **Bis 22.00, FM4**

**19.00 MAGAZIN**  
**Perspektiven** 750 Christen wurden in den letzten fünf Jahren im Irak getötet, 200.000 haben das Land verlassen. Der chaldäisch-katholische Erzbischof von Kirkuk, Louis Sako, warnt im Gespräch vor einem Verschwinden des Christentums aus dem Irak. **Bis 19.25, Radio Stephansdom**

**21.01 INTERVIEW**  
**Im Gespräch** „Politische Demokratie setzt soziale Demokratie, z. B. materielle Teilhabe, voraus“. Bei Michael Kerbler spricht Martin Schenk, Sozialexperte der Diakonie Österreich, der auch die österreichische Armutskonferenz mitbegründet hat, über die Folgen der globalen Wirtschaftskrise und die wachsende Armutsgefährdung in Österreich. **Bis 22.00, Ö1**

**23.03 MAGAZIN**  
**Zeit-Ton** Alles neu bei Österreichs Jazz-Aushängeschild Vienna Art Orchestra: Mathias Rüegg hat seine Big Band in ein Kammerorchester mit Rhythmusgruppe und Jazzsolisten umgewandelt, berichtet Andreas Felber. **Bis 0.00, Ö1**

**Mauerfall und Wende im TV**

Sender planen Schwerpunkte mit Natur- und Politidokus

Doris Priesching

Wien – In zahlreichen Dokus und Filmen erinnern TV-Sendungen an Mauerfall und Wende 1989:

Gerhard Jelinek und Peter Liska erkunden am 25. 6. in **Menschen und Mächte** Geschichte und Gegenwart des wiedervereinigten Europas. Naturparadiese am Todesstreifen bringt ein **Universum: Der grüne Korridor** zum Vorschein (23. 6.). Ebenfalls Ausschau nach Naturphänomenen hält Kurt Mündl im **Grenzland** (25. 5.) zwischen Waldviertel und böhmisch-mährischen Höhen. Einen ausgiebigen Schwerpunkt plant das Landesstudio Burgenland.

Arte schaut mit einem Schwerpunkt ab 6. Mai zurück: **Als der Ostblock Geschichte** wurde schildert die Ostöffnung in fünf Folgen. **Tamara** ist das Porträt der DDR-Ausgabe

von Janis Joplin, Tina Turner und Patty (7. 5.). **Sind wir ein Volk?** fragt nach Freud und Leid deutsch-deutschen Miteneinander (19. 5.). **Deutschland Deine Schlager** hebt im Themenabend **60 Jahre Deutschland** Ikonen wie Heino, Rita Pavone und Udo Jürgens auf das Podest der 70er-Jahre. Das Schicksal von DDR-Rückkehrern zeigt **Einmal Freiheit und zurück** (20. 5.).

Mehr als 50 Sendungen plant Ö1 bis Jahresende zu Mauerfall und Ostöffnung. Am 2. 5. erzählt Henry Bernard in den **Hörbildern** die Geschichte eines jungen Mannes aus dem Westen, dem 1979 die Heimreise aus dem Osten verwehrt wird. Schriftsteller Václav Havel stellt sich am 7. 5. **Im Gespräch** Fragen von Ö1-Journalist Michael Kerbler und STANDARD-Chefredakteurin Alexandra Förderl-Schmid. **derStandard.at/Fernsehen**



**ORF 1**  
15.50 Meine wilden Töchter 6-735-301 16.15 O.C., California 7-612-127 17.00 Immer Jim 177-127 17.20 Malcolm 942-943 17.40 Simpsons 199-189 18.05 Simpsons 4-513-672 18.30 Anna und die Liebe 973-363 19.00 Scrubs 848-498 19.30 Two And A Half Men 847-769  
20.00 16:9 ZIB 20 261-905  
20.07 16:9 Wetter 201-947-276  
20.15 16:9 Dr. House Wie eine Nadel im Heuhaufen 925-405  
21.00 16:9 C.S.I. – Den Tätern auf der Spur Kunst imitiert Leben 590-740 (VPS 21.05 610-653)  
21.45 16:9 ZIB Flash 7-587-585 (VPS 21.50 7-584-498)  
21.55 16:9 Dorfers DonnersTalk 5-191-027 (VPS 22.00 133-479)  
22.45 16:9 Willkommen Österreich 8-141-671  
23.30 Little Britain 173-721  
0.00 16:9 ZIB 24 377-130  
0.20 16:9 The Office – Das Büro 465-284

**ORF 2**  
16.00 Barbara-Karlich 889-905  
17.05 Heute in Ö. 818-653 17.40 Frühlingszeit 5-037-382 18.30 Konkret 977-189 18.51 Infos 105-699-160 19.00 Bundesland heute 627-547 19.20 Dancing Stars 806-498 19.30 ZIB 637-924 19.49 Wetter 401-953-837 19.55 Sport 1-942-721  
20.05 16:9 Seitenblicke 1-967-030  
20.15 Detektiv wider Willen TV-Krimikomödie, D/A 2008 Mit Sky du Mont, August Schmölzer u.a. Regie: Xaver Schwarzenberger 379-363  
21.50 16:9 SelfMan 7-571-924  
22.00 16:9 ZIB 2 844-672  
22.30 16:9 Agathe kann's nicht lassen Mord im Kloster TV-Krimikomödie, D 2005. Mit Ruth Drexel 249-363  
0.00 16:9 Charade Krimikomödie, USA 1963 7-829-284

**ATV**  
16.30 Hör mal, wer da hämmert! 6-076-030 16.55 Hör mal, wer da hämmert! 4-884-721 17.25 Die Nanny 5-150-818 17.55 King Of Queens 8-819-498 18.25 King Of Queens 12-233-450 18.50 King Of Queens 4-049-363 19.20 ATV Aktuell mit Sport 7-701-818 19.45 Hi Society 3-421-905  
20.15 Criminal Minds Asche und Staub 64-451-450  
21.05 Bones – Die Knochenjägerin Die Mutter, die in die Luft ging 23-866-585  
22.00 Road Rage TV-Thriller, CDN/USA 2000. Mit Casper Van Dien, Daniëlle Brett u.a. Regie: Sidney J. Furie 2-800-943  
23.50 Nip/Tuck – Schönheit hat ihren Preis 2-422-189  
0.45 Criminal Minds 14-839-028  
1.40 Bones – Die Knochenjägerin 94-726-081

**PULS 4**  
16.00 Quincy. Seltsame Freunde 5-470-301 17.00 Magnum. Die Ausreißerin. Krimiserie 5-456-721 18.00 Stadtreport. Moderation: Florian Danner 5-120-672 18.35 Talk Of Town 88-339-092 19.10 VIP Lounge 3-758-721 19.40 Puls 4 Google Trends 46-013-566  
20.15 ★ The Saint – Der Mann ohne Namen Actionfilm, GB/USA 1997. Mit Val Kilmer, Elisabeth Shue u.a. Regie: Phillip Noyce 99-928-108  
22.20 Alles außer Sex Ja, ich will 1-178-566  
23.20 Talk Of Town Der Talk zum Aufreger-Thema des Tages. Mod.: Isabella Richter 14-802-158  
23.55 VIP Lounge Das Star-magazin auf PULS 4 Mod.: Doris Golpashin 4-798-030  
0.25 Puls 4 Google Trends Mod.: Bianca Schwarzjörg 2-471-555

**RTL**  
16.00 Mitten im Leben! 17.00 112 17.30 Unter uns 18.00 Explosiv 18.30 Exklusiv 18.45 Aktuell 19.05 Alles was zählt 19.40 GZSZ 20.15 Alarm für Cobra 11 21.15 C.S.I. 22.15 Bonnes 23.10 Prison Break 0.00 RTL-Nachtjournal 0-272 Wetter

**SCIT**  
16.00 Richter Alexander Hold 17.00 Niedrig und Kuht 17.30 Teleshop 18.00 Das Sat.1-Magazin 18.30 Anna und die Liebe 19.00 Lenßen & Partner 19.30 K 11 20.00 AustriaNews 20.15 Sat.1 UEFA Cup 23.15 Navy CIS 0.10 Numb3rs

**RTL2**  
16.00 Deine Chance! 3 Bewerber – 1 Job 17.00 taff 18.00 AustriaNews mit VIP-Lounge Weekend 18.10 Die Simpsons 19.10 Galileo 20.15 Germany's Next Topmodel 22.30 red! Stars, Lifestyle & More 23.35 TV total 0.30 talk talk talk



**1 DORFERS DONNERSTALK**  
HEUTE, LIVE, 21.55 UHR, ORF 1  
Alfred Dorfer begrüßt seine Gäste wieder live zum satirischen Talk. Unter anderen werden ihn wieder Stermann & Grissemann, maschek und Gunkl bei der Analyse des politischen Geschehens unterstützen.

**3sat**  
15.45 1917 – Deutsches Geld für Russlands Revolution 16.30 Die Arche Noah und das Rätsel der Sintflut 17.15 Ländermagazin 17.45 schweizweit 18.00 37°: Leben auf Pump 18.30 nano 19.00 heute 19.20 Kulturzeit. Das 3sat-Kulturmagazin von ZDF, ORF, SF und ARD 20.00 Tagesschau 20.15 Die Geheimnisse von Luxor. Mit Dietmar Ossenberg im Tal der Könige 21.00 scobel. Mehr wissen über ... 22.00 ZIB 2 22.25 Paranoid Park. Drama, USA/F 2007 23.45 10vor10 0.15 Rundschau. Politik und Wirtschaft aus Schweizer Sicht 1.00 nano 1.30 Kulturzeit 2.15 schweizweit 2.30 Orientierung

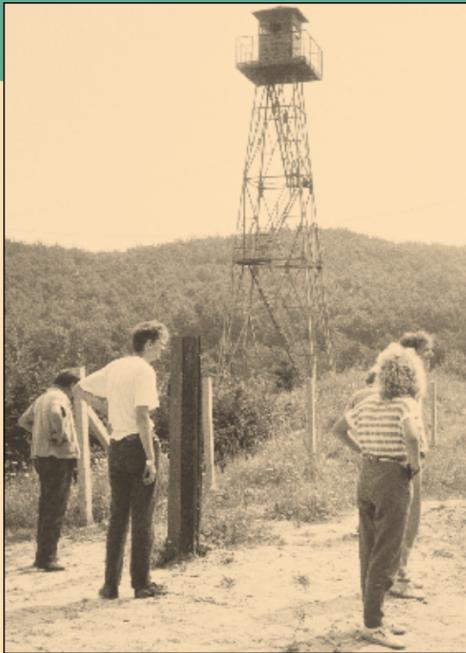
**arte**  
14.45 ★ Mein kleines Jerusalem. Drama, F 2005 7-849-671 16.20 Hallo Spencer 189-653 16.55 Xenius. Wie gefährlich ist unsere Ernährung? 3-856-566 17.25 Kultur 268-189 17.40 Mit Schirm, Charme und Melone 2-784-301 18.30 Arte Expeditionen 807-276 19.00 Sex in freier Wildbahn (1/2). Dokumentation 216-289 19.45 Info 469-160 20.00 Kultur 990-905 20.15 Kaltblütig 713-214 21.00 ★ Winterreise. Drama, D 2006 330-189 22.30 Amos Oz. Dokumentarfilm, IL/D 2009 3-114-276 23.50 Durch die Nacht mit ... 199-473 0.45 Jenseits des Regenbogens. Dokumentarfilm, ZA/D 2009 2-191-449

**ARD**  
18.25 Marienhof 18.50 Eine für alle 19.20 Das Quiz 20.00 Tagesschau 20.15 Detektiv wider Willen. TV-Krimikomödie, D/A 2008 21.45 Kontraste 22.15 Tagesthemens 22.45 ★ Firewall – Ein todsicheres Programm. Thriller, USA/AUS 2006 0.25 Nachtmagazin  
**AUSTRIA**  
16.10 Matlock 17.00 Die Neun – Österreich im Bild 17.25 Love Boat 18.20 Bonanza 19.15 Die Waltons 20.15 Ein Hund, zwei Koffer und die ganz große Liebe. TV-Romanze, D 2005 22.05 Matlock 23.00 Austria 9 Quiz 1.50 Die Neun – Österreich im Bild

**ORF**  
17.15 hallo deutschland 17.40 Leute heute 17.50 Ein Fall für zwei 19.00 heute 19.25 Notruf Hafenkante 20.15 Der Bergdoktor 21.00 ZDF.reporter 21.45 heute-journal 22.15 Maybrit Illner 23.15 Johannes B. Kerner 0.20 heute nacht 0.35 Ein Fall für zwei  
**OKTO**  
Mo - Fr. 8.00 Uhr: Punkt Acht 19.00 Agenda 21 In Action 19.15 Wie geht das? 19.30 demokratie? 20.00 Al Hadaf 20.30 KapTV 21.00 eing. SchenkT 21.30 Dorsch TV 22.05 Support 22.35 Juma 23.05 Community.talk 23.35 New Order 0.05 Weltlactag

**RADIO**  
1 5.03 Guten Morgen 5.30 Nachrichten 6.00 Frühjournal 6.15 Guten Morgen 6.30 Nachrichten 7.00 Morgenjournal 7.22 Kultur aktuell 7.35 Guten Morgen 7.52 Leporello 8.00 Morgenjournal 8.15 Pasticcio 8.55 Vom Leben der Natur 9.05 Radiokolleg. Leben ohne Lohn. Vom Umgang mit der Arbeitslosigkeit (4) 09.30 Die Stimme. Unser persönliches Ausdrucksmittel (4) 09.45 Applaus, Applaus! Die Rolle des Musikpublikums (4) 10.05 Konzert am Vormittag 11.35 Schon gehört? 11.40 Terra incognita. Island. Steinunn Sigurgardottir: „Sonnenscheinpfad“ 12.00 Mittagsjournal 12.56 Ö1 heute 13.00 Ö1 bis zwei 13.55 Wissen aktuell 14.05 Von Tag zu Tag 14.45 Ganz Ich 15.06 Apropos Oper 16.30 Kulturjournal 16.55 Digital.Leben 17.00 Journal um fünf 17.09 Moment. Leben heute 17.25 Rudi! 17.30 Spielräume 17.55 Betrifft: Geschichte. Der lange Kampf um Gleichberechtigung – die Geschichte der österreichischen Frauenbewegung 18.00 Abendjournal 18.25 Journal-Panorama. Am Puls der Zeitgeschichte. ORF-Berichterstatte erinnern sich an das Wendejahr 1989 18.55 Religion aktuell 19.05 Dimensionen. Braucht der Mensch das Böse? 19.30 Aus dem Konzertsaal 21.01 Im Gespräch. Martin Schenk, Sozialexperte der österreichischen „Armutskonferenz“ 22.00 Nachtjournal 22.15 Radiokolleg 22.55 Schon gehört? 23.03 Zeit-Ton. Mathias Rüegg und das neue Vienna Art Orchestra 0.00 Mitternachtsjournal 0.08 Die Ö1 Klassiknacht  
**FM4**  
6.00 Morning Show. Die humorvolle und intelligente Aufsteh-Hilfe 10.00 Update. Tipps für Film, Musik, Internet und Veranstaltungen 12.00 Reality Check. Das Info-Round-Up mit Features und Hintergrund 14.00 Unlimited 15.00 Connected. Die OpenHouse-Show 19.00 Homebase. Die Drehscheibe für Jugend- und Popkultur-Stories 22.00 Tribe Vibes. Die HipHop-Sendung mit dem DJ DSL-Mix 0.00 Projekt X 1.00 Sleepless

Bezahlte Anzeige



Sopron

Am 17. August 1989, zwei Tage vor dem „Paneuropäischen Picknick“, blickten DDR-Bürger skeptisch auf einen ungarischen Wachturm nahe Sopron. Laut Gerüchten wird zu dieser Zeit nicht mehr scharf auf Flüchtende geschossen. Bis zum sicheren Grenzübertritt sollte es noch fast einen Monat lang dauern. Am 10. September erklärte die ungarische Regierung, die Grenze für „Touristen aus der DDR“, die offiziell auf Urlaub in Ungarn waren, zu öffnen und eine gefahrlose Ausreise nach Österreich zu ermöglichen. Die Zäune sind abgebaut, der ungarische Wachturm rechts steht aber noch – er hat nur noch historische Bedeutung.

Fotos: Reuters, Robert Newald (rechts)



LESERSTIMMEN

Scharfer Blick voraus

Betrifft: „40 Jahre Starrheit“ von Helmut Spudich

DER STANDARD, 25. 4. 2009  
Ich wollte unbedingt für den Beitrag „40 Jahre Starrheit“ danken! Artikel wie dieser finden sich oft irgendwann nach Jahrzehnten in einer Werksammlung wieder. Die Menschen lesen das dann noch einmal und wundern sich. Etwa: „Was? Damals hat jemand schon so klar gesehen? Was für ein Hellseher!? Dieser Text wurde so breit publiziert? Und es hat keinen interessiert? – Das wäre doch eine große Chance gewesen!? Da hätten wir vielleicht noch einlenken können!?“ Und so der Autor dann noch lebt, wird er auf entsprechende Ansprache vielleicht erwidern: „Was ich damals ach so hellseherisch erkannt habe, war nachweislich auch schon hunderte Jahre vor mir bekannt. Teilweise sogar allgemein bekannt und allgemeiner Usus. Zu jener Zeit als ich schrieb, wollten die Menschen einfach anderes wahrhaben. Mein Schreiben bestätigte ihren Glauben nicht. Daher wurde es auch nicht erhört.“

René Bouvier  
1030 Wien

# Mehr-Europa oder Nicht-Europa

Jetzt gibt es die Chance zu einer echten europäischen Neuordnung. Mit nationalen Reflexen gewinnt man keine Souveränität in der Weltrisikogesellschaft – mit Verantwortung gegenüber der EU schon.



Ulrich Beck\*

Inmitten der Trümmer des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Europa schwärmte Winston Churchill im Jahre 1946: „Wenn Europa dereinst geeint wäre, dann würde es keine Grenzen geben für das Glück, den Wohlstand und den Ruhm seiner vierhundert Millionen Menschen.“ Heute droht das Gegenteil: Wenn Europa an der globalen Wirtschaftskrise zerbrechen sollte, dann wird es keine Grenzen geben für das Unglück, die Not und die Schande seiner Politiker und fünf-hundert Millionen Menschen! Erleben wir nach 1989 heute im Jahre 2009 die zweite Weltrevolution? Vor 20 Jahren brach völlig unerwartet die Berliner Mauer, dann die sozialistische Sowjetunion, schließlich die bipolare Weltordnung des Kalten Krieges zusammen. In diesem Jubiläumjahr droht nun ironischerweise genau das Modell des Kapitalismus, dessen Sieg damals gefeiert wurde, die Vorstel-

lung, der freie Markt sei die Lösung, zu zerfallen. Dieses Mal aber droht der Zusammenbruch die Europäische Union mit sich zu reißen.

Wo bleibt heute Europas leidenschaftliches Aufbäumen?

Die Krise hat die osteuropäischen EU-Neumitglieder auf dem falschen Fuß erwischt. Gerade die Mitte dieser Länder, die bisher die EU-Reformen trug, fühlt sich nach der kommunistischen Enttäuschung nun auch vom kapitalistischen System im Stich gelassen. Auch wenn sich diese Länder in sehr unterschiedlichem Ausmaß als verwundbar erweisen, sind der Schock und die Enttäuschung gewaltig. Und die völkischen Verführer von rechts reißen sich die Hände.

Was will die EU?

Die Bestandskrise Europas, in die wir geschlittert sind, wirft die Frage auf: Was „ist“, was will eigentlich die EU? Gibt es eine plausible Erklärung, warum wir eine Europäische Union haben müssen? Oder liegt vielleicht gerade in der Finanzkrise die Erneuerung des Sinns der EU?

Ja, das ist der Fall: Wenn es die Europäische Union nicht gäbe, müsste sie heute erfunden werden. Am Beginn des 21. Jahrhunderts gefährdet die EU nicht die nationale Souveränität, sondern ermöglicht diese erst. In der Weltrisikogesellschaft sind isolierte Nationalstaaten weder handlungsfähig noch überlebensfähig noch souverän.

Die innere Gefahr

Die größte Bedrohung der europäischen Nationalstaaten kommt heute nicht von den Handlungen anderer Staaten, schon gar nicht von der EU, sondern von ihrer eigenen Verantwortungslosigkeit gegenüber der EU.

Wenn die Mitgliedsländer sich im Taumel der nationalen Reflexe aus der europäischen Verantwortung zurückziehen, verlieren alle. Wer in unserer Ecke der Weltrisikogesellschaft Souveränität zurückerlangen will, muss Europa wollen, denken und werden. Oder, verallgemeinert gesagt: Die politische Handlungseinheit im kosmopolitischen Zeitalter ist nicht mehr die Nation, sondern die Region.

Ist ein reziproker Nationalismus, wie er den pragmatischen Alltags-europäern vorschwebt, die Lösung? Danach hat jeder Staat die Pflicht, seine Finanzprobleme zu regeln. Zugleich muss jede Nation die Sou-

veränität der anderen europäischen Nationen anerkennen, sodass alle Nationen negative Konsequenzen ihrer wirtschaftspolitischen Entscheidungen für andere vermeiden.

Diese Sicht beruht auf drei Prinzipien: Gleichberechtigung, abgestimmte Maßnahmen und reziproke Verantwortung. Ein viertes Prinzip kommt hinzu: Die wirtschaftspolitische Kompetenz der EU auszubauen wird strikt verweigert.

Dieses Modell des reziproken Nationalismus mag für Gutwetterzeiten genügen, in Krisenzeiten muss es scheitern. Kein Land ist stark genug, um die anderen aus dem Sumpf zu ziehen. Zugleich zeigt sich überdeutlich, wie vernetzt alle sind: Geht ein Land „bankrott“, reißt es andere mit sich.

Europa braucht nicht weniger, Europa braucht mehr Europa. Gerade die globale Krise zeigt: Die Währungsunion ist ohne das Ziel einer politischen Union unmöglich. Jedoch: Es gibt bislang keine gemeinsame Finanzpolitik, keine gemeinsame Steuerpolitik, keine gemeinsame Industriepolitik, keine gemeinsame Sozialpolitik, um den Folgen der Finanzkrise mit der gebündelten Souveränität der EU wirkungsvoll zu begegnen.

Deutsche Verweigerung

Und wer verweigert dieses historisch notwendig werdende Stück Mehr-Europa und gefährdet damit alle und alles? Es ist ausgerechnet die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel. Ihre Vorbilder, die CDU-Kanzler und deutschen Europäer Adenauer und Kohl, hätten

die Krise zur Stunde Europas gemacht – und damit Wahlen gewonnen. Weil die Investition in Europas Zukunft heute angesichts der nun wirklich unvorstellbaren Kosten des Zerfalls nicht nur einen unglaublichen Gewinn, sondern überhaupt Hoffnung in finsternen Zeiten verheißt.

Gerade die Krise könnte verwandelt werden in eine Neubegründung der Europäischen Union. Europa stünde dann für eine neue Realpolitik politischen Handelns in der Weltrisikogesellschaft. In der vernetzten Welt muss die zirkuläre Maxime nationaler Realpolitik – nationale Interessen müssen national verfolgt werden – ersetzt werden durch die Maxime kosmopolitischer Realpolitik: Unsere Politik ist national umso erfolgreicher, je europäischer, je kosmopolitischer sie ist.

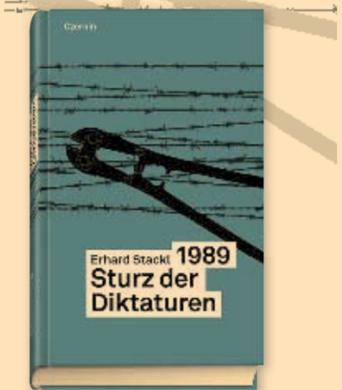
Die Lage spitzt sich zu: entweder Mehr-Europa oder Nicht-Europa. Dieser Imperativ des möglichen Scheiterns begründet die Hoffnung à la baisse: Nur eine durch die Krise erneuerte EU kann im Zusammenspiel mit der neuen US-Welt-offenheit Obamas glaubwürdig und wirkungsvoll die Regulierung der Finanzmärkte einfordern.

\*Ulrich Beck, geboren 1944 in Stolp (Hinterpommern), ist Professor für Soziologie an der Münchener Ludwig-Maximilians-Universität und Visiting Professor an der London School of Economics. 2007 erschien sein Buch „Das kosmopolitische Europa“ im Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main.



JETZT NEU IM BUCHHANDEL

Erhard Stackl 1989 Sturz der Diktaturen



300 Seiten, Hardcover, € 21,90

Erhard Stackl hat die Wende miterlebt und erzählt sie nun nach in einem fesselnden Geschichten-Buch.

Kleine Zeitung

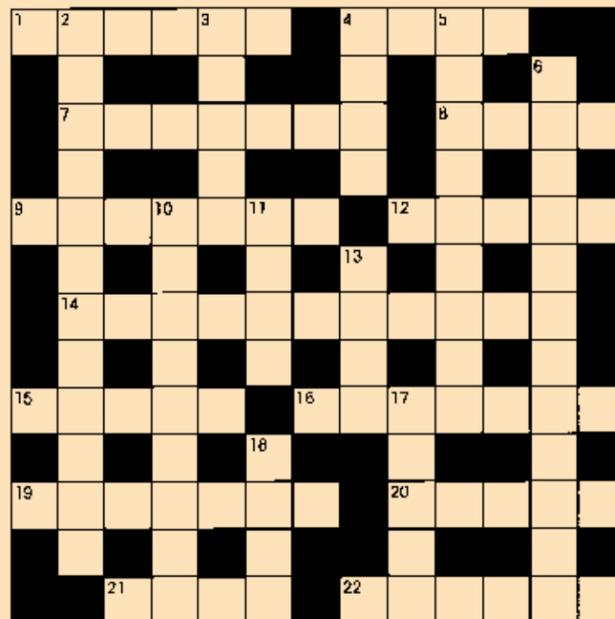
Zwischen Diktatur und Widerstand: Eine überzeugende Neuerscheinung analysiert das Ende des kalten Krieges.

Falter

www.czernin-verlag.com

STANDARDRÄTSEL

Nr. 6154 © phoe-nixen



Waagrecht: 1 Seltsam heilant wie ein Ausbildungslehrgangio 4 Was gibt es Neues im Lateinbuch? Im Zeichen der Spritschlucker geht der Stern auf? 7 Radosende Reporterin, live aus Bagdad und anderswo 8 Die Foarbe der Liebe ist die Wurzel alles Englischen 9 Damit bist du fürs Überbraten oder Reinhaun geröstet (Mz) 12 „Seufz, stöhn, ...“ – „Was sprichst du so comisch?“ 14 Eindeutig antiseptisiert, das ist beschlossene Sache 15 Aus dem Reich der Reptilien: Der Duft des Raibtiers ist gerichsbekannt 16 Kinder, zum Selbermachen braucht ihr einen großen Zweig 19 Ziehts Betriebsleitua nach Lateinamerika, versammeln sie sich da? 20 Klingt flüssig: Wüst wissen, wohin sich der Herr der Ringe in Westafrika verirrt hat? 21 Angesichts der Fakten ein Dossier für TV-X-pertInnen 22 Mit der Bildung kommst du nicht in die enge-re Wahl? Senkrecht: 2 Schlecht aufgepasst – so wird das nichts mit der (Medien-)Konzentration! 3 Auf ihnen spielt man fagotte-seidank nur in der Höhe vom Doppelblatt 4 Als erster Tierschüt-zer kam er ganz schön ins Schwimmen 5 Gebraucht im Sinn von falsch umgedreht 6 Wer richtig in Luftfahrt gerät, erreicht damit geistige Schwbezustände (Mz) 10 Sitzplatz zum Lesen der Partitur, bevor du sie dort ins Schließfach gibst? 11 Er hirscht für das Spielchen extra herbei, auch wenn sichs für seine Verwandten nicht rentiert 13 Nicht nur im albanen Lettland agieren FußballerInnen dort andererseits quicklebendig 17 Ihrem Einsatz wird im Erkundenservice der Sonderklasse Raum gegeben 18 Halt, da ist ein Spalt im Bach-Werke-Verzeichnis Rätsellaufösung Nr. 6153 vom 29. April 2009: W: 1 ANBRUELL 6 BIBER 7 FLUESSIG 9 DOOF 10 TRAEUMERIN 12 EINSCHLIEßEN 17 VERBISSENE 19 OTTO 20 BRENZLIG 21 ALTER 22 BETOEREN S: 1 AUFSTIEG 2 BAUAUN 3 LEIBERL 4 WILDNIS 5 DEPOT 8 SBULC/CLUBS 11 UNMENGEN 13 SAVOYEN 14 EISEN 15 SOEL-LER 16 STILE 18 BORKE



Berlin, Müllerstraße

Deutschland zahlte Besuchern aus der DDR ein „Begrüßungsgeld“, da Ostdeutsche kaum Geld mitnehmen durften. Nach dem Mauerfall bildeten sich lange Schlangen, etwa am 11. November 1989 vor der Commerzbank-Filiale in Berlin-Wedding, wo sich die Besucher 100 Deutsche Mark abholen konnten.

Fotos: Peters/ullstein, bild/picture-desk, AP/Markus Schreiber (re.)



## Erst eine neue Verfassung garantiert Stabilität

Was geschah Ende 2004 hinter den Kulissen der Orangen Revolution? Dem ukrainischen Präsidenten zufolge wurde durch eine übereilte Verfassung eine Zeitbombe geschaffen. Den Weg in die EU ebnet nur eine rasche Reform. *Foto: Reuters*



Viktor Juschtschenko\*

Im Dezember 2004 hat die ganze Welt für sich die neue Ukraine entdeckt. Die Ukrainer haben kraftvoll und gleichzeitig friedlich ihren Willen gezeigt, das Recht zu verteidigen, die oberste Staatsmacht frei und selbstständig zu wählen. Was ist hinter den Kulissen der Orangen Revolution geschehen? Die alte Macht hat sich bereiterklärt, die Forderungen der Nation zu akzeptieren, aber unter der Bedingung, die Verfassung zu ändern. Mit Hast und Eile sind die Änderungen zum Grundgesetz des Staates verabschiedet worden. In Wirklichkeit haben die Initiatoren eine „Zeitbombe“ geschaffen. Viele Kompetenzen wurden dem Präsidenten entzogen, das Parlament bekam keine Rechenschaftsverantwortung auferlegt. Die versprochene und seit langem notwendig gewordene Gemeindereform wurde auf die lange Bank verschoben.

Wie sich später herausstellte, hatte dieser politische Schachzug einen kaltblütigen Hintergedanken: Dem Staat sollte die Chance auf reale Veränderungen entzogen werden. Trotz zahlreicher Versuche, die Einheit der Macht zu gewährleisten, ist mir keine andere Wahl geblieben, als eine Verfassungsreform zu initiieren. Ende März 2009 habe ich das Projekt zur Verfassungserneuerung in der Werchowna Rada eingebracht und dessen Erörterung nicht nur im Parlament, sondern auch im ganzen Land präsentiert. Diese Reformen in allen politischen und bürgerlichen Bereichen des Staates sind längst überfällig.

Das Wichtigste in der erneuerten Verfassung ist die Gewährleistung

der Rechte und Freiheiten des Menschen und des Bürgers. Besonders wird das Prinzip der Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz und Gericht bestätigt. Der verfassungsmäßige Rechtsschutz der Kinder wird auch verstärkt.

Die vorgeschlagenen Änderungen zum Grundgesetz entstanden durch das Reformbedürfnis des Gesetzes- und Rechtsschutzsystems. So wird etwa der Staatsanwaltschaft das „Stalinrecht“ der Vorannahme der Beweise entzogen und stattdessen das Friedensgericht eingeführt. Die Macht des Volks wird bedeutend gestärkt.

Ausgehend von den internationalen Erfahrungen habe ich vorgeschlagen, ein Zweikammerparlament einzuführen, das die Vertretung der politischen Kräfte und der territorialen Gemeinden und Gebiete vereinen wird. Dabei wird vorgeschlagen, erstens die allgemeine Anzahl der Abgeordneten zu reduzieren, zweitens ihre unbegrenzte parlamentarische Immunität aufzuheben – weil die heutige allumfassende Immunität der Abgeordneten zu Straffreiheit führt.

Das Vorhandensein der beiden Kammern im Parlament wird es ermöglichen, politische Einflüsse und Bestimmungen in den Staatsbehörden zu trennen. Diese Änderungen sollen zur Stärkung der politischen Stabilität führen. Für die Ukraine ist die Mitgliedschaft in der EU das langfristige Ziel, zwei Drittel der EU-Länder verfügen über ein Zweikammerparlament.

Nach der neuen Verfassungsordnung wird der Präsident der Ukraine, der direkt vom Volk gewählt wird, seinen Status als Garant der Staatshoheit, der Sicherheit und

territorialen Integrität, Beachtung der Friedens- und Menschen- und Bürgerrechte beibehalten. Das Ministerkabinet wird die Selbstständigkeit in der Ausübung der Staatsfunktion der Exekutive übernehmen und durch das Parlament bestellt. Es wird die Regierung sein, die die alltägliche Innen- und Außenpolitik umsetzen wird.

Neulich habe ich das neue Verfassungsprojekt an die Venedig-Kommission (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht) weitergeleitet. Ich möchte, dass sich dieses Projekt auf europäische Traditionen stützt und den internationalen Rechtsnormen entspricht. Politische Kräfte im Parlament, die miteinander in heftiger Konkurrenz stehen, fanden eine „originelle“ Antwort auf meine Initiative – sie schrieben vorgezogene Präsidentschaftswahlen für den Oktober 2009 aus.

### Noch ein Schritt weiter

Das hatte aber nicht die erwartete Wirkung. Ich halte mich nicht an der Macht fest. Macht war nie ein Selbstzweck für mich, sie ist nur ein Werkzeug, um dem Wichtigsten in meinem Leben – meinen Landsleuten und der Ukraine – zu dienen. Die Ukraine braucht eine neue Qualität der Politik. Deswegen gehe ich weiter: Ich schlage vor, die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen gleichzeitig mit Parlamentswahlen durchzuführen.

Damit jedoch das Wahlergebnis tatsächlich eine neue politische Qualität hervorbringt, müssen folgende für die ukrainische Demokratie grundlegende Bedingungen erfüllt werden: die Änderung des Wahlsystems (die Parteien sollen offene Wahllisten anbieten) und die Abschaffung der unbegrenzten Immunität der Parlamentsabgeordneten.

Mein Anliegen ist es, der Ukraine den Weg zu einem besseren Leben zu öffnen und eine gerechte Gesetzgebung zu verankern – eine Verfassung der Freiheit und des Fortschritts.

\*Viktor Juschtschenko ist seit 2005 Präsident der Ukraine.

PAUL LENDVAI

## Auf dem schmalen Grat

In der Kampagne zur deutschen Präsidentschaftswahl durch die Bundesversammlung am 23. Mai rückt die Debatte zwischen Bundespräsident Köhler und der SPD-Kandidatin Schwan, ob die Wirtschaftskrise soziale Unruhen auslöse, ja sogar eine explosive Stimmung erzeugen könne, immer mehr in den Vordergrund. Das amtierende Staatsoberhaupt wirft der Rivalin Panikmache vor und behauptet, dass die Krise beherrschbar sei. Die Soziologieprofessorin bekräftigt aber ihre Warnung, dass die Zuspitzung der Krise eine Gefahr für die Demokratie sein könnte.

Niemand bezweifelt heute, dass sich die Weltwirtschaft in der schwersten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg befindet und dass niemand weiß, ob die diversen Rettungspakete in Billionenhöhen auch wirken – und wenn doch, wann? Die Krise begann damit, dass man sie – und nicht nur in den Vereinigten Staaten – unterschätzte. Spät, aber doch wachten die großen Industriestaaten auf. Das Londoner Gipfeltreffen und die verschiedenen Zusammenkünfte der Staatsmänner überzeuge wohl auch die Skeptiker, dass diesmal und im krassen Gegensatz zum ominösen Vergleich 1929/2009 die großen Staaten die Krise gemeinsam bekämpfen wollen.

Die Talfahrt geht, wenn auch mit gebremstem Tempo, weiter; der letzte deutsche Konjunkturbericht spricht sogar von einem Silberstreifen am Horizont. Haben wir also das Schlimmste schon hinter uns? „Keineswegs!“, warnen Martin Wolf und andere bekannte Kommentatoren der Londoner *Financial Times*. In einem aufsehenerregenden Artikel wies kürzlich *FT*-Chefredakteur Lionel Barber darauf hin, dass nicht nur die Politiker, die Nationalökonomien, die Aufsichtsbehörden usw., son-

dern auch die Finanzjournalisten die Dimensionen der globalen Finanzkrise nicht rechtzeitig erkannt hatten. Obwohl ich zweiundzwanzig Jahre für das Blatt gearbeitet habe, las ich weder damals noch in der seitdem verflossenen Zeit solche selbstkritischen Sätze. Das erklärt vielleicht auch, warum die *FT* derzeit mit besonderer Schärfe die internationalen und nationalen Rettungspakete analysiert und kritisiert.

In einem lesenswerten Aufsatz (*Merkur*, Mai 2009) betont Ralf Dahrendorf: „Die Erklärungen des sozioökonomischen Einbruchs sind denn auch so vielfältig wie die Reaktionen auf die Krise. Sie reichen vom Überspezifischen zum Übergenerellen und ver-



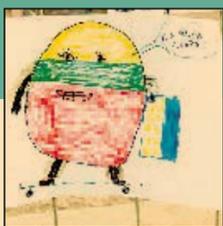
wirren mehr, als sie wirklich erklären.“ Ob er allerdings auf Dauer mit seiner Meinung Recht haben wird, wonach „in den meisten Ländern weder die extreme Rechte noch die extreme Linke sonderlich von der Krise profitiert“, muss einstweilen dahingestellt bleiben. Wenn von Deutschland und Frankreich bis Österreich und Ungarn die Mehrheit der Menschen die Weltkrise in ihrer unmittelbaren Lebenswelt erfährt und wenn es massenhafte Entlassungen geben sollte, dann könnte der Unmut andere Formen (Streiks, Massendemonstrationen und Auftrieb für die Rechts- und Linksradikalen) annehmen.

Dahrendorf plädiert im zitierten Aufsatz für einen Mentalitätswandel in der Zeit nach der Krise, für eine Rückkehr vom „Pumpkapitalismus“ zum „verantwortlichen Kapitalismus“. Es geht heute und auch in absehbarer Zukunft um eine Gratwanderung in der Politik und in der Publizistik zwischen Panikmache und Beschwichtigung bei der Einschätzung der Glaubwürdigkeit der Konjunkturpakete und Rettungsschirme.



29. März 2004

Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien treten dem Nordatlantik-Pakt bei. Russland, als ehemalige zweite Weltmacht äußert immer wieder große Bedenken gegen eine weitere Nato-Osterweiterung. Auf das geplante **US-Raketenabwehrprogramm** in Polen und in Tschechien reagiert Moskau scharf. Bereits unter Präsident Wladimir Putin kommt es zu einer Reihe von Aufrüstungsschüben bei den russischen Streitkräften. Der Georgienkrieg 2008 wurde dann vielfach als „Stoppzeichen“ des Kreml an das atlantische Bündnis verstanden.



1. Mai 2004

Bei der fünften und größten Erweiterung der EU treten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern der Union bei. Nach dem Scheitern des Referendums vom 24. April 2004 in Zypern tritt faktisch nur der südliche (griechische) Teil bei, auch wenn **formal ganz Zypern** in der EU ist. Vor dem Beitritt, zwischen 1990 und 2004, stellte die EU 13,72 Milliarden Euro für die zehn Länder bereit. Von 2004 bis 2008 wuchs die Wirtschaft in den neuen EU-Ländern um fast 23 Prozent, in den 15 alten EU-Mitgliedern legte sie im gleichen Zeitraum um rund acht Prozent zu.



1. April 2009

Albanien und Kroatien treten der Nato bei. Auch Mazedonien sollte ursprünglich aufgenommen werden, die Verhandlungen werden jedoch von Griechenland wegen des **Namensstreites um Mazedonien** blockiert. Mit Bosnien-Herzegowina und Montenegro werden bereits Verhandlungen geführt. Die Nato selbst stuft auch Serbien als Kandidaten ein, doch das Parlament Serbiens verabschiedete 2007 eine Resolution über militärische Neutralität. Dagegen möchte der Kosovo so schnell wie möglich zur Nato – wie auch Georgien, was Russland allerdings dezidiert ablehnt. Auch Nato-Staaten zögern.

EIN ÜBERLÄUFER IM US-SENAT

## An der magischen Marke

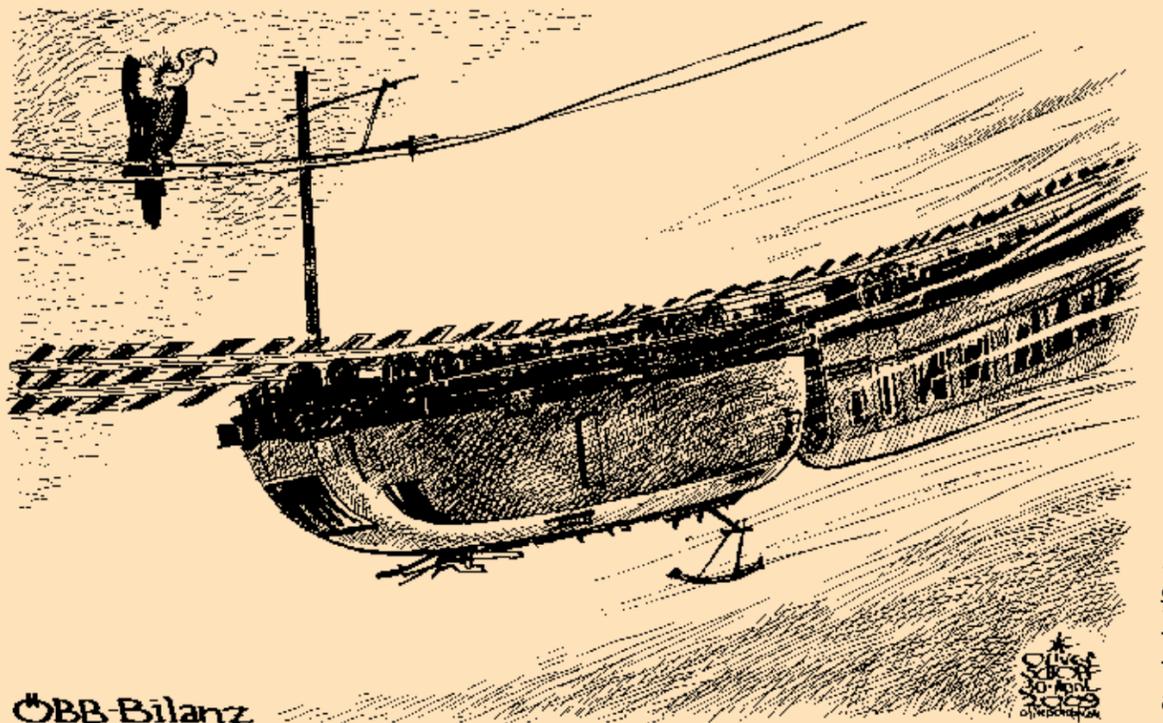
Christoph Prantner

Schweinegrippe? Die amerikanischen Zeitungen diagnostizierten am Mittwoch etwas anderes: „Specter fever“, ein Fieber, benannt nach dem republikanischen Senator Arlen Specter, der die politische Betriebstemperatur in Washington mit seinem Parteiwechsel durchaus erhöht hat.

Der vom alten Senatsfuchs und nunmehrigen Vizepräsidenten Joe Biden minutiös vorbereitete Coup bringt Präsident Barack Obama enorme politische Vorteile: Mit Specter kämpfen sich die Demokraten an die 60-Sitze-Mehrheit im Senat heran, jene magische Marke, die die neue Regierung um vieles unverwundbarer für republikanische Obstruktionspolitik machen würde. Entscheiden die Gerichte im Sommer, dass auch der letzte ausstehende Senatssitz von Minnesota demokratisch wird, dann ist die Mehrheit perfekt.

Dazu lenkt der fliegende Wechsel die Medienaufmerksamkeit wieder auf das Elend der Republikaner. Der immer mehr nach rechts driftenden Grand Old Party kommen die liberaleren Geister – Specter war einer von drei republikanischen Senatoren, die für Obamas Budget gestimmt haben – abhandeln. Ideologische Eiferer haben die Republikaner in Geiselnhaft und machen sie für die Mitte zunehmend unwählbar. Die führenden Köpfe der Partei reiben sich in Grabenkämpfen auf, weit und breit ist keine Persönlichkeit in Sicht, die es mit der Strahlkraft Obamas aufnehmen könnte.

Und dieser, mit dem Vorsatz eines überparteilichen Regierens angetreten, kann sich währenddessen – zumindest was die Opposition anlangt – zurücklehnen und darauf warten, bis weitere Republikaner die Seiten wechseln.



ÖBB-Bilanz

derStandard.at/Cartoons

KARAS GEGEN STRASSER

## Farbe für den Langweiligen

Michael Völker

Der eine ist langweilig, der andere ist – nicht unbedingt spannend, aber wenigstens ein bisschen bekannter als der andere. Also machte ÖVP-Chef Josef Pröll nicht Othmar Karas, der als gnadenloser Langweiler verschrien ist, zum Spitzenkandidaten für die EU-Wahl, sondern den Lobbyisten Ernst Strasser, der als ehemaliger Innenminister vielen noch in Erinnerung ist. Nicht unbedingt in positiver, aber in Erinnerung. Immerhin. In den Augen von Pröll ist das offensichtlich mehr, als Karas für sich in Anspruch nehmen kann, der nur als kompetent, fleißig und ehrlich gilt.

Jetzt stellt sich aber leider heraus, dass Strasser unbeliebt ist. Bekannter als Karas, das schon, aber eben unbeliebt. In der eigenen Partei. Prominente ÖVPLer, darunter ehemalige Obmänner, haben ein Komitee gebildet, um Karas, den Listen zweiten, zu unterstützen. Strasser hingegen steht alleine da. Er hat ein bisschen Partei hinter sich, den aktuellen Obmann vielleicht, aber was zählt das schon? Strasser selbst weiß ja nicht einmal, ob er besser als liberal denkender Freigeist und verkannter Gutmensch gelten möchte oder doch lieber als manischer Hardliner mit grundkonservativen Wurzeln. Da gibt es selbst in der ÖVP Sympathisanten, die diesen Pendelschlag nicht sauber nachvollziehen können.

Karas mit seinem Komitee steht auf einmal als Rebell da und gewinnt an Farbe. War da nicht gar ein Anflug von Charisma zu erkennen? Jetzt sammelt dieser Mann Vorzugsstimmen, um Strasser abzuhängen. Da kann man Pröll nur gratulieren: Das Match wird doch noch spannend.

ÖBB-VERLUSTE

## Wie im Kreml

Luise Ungerboeck

Wer wissen will, wie kreative Buchhaltung funktioniert, muss sich nicht in der Hochfinanz schlau machen. Es genügt ein Blick auf die ÖBB-Zahlungsströme. Transparenz ist im Staatskonzern ein Fremdwort, ein Vergleich mit der (nicht zufällig) kurz nach dem Ostblock zerfallenen alten Verstaatlichten drängt sich unvermeidlich auf. Besonders dreist ist, dass von den Entscheidungsträgern schon interessierte Fragen als Affront betrachtet werden, Kritik ist sowieso ein Sakrileg.

Ihnen sei in Erinnerung gerufen, dass der Bund pro Jahr 1006 Millionen Euro in die ÖBB schieben muss, damit überhaupt Züge fahren. Weitere 800 Millionen Euro sind notwendig, um Sozialtarife und leidliche Nahverkehrsverbindungen zu gewährleisten. Hinzu kommen Milliardenhaftungen für den Bahnausbau – obwohl kein Mensch weiß, ob je etwas anderes als Geisterzüge darauf fahren werden.

Sicher ist nur, dass die ÖBB eine Milliarde verloren haben und nicht einmal die Zinsen erwirtschaften. Und dass die Schulden bereits fünf Prozent der Wirtschaftsleistung Österreichs ausmachen, in zehn Jahren sind es zehn. Also sucht selbst der auf Budgetdisziplin bedachte Vizekanzler immer neue Wege, Milliarden in die Bahn zu schütten, ohne dass sie in der Buchhaltung unangenehm auffallen. Da haben ein paar Millionen Euro Prämien für tüchtige ÖBB-Manager die Öffentlichkeit gar nicht zu interessieren, werden nicht einmal dem gesamten Aufsichtsrat vorgelegt, sondern von einem kleinen Kreis erdacht und abgenickt. Wie im Kreml.

## Ein großes Wunder

Alexandra Förderl-Schmid

Vor zwanzig Jahren schien alles möglich: dass die Bürgerrechtsbewegungen in der damaligen Sowjetunion blutig niedergeschlagen werden, genauso wie eine Öffnung und völlige Neuordnung des Kontinents. Europa stand an einem Wende- und Scheidepunkt, allen war klar: Die Geschichte wird in diesen Tagen gemacht.

Lässt man die vergangenen zwanzig Jahre in Europa Revue passieren, muss man zu dem Ergebnis kommen: Es war eine Erfolgsgeschichte – ohne Beispiel. Es gab keine durchgerechneten Modelle für Politiker, wie sie sich verhalten sollten. Es wurde improvisiert, versucht, nicht nur zu reagieren, sondern auch zu agieren. Verabsäumt haben die damals Handelnden allerdings, Wien als Drehscheibe im neuen Europa zu etablieren. Österreich hätte wegen seiner historischen Erfahrung und seiner Lage mitten im Zentrum des Kontinents eine führende politische Rolle im Wiedervereinigungsprozess Europas übernehmen können. Die neuen Staaten haben damals Ansprechpartner gesucht.

Ökonomisch ist das kleine Land zu einer Größe in Osteuropa geworden. Österreichische Unternehmen nutzten die Chance und investierten rasch beträchtliche Summen in der Region, während insbesondere die Deutschen damit beschäftigt waren, die Wiedervereinigung im eigenen Land hinzubekommen.

Das österreichische Improvisationstalent war von Vorteil, ebenso der Schmach, der sich mit der Mentalität etwa auf dem Balkan als kompatibel erwies. Es entstand so etwas wie eine Goldgräberstimmung. Dabei blieb häufig die Sensibilität auf der Strecke. Ungarn oder Rumänen klagten zu Recht darüber, dass sie sich schon fast wie in Österreich – oder wie „kolonialisiert“ – vorkommen: denn es gibt die gleichen Banken, Tankstellen, Supermärkte etc.

Für Österreich hatten die Expansionsmöglichkeiten im Osten auch den Vorteil, die Abhängigkeit von Deutschland zu verringern. Der große Nachbar steckte nach der Wiedervereinigung über Jahre in ökonomischen Schwierigkeiten, die Nachbarländer in Osteuropa verzeichneten dagegen beeindruckende Wachstumsraten.

Inzwischen ist Ernüchterung eingekehrt – und zwar auf beiden Seiten: Schon vor der Wirtschaftskrise begannen sich die Unternehmen in Osteuro-

pa zu emanzipieren: Die ungarische Mol wollte nicht von der OMV übernommen werden – und setzte sich schlussendlich durch.

Jetzt kommen auch Risikoseiten zum Vorschein, die jahrelang ignoriert wurden: Dass das Engagement der österreichischen Banken in Osteuropa 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts des Landes beträgt, zeigt die Dimension des Problems. Die Krise in Osteuropa trifft Österreich überproportional. Was in diesen Ländern politisch und ökonomisch geschieht, hat auch Auswirkungen hierzulande – wie die Regierungskrisen in Ungarn und Tschechien.

Aus dem turbulenten Jahr 1989 und den nachfolgenden Monaten kann man

für die Bewältigung der derzeitigen Krise, die alle Politik-, Wirtschafts- und Lebensbereiche erfasst, einiges lernen: dass in Zeiten, in denen sich vieles verändert, neue Wege beschritten werden können und müssen; dass man nicht immer von vornherein weiß, ob diese oder jene Handlung die richtige ist; dass Pläne verworfen und neue entwickelt werden müssen; dass sich Systeme von heute auf morgen völlig verändern können. Dass man die Hoffnung nicht verliert.

Im historischen Rückblick war die Entwicklung Europas in den vergangenen zwanzig Jahre ein großes Wunder, das zuversichtlich machen kann für das, was noch kommt.

## KOPF DES TAGES

### Wer nichts tut, den belohnt die Geschichte



Humanist, der den Dingen ihren Lauf ließ: Michail Gorbatschow. F.: AP

Seinen berühmtesten Satz hat er so nie ausgesprochen. Am 6. Oktober 1989 sagte Michail Gorbatschow in Ostberlin zu Journalisten laut Übersetzung des Dolmetschers: „Ich glaube, Gefahren warten nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren.“ Daraus wurde dann: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

Als zweitjüngster Parteichef in der Geschichte der KPdSU hat der 1931 geborene Gorbatschow nach seiner Amtsübernahme 1985 versucht, auf das veränderte Leben im morschen Sowjetimperium zu reagieren. Er tat es, wie viele andere, halberzig. Auf die offene Diskussion (Glasnost) folgte die notwendige Umgestaltung (Perestroika) des politischen Systems nur rhetorisch. Und nicht einmal das. Am Herrschaftsanspruch der Kommunistischen Partei hat Gorbatschow bis zuletzt nicht gerüttelt und damit eine demokratisch-pluralistische Entwicklung verhindert, die in den Teilrepubliken weniger Zentrifugalkräfte freigesetzt hätte.

Er wurde dafür hart bestraft (und hat das auch sicher so empfunden): mit dem Ende der Sowjetunion. Das kreierte ihm bis heute noch viele Landsleute an, die in ihm den Totengräber des Imperiums sehen. Bei der Präsidentschaftswahl 1996 erhielt Gorbatschow weniger als ein Prozent der Stimmen.

Im entscheidenden Moment wurde Gorbatschows Entscheidungsschwäche, Zögerlichkeit, Skrupellosigkeit, wie immer man es nennen mag, zur unschätzbaren Tugend. Nachdem Ungarn im Mai 1989 den Eisernen Vorhang geöffnet hatte, forderten auf dem Warschauer-Pakt-Gipfel in Bukarest Anfang Juli Hardliner wie Rumäniens Diktator Ceausescu und der Bulgare Schiwkow kaum verhüllt militärisches Eingreifen. „Der sowjetische Parteichef sagte nicht, dass er mit den Vorschlägen einverstanden sei; er lehnte sie auch nicht ab; er schwieg beharrlich“, schreibt Andreas Oplatka in seinem sehr lesenswerten Buch *Der erste*

*Riss in der Mauer.*

Gorbatschow ließ den Dingen ihren Lauf, sicher auch aus einer starken humanistischen Grundhaltung heraus, die ihn daran hinderte, Menschen zu etwas zu zwingen, das sie nicht wollten. Durch Nichthandeln ermöglichte er einen historischen Wandel, wie er in früheren Zeiten nur durch exzessive Gewalt erfolgte. Dafür erhielt er 1990 den Friedensnobelpreis.

„Euch steck ich noch alle in die Tasche“, sagte Gorbatschow 1981 als junges Politbüromitglied im Zentralkomitee der Partei. Da ahnte er wohl nicht, auf welche Weise sich diese Worte bewahrheiten würden. *Josef Kirchengast*